G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Die Friedensbewegung vor einer neuen Lage?

Bastian / von Meyenfeldt / Pasti / Sanguinetti u.a.
Memorandum von sieben ehemaligen NATO-Generalen

Valentin Falin
Schwierigkeiten der militärischen Entspannung

Armin Wöhrle
Gewerkschaften und Friedensbewegung

Wolfgang Abendroth
Der Streit um das Volksbegehren zur Startbahn-West

Robert Pfeiffer und Eberhard Weber
Kriegsmedizin und Gesundheitssicherstellungsgesetz

Uwe Lahl und Barbara Zeschmar
Trinkwasserkrise in der Bundesrepublik

Anahita Ratebzad
Islam, Revolution und Frauenbefreiung

12'81

Dezember 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1981

KOMMENTARE UND BERICHTE

Reagans „begrenzter Atomkrieg" – für wessen Freiheit? ... *Günter Vollmer, Generalmajor a. D.* 1409

Der Streit um das Volksbegehren zur Startbahn-West ... *Wolfgang Abendroth* 1411

HAUPTAUFSÄTZE

Die Friedensbewegung vor einer neuen Lage? Reagans „Null-Angebot", Breschnews Bonner Vorschläge und die Ausgangspositionen der Genfer Verhandlungen ... *Karl D. Bredthauer* 1415

Memorandum an die Außen- und Verteidigungsminister, an die Befehlshaber und Stabsoffiziere der NATO
Gert Bastian, General a. D., Johan Christie, General a. D., Francisco da Costa Gomes, General a. D., Georgios Koumanakos, General a. D., Michiel H. von Meyenfeldt, General a. D., Nino Pasti, General a. D., Antoine Sanguinetti, Admiral a. D. ... 1429

Objektive und subjektive Schwierigkeiten der militärischen Entspannung ... *Valentin Falin* 1440

Gewerkschaften und Friedensbewegung ... *Armin Wöhrle* 1447

Kriegsmedizin und Gesundheitssicherstellungsgesetz ... *Robert Pfeiffer und Eberhard Weber* 1461

Trinkwasserkrise in der Bundesrepublik Zur großen Koalition von Wasserwerken, Industrie und Politik ... *Uwe Lahl und Barbara Zeschmar* 1474

Islam, Revolution und Frauenbefreiung – afghanische Erfahrungen ... *Anahita Ratebzad im Gespräch mit Mostafa Danesch* 1496

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 3. Vierteljahr 1981 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ... *Jörg Goldberg* 1504

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Dokumentation zum Besuch von Leonid Breschnew in der Bundesrepublik vom 22.—25. November 1981: Gemeinsames Kommuniqué vom 25. November 1981 (Wortlaut); Tischreden von Leonid Breschnew und Helmut Schmidt in Bad Godesberg am 23. November 1981 (Auszüge) ... 1507

Zweites Forum der Krefelder Initiative in Dortmund am 21. November 1981: Erklärung der Initiatoren des Krefelder Forums (Wortlaut); Rede von Generalmajor a. D. Gert Bastian (Wortlaut) ... 1514

Dokumentation zur Stuttgarter DGB-Demonstration „Gegen Arbeitsplatzverlust und soziale Demontage – für das Recht auf Arbeit und gesicherte Zukunft" am 7. November 1981: Flugblatt der IG Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart vom 30. September 1981 (Auszug); Brief von Bundesfinanzminister Hans Matthöfer an den Bezirksleiter des IG Metall-Bezirks Stuttgart, Franz Steinkühler, vom 28. Oktober 1981 (Auszüge); Antwortbrief von Franz Steinkühler an Hans Matthöfer vom 5. November 1981 (Wortlaut); Rede von Franz Steinkühler auf der Kundgebung in Stuttgart am 7. November 1981 (Auszüge) ... 1517

JAHRESREGISTER ... I–XIV

In einem Fernsehgespräch mit Herrn Gaus am 12. November konterte Herr Kiep, daß man von den Amerikanern keinen „Selbstmord" verlangen könne. Mit dieser Äußerung übersieht letzterer, daß der NATO-Rat 1967 als oberste Maxime die *Solidarität* der Mitgliedstaaten verlangt hat, um gegenüber Aggressionen und anderen Formen politischen Drucks abschreckend zu wirken. Da die USA nun einmal *die* westliche Atommacht sind, kann ihre solidarische Leistung nur weiterhin in der ungeteilten nuklearen Abschreckung bestehen. Im übrigen dürfte die Androhung eines deutschen bzw. europäischen Selbstmordes – so wie es nach den Äußerungen des amerikanischen Präsidenten aussieht – viel weniger abschreckend wirken.

Um es noch einmal zu sagen: Ein Atomkrieg in Europa – und auch die Neutronenwaffe ist eine Atomwaffe, deren Einsatz die atomare Eskalation heraufbeschwört – würde das Ende dieses Kontinents und seiner Bewohner bedeuten. Das kann nicht der Sinn unserer Verteidigungsanstrengungen sein.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Es gibt nur die konventionelle Abschrekkung und Verteidigung sowie die nukleare Abschreckung; keine stufenweise nukleare Abschreckung oder gar Verteidigung. Wenn die Abschreckung versagen sollte und die Verteidigung notwendig wird, muß Europa sich konventionell verteidigen – sicherlich mit großen Verlusten, aber mit dem grundsätzlichen Erhalt des Territoriums und der Nationen. Ein Atomkrieg in Europa würde den Totschlag der dort lebenden Menschen und die Verwüstung dieses Erdteils auf unabsehbare Zeit bedeuten.

Wenn man glaubt, konventionell für eine Verteidigung nicht genügend Kräfte zu haben, dann muß man den Nationen alle Alternativen erläutern. Es gibt heute technisch genügend konventionelle Waffen, die einsatzfähig wären und die von den europäischen Nationen im Gegensatz zu den derzeitigen Waffen auch noch in 20 Jahren bezahlt werden könnten. Man braucht für diese Waffen natürlich auch Menschen, die bereit sind – wenn notwendig – sich mit diesen zu verteidigen. Diese Bereitschaft zu erzeugen, ist eine politische Aufgabe. Aber auch die junge Generation dürfte bereit sein diese Alternative – ohne Atomkrieg – zu wählen, wenn man eine sicherheitspolitische Konzeption entwickeln würde, die keinen Zweifel daran erlaubt, daß wir uns ausschließlich auf „Verteidigung" einstellen.

Die beiden Supermächte haben sich infolge ihrer überdimensionierten Atomwaffen-Arsenale fast unfähig gemacht, politisch noch zu agieren. Sie werden im alten Schablonendenken jedoch nicht weiterkommen. Wir Europäer können ihnen beim Versuch, zur Entspannung zurückzufinden und friedliche Formen des Zusammenlebens auch zwischen Mächten so unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu entwickeln, zwar helfen, letztendlich jedoch müssen sie selbst die entscheidenden Schritte tun.

Generalmajor a. D. Günter Vollmer

Der Streit um das Volksbegehren zur Startbahn-West

Um den Bau der Starbahn-West am Flughafen Frankfurt/M. ist eine heftige Auseinandersetzung zwischen der gesamten Bevölkerung der anliegenden Gebiete auf der einen, der Flughafen-AG, der Hessischen Landesregierung und der Bundesregierung auf der anderen Seite entstanden. Der Bevölkerung geht es um

die Bewahrung eines der wichtigsten in sich geschlossenen Wald- und Wiesengebiete – gleichzeitig eines der wichtigsten Erholungs-, Frischluft- und Wasserbereiche des Frankfurter Raumes –; den „Spitzen" geht es um die Vergrößerung eines Flughafens, deren Notwendigkeit in der gegenwärtigen Stagnations- und Krisenperiode den Bewohnern der umliegenden Gemeinden zu recht mehr als zweifelhaft erscheint.

Die Bürger und ein großer Teil der jungen Bevölkerung von Frankfurt/M. haben sich deshalb entschlossen, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Landesraumordnungsprogramms und des Landesplanungsgesetzes im Wege eines Volksbegehrens (und des anschließenden Volksentscheides) einzubringen, dessen politisches Ziel es ist, diesen Waldbestand vor der Zerstörung zu bewahren.

Die Verfassung des Landes Hessen, die am 1. Dezember vor 35 Jahren im Plebiszit mit großer Mehrheit dank der Unterstützung durch die Christdemokraten, die Sozialdemokraten und die Kommunisten (die damals die Koalitionsregierung bildeten), aber gegen den Willen der Liberaldemokraten (der heutigen FDP) angenommen wurde, hat in Art. 116 als Gesetzgeber an erster Stelle das Volk im Wege des Volksentscheides, erst an zweiter Stelle den Landtag genannt. Sie hat in Art. 124 Volksbegehren und Volksentscheid geregelt, zu dem 1950 das Ausführungsgesetz geschaffen worden ist. Danach können 3% der Wahlberechtigten des Landes ein Volksbegehren beantragen, das dann die Zustimmung von 20% finden muß, um den Volksentscheid herbeizuführen. Wegen der bitteren Erfahrung mit der Weimarer Verfassung, in der durch geeignete Tricks der Regierung die Umwandlung des Plebiszits in eine Abstimmung ohne Wahlgeheimnis erfolgt war (wegen der Notwendigkeit der Wahlbeteiligung von mehr als 50% der Wahlberechtigten an der Abstimmung: Aus den Wahlbeteiligungslisten konnte entnommen werden, wer jeweils für das beantragte Gesetz gestimmt hatte, wenn die Gegner des Gesetzentwurfes zur Stimmenthaltung aufriefen), hatten Art. 124 der Hessischen Verfassung und das Ausführungsgesetz auf eine derartige Sonderregelung, die einst beim Fürstenenteignungs-Volksentscheid 1925/26 die Terrorisierung der Wähler durch die damalige Regierung des „Bürgerblocks" und die Organisationswelt der Rechten möglich gemacht hatte, verzichtet, aber keineswegs das Prinzip der direkten Demokratie aufgegeben. Noch war, als die Hessische Verfassung entstand, die Legendenbildung durch die aus dem Dritten Reich übernommenen Staatsrechtslehrer und Historiker nicht durchgesetzt, die bald darauf behauptet haben, die Weimarer Republik sei durch die plebiszitäre Gesetzgebung bedroht worden und in die Hand der Faschisten gelangt. So wurde die direkte Gesetzgebung durch das Volk – seit dem Erfurter Programm von 1891 von der Sozialdemokratie gefordert – nach dem Schweizer Vorbild in das Verfassungsrecht einbezogen. Aber diese anti-demokratische Legende war dank der Propaganda früher nationalsozialistischer Professoren aller Art, die die beginnende Restauration wieder in ihr Amt und zu politischem Einfluß zurückgeführt hatte, schon zwei Jahre später bei der Entstehung des Grundgesetzes so stark geworden, daß das Grundgesetz zwar noch in Art. 20 Abs. 2 erwähnt, daß das Volk auch in Abstimmungen seine Souveränität ausüben kann, ohne aber diesem Grundgedanken ernstlich Ausdruck zu verleihen. Diese Verschleierung des Bewußtseins durch früher faschistische Professoren, die bewußt Personalplebiszite und Sachplebiszite verwechselt, wirkt noch immer so stark in der heutigen Öffentlichkeit nach, daß gemäß gegenwärtigen Presseberichten (vor allem in der „FAZ") nicht nur gutwillige Demokraten wie Eppler, sondern auch und vor allem der Ministerpräsident des Landes Hessen

sich – im Gegensatz zur Hessischen Landesverfassung – dadurch täuschen lassen. Es bleibt zu hoffen, daß diese Presseberichte der „FAZ" nicht den Tatsachen entsprechen.

Objektiv ist die direkte Gesetzgebung durch das Volk, um die es hier geht, die beste Korrektur, die die großen Parteien im Vielparteiensystem vor der Erstickung der innerparteilichen Diskussion und vor der Absonderung von der Willensbildung durch die Wähler bewahren kann.

In der konkreten Frage, die jetzt in Hessen zur Entscheidung ansteht, vertreten Landesregierung, Bundesregierung und Flughafen-AG die Meinung, daß das Volksbegehren deshalb unzulässig sei, weil es bei dem Gesetzesentwurf um ein bundesrechtliches, nicht um ein landesrechtliches Problem gehe. Deshalb könne das Volksbegehren nicht ausgeschrieben werden, obwohl die Zahl der am 14. November eingereichten Unterschriften weit die erforderlichen 3% überschreitet. Nach dem hessischen Recht können diejenigen, die diese 220 000 Unterschriften für den Gesetzesentwurf eingereicht haben, gegen diese Auffassung der Landesregierung den Staatsgerichtshof anrufen, und sie haben bereits bei der Übergabe der Unterschriftenpakete an den Landeswahlleiter angekündigt, daß sie das tun werden. Die Landesregierung stützt ihre Auffassung auf zwei Gutachten von Staatsrechtslehrern, deren wichtigstes Argument es ist, es gehe hier um das Luftverkehrsrecht, das nach dem Grundgesetz dem Bund zustehe. Die Initiatoren des Volksbegehrens sind demgegenüber – ebenfalls durch zwei Gutachten von Professoren des Staatsrechts, von Rudolf Steinberg (Universität Frankfurt/M.) und von Helmut Ridder (Universität Gießen), gemeinsam mit seinem Mitarbeiter Rechtsanwalt Deiseroth, und durch eine juristisch sehr gut durchdachte Darstellung des Frankfurter Verwaltungsjuristen Alexander Schubart begründet – der Meinung, daß es sich um ein landesrechtlich zu regelndes Raum- und Bodenordnungsproblem handelt. Also sei das Volksbegehren zulässig. Logisch spricht sehr viel mehr für die zweite Auffassung als für diejenige des Professors Partsch (Emeritus der Universität Bonn), des Professors Blümel (Hochschule Speyer) und der Landesregierung. Es ist kein Wunder, daß die offiziöse Tagespresse fast nur über Partsch und Blümel, kaum über Ridder und Steinberg berichtet. Die rechtliche Entscheidung liegt aber endgültig nicht bei der Landesregierung, sondern erst beim Staatsgerichtshof und wahrscheinlich, wenn er richtig entscheidet, beim Volk.

Deshalb war es für die hessische Landesregierung, als sich vor einigen Wochen abzeichnete, daß die Initiatoren der Volksbegehrensbewegung die erforderlichen 3% der Wähler zur Unterschrift bewegen konnten, *politisch,* und seit der Einreichung der Unterschriften und damit der offiziellen Einleitung des Volksbegehrens auch *rechtlich* unzulässig, das weitere Abholzen des Waldes durch die Flughafen-AG polizeilich zu unterstützen. Denn nun war unzweifelhaft das nach der Hessischen Verfassung an sich zulässige (wenn auch juristisch umstrittene) Volksbegehren durch Verfahren eingeleitet.

Deshalb durften keine staatlichen Instanzen mehr so tun, als seien ihre Auffassungen die einzigen im Lande Hessen, um dadurch dem Volksbegehren seinen Sinn entziehen. Die Entscheidung mußte nun in der nächsten Phase beim Staatsgerichtshof liegen, nicht bei einer der streitenden Parteien, wenn das Verfahren der direkten Demokratie, wie es die Verfassung des Landes Hessen begründet, nicht seinen Sinn verlieren soll. Die Verfassung darf nicht gleichsam „unterlaufen" werden.

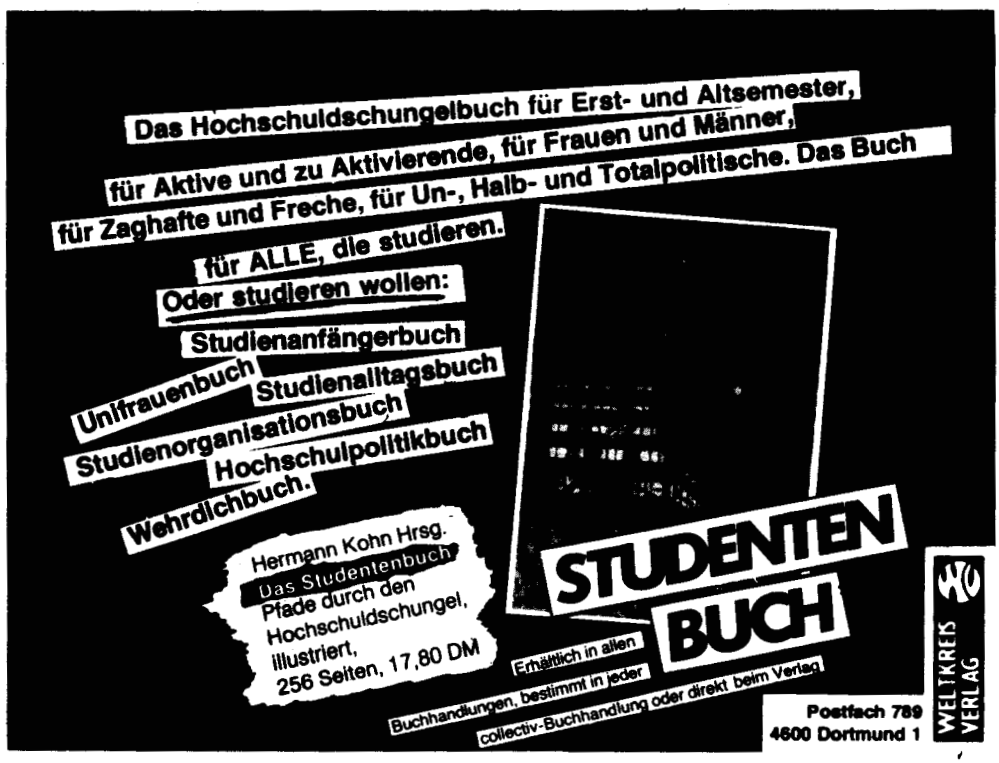
Es ist kein Wunder, daß zahlreiche Bürger des Landes Hessen die Rationalität ihres Verhaltens verloren haben, weil die hessische Landesregierung sich – leider –

anders verhält. Für ihr Denken (und das auch objektiv) ging es jetzt nicht mehr nur um die Startbahn-West und um den Schutz des Waldes, sondern auch um den Schutz der Verfassung und des Grundsatzes der direkten Demokratie, den diese Verfassung enthält, vor Zugriffen durch die „öffentliche Gewalt".

Diese Überlegung macht an sich verständliche Fehlgriffe von wenigen Demonstranten, die den unbedingten Verzicht auf physische Gewalt in ihrem Verhalten vergessen, nicht richtig, sondern doppelt gefährlich. Denn sie liefern in der öffentlichen Meinung Scheinargumente für das falsche Verhalten einer öffentlichen Gewalt, die ihre unbedingte Bindung an das Verfassungsrecht aus ihrem Bewußtsein verdrängt hat.

Der Schutz des demokratischen Verfassungsrechts des Landes Hessen ist jedoch der auch politisch entscheidende Gesichtspunkt, der niemals vergessen werden sollte, der also auch den Respekt vor der direkten Gesetzgebung durch das Volk, wie ihn Art. 116 Abs. 1a dieser Verfassung vorsieht, umfassen muß.

Wolfgang Abendroth



Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 12/1981

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Kommentare und Berichte

Reagans „begrenzter Atomkrieg" – für wessen Freiheit?

Als der amerikanische Präsident Mitte Oktober zum ersten Mal seine Ansicht äußerte, er könne sich vorstellen, „daß es zu einem Schlagabtausch mit taktischen (Atom-)Waffen gegen Truppen auf dem Gefechtsfeld kommen könnte, ohne daß eine der beiden Führungsmächte auf den Knopf (für die großen Waffen; d. Verf.) drücken würde" (zit. nach: „Blätter", 11/1981, S. 1399), konnte man annehmen, daß er Abschreckung und Verteidigung durcheinandergebracht habe. US-Sprecher unterstrichen anschließend daher auch in diesem Sinne, daß sich Reagan für die „Abschreckung auf allen Ebenen" eingesetzt und nichts gesagt habe, was

mit der NATO-Strategie nicht vereinbar sei. In einer weiteren Pressekonferenz Anfang November erklärte der Präsident zu diesem Thema jedoch erneut, er könne sich „vorstellen, daß beide Seiten noch immer von einem Schlagabtausch mit strategischen Waffen abgeschreckt würden, wenn dort(?) Gefechtsfeldwaffen, Truppe gegen Truppe, eingesetzt worden wären". (Vgl. „Amerika-Dienst", Bonn, Nr. 49 v. 18. 11. 1981). Damit ist klar, daß der Präsident der USA sich einen Atomkrieg auf dem europäischen Kontinent vorstellen kann. Ein Zyniker könnte diese Auffassung als eine direkte Aufforderung an die andere Supermacht ansehen, in Europa einen Atomkrieg toben zu lassen, ohne daß die Supermächte dabei mit Nuklearwaffen gegen das nationale Territorium der jweils anderen eingriffen.

Was bedeutet das für Europa und für uns Deutsche? Die Abschreckungsdrohung, die zur Verhinderung eines Konflikts gedacht war, wird aufgehoben. In Europa wird ein Krieg mit Atomwaffen denkbar. Sein Ergebnis würde die Ausrottung unseres Volkes und die totale Verwüstung unserer Heimat sein. Damit erhebt sich die Frage, wessen Freiheit wir Deutschen im Rahmen der NATO eigentlich verteidigen sollen? Unsere Freiheit doch kaum noch, da wir Deutschen nach einer solchen „Verteidigung" verschwunden sein würden!

Der Schritt von der „massiven Vergeltung" zur „kontrollierten und abgestuften Reaktion", den die NATO auf Drängen der Amerikaner Mitte der 60er Jahre in ihrer Verteidigungstheorie machte, war getan worden, weil sich die Amerikaner bei einem Konflikt in Europa nicht sofort zu einem Schlagabtausch mit nuklearen Waffen getrieben sehen wollten. Diese Theorie setzte ausreichende konventionelle Abwehrkräfte voraus. Da diese nach Ansicht der Militärs bis heute noch nicht bereitgehalten werden, entwickelte die NATO die Theorie der „Triade", die nicht nur zwischen einem konventionellen und einem atomaren Krieg unterscheidet, sondern darüberhinaus einen stufenweisen Einsatz der atomaren Waffen vorsieht und zwar als „taktische Nuklearwaffen", solche mittlerer Reichweite (heute: „eurostrategische Nuklearwaffen") und schließlich „interkontinentale Nuklearwaffen". Es wird behauptet, daß erst die Drohung in diesen Stufen eine echte Abschreckung darstelle. Versucht man diesen Gedankengang logisch nachzuvollziehen, muß man sich allerdings fragen, warum eine Drohung mit taktischen Atomwaffen einen Gegner, der angreifen will, schrecken soll, da er diese Waffen berechnen kann. Sie sollen „nur" gegen die kämpfenden Gruppen eingesetzt werden, die sich unter bestimmten Voraussetzungen noch gegen die Wirkung solcher Waffen schützen könnten.

Eurostrategische Nuklearwaffen sind in Europa stationierte Waffen, die sowohl die Satelliten der Sowjetunion als auch diese selbst in ihrem westlichen Teil erreichen können. Herr Breschnew hat auf das erste Interview des amerikanischen Präsidenten hinsichtlich des denkbaren Einsatzes atomarer Waffen in Europa aus seiner Sicht völlig logisch geantwortet, daß der erste Schuß dieser Art einen Gegenschuß auf die USA hervorrufen würde. Die Folge eines ersten – also auch taktischen – Schusses wäre somit der große Schlagabtausch. Diese Aussage Breschnews beweist nur, daß ausschließlich die Drohung des Einsatzes von nuklearen Interkontinentalwaffen mit ihrer Möglichkeit, die Territorien der Supermächte und ihre Bevölkerungen zu vernichten, die atomare Abschreckung bewirkt. Dieses ist auch trotz der sog. Triaden-Konzeption der NATO so geblieben, selbst wenn es im Westen verbal nicht mehr geäußert wurde. Herr Gaus verlangt mit seiner Forderung nach Rückkehr zur „massiven Vergeltung" also nicht nur eine größere Abschreckungssicherheit für Europa, sondern vor allem ein Bekenntnis der USA zu dem, was einzig und alleine abschreckt.

In einem Fernsehgespräch mit Herrn Gaus am 12. November konterte Herr Kiep, daß man von den Amerikanern keinen „Selbstmord" verlangen könne. Mit dieser Äußerung übersieht letzterer, daß der NATO-Rat 1967 als oberste Maxime die *Solidarität* der Mitgliedstaaten verlangt hat, um gegenüber Aggressionen und anderen Formen politischen Drucks abschreckend zu wirken. Da die USA nun einmal *die* westliche Atommacht sind, kann ihre solidarische Leistung nur weiterhin in der ungeteilten nuklearen Abschreckung bestehen. Im übrigen dürfte die Androhung eines deutschen bzw. europäischen Selbstmordes – so wie es nach den Äußerungen des amerikanischen Präsidenten aussieht – viel weniger abschreckend wirken.

Um es noch einmal zu sagen: Ein Atomkrieg in Europa – und auch die Neutronenwaffe ist eine Atomwaffe, deren Einsatz die atomare Eskalation heraufbeschwört – würde das Ende dieses Kontinents und seiner Bewohner bedeuten. Das kann nicht der Sinn unserer Verteidigungsanstrengungen sein.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Es gibt nur die konventionelle Abschrekkung und Verteidigung sowie die nukleare Abschreckung; keine stufenweise nukleare Abschreckung oder gar Verteidigung. Wenn die Abschreckung versagen sollte und die Verteidigung notwendig wird, muß Europa sich konventionell verteidigen – sicherlich mit großen Verlusten, aber mit dem grundsätzlichen Erhalt des Territoriums und der Nationen. Ein Atomkrieg in Europa würde den Totschlag der dort lebenden Menschen und die Verwüstung dieses Erdteils auf unabsehbare Zeit bedeuten.

Wenn man glaubt, konventionell für eine Verteidigung nicht genügend Kräfte zu haben, dann muß man den Nationen alle Alternativen erläutern. Es gibt heute technisch genügend konventionelle Waffen, die einsatzfähig wären und die von den europäischen Nationen im Gegensatz zu den derzeitigen Waffen auch noch in 20 Jahren bezahlt werden könnten. Man braucht für diese Waffen natürlich auch Menschen, die bereit sind – wenn notwendig – sich mit diesen zu verteidigen. Diese Bereitschaft zu erzeugen, ist eine politische Aufgabe. Aber auch die junge Generation dürfte bereit sein diese Alternative – ohne Atomkrieg – zu wählen, wenn man eine sicherheitspolitische Konzeption entwickeln würde, die keinen Zweifel daran erlaubt, daß wir uns ausschließlich auf „Verteidigung" einstellen.

Die beiden Supermächte haben sich infolge ihrer überdimensionierten Atomwaffen-Arsenale fast unfähig gemacht, politisch noch zu agieren. Sie werden im alten Schablonendenken jedoch nicht weiterkommen. Wir Europäer können ihnen beim Versuch, zur Entspannung zurückzufinden und friedliche Formen des Zusammenlebens auch zwischen Mächten so unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu entwickeln, zwar helfen, letztendlich jedoch müssen sie selbst die entscheidenden Schritte tun.

Generalmajor a. D. Günter Vollmer

Der Streit um das Volksbegehren zur Startbahn-West

Um den Bau der Starbahn-West am Flughafen Frankfurt/M. ist eine heftige Auseinandersetzung zwischen der gesamten Bevölkerung der anliegenden Gebiete auf der einen, der Flughafen-AG, der Hessischen Landesregierung und der Bundesregierung auf der anderen Seite entstanden. Der Bevölkerung geht es um

Die Friedensbewegung vor einer neuen Lage?

Reagans „Null-Angebot", Breschnews Bonner Vorschläge und die Ausgangspositionen der Genfer Verhandlungen

Von Karl D. Bredthauer

Manche, nicht nur in den einschlägigen Medien, sagen der Friedensbewegung seit Reagans Fernsehrede vom 18. November und seit dem Verhandlungsbeginn in Genf: Jetzt ist alles anders, jetzt haben wir eine ganz neue Lage. Je nachdem heißt es, die Sorgen der Friedensbewegung seien widerlegt, denn Reagan habe ja jetzt seine Friedens- und Abrüstungsbereitschaft bewiesen – oder: die Friedensbewegung habe jetzt ihr wichtigstes Ziel erreicht, nämlich Washington und/oder Moskau an den Verhandlungstisch zu bringen; alles weitere hänge jetzt von den Verhandlungsparteien und vom Geschick der Regierung Schmidt/Genscher ab, deren Politik das Zustandekommen der Verhandlungen ja zuvörderst zu danken sei und die nach dieser Leistung bei ihren künftigen Bemühungen, behutsam auf die Supermächte einzuwirken, mehr Vertrauen und Geduld als bisher von Seiten der Friedensbewegung verdient habe . . .

Es wird also dazu geraten, der neuen Taktik des SPD-Parteivorstands zu folgen und, so wie dieser das Thema „Nachrüstung" von der Tagesordnung des kommenden Parteitags absetzen möchte, jetzt von dem „sterilen Streit" (Ehmke)[1]) um den NATO-Beschluß abzulassen – soll heißen: ab sofort Auseinandersetzung um wünschenswerte und weniger wünschenswerte Verhandlungsziele/-taktiken/-ergebnisse *statt* um die Außerkraftsetzung des NATO-Beschlusses?!

Zu klären wäre, wie neu die Lage nach der Aufnahme der Genfer Verhandlungen wirklich ist. Dazu bedarf es einer genaueren Auseinandersetzung mit den Positionen, die die eine und die andere Seite am Beginn der Verhandlungen abgesteckt haben. Eine besondere Rolle spielt dabei die „Null-Lösung", von der alle sprechen, jetzt auch Reagan, und unter der jeder etwas anderes versteht.

I. „Den Spieß umgedreht"? – Reagans „Angebot" mit Null-Substanz

Die Fernsehrede, mit der Präsident Reagan am 18. November 1981 auf den Bildschirmen der Amerikaner und der Westeuropäer erschien, hat er selbst in

1) Zit. nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 16. 11. 1981.

aller Bescheidenheit als „bedeutsam", „kühn", „gerecht" und „fair" bewertet[2]). „Vor den Menschen der Welt" wolle er über „Amerikas Programm für den Frieden" sprechen – und über den Inhalt einer „einfachen, offenen und doch historischen Botschaft", die er im Hinblick auf den Beginn der Genfer Verhandlungen an die sowjetische Führung gerichtet habe. Die Entdeckung des Friedensthemas durch einen Präsidenten, der in seiner bisherigen Amtszeit so gut wie ausschließlich von neuen Massenvernichtungswaffen, Aufrüstung, militärischer Überlegenheit, „begrenztem" und weniger begrenztem Atomkrieg gesprochen und das gigantischste Aufrüstungsprogramm der Geschichte in Gang gesetzt hatte, wurde nach allen Regeln amerikanischer Medienkunst per TV-Satelliten aufbereitet – dem Branchenmotto gemäß: „No business is like show business" – und von den Verbündeten in aller Welt mit dem gebotenen Enthusiasmus aufgenommen. Bundeskanzler Schmidt, den die Reagan-Mannschaft durch ihre bisherige offene Sprache regelmäßig in Verlegenheit gebracht hatte, zeigte sich besonders erfreut über den, wenn auch arg späten, Durchbruch Genscher/Schmidtscher Sprachkosmetik nun auch in Washington (freilich, für wie lange?), ungeachtet der unverkennbaren Nebenabsicht Reagans, dem Bonner Schmidt-Breschnew-Treffen die Schau zu stehlen. „Den Spieß umgedreht"[3]) betitelte ein Friedensfreund in Springers „Welt" seinen ersten Kommentar. „Der Ball, sagen die Amerikaner, liegt nun in Breschnews Hof", überschrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung"[4]) ihren Hofbericht über „eine Meisterleistung Reagans" – allerdings begleitet von einem skeptischeren Titelkommentar: „mehr ein Ei des Kobumbus für den Gebrauch dieser Tage" sei „Reagans Vorschlag" – also wohl leicht verderbliche Konsumware –; es handele sich, „auf die Dauer gesehen, wohl eher um einen taktischen Sieg als um einen strategischen". Hoffentlich bleibe „dennoch ein dauerhafter Eindruck . . ."[5])

Die zitierten Reaktionen sind durchaus typisch: die Aufmerksamkeit der Kommentare und die demonstrative Begeisterung der Reagan-Freunde und -Verbündeten gilt ganz überwiegend der „taktischen Meisterleistung", der glänzenden Verpackung, kaum aber der Substanz des unverhofft-überfälligen „Friedensprogramms" aus Amerika.

Entsprechend groß ist die Skepsis der Friedensbewegung, entsprechend nüchtern-kühl die Reaktion der Moskauer Verhandlungspartner Reagans. Dabei wäre ein wirklicher Kurswechsel der Reagan-Administration hin zu ehrlicher Verhandlungs- und Abrüstungsbereitschaft in der Tat eine Sensation, die – trotz aller bisheriger Zumutungen – die Begeisterung rechtfertigen würde, die jetzt etwas gekünstelt schon durch eine gewisse Revision des Washingtoner Vokabulars ausgelöst wurde. Wie sagt die Bibel: Es wird mehr

2) Rede des US-Präsidenten vom 18. November 1981, „Amerika-Dienst", hrsg. v. USICA und der US-Botschaft in Bonn, Sonderdienst vom 18. 11. 1981. Auch im folgenden wird nach dieser offiziellen deutschen Übersetzung zitiert.
3) „Die Welt" v. 20. 11. 1981, S. 1.
4) FAZ v. 20. 11. 1981, S. 3.
5) Ebd., S. 1.

Freude sein über einen bekehrten Sünder als über 99 Gerechte . . . Die Verhütung eines neuen Weltkrieges ist zu wichtig, als daß irgendeine Seite eine wirkliche Wende in Washington aus Rechthaberei oder Enttäuschung über den Verlust eines zugkräftigen Feindbildes geringschätzen könnte. Leider gibt es jedoch bisher keine Anhaltspunkte für eine „Bekehrung" Reagans. Öffnet man die Verpackung seines „umfassenden und konkreten" Angebots, so entweicht vor allem heiße Luft: Vier Punkte führt der amerikanische Präsident auf, als wichtigsten die sogenannte Null-Option, aber die Substanz des „Angebots" ist sowohl in Sachen „Null-Option" wie in allen anderen Punkten effektiv gleich Null. In der neuatlantischen Fachsprache für Abrüstungspantomimen wäre also von einem „Null-Angebot" mit „Null-Substanz" zu sprechen.

Zunächst der „erste und bedeutsamste Punkt", betreffend die Genfer Verhandlungen, also die „Null-Option" à la Reagan: „Die Vereinigten Staaten sind bereit, auf ihre Dislozierung der Pershing II und der landgestützen (!) Marschflugkörper zu verzichten, wenn die Sowjets ihre SS-20, SS-4 und SS-5-Raketen abbauen. Dies wäre ein historischer Schritt. Mit sowjetischem Einverständnis könnten wir gemeinsam die schreckliche Bedrohung durch einen Atomkrieg[6]) wesentlich vermindern, die über den Völkern Europas schwebt. Dies wäre, genau wie der erste Schritt auf dem Mond, ein gewaltiger Schritt für die Menschheit". Man sieht, Genscher hat es geschafft: nach Schmidt, Haig, der NATO macht nun auch Reagan, bedrängt von den Konsequenzen seines Geredes über den „begrenzten" Atomkrieg, sich den Trick des Bonner Sprachschöpfers, der den Begriff „Nachrüstung" erfand, zu eigen, nämlich das über zwei Jahre alte Ansinnen des NATO-Raketenbeschlusses als „Null-Option" neu zu servieren, nun allerdings nach amerikanischem Geschmack gewürzt, mit dem Etikett „historischer Schritt" und mit Assoziationen an einen früheren, aber weniger substanzlosen und für den Weltfrieden weniger problematischen Propagandaerfolg, den als Sieg über Moskau verstandenen amerikanischen Mann im Mond von 1969.

Was bedeutet der „Vorschlag"?

Der Sowjetunion wird „angeboten" – sie möge einseitig auf eine ganze Waffengattung verzichten, über die sie seit mehr als 20 Jahren verfügt, die sie als *Antwort* auf die in den 50er und 60er Jahren in Europa stationierten „vorgeschobenen" Atomwaffen der USA sowie die britischen und französischen Kernwaffen versteht und die also praktisch Bestandteil jenes Gesamtgleichgewichts zwischen Ost und West sind, das in diesen 20 Jahren die Entspannungspolitik, Ostverträge, SALT I und Salt II erlaubt hat. Wenn die Sowjetunion auf ihre Mittelstreckenraketen verzichtet, würde daher das bestehende Ost-West-Gleichgewicht einseitig verändert, also destabilisiert, sofern nicht die USA bzw. die NATO-Staaten ihrerseits vorhandene Mittelstreckenwaffen abbauen, die als Äquivalent zu den SS-4, SS-5 und ihren moderneren Nach-

6) Über Reagans bzw. der USA und der NATO Anteil an dieser Bedrohung vgl. z. B. den Kommentar von Generalmajor a. D. Günther Vollmer im vorliegenden Heft.

folgemustern SS-20 gewertet werden können. Von einer derartigen Gegenleistung ist in Reagans „Angebot" aber durchaus nicht die Rede. Diese Art „Null-Option" ist ganz der – ansonsten in der NATO heftig bekämpften – Idee der „einseitigen Abrüstung" und der „Vorleistungen" verpflichtet, allerdings in sehr spezieller Version: einseitig abrüsten soll die *andere* Seite, und zwar möglichst total. Man selbst verzichtet zunächst einmal auf gar nichts außer auf die „Option", die eigene Seite weiterzuaufrüsten, die aber natürlich wie bisher auch durch weitere „Nachrüstung" der anderen Seite neutralisiert werden würde, also eine „Option" von zweifelhaftem Tauschwert ist. Aber selbst die eigene weitere *Aufrüstung* wird von den USA lediglich für den Bereich der landgestützten Mittelstreckenwaffen, und zwar nur für deren „Dislozierung", zur Disposition gestellt. Gemessen an den bis zu 10 000 (!) see- und luftgestützten Cruise Missiles, die die USA in den nächsten Jahren bauen wollen, erscheint der Verzicht auf die *Dislozierung* (verzichten will Reagan nicht etwa die Produktion und die Vorbereitung *späterer* „Dislozierung" in Europa, Japan, Korea oder China!) von 464 landgestützten Cruise Missiles im amerikanisch-sowjetischen Maßstab kaum als Aufrüstungs-Verzicht.

Die Sowjetunion hat seit 1970 wiederholt Verhandlungen über Mittelstrekkenwaffen in Europa, also über SS-4, SS-5 und über FBS usw. vorgeschlagen, immer ohne Resonanz, sei es bei den USA, sei es bei den westeuropäischen NATO-Staaten. Daß die z.T. 20 Jahre alten SS-4 und SS-5 seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre durch die SS-20 ersetzt werden, versteht man in Moskau als Reaktion auf die Weigerung der amerikanischen Seite, *ihre* vorhandenen „eurostrategischen" Waffen (FBS) zur Verhandlung zu stellen (so eben 1975 beim amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen von Wladiwostok – und erst *nach* 1975 begann dann die SS-20-Dislozierung), und als Antwort darauf, daß Amerikaner, Franzosen und Engländer gleichermaßen in den 70er Jahren ihre „eurostrategischen" Atomwaffen modernisiert und verstärkt und, ganz unabhängig vom NATO-„Doppelbeschluß", weitere umfangreiche „Modernisierungen" bzw. Vermehrungen eingeleitet haben![7]) Allein Frankreich wird die Zahl seiner „eurostrategischen" Atomsprengköpfe mindestens versieben(!)fachen, Großbritannien mindestens verdreifachen, wahrscheinlich verfünffachen (auch ohne die vorgesehenen „Cruise Missiles"). Reagans Eagleburger hat ausdrücklich versichert, daß *diese* Mittelstreckenwaffen nicht angetastet werden sollen![8]) Man sieht: das hochherzige „Angebot" an die Sowjetunion, Reagans und (Genschers) Version der „Null-Option", ist nichts Geringeres als die Einladung der anderen Weltmacht zur einseitigen und totalen Selbstentwaffnung im eurostrategischen Bereich (und das, wie eine besiegte Macht, unter amerikanischer Kontrolle!) Die Sowjetunion soll auf diesem Bereich auf sämtliche heute vorhandenen und künftigen Optionen verzichten, während der Westen lediglich auf *eine* künftige, aber auf *keine* seiner vorhandenen Optionen verzichtet. Das Ergebnis wäre ein gewaltiges ameri-

7) Vgl. u.a. Erwin Müller, Aspekte der Risikopolitik, in: „Blätter" 10/1981, S. 1184—1202, bes. S. 1189.
8) Vgl. Lawrence Eagleburger, US-Unterstaatssekretär für Europäische Angelegenheiten, Erklärung und Pressekonferenz in Brüssel am 20. November 1981, in: „Wireless Bulletin from Washington" (WB) Nr. 222 v. 24. 11.

kanisches und NATO-Übergewicht im „eurostrategischen" Bereich, das die USA zugleich in eine Position globaler Überlegenheit versetzen würde. Wie Washingtons Diktate – für Gegner wie „Partner" – unter solchen Umständen ausfallen würden, wenn man dort schon heute eine derart größenwahnsinnige Sprache führt, das mag man sich lieber gar nicht erst ausmalen.

Wer am Vorabend mühsam zustandegebrachter Verhandlungen seinem Verhandlungspartner solche „Angebote" zumutet, setzt sich dem Verdacht aus, in Wirklichkeit keine Verhandlungen, jedenfalls keinen beiderseits akzeptablen Verhandlungsergebnisse, zu wollen, sondern etwas ganz anderes. Unannehmbare Forderungen im Gewand eines verlockend klingenden „Angebots" *(Null-Option* läßt schließlich realen Abbau assoziieren: Null Raketen in Europa, also ein atomwaffenfreies West- und Osteuropa!) sollen offenbar der Friedensbewegung und allen unverbesserlichen Anhängern der Entspannung demonstrieren, daß Verhandlungen zu nichts führen – und daß ihr Scheitern nicht an der amerikanischen Aufrüstungspolitik, sondern an der sowjetischen Weigerung (einseitig) abzurüsten liegt. (Von Haig bis Luns und dem vielstimmigen Chor unserer Medien wird denn auch schon unmißverständlich verkündet, an wem das Scheitern der Verhandlungen liegen *wird!*[9])

Was Reagan Breschnew „anbietet", nämlich faktisch eine „bedingungslose Kapitulation", erreicht man – jedenfalls nach aller bisherigen Erfahrung der Geschichte – nicht am Verhandlungstisch, sondern durch Krieg – oder andere Formen von Zwang und Gewalt. Und in genau diese Richtung weist das, was die USA offenbar in Wirklichkeit vorhaben: im Windschatten von Verhandlungen, die auf ihr Scheitern hin konzipiert sind und zu gegebener Zeit platzen sollen, verschafft man sich durch die Aufstellung der Pershing II und Cruise Missiles in West-Europa die Möglichkeit eines (teil-)entwaffnenden Erstschlags gegen die westliche Sowjetunion, also das Kernland und -potential der globalstrategischen Gegenmacht[10]). Die gleichzeitig im Schatten der Verhandlungen auf allen Ebenen, insbesondere auch der strategischen,

---

1981, hier vor allem S. 8. Auf die Frage, wie aussagekräftig oder wie relevant überhaupt ein eurostrategischer Kräftevergleich sei, der die Waffensysteme der europäischen Verbündeten ausschließe, gab Eagleburger eine für die Unseriosität der amerikanischen Verhandlungsposition bezeichnende Antwort: „Wir haben in früheren Verhandlungen mit der Sowjetunion festgestellt, daß die Sowjets bereit waren, Vereinbarungen auf der Basis der Gleichheit zu akzeptieren, und wir meinen, daß die Erfahrung der Vergangenheit eine gute Führerin für die Erfahrung der Zukunft ist. Natürlich haben wir in der Vergangenheit niemals über britische oder französische oder andere NATO-Systeme verhandelt." Eagleburger unterschlägt, daß die „Erfahrung der Vergangenheit" sich auf amerikanisch-sowjetische *strategische* Waffensysteme bezog, nicht auf das neuerdings konstruierte „*eurostrategische Gleichgewicht*"; während man beim strategischen Gleichgewicht der beiden Weltmächte die englischen und französischen Atomwaffen womöglich bis zu einem gewissen Grad vernachlässigen kann, ist dies offensichtlich bei einem spezifisch „europäischen Gleichgewicht" keine akzeptable Verhandlungsgrundlage.

9) Vgl. z. B. WB, Nr. 219/B v. 19. 11. 1981: „Luns: If TNF Negotiations fail, it will be Soviet's fault".

10) Viele „eurostrategische" Kräftevergleiche kranken daran, daß bewußt oder unreflektiert die doppelte Funktion der Sowjetunion als europäische Macht *und* – im globalen Gleichgewicht – als strategisches Gegengewicht zu den USA ausgeblendet wird. Die europäische Sowjetunion kann militärstrategisch nicht allein gegen das westeuropäische Potential „aufgewogen" werden, weil westlich des Urals der ganz überwiegende Teil der sowjetischen Bevölkerung, ihrer Infrastruktur, ihres wirtschaftlichen und militärischen Potentials konzentriert ist, also das Potential, das dem *amerikanischen* (bzw. dem *atlantischen*, nicht allein dem westeuropäischen) Potential im globalen Gleichgewichtssystem die Waage hält.

vorangetriebene Superaufrüstung soll es im Falle eines Falles ermöglichen, der Sowjetunion den Rest zu geben, ohne daß die USA für sich noch allzuviel dabei riskieren würden. West- und Osteuropa allerdings gäbe es dann schon nicht mehr!

Das heißt nicht, daß die USA dieses aberwitzige Kriegsszenario auch in die Tat umsetzen wollen – aber sie verschaffen sich vor unseren Augen die dazu nötigen Waffen. Natürlich hätten die USA nichts dagegen, wenn die Sowjetunion entweder aus Furcht vor einer amerikanischen bzw. „eurostrategischen" Erstschlags-*Fähigkeit* oder vor einem von den USA ja ebenfalls „angebotenen" neuen, ruinösen Wettrüsten – oder, weil ihnen bei diesem „Zu-Tode-Rüsten" tatsächlich der Atem ausgeht – *ohne Krieg kapitulieren* würden. Daß sie so etwas für wahrscheinlich halten, erscheint allerdings eher unwahrscheinlich. Die Europäer, – „mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen" – müssen sich ihren eigenen Reim auf Reagans „Friedensprogramm" machen!

Zurück zu den anderen drei Punkten, die Reagans „Angebot" neben dem Hauptpunkt „Null-Option" noch enthält. Auch hier überall „Null" als das Maß amerikanischer Bereitschaft, selbst etwas einzubringen – und in jedem Punkt ausschließlich auf sowjetischer Seite Rüstungsabbau, als wäre nicht auch ohnedies Amerika der stärkere und auf fast allen Gebieten besser bewaffnete Teil!

So schlägt Reagan im *zweiten Punkt* neue „Verhandlungen über die *strategischen Waffen*" vor, die ähnlich den neuen Genfer Verhandlungen „wirklich ernsthafte Veringerungen" bringen und deshalb ähnlich „sorgfältig vorbereitet"[11]) werden sollen wie diese! Da ein Abbau amerikanischer Waffen nicht angeboten und die naheliegendste, seit zwei Jahren überfällige amerikanische „Nachleistung" auf diesem Gebiet, nämlich die Ratifizierung des 1979 bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrages, nicht einmal erwähnt wird, kann man sich vorstellen, wie ernsthaft Reagan auch hier verhandeln will – und wer seiner Meinung nach auch hier die „wirklich ernsthaften Verringerungen" vornehmen soll: die andere Seite natürlich! Der Trick ist mehr als durchsichtig: die USA rüsten strategisch in gigantischem Maße auf und sprechen gleichzeitig demagogisch von „Abrüstung" *statt* „Begrenzung", um nicht wirklich begrenzen zu müssen. („Begrenzung" ist ja wohl logischerweise die erste Voraussetzung, ein notwendiges Durchgangsstadium zur Reduzierung!) Sie sprechen von START-Verhandlungen statt von SALT, von Verhandlungen über „Reduction" statt „Limitation" der strategischen Waffen, um sich ihren Verpflichtungen aus dem SALT-Vertrag besser entziehen zu können.

11) Reagan und die NATO-Partner sind der Öffentlichkeit bisher die Aufklärung darüber schuldig geblieben, *was* sie eigentlich in der Sonderberatungsgruppe der NATO zwei Jahre lang so „sorgfältig vorbereitet" haben. Die jetzt als *die westliche Verhandlungsposition* proklamierte „Einladung" an Moskau, einseitig alle sowjetischen Mittelstreckenraketen zu verschrotten, andernfalls werde die NATO „nachrüsten", besteht ja im Prinzip unverändert seit 1979. Was soll man von der Ernsthaftigkeit der damals gleichzeitig – „*Doppel*beschluß" – erklärten Verhandlungsbereitschaft im Rückblick sagen, wenn der US-Präsident sich fast zwei Jahre später hinstellt und erklärt: „Die Vereinigten Staaten haben sich durch enge Konsultationen mit unseren NATO-Partnern auf die Verhandlungen vorbereitet. Wir sind *nunmehr* bereit, unseren Vorschlag zu unterbreiten." (Rede des US-Präsidenten vom 18. November 1981, a.a.O., S. 9; Hervorh. v. Verf.).

Reagans *dritter „Vorschlag"* folgt dem schon bekannten Muster: „Die Sowjetunion könnte keinen überzeugenderen Beitrag zum Frieden in Europa – und in der ganzen Welt – leisten, als zuzustimmen, *ihre* konventionellen Streitkräfte wesentlich zu reduzieren . . ." Von amerikanischen Gegenleistungen ist natürlich auch hier keine Rede, ebensowenig wie davon, daß die Sowjetunion 1979 bereits einmal „einseitige Vorleistungen" auf diesem Gebiet erbracht hat (Rückzug von 1000 Panzern und 20 000 Soldaten aus der DDR), ohne daß der Westen dem Beispiel gefolgt wäre. Im Gegenteil: die USA haben die Zahl ihrer Soldaten in der Bundesrepublik weiter erhöht und ganz offiziell die Produktion der Neutronenbombe aufgenommen!

Viertens schlägt Reagan nicht näher bezeichnete Maßnahmen vor, die „das Risiko eines Überraschungsangriffs sowie die Möglichkeit eines Krieges aufgrund von Ungewißheit oder Fehleinschätzung verringern" sollen, ohne ein Wort über den seit 1973 gültigen amerikanisch-sowjetischen Vertrag zur Verhütung eines Atomkrieges[12]) oder über von beiden Seiten unterzeichnete Gewaltverzichtserklärungen wie z.B. in der KSZE-Schlußakte zu verlieren und ohne im geringsten auf die zahlreichen diesbezüglichen Vorschläge der Sowjetunion (vgl. Kap. II) einzugehen.

Dem von Polen und Frankreich eingebrachten, von den Warschauer-Pakt-Konferenzen seit längerem befürworteten, aber von Washington lange blokkierten Vorschlag einer europäischen Abrüstungskonferenz gibt Reagan die folgende, eigenwillige Form: „Ich fordere die Sowjetunion dringend auf, sich *uns* und den zahlreichen anderen Ländern *anzuschließen,* die bereit sind, dieses wichtige Vorhaben in Angriff zu nehmen." Der naß-forsche Tonfall entspricht der Haltung, die aus der Gesamtheit „jener Art von kühnen, gerechten Vorschlägen" spricht, die, wie Reagan sagt, „die Welt von uns erwartet"[13]).

Wenn Reagan derart vom Frieden spricht, ist das fast noch mehr zum Fürchten, als wenn er aus seinem Herzen keine Mördergrube macht. „Die amerikanische Konzeption vom Frieden" – sagt Reagan – „geht weit über den reinen Nichtkriegszustand hinaus (Schließlich gibt es ja auch laut Haig „Wichtigeres als in Frieden leben" – d. Verf.) Wir haben ein blühendes Wachstum (wie für ITT in Chile oder United Fruit in Mittelamerika? – d. Verf.) und die Freiheit des einzelnen (ansonsten die gängige Umschreibung für „freie Welt" d.h. für „Kapitalismus" – d. Verf.) in einer Welt des Friedens vor Augen" . . . Das sagt der Präsident eines Landes, das gerade das größte Aufrüstungsprogramm der Geschichte in Angriff genommen hat (1,5 Billionen Dollar in 5 Jahren – d.h. im Jahresdurchschnitt eine Summe, die dem *Bruttosozialprodukt* von ganz Südamerika entspricht![14]); eines Landes das den Nahen und Mittleren Osten, viele Tausend Kilometer von Amerika entfernt, dem „nationalen Sicherheits-

12) Wortlaut in: „Blätter", 7/1973, S. 788 f.

13) Entfällt.

14) Der „Fischer Weltalmanach '81" gibt für Afrika ein BSP von 209 Mrd. US-$ an, für Südamerika 308 Mrd. und für Australien/Ozeanien 121 Mrd. Bei einem Jahresdurchschnitt 1981—85 von 300 Mrd. US-$ entsprechen die Kosten des Reagan'schen Aufrüstungsprogramms demnach jährlich etwa dem 2,5fachen BSP eines Kontinents wie Australien und dem 1,5fachen BSP des gesamten afrikanischen Kontinents.

interesse" der USA unterstellt und dort einen gigantischen Militäraufmarsch betreibt (man denke nur an die jüngsten Manöver in Ägypten); eines Landes, das die Verminung der Gewässer um Kuba und Nikaragua diskutiert und offenen Krieg in Mittelamerika ventiliert, durch Stellvertreter oder notfalls wohl auch direkte Intervention (Haig!) . . . Das sagt ein Präsident, der gerade erst seinen Glauben an die Möglichkeit eines „begrenzten Atomkriegs" (in Europa? im Nahen Osten?) bekräftigt hat...

„Ich fordere heute alle Nationen auf, sich in dem Streben nach einer solchen Welt Amerika anzuschließen." – So beschließt Präsident Reagan sein „Friedensangebot", ähnlich uneigennützig und bescheiden, ähnlich einladend, wie es begonnen hatte. „Darf ich erklären, daß es absolut keinen Grund für die Behauptungen gibt, die Vereinigten Staaten seien des Imperialismus . . . schuldig?" – so Reagans treuherzigste Frage. Die Erfahrungen vieler Völker sprechen gegen ihn.

II. Die sowjetischen Verhandlungsvorstellungen und Breschnews Bonner Vorschläge

Die sowjetischen Vorstellungen über mögliche Verhandlungen und Verhandlungsergebnisse sind in diesem Jahr bereits dreimal sehr ausführlich – und im Zusammenhang umfassenderer Vorschläge für eine Rückkehr zur Ost-West-Entspannung – autoritativ dargelegt worden: zunächst im Februar/März auf dem 26. Parteitag der KPdSU und jetzt – im umittelbaren Vorfeld der Genfer Verhandlungen – in dem „Spiegel"-Interview mit Leonid Breschnew vor seinem Bonn-Besuch[15]), sowie dann in Breschnews Tischrede und weiteren Äußerungen anläßlich dieses Besuches. Breschnew hat in Bonn erneut die sowjetische Bereitschaft bekräftigt, über eine Reduzierung der Mittelstreckenpotentiale in Europa ernsthaft und ohne Vorbedingungen zu verhandeln. Zugleich hat er den Vorschlag erneuert, für die Dauer der Verhandlungen auf die Aufstellung weiterer SS-20 und anderer neuer sowjetischer Mittelstreckenwaffen zu verzichten (Moratorium), sofern die NATO ihrerseits während dieser Zeit keine vollendeten Tatsachen schafft und die Pershings und Cruise Missiles nicht, wie von den USA angedroht, unabhängig davon, ob die Nachrichten vom Verhandlungstisch gut oder schlecht sind, ohne Rücksicht auf die Verhandlungen disloziert.

Neben diesem Angebot, das, obwohl es bis 1983 einseitig die sowjetische Rüstung beschränkt, von Bonn und Washington nach wie vor zurückgewiesen wird, hat Breschnew die Bereitschaft bekundet, dem Westen schon bei Verhandlungsbeginn noch weiter entgegen zu kommen: „Wenn die andere Seite dem Moratorium zustimmen würde . . ., wäre die Sowjetunion bereit, nicht nur die Stationierung ihrer SS-20-Raketen einzustellen. Wir würden noch weitergehen. Als einen Akt guten Willens könnten wir einseitig einen gewissen Teil unserer nuklearen Mittelstreckenwaffen im europäischen Teil der

15) In: „Der Spiegel", 45/1981, S. 34—63. (Vollständig dokumentiert auch in dem soeben erschienenen Sammelband: L. I. Breschnew, Für gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1981, S. 162—191.)

UdSSR abbauen. Sozusagen als Vorleistung", als Vorschuß auf die als Ergebnis der Verhandlungen gewünschte „radikale Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen jeder Seite in Europa"[16]).

In der gegenwärtigen, von Spannungen und Mißtrauen geprägten Ost-West-Situation gibt es natürlich eine Reihe skeptischer Fragen und Vorbehalte. Viele fragen gerade angesichts der Kritik an der amerikanischen „Strategie der konstruktiven Zweideutigkeit" (Haig) und dem hochgradig propagandistischen, doppelbödigen Charakter der Reagan-Rede vom 18. November: Wie seriös sind die sowjetischen Vorschläge?

Prüft man die sowjetischen Antworten auf die im Westen vorgebrachten Vorbehalte und Fragen, dann erweist sich das Breschnew-Angebot als bemerkenswert substanziell und konkret. Einige Beispiele:

– *Gefragt wird:* Ist der Moratoriums-Vorschlag nicht nur ein Trick, um die sowjetische Überlegenheit (SS-20) auf Dauer festzuschreiben und den Westen an einer Wiederherstellung des Gleichgewichts zu hindern?

Dazu wäre zu sagen: Das Moratorium soll lediglich für die Zeit der Verhandlungen gelten – hätte der Westen es bereits 1979 angenommen, gäbe es ca. 150 SS-20 weniger; auch heute trifft ein Moratorium weniger die NATO als die Sowjetunion, die im Übrigen bereits deutlich ihre Bereitschaft erklärt hat, nicht nur zu stoppen, sondern abzubauen, und zwar „nicht Dutzende, sondern Hunderte Waffeneinheiten dieser Klasse (d.h. nukleare Mittelstreckenwaffen)"[16]) Was das Gleichgewicht angeht, so stehen nach sowjetischer Rechnung heute – ohne „Nachrüstung" – auf beiden Seiten je etwa 1000 atomare Mittelstreckenwaffen; bei der Zahl der Sprengköpfe sei der Westen sogar um die Hälfte stärker als die Sowjetunion[17]). Die NATO sieht dies anders. Klarheit können hier nur die Verhandlungen selbst schaffen.

– *Weiterhin wird gefragt:* Wird die Sowjetunion etwaige Zugeständnisse nicht einfach unterlaufen, indem sie andere Waffen an die Stelle der abgebauten SS-20 setzt, etwa nach Westen vorgeschobene atomare Kurzstreckenraketen (in der DDR oder CSSR)? Lehnt Moskau nicht die Null-Lösung ab?

In Breschnews Bonner Tischrede heißt es dazu: „Wenn sich unsere Partner bereit zeigen, eine Einigung über den *völligen* Verzicht beider Seiten – des Westens und des Ostens – auf alle Arten nuklearer Mittelstreckenwaffen, die auf Objekte in Europa zielen, einzugehen, so sind wir auch dafür. Wir sind überhaupt dafür, daß Europa letztlich frei von *Kernwaffen jeder Art* wird, seien es Mittelstrecken- oder taktische Waffen. *Das wäre eine echte Null-Lösung."* (Hervorh. v. Verf.)

– *Schließlich fragen manche:* Würde ein Abzug aller Atomwaffen aus Europa die Bedrohung des Westens nicht eher steigern, weil der Westen konventionell unterlegen ist?

16) Vgl. den Text der Tischrede Breschnews vom 23. November 1981 im Dokumententeil dieses Heftes.
17) Vgl. Breschnews „Spiegel"-Interview (Anm. 15), S. 46 f.

Breschnew hat im Hinblick auf derartige Befürchtungen bereits im März 1979 vorgeschlagen, daß die Teilnehmerstaaten der KSZE vereinbaren, *auch konventionelle Waffen* gegeneinander nicht als erste einzusetzen: „Mit anderen Worten, es gilt eine Art Nichtangriffspakt zwischen den Teilnehmern der gesamteuropäischen Konferenz abzuschließen"[18]). (Schon 1976 hatte die Sowjetunion – vergeblich – einen vertraglichen Verzicht der KSZE-Staaten auf den Ersteinsatz von Atomwaffen vorgeschlagen; die NATO blieb aber bis heute bei der erklärten Absicht, ihrerseits gegebenenfalls den Ersteinsatz von Atomwaffen anzudrohen.)

– Aber sperrt sich Moskau nicht gegen eine wirksame *Kontrolle,* ohne die Vereinbarungen in Genf, wie Reagan betont hat, nicht zustandekommen werden?

In seinem „Spiegel"-Interview erklärte Breschnew dazu: „Einiges zur Frage der Kontrolle. In Washington wird mit Vorliebe verkündet, Abkommen zur Rüstungsbegrenzung müßten einer sorgfältigen Kontrolle zugänglich sein. Wer hat denn etwas dagegen? Auch wir wollen sicher gehen, daß die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen erfüllen. Daher sind wir in nicht geringerem Maße als die USA – vielleicht sogar noch mehr – an einer Kontrolle interessiert. Werden doch in den USA allen Ernstes Pläne verschiedener Art erwogen, interkontinentale Raketen sicherer zu verstecken und sie der Kontrolle durch technische Mittel der anderen Seite zu entziehen. Nicht in der Sowjetunion, sondern in den USA werden Varianten eines Präventiveinsatzes von Kernwaffen unter Ausnutzung des Überraschungseffekts durchgespielt. Unsere Position ist der Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen. Sie resultiert aus der allgemeinen Haltung zum Kernwaffenkrieg als einer Katastrophe, die nicht zugelassen werden kann. Wir verfügen ebeso wie die USA über Erfahrungen bei der Kontrolle der SALT-I-Vereinbarungen. Wir sind überzeugt, daß die eigenen Mittel des jeweiligen Vertragspartners die erforderliche Kontrolle gewährleisten. Die Leistungsfähigkeit dieser Beobachtungsmittel, unter anderem der Weltraumtechnik, wird kontinuierlich verbessert, so daß die Einsatzmöglichkeiten eigener Kontrollmittel zunehmen. Das ist der amerikanischen Administration sehr wohl bekannt. Wird aber Vertrauen auf Gegenseitigkeit erreicht, können auch andere Formen der Kontrolle entwickelt werden. Doch unter allen Umständen müssen eigene Kontrollmittel Priorität besitzen, denn sie entsprechen besser den Sicherheitsinteressen des Staates."[19])

Neben dem Vorschlag für ein Moratorium bei dem eurostrategische Waffen und dem Angebot einseitiger SS-20-Reduzierung „auf Vorschuß" hat Breschnew, anders als bisher Reagan, eine ganze Reihe weiterer Vorschläge entwickelt, die insgesamt schon ein recht detailliertes Abrüstungsprogramm ergeben, ohne ein Eingehen auf Wünsche der anderen Seite – nach Begrenzung oder Erweiterung des Verhandlungsgegenstandes, rascherem oder schritt-

18) Vgl. W. Sagladin, V. Falin, D. Ustinov, Angebote zum Frieden, Frankfurt/M. 1981, S. 17.
19) A.a.O., S. 58.

weisem Vorankommen – zu verbauen. Einige weitere sowjetische Vorschläge:

– „Mit aller Verantwortung kann ich erklären, daß die Sowjetunion unter keinen Umständen Kernwaffen gegen Staaten einsetzen wird, die auf die Produktion und Anschaffung solcher Waffen verzichten und sie nicht auf ihrem Territorium stationiert haben. Wir sind bereit, das jedem Land, ohne auch nur eine einzige Ausnahme, vertraglich zu garantieren."[20])

– „Wir schlagen vor, die Einstellung nicht nur jeglicher Tests, sondern auch der weiteren Produktion von Kernwaffen zu vereinbaren, um deren Vorräte zu begrenzen und später völlig zu liquidieren."[21]) Dieser Vorschlag korrespondiert mit Überlegungen, wie sie in den USA u. a. George Kennan entwickelt hat – oder Uta Ranke-Heinemann in einem an Reagan und Breschnew gerichteten Brief – oder jüngst der Weltkirchenrat bei seinem Amsterdamer Hearing über Atomwaffen.

– „Wir schlagen vor, die Entwicklung und den Bau jeglicher neuer Arten von Massenvernichtungswaffen vertraglich zu verbieten."[22])

– „Die Sowjetunion setzt sich konsequent für die *Weiterführung des SALT-Prozesses* und für eine wirkliche Begrenzung *und Reduzierung* strategischer Waffen auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit ein."[23])

– „Wenn sich in dem einen oder anderen Teil Europas eine Möglichkeit ergibt, eine *kernwaffenfreie Zone* zu schaffen, wird die UdSSR die praktischen Schritte in dieser Richtung aufs tatkräftigste unterstützen."[24])

– Ehe Reagan ihn dazu „dringend aufforderte" (s. o.), hatte Breschnew schon in seinem „Spiegel"-Gespräch die positive Haltung der Sowjetunion zur Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz deutlich formuliert: „Wir in der Sowjetunion möchten darauf hoffen, daß die konjukturbedingten propagandistischen Motive, von denen sich einige Delegationen auf dem Madrider Treffen leiten lassen, die grundlegenden Bedürfnisse der Zusammenarbeit nicht in den Hintergrund drängen und daß es gelingt, die Einberufung einer europäischen Konferenz über Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens, über Sicherheit und Abrüstung in Europa zu vereinbaren"[25]).

Ein Vergleich der Breschnew'schen Vorschläge mit Reagans – bisher einziger – Rede zur Abrüstungsfrage erweist sich als aufschlußreich. Während die sowjetische Seite konkrete Verträge, Vereinbarungen und – auch einseitige – Verpflichtungen vorschlägt, dabei auch auf die Sicherheitsinteressen der westlichen Seite einzugehen versucht und eigene Leistungen anbietet,

20) „Spiegel"-Interview (Vgl. Anm. 15), S. 39.
21) Ebd.
22) „Spiegel"-Interview (Vgl. Anm. 15), S. 39.
23) Ebd., S. 58; Hervorh. v. Verf.
24) Ebd., S. 63; Hervorh. v. Verf.
25) Ebd., S. 60

spricht Reagan lediglich ganz pauschal von „Reduzierung" *statt* „Begrenzung" (als ob das eine Alternative wäre!) und meint dabei, wenn man genauer hinschaut, immer und ausschließlich Reduzierungen auf der anderen, der sowjetischen Seite. Was die amerikansiche Seite betrifft, so droht der Präsident gelassen mit einem neuen, angeblich nur für die UdSSR, nicht auch für die USA selbst ruinösen Wettrüsten und geht bekanntlich bereits auf allen Ebenen massiv an seine Verwirklichung.

Glaubwürdiger ist die sowjetische Verhandlungsbereitschaft aber auch deshalb, weil sie nicht plötzlich – wie das berühmte Kaninchen aus dem Hut – vor Bonn und Genf zutagegetreten, sondern seit Jahren kontinuierlich weiterentwickelt worden ist. So hat Breschnew ja bekanntlich schon vor dem NATO-Beschluß, am 6. Oktober 1979 und davor schon am 2. März 1979, Verhandlungen über die eurostrategischen Waffen und sowjetische Vorleistungen angeboten (sowie vorher wiederholt bei SALT I und SALT II). Auch der Moratoriumsvorschlag ist schon im Herbst 1979 und dann mehrfach modifiziert unterbreitet worden (also kein Trick, um den jetzigen SS-20-Stand zu konservieren, denn 1979 gab es erst wenige dieser Raketen).

Vor allen Dingen aber ist die Sowjetunion im Unterschied zu den USA – dagegen in ähnlicher Weise wie die Bundesrepublik – unmittelbar und existentiell betroffen von den Ergebnissen der Genfer Verhandlungen. Die USA meinen, Genf getrost scheitern lassen zu können, ohne daß dadurch eine einzige sowjetische Rakete mehr als bisher sie bedroht, da ja 300, 400 oder mehr SS-20 Amerika ebensowenig erreichen wie null SS-20. Für die Sowjetunion sieht das ganz anders aus: Hunderte neuer US-Raketen, mit denen die USA sie direkt von Westeuropa aus zusätzlich bedrohen können – an der Verhinderung dieser Gefahr und am Erfolg dieser Verhandlungen dürfte Moskau also vital interessiert sein – nicht weniger als unserer Regierung es sein sollte, denn für die Bundesrepublik ergäbe sich ja, wenn Washingtons Pläne Wirlichkeit werden, doppelte Lebensgefahr: Jede Pershing II, jede Cruise Missile ist nach der Logik des Abschreckungs- und Vergeltungssystems ein Atomziel erster Ordnung, für Präventiv- und Vergeltungsschläge der einen oder der anderen Seite; eine riskantere Geiselrolle, als sie nicht nur die Bevölkerung der Stationierungsregionen, sondern ganz Mitteleuropa zugedacht ist, kann man sich schwerlich ausdenken.

III. Die Haltung der Regierung Schmidt/Genscher und die Friedensbewegung

Wie vernünftig und wie glaubwürdig ist die Haltung der Bonner Regierung, wie sie in der Reaktion auf Reagans „Friedensrede", Breschnews Bonn-Besuch und den Verhandlungsbeginn in Genf zum Ausdruck kommt?

Stutzig macht, daß Schmidt und Genscher offenbar auch bei 250 SS-20 die Bedrohung durch diese sowjetischen Raketen weiterhin durchaus nicht so ernst nehmen, wie man nach ihren Reden glauben müßte:

– Nach wie vor lehnt Bonn ein Moratorium ab, das doch immer noch das prompteste Mittel wäre, die SS-20 zunächst zu stoppen und von einem niedrigeren Sockel aus, also wohl auch mit niedrigeren Gegenleistungen, herunterhandeln zu können.

– Stattdessen stützt Bonn die US-Verhandlungsposition, die, wenn sie nicht unter dem Druck der Friedensbewegung bzw. der von ihr bedrängten Bonner und anderen NATO-Partner geändert wird, zu *mehr* Raketen auf beiden Seiten, aber eben nicht zur Beseitigung, sondern zu einer Doppelung der atomaren Bedrohung unseres Landes führen wird!

Daß die Sowjetunion einen Atomkrieg wünsche, glaubt Bonn erklärtermaßen nicht, und es hätte auch wenig Grund dazu, wie Kapitel II gezeigt haben dürfte.

So demonstrierte die Haltung der Bundesrepublik gegenüber Breschnew und Gromyko bei ihrem Bonn-Besuch noch einmal ganz deutlich den tiefen Widerspruch aus dem sie sich seit dem NATO-Beschluß noch nicht wieder hat befreien können: Zwar unterschreibt Schmidt im Abschlußkommunique erstmals seit zwei Jahren wieder den Satz, daß es zur Politik der Entspannung keine vernünftige Alternative gebe – aber in der Hauptfrage, mit der der Besuch sich auseinanderzusetzen hatte, nämlich wie man aus der fatalen „Nachrüstungs"-Falle wieder herauskommen könne, läßt er die führenden Männer der anderen Weltmacht geradezu demonstrativ gegen eine Wand laufen. In der Rolle, die der Bundeskanzler selbst gerne als „Dolmetscher-Funktion" gewürdigt sehen möchte, erschien er in Wirklichkeit eher als die „Stimme Amerikas" – und entsprechend schulterklopfend reagierten genau jene, die den zitierten Satz über die Unverzichtbarkeit der Entspannung noch nie unterschreiben mochten, von Reagan bis zur CDU und Springers „Bild"-Zeitung, letztere mit der Schlagzeile: „Schmidt steht wie 'ne Eins".

Von der gemeinsamen Betroffenheit sowohl der sowjetischen wie der deutschen Seite im Falle eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen und einer Verwirklichung der amerikanischen Stationierungspläne war da auf deutscher Regierungsseite nichts zu spüren. Schmidt sprach zwar in seiner Tischrede von einer „umfassenden politischen Sicherheitspartnerschaft", aber in der Sache erwies er sich wiederum als Gefangener der – seinerzeit unter seiner maßgeblichen Mitverantwortung – mit dem NATO-Beschluß installierten amerikanischen „Nachrüstungs"-Falle. Es wurde zum Greifen deutlich, daß ohne eine Abkehr vom „Doppelbeschluß", der Bonn und andere westeuropäische Regierungen auf Gedeih und Verderb an die Strategie Amerikas, wie lebensgefährlich diese auch immer sein möge, fesselt, eine wirkliche Sicherheitspartnerschaft in Europa blockiert bleibt. Dabei sind es die Europäer aus West und Ost, die Sowjetbürger eingeschlossen, die angesichts der Gefahr eines „begrenzten" Atomkrieges in der Tat sicherheitspolitisch „in einem Boot sitzen" – und eben gerade nicht Westeuropäer und Amerikaner. Hier wäre das Wort „Schicksalsgemeinschaft" eher am Platz als in Genschers ominöser Formel von der „atlantischen Schicksalsgemeinschaft", die an deutsche

„Nibelungengetreue" unseligen Angedenkens, diesmal zu Reagans USA, erinnert!

Die festgefahrene Position der Bundesregierung, das Auftrumpfen der Reagan-Lobby von Washington bis München und der geradzu erschreckend leichtfertige Umgang mit vielleicht unwiderruflich ablaufender Verhandlungszeit und Verhandlungsangeboten – das alles läßt keinen Zweifel zu: Die Friedensbewegung kann jetzt alles andere tun als die Hände in den Schoß legen! Wer sonst vertritt denn heute, auch gegenüber Genf, *unsere* nationalen und europäischen Interessen mit dem gebotenen Nachdruck, ohne bei jedem Schritt ängstlich nach Washington zu schielen? Es ist gut, daß Ost und West jetzt in Genf wenigstens wieder miteinander sprechen – aber angesichts der Ausgangspositionen liegt auf der Hand, daß es zu Ergebnissen nur unter verstärktem und anhaltendem Druck der Friedensbewegung, der europäischen wie der amerikanischen, kommen kann.

Die Bewährungsprobe dieser Bewegung wird sein, ob sie ihre Energien auch weiterhin auf die strategische Schlüsselfrage – den politischen und sozialen Widerstand gegen den „Nachrüstungs"-Beschluß – konzentrieren und weiter verstärken kann, denn dieser Konzentration auf das Wesentliche und Verbindende, die Verhinderung einer akuten und folgenschweren Verschlechterung der Lage, verdankt die neue Friedensbewegung ihrer Anziehungs- und Durchsetzungskraft. Und es wird keine Null-Lösung geben, die diesen Namen verdient, wenn nicht zunächst die weitere Vermehrung der *vorhandenen* Raketenbestände auf *beiden* Seiten gestoppt, also auf die Zuwachsrate „Null" gebracht wird. Den Stopp *jeglicher* „Nachrüstung" im Verhandlungsbereich zu erzwingen – das hieße zugleich, den Einstieg in eine wirkliche Null-Lösung schaffen, also in einen Prozeß, der beide Teile Europas von atomaren Waffen aller Art und Reichweiten befreien und zu einem Modell für weltweite Abrüstung machen wird.

Gerhard Kade

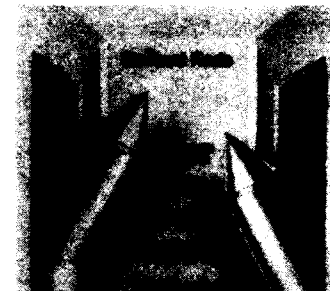
Wer bedroht uns?

SS 20 · Pershing II/Cruise Missiles

prv-aktuell. Kleine Bibliothek Band 243

140 Seiten, DM 9,–

Das Buch gibt eine allgemeinverständliche Einführung in die Auseinandersetzung um den „Nato-Nachrüstungsbeschluß" und setzt sich in einem Argumente-Gegenargumente-Katalog Punkt für Punkt mit den Auffassungen der Bundesregierung auseinander. Im zweiten Teil wird die Sicherheitsdoktrin der Bundesregierung und der Nato in Frage gestellt, ein Land wie die Bundesrepublik z. B. sei über atomare „Verteidigungsfähigkeit" zu schützen. Dieser Mythos, meint der bekannte Friedensforscher, könne Illusionen nähren, die verhängnisvolle Folgen haben könnten. Den dritten Teil bildet ein Thesenkapitel, das die Kritik an der „Nachrustungs"-Politik knapp und übersichtlich zusammenfaßt und Grundgerüst für Diskussionsveranstaltungen ist.



Memorandum

an die Außen- und Verteidigungsminister, an die Befehlshaber und Stabsoffiziere der NATO

Von General Gert Bastian, General Johan Christie, General Francisco da Costa Gomes, General Georgios Koumanakos, General M. H. von Meyenfeldt, General Nino Pasti und Admiral Antoine Sanguinetti

Sechs ehemalige Generale und ein Admiral aus sieben NATO-Ländern haben sich aus Anlaß der bevorstehenden Herbsttagung der NATO mit einem Memorandum an die Außen- und Verteidigungsminister sowie an die Kommandeure und Stabsoffiziere des Bündnisses gewandt. Der Text des Memorandums wurde am 25. November 1981 auf einer internationalen Pressekonferenz in Den Haag von den Generalen Bastian, Koumanakos, von Meyenfeldt, Pasti und Admiral Sanguinetti vorgelegt. Ein Teil der Verfasser ist bereits in dem vielbeachteten Interview-Band „Generale für den Frieden", Köln 1981, mit schwerwiegenden Einwänden gegen die derzeitige NATO-Politik an die Öffentlichkeit getreten. Die autorisierte deutsche Übersetzung des (englischsprachigen) Memorandums, das in den Medien der Bundesrepublik bisher bezeichnenderweise weitestgehend verschwiegen wurde, veröffentlichen die „Blätter" nachstehend mit freundlicher Genehmigung der Verfasser im vollen Wortlaut. D. Red.

Der Friede ist in Gefahr. Mit großer, berechtigter Sorge blicken die Menschen in Europa und weiten Teilen der Welt auf dieses Ergebnis einer gefährlich zugespitzten Politik der Konfrontation und des Wettrüstens.

In dieser Situation tagen in Kürze die NATO-Führungsgremien, und sie haben Entscheidungen zu treffen.

Es geht dabei um Grundfragen: Wird die gegenwärtige Lage als Folge der unzureichenden Ausgestaltung der Entspannungspolitik oder als Ergebnis ungenügender Rüstungsanstrengungen des Bündnisses bewertet? Wird die Reaktion der NATO darauf bestimmt von entschlossenen Schritten zur kooperativen Regelung strittiger weltpolitischer und kontinentaler Probleme, oder von einem weiteren Ausbau des konventionellen und atomaren Potentials für eine auf militärische Überlegenheit zielende Konfrontationspolitik?

Als ehemalige hohe Offiziere der im NATO-Bündnis stehenden Streitkräfte haben wir, im Bewußtsein unserer menschlichen Verantwortung und militärischen Kompetenz, Veranlassung dies zu sagen: Militärische Überlegenheit als effektives Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen ist angesichts des vorhandenen Potentials sowie der rüstungswirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten in Ost und West für jede Seite illusionär. Ein dritter Weltkrieg als ultima ratio wäre weder zu gewinnen noch regional zu begrenzen. Die ungeheure Vernichtungskraft moderner Waffensysteme bedroht die gesamte Menschheit in ihrer Existenz. Eine Auseinandersetzung, mit diesen Mitteln geführt, würde keinen Sieger, sondern nur Verlierer kennen.

Diese Realität muß in Rechnung gestellt werden. Nur so können tiefgreifende Erschütterungen des Bündnisses vermieden werden. In Übereinstimmung mit der 1974 angenommenen Deklaration über die atlantischen Beziehungen betrachten wir den Nordatlantikvertrag als Grundlage für die Sicherheit der Mitglieder des Bündnisses und ihr Streben nach Entspannung. Im Sinne dieser Vereinbarungen liegt auch die Wahrnehmung einer gleichberechtigten Partnerschaft aller Mitgliedsstaaten, die nicht durch Forderungen nach „Gefolgschaft" entwertet werden darf. Nur eine an den Lebens- und Sicherheitsinteressen *aller* Mitgliedsstaaten orientierte Verteidigungspolitik kann im Rahmen integrierter Streitkräfte erfolgreich sein.

Für einen verantwortungsbewußten Soldaten ist heute die Wahrnehmung seiner militärischen Pflicht von seinem Gewissen nicht zu trennen. Er muß seinem Gewissen folgend handeln, ehe es zu spät ist und ein „Befehlsnotstand" eintritt: Die erste Pflicht des Soldaten in unseren Tagen ist, den Krieg zu verhindern.

Als Offiziere, deren ganzes Leben der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit für die Staaten des Bündnisses gewidmet war, appellieren wir deshalb an die Regierungen unserer Länder, an die Verteidigungsminister, Parlamentarier und an unsere Kameraden im aktiven Dienst,

– die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen zu stellen,
– alles für den Abbau der politischen Spannungen und der militärischen Konfrontation zu tun und
– entschieden gegen alle Versuche zur Erlangung militärischer Überlegenheit und zur Lösung politischer Konflikte mit militärischen Mitteln aufzutreten.

Wir rufen auf zu einer realistischen Überprüfung jener politisch-militärischen Konzeptionen, die das NATO-Bündnis zu einem Instrument riskanter Konfrontationspolitik zu machen drohen, die seinen Zusammenhalt gefährden und es in immer breiteren Bevölkerungskreisen mit Gefühlen der Angst und Gefahr statt der Gewißheit militärischer Sicherheit in Verbindung bringen.

I. Die NATO zu den Fragen unserer Zeit

1. Was bedroht uns?

Alljährlich bekräftigt die NATO in den Tagungsprotokollen ihrer Führungsgremien, daß die sowjetische Rüstung „weit über die Verteidigungserfordernisse hinausgehe". Bereits bei der Beurteilung dieser „sowjetischen Verteidigungserfordernisse" werden nicht selten falsche Ausgangswerte angenommen, indem das Konfrontationsspektrum dieses sich über zwei Kontinente erstreckenden riesigen Landes auf den europäischen Befehlsbereich der NATO zurückgeschnitten wird. Weit schlimmer wirken sich in unserer Lagebeurteilung politische Voreingenommenheit und Wunschdenken aus. Der Umstand, daß das sowjetische Gesellschaftssystem unseren westlichen Wertvorstellungen nicht entspricht, darf kein Anlaß sein, diesem Land für sein Verhalten in den internationalen Beziehungen von vornherein Unaufrichtigkeit zu unterstellen und es als bedrohlichen *militärischen* Feind aller nichtkommunistischen Länder zu verteufeln. Ist es nicht viel eher so, daß die sowjetischen Führer nichts mehr fürchten, als daß Wettrüsten und Krieg ihre ehrgeizigen politischen und wirtschaftlichen Absichten verhindern könnten?

Wir sorgen uns keineswegs um das Ansehen jenes Landes. Es ist allein Angelegenheit der Sowjetunion, ihr politisches Erscheinungsbild auf der internationalen Bühne zu

vertreten; was uns bewegt, ist eine Konzeption, wonach dies politische Feindbild zur Rechtfertigung und Grundlage einer Konfrontationspolitik zwischen zwei Weltmächten und zwischen den beiden mächtigsten Militärblöcken der Gegenwart dient. Wir sind in Gefahr, Opfer einer in dieser Weise nicht existierenden Bedrohung zu werden. Es ist hohe Zeit, unsere reale Situation zu erkennen, zu begreifen und zu steuern.

Uns bedroht:
– Ein Feindbild, das die Menschen dem Friedensgedanken entrückt, sie auf konfliktbetonte und kriegsnahe Denk- und Verhaltensweisen festlegt und damit für ein kooperatives Zusammenleben aller Völker untauglich macht.

– Eine ins Abenteuerliche abgleitende Politik, die die internationalen Beziehungen nur am eigenen Vorteil mißt und Chancen zu Verhandlungen über die Lebensfragen unserer Zeit nicht erkennt oder ausschlägt.

– Unser Unverständnis gegenüber den Interessen der Länder der 3. Welt, ihrem Unabhängigkeitsstreben und ihrem berechtigten Anspruch auf wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Aufstieg und nationales Prestige, das Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten einschließt.

– Überheblichkeit gegenüber den sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen in unseren Ländern, die die ganze Last inflationärer Preisentwicklung, der Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Massenkriminalität erdulden müssen und deren Verständnis dafür erschöpft zu sein scheint, daß statt Besserung ihrer Lage, weiterhin die dafür erforderlichen Mittel in die Rüstung fließen.

Es bleibt zu befürchten, daß auch die bevorstehende Zusammenkunft der NATO-Führungsspitzen dieser Lage wenig Aufmerksamkeit schenkt und weiterhin von einem Bedrohungsbild ausgeht, das auf politischer Voreingenommenheit und sachlicher Ungenauigkeit fußt und für die praktische Politik unseres Bündnisses eine irreführende und daher gefährliche Entscheidungshilfe wäre.

2. *Nukleares Rüsten bis zum atomaren Kollaps?*

Die Kernwaffenarsenale der NATO und der Sowjetunion sind übervoll. Das Detonationsäquivalent der Atomwaffen reicht aus, alles Leben auf unserer Erde nicht nur einmal, sondern viele Male zu vernichten. Jede Seite verfügt über die Mittel, dem potentiellen Gegner im Falle eines Angriffs einen vernichtenden Gegenschlag zu versetzen. Diese Fähigkeit hat bisher die politischen und militärischen Möglichkeiten beider Seiten begrenzt und sie der Rationalität des Überlebens unterworfen.

Diese Lage sollte durch Vereinbarungen zur Begrenzung strategischer Rüstungen bewahrt und später auf ein niedrigeres Niveau der nuklearstrategischen Konfrontation geführt werden. Das hätte auch eine Reduzierung der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa ermöglicht und dem Sicherheitsbedrüfnis der Menschen in West- und Osteuropa entsprochen. Doch bereits lange vor dem Eingreifen der Sowjetunion in Afghanistan wurde deutlich, daß die maßgeblichen politischen Kreise der USA das SALT-II-Abkommen nicht ratifizieren wollten. Sie brachen den SALT-Prozeß faktisch ab. Enorme Rüstungsprogramme wurden verabschiedet. Vorstellungen über eine Begrenzung der Rüstungen dagegen ließen auf sich warten. Der Dialog zwischen den USA und der Sowjetunion kam faktisch zum Erliegen; Washington brauchte mehr als ein halbes Jahr, um einen Botschafter für Moskau zu nominieren. Statt stabilisierender vertraglicher Vereinbarungen nahmen die USA – sogar mit Unterstützung einiger

westeuropäischer Politiker – Kurs auf die Einführung neuer Kernwaffensysteme im strategischen Bereich, bei den Gefechtsfeld- und taktischen Kernwaffen.

Die Dislozierung der MX- und Trident-II-Raketensysteme zielt nach Einschätzung kompetenter Gremien in den USA auf eine Möglichkeit der Erstschlagskapazität ab, also auf die Fähigkeit, sowjetische Raketen und Kommandozentralen zu zerstören und unter Ausnutzung eines Überraschungsmoments selbst den strategischen Nuklearkrieg zu „gewinnen".

Der am 12. Dezember 1979 in der NATO gefaßte Beschluß zur Stationierung neuer Systeme mittlerer Reichweite in Westeuropa – der sogenannte Doppelbeschluß – verfolgt die gleiche Zielstellung bei verlagertem Risiko. Die ICBM-Sprengköpfe der USA brauchen 30 Minuten, um ihre Ziele innerhalb der Sowjetunion zu erreichen, was den Einsatz der sowjetischen ICBM ermöglicht, ehe sie am Boden von den ankommenden Sprengköpfen der USA vernichtet werden. Die Pershing II benötigen nur 5 bis 6 Minuten, um die sowjetischen politischen und militärischen Kommandozentralen sowie deren Verbindungswege zu zerstören. Damit wird jegliche sowjetische Reaktion zumindest für jene 30 Minuten unmöglich gemacht, die die anfliegenden ICBM-Sprengköpfe der USA benötigen. So machen die Pershing II den „begrenzten Kernwaffenkrieg" möglich. Sie haben nichts mit einer Reaktion auf die sowjetischen SS-20 zu tun. Was die Cruise Missiles betrifft, so machen ihre geringe Größe und die Flexibilität ihrer Startrampen es nahezu unmöglich, irgendein zukünftiges Abkommen über ihre Begrenzung zu kontrollieren.

Schon wird darüber gesprochen, daß die gleichen Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles, die für Westeuropa vorgesehen sind, auch in Japan, in Südkorea und auf mobilen Basen stationiert werden sollen. Eine solche Einkreisung mit nuklearen Trägersystemen zwar mittlerer Reichweite, aber eindeutig strategischer Funktion, kann und wird die Sowjetunion ebensowenig hinnehmen, wie die USA und Präsident Kennedy sich mit der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Cuba abfanden.

Auch der Beschluß zur Aufnahme der Produktion von Neutronenwaffen entspricht dieser Strategie. Wer glaubt, mit Neutronenwaffen sowjetische Panzerverbände vernichten zu können wie man Fliegenschwärme mit einem Insektenspray vertreibt, gibt sich einer gefährlichen Selbsttäuschung hin. Neutronenwaffen sind und bleiben Kernwaffen. Wer sie einsetzt, beginnt einen Kernwaffenkrieg mit all seinen absehbar verheerenden Folgen.

Die Entwicklung und Einführung dieser neuen Kernwaffensysteme ist besonders gefährlich, weil sie mit der klaren Absicht des Ersteinsatzes von Kernwaffen auch gegenüber Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, gekoppelt ist. Diese Politik stellt für alle Schwellenmächte eine direkte Aufforderung zur Herstellung eigener nuklearer Kampfmittel dar, ganz abgesehen davon, daß die Sowjetunion versucht sein könnte, ihre Verbündeten damit auszurüsten.

Auch Gefahren eines beabsichtigten oder unbeabsichtigten Kernwaffenmißbrauchs, tragischer Unfälle oder schwerwiegender Computerpannen sind nicht zu übersehen. Das Schlimmste jedoch ist, daß wir uns in einen nuklearen Rüstungswahn steigern, der unausweichlich in einer Katastrophe enden muß.

Dieses Verhalten ist in höchstem Maße irrational. Die in den USA getroffenen Entscheidungen und geplanten Maßnahmen schaffen Gefahren, die für Europa nicht akzeptabel sind. Niemand in Westeuropa glaubt ernsthaft, daß Sicherheit unter den ge-

genwärtigen Bedingungen atomar errüstet werden kann. Statt dessen sehen wir mit einer tiefen Sorge, wie wir darangehen, unsere Sicherheit zu zerrüsten.

3. Können wir unbegrenzt rüsten?

Auch vor der diesjährigen Herbsttagungsserie der NATO gibt es keinerlei Anzeichen dafür, die mit dem 1978 beschlossenen Langzeitprogramm eingeleitete neue Phase intensiven Rüstens zu stoppen. Vielmehr setzte Präsident Reagan mit seiner rüstungswirtschaftlichen Kampfansage an die Sowjetunion vom September 1981 auch den Verbündeten ein Signal, dem amerikanischen Beispiel zu folgen und ihre Rüstungsanstrengungen zu mehren. Erhöhten sich bei Zugrundelegung einer 3% jährlichen Steigerungsrate die Verteidigungsausgaben des Bündnisses von 104,2 Mrd. $ 1970 auf 218,1 Mrd. $ 1980, so legt die USA-Regierung ihren jetzigen Planungen eine 7% jährliche Erhöhung zugrunde. Damit werden allein die Vereinigten Staaten 1982 222,2 Mrd. $ für militärische Belange verausgaben.

Die Rüstungslogik früherer Jahrzehnte, wonach mehr Wehrpotential einen Zuwachs an nationaler Sicherheit implizierte, gilt jedoch nicht mehr. Mehr Sicherheit läßt sich heute nur noch aus Rüstungsreduzierung gewinnen. Diese Umkehr ist kein leichter Prozeß, aber machbar. Der Entschluß erfordert nicht weniger politische Klugheit, staatsmännische Kunst, Mut und kultivierten Führungsstil, als seinerzeit die Konzeption für den Einsatz militärischer Macht zur Wahrung der nationalen Unabhängigkeit, staatlicher Souveränität und Freiheit.

Neue Bedingungen verlangen neue Lösungen. Wir wiederholen: Unsere NATO-Gremien stehen vor der Entscheidung, mit aller Konsequenz den Weg der Rüstungsreduzierung zu beschreiten und Sicherheit für unsere Völker zu gewinnen oder am bisherigen Aufrüstungskonzept festzuhalten, das die gesellschaftlichen Entwicklungsprogramme in unzulässiger Weise beschneidet, das Konfliktpotential und damit Kriegsgefahren mehrt.

Wir empfehlen die erste Variante. Wir halten sie für militärisch vertretbar und einen Akt politischer Vernunft.

4. Verschärfung der Konfrontation oder Verhandeln mit der Gegenseite

Wer den Kalten Krieg mit seinem für den Westen wenig ermutigenden Ausgang, mit seiner Orientierung auf Embargolisten und Boykottdrohungen, mit seiner durchgängigen politischen Konfrontationsstruktur in Erinnerung hat, kann nicht wünschen, daß sich das schon einmal Erlebte in unseren Tagen wiederholt. Der Kollisionskurs gegenüber der UdSSR und ihren Verbündeten hat die NATO und den Westen insgesamt seinerzeit nicht stärker gemacht. Auch gegenwärtig gibt es keinen Grund zu glauben, daß wir mit einer Politik der Untergrabung der Beziehungen zur UdSSR einen Beitrag zu unserer eigenen Sicherheit leisten. Dennoch hat sich die US-Regierung entschlossen, einen solchen Weg zu beschreiten, der UdSSR mit Konfrontationen auf militärischem, politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet entgegenzutreten. Ihr Druck auf die anderen Staaten der Allianz, diesem Kurs zu folgen, ist von beträchtlicher Stärke. Es gibt jedoch keine Bündnisklausel des NATO-Vertrages, wonach einer oder mehrere Partner, auch wenn es sich um die anerkannte militärische Vormacht dieses Bündnisses handelt, NATO-Interessen im eigenen nationalen Interesse und nach aktueller Situation allein definieren darf.

Jedes souveräne Mitglied der Allianz – und ohne diese Souveränität wäre das Bündnis seiner Stärke beraubt – muß jederzeit zu fragen bereit sein, ob es dem Auftrag des NATO-Bündnisses wirklich entspricht, was ihm an Verpflichtungen auferlegt wird, oder ob die zumutbaren Ausweitungen überschritten werden. Uns scheint die Grenze – auch für die Führungsmacht – erreicht.

Einflußreiche Kräfte in den USA tun so, als ließen sich politische Interessen, weltweite Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, kulturelle Verbindungen, menschliche Begegnungen nur noch mit militärischer Präsenz im Ausland und unbeschränktem Wettrüsten sichern.

Alle NATO-Mitglieder haben die Schlußakte der KSZE unterzeichnet. NATO-Staaten schlossen zahlreiche bilaterale Verträge mit Staaten des östlichen Bündnisses. Diese Verträge werden wenig genutzt. Sie werden entweder „lustlos verwaltet" oder sie werden, wie es die USA mehrmals praktizierten, einfach gebrochen.

Soll und kann man so selbst auf politische und militärische Schritte der UdSSR reagieren, die nicht zu billigen sind? Glauben wir wirklich, mit politischen und ökonomischen Sanktionen unsere Sicherheit zu erhöhen und auf einen Zustand des Friedens hinwirken zu können? Der Unterstaatssekretär für sowjetische und osteuropäische Fragen im State Department, John D. Scanlan, behauptet: „Der Handel gehört zu unseren stärksten Druckmitteln, um das sowjetische Verhalten zu beeinflussen."

Alle Erfahrung besagt jedoch: Ob ein Staat sich im Recht oder Unrecht sieht – auf Sanktionen reagiert eine große und selbstbewußte Macht immer noch mit Trotz und Widerstand, keinesfalls aber mit Nachgiebigkeit.

Politisches Abenteurertum mag zu der Idee verführen, den Druck auf die UdSSR militärisch, ökonomisch, politisch und psychologisch so zu steigern, daß sie total isoliert wird und zusammenbricht. Realisierbar ist eine solche Idee nicht.

Besser wäre es, an die vorhandenen positiven Erfahrungen in den Ost-West-Beziehungen anzuknüpfen. Auch in jüngerer Zeit hat sich erwiesen, daß vernünftige Gespräche, wie sie westeuropäische Regierungen mit der UdSSR führen, höher als die Strategie der Konfrontation zu bewerten sind.

Schon im Harmel-Bericht vom Dezember 1967 heißt es über die künftigen Aufgaben der Allianz: „Der Weg zu Frieden und Stabilität in Europa beruht vor allem auf dem konstruktiven Einsatz der Allianz im Interesse der Entspannung. Die Beteiligung der UdSSR und der Vereinigten Staaten wird zur wirksamen Lösung der politischen Probleme Europas erforderlich sein."

Gibt es einen Grund, von dieser Linie abzuweichen? Auch heute erheben sich gewichtige Stimmen, die für Gegenwart und Zukunft ihrer Länder und damit auch der Allianz keinen Grund für eine Wende von der Entspannung zur Konfrontation sehen.

Der erfahrene US-Politiker George F. Kennan mahnt: „Wenn die Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses überhaupt aufzuhalten und umzukehren ist, dann nur dadurch, daß mit Moskau geredet wird." Und offenbar in klarer Kenntnis des politischen Kurses, der gegenwärtig in Washington gesteuert wird, fügte er hinzu: „Ich sehe niemanden außer den europäischen NATO-Partnern, der solche Kommunikation derzeit leisten könnte."

5. Die Haltung gegenüber den Entwicklungsländern

Der Standpunkt der NATO-Staaten gegenüber den Entwicklungsländern kann nicht allein durch die Zwänge der Versorgung der Industrienationen mit Rohstoffen und Energieträgern bestimmt werden. Er muß auch die Glaubwürdigkeit unseres Bekenntnisses zu Freiheit, Souveränität und Menschenwürde einschließen.

Trägt es zur Ausformung eines realistischen Standpunktes bei, alle sozialen und politischen Entwicklungsprozesse, die unseren Auffassungen und Interessen nicht von vornherein entsprechen, als das Werk sowjetisch-kubanischer Infiltration und als Auswüchse eines internationalen Terrorismus zu betrachten? Warum sollten wir vergessen, daß es derartige Entwicklungen bereits lange vor dem Entstehen der Sowjetunion gegeben hat und daß ihnen eine eigenständige, durch soziale wie nationale Interessen beeinflußte Dynamik innewohnt! Um die gewaltigen ökonomischen und politischen Potenzen der Staaten des NATO-Bündnisses im Sinne einer konstruktiven Gestaltung der Beziehungen zu den Entwicklungsländern erfolgreich einzusetzen, bedarf es realistischer Konzeptionen, die den sozialen Problemen, nationalen Interessen und Souveränitätsrechten dieser Staaten Rechnung tragen. Die Ursachen sowjetischer Erfolge in der 3. Welt sind augenscheinlich nicht so sehr in überlegenen ökonomischen oder militärischen Potenzen der Sowjetunion zu suchen. Sie scheinen vielmehr in erfolgreichen politischen Aktionen, in der Handhabung tauglicher Konzeptionen zu liegen.

Anstatt den Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung entgegenzukommen und sie vorteilhaft und perspektivreich in unser Wirtschaftssystem zu integrieren, vergeuden wir die dafür erforderlichen Mittel in Militärausgaben. Anstatt den berechtigten Forderungen nach ökonomischer und politischer Selbständigkeit dieser Staaten Rechnung zu tragen, verbünden wir uns mit Terrorregimen, nennen sie schamhaft „autoritär" und diffamieren so unseren Anspruch auf Freiheit, Menschenrechte und Souveränität.

Ergebnis und Folge einer solchen Politik ist der Zwang zu immer stärkerem Einsatz militärischer Macht. Die Errichtung immer neuer Militärstützpunkte und die Koordination und Unterstützung militärischer Aktionen in der NATO tendieren dazu, ihren Geltungsbereich auszudehnen und die im Nordatlantikvertrag ausdrücklich genannten Grenzen zu unterlaufen.

Wir sehen mit Bestürzung, wie militärische Pflichten der Landesverteidigung zu einer Neuauflage kolonialer Kriegsführung degenerieren. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn durch die Teilnahme der NATO an militärischen Konflikten in anderen, nicht zum Geltungsbereich des Vertrages gehörenden Gebieten politische und militärische Konsequenzen auf die Lage in Europa und die Sicherheit der westeuropäischen Bündnispartner übergreifen. Zunehmende Rüstungsexporte in Entwicklungsländer lösen kein einziges der in diesen Staaten existierenden Probleme. Insbesondere die gleich- und wechselseitige Aufrüstung der Konfliktparteien im Nahen Osten – die gleichzeitige Lieferung modernster Waffensysteme an Israel und seine arabischen Kontrahenten – ist politisch in höchstem Maße unsinnig und gefährlich. Sie widerspiegelt deutlich den zur Destabilisierung politischer Verhältnisse beitragenden Einfluß rüstungswirtschaftlicher Interessen.

Wir halten es für unsere Pflicht, auf die daraus resultierenden Eskalationsgefahren hinzuweisen.

Die Politik des Bündnisses muß der Tatsache Rechnung tragen, daß die westeuropäischen Staaten von funktionierenden, d. h. friedlichen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit vielen Regionen in stärkerem Maße als die USA abhängig sind. In diesem Bereich ist ihre Sicherheitslage graduell anders als die der USA zu definieren. Vor dem Bündnis steht die Frage, ob durch die Projektion militärischer Macht in andere Regionen Konflikte dauerhaft gelöst werden können oder nicht. Alle bisherigen Erfahrungen – von Südkorea über Südvietnam, Afrika bis Lateinamerika – sprechen nicht dafür. Sie belegen vielmehr, daß eine solche Politik nur geeignet ist, Konfliktstoff anzuhäufen und Widersprüche gefährlich zuzuspitzen. Gerade das aber ermöglicht die Erfolge der Sowjetunion und ihrer Verbündeten und fügt unseren Interessen den größten Schaden zu.

II. Sieben Thesen für eine realitätsbezogene NATO-Politik

1. These: Für politische statt militärischer Lösungen im Ost-West-Konflikt

Seitdem die USA und die UdSSR weitreichende atomare Massenvernichtungswaffen besitzen, seit dem Vorhandensein einer unvorstellbaren overkill-capacity, sind militärische Ansätze für die Lösung von Konflikten in den Ost-West-Beziehungen unrealistisch. Der Grundsatz, den Krieg als eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln anzusehen, hat im atomaren Zeitalter seine Bedeutung verloren. Ihn anzuwenden hieße, die Menschheit in das Inferno einer apokalyptischen Vernichtungskatastrophe zu stürzen, im Extremfall wäre es die Ausrottung der Menschheit überhaupt.

Frieden und damit Fortbestand der Völker erfordern heute neue Antworten, politische Antworten auf die komplizierten Fragen unserer Zeit.

Der weitere Ausbau des militärischen Instrumentariums, die immer kostspieligere Anhäufung und Vervollkommnung des Atomwaffenpotentials der beiden Militärallianzen, ihr Wettrennen zu einem nicht erreichbaren Ziel militärischer Überlegenheit, verbauen jede Möglichkeit des Wirksamwerdens konstruktiver Politik.

Verlassen wir diesen konfliktträchtigen Weg und gehen wir dazu über, der Politik wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Im politischen Dialog zwischen NATO und WVO, zwischen den USA und der UdSSR, liegt die einzige Möglichkeit zur Lösung von Konflikten, deren Existenz wir nicht ausweichen und die wir nicht mit einem atomaren Schlagabtausch aus der Welt schaffen können, ohne für uns selbst den sicheren Untergang herbeizuführen.

Die NATO muß sich als ein politisches Bündnis begreifen, das Sicherheit durch Politik gewährleistet. Das heißt: Schluß mit der Politik des Wettrüstens und der atomaren Konfrontation, Einschwenken auf einen Rüstungsstopp, auf Moratorien für den Bau und die Stationierung neuer Massenvernichtungssysteme, Nutzung aller schon existierenden Verhandlungsebenen zwischen Ost und West, um endlich zu vernünftigen Kompromissen zu gelangen. Weiterführung des KSZE-Prozesses auf allen Gebieten unter Einschluß des militärischen, vor allem auf dem Gebiet vertrauensbildender Maßnahmen. Schluß auch mit einer Politik unvernünftiger Junktims, womit nur unnötige Belastungen vergrößert und Lösungen auf Einzelgebieten erschwert bzw. verhindert werden. Schritt für Schritt, auf der ständigen mühsamen Suche nach Kompromissen, muß ein Konfliktregelungsmechanismus gefunden werden, der es erlaubt, frei von der Bedrohung der Menschheit durch eine atomare Katastrophe zu politischen Lösungen in den Beziehungen der Staatensysteme und der Nationen zu kommen.

2. *These:* Für Sicherheit ohne Atomwaffen

Die NATO kam in ihren ersten Jahren ohne Atomwaffen in Europa aus. Auch hat die Sowjetunion ihre damalige konventionelle Überlegenheit nicht benutzt, um die politisch und militärisch schwachen westeuropäischen Staaten zu bedrohen. Erst recht würde ihr ein militärisches Vorgehen in der Gegenwart keinen denkbaren politischen, ökonomischen und militärischen Gewinn versprechen. Im Gegenteil wäre dies der erste Schritt zum nuklearen Inferno. Dies wissen die Führer der Sowjetunion. Deshalb ist ihre Verhandlungsbereitschaft ernst und gestattet, sie beim Wort zu nehmen. Eine Chance für die Begrenzung und Reduzierung nuklearer Waffen ist gegeben.

Deshalb sollte die NATO unverzüglich
– den Beschluß über die Stationierung von weiteren nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa aufheben.

Die NATO sollte weiterhin
– ihre europäischen Mitgliedsstaaten verpflichten, in der Zukunft auf jegliche nukleare Bewaffnung ihrer Streitkräfte zu verzichten, alle dem entgegenstehende NATO-Direktiven zurückziehen und Großbritannien und Frankreich bitten, ihre nuklearen Streitkräftekomponenten abzuschaffen.

– den Warschauer Pakt auffordern, einen ebensolchen Verzicht für seine nichtsowjetischen Armeen zu verkünden.

– die USA drängen, in sofortige Verhandlungen mit der Sowjetunion zu treten, um einen Vertrag über den Abzug aller atomaren Waffen der amerikanischen Streitkräfte aus Europa und der entsprechenden Nukleareinheiten der Sowjetarmee aus den osteuropäischen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes und den westlichen Teilen der Sowjetunion abzuschließen.

– jegliche Initiativen zu Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung strategischer Waffen unterstützen.

3. *These:* Für eine friedliche Lösung der neuen Entwicklungsprobleme der Volkswirtschaften

Wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit sind im Artikel 2 des Nordatlantik-Vertrages als Gebot der Allianz verankert.

In der Gegenwart werden alle Staaten und Nationen von den sich verschärfenden Problemen abnehmender Energie- und Rohstoffressourcen berührt. Die Arbeitslosenzahlen nehmen ständig zu, während die Zuwachsraten der Volkswirtschaften sich in den Minusbereich hineinentwickeln. Der soziale Sprengstoff im Innern der Allianz wächst. Ohne soziale Stabilität in den einzelnen Mitgliedsländern der Allianz steht unsere Sicherheitspolitik auf tönernen Füßen.

Die NATO-Mitglieder müssen in diesen Prozeß zielgerichtet eingreifen. Wirtschaftliche Hilfsprogramme zur Stärkung der NATO-Flanken dürfen nicht für rein militärische Zwecke wirksam werden. Ökonomisch zurückgebliebenen Partnern muß der wirtschaftliche Anschluß ermöglicht werden. Die zur Verfügung stehenden – geringer werdenden – finanziellen Mittel müssen im Sinne der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität eingesetzt werden. Zu Lasten der überdimensionierten militärischen Stäbe kann sich die Allianz im Generalsekretariat kompetente wirtschafts- und sozialpolitische Organe schaffen, die im Verein mit den EG die Verpflichtung des Artikels 2 des Nordatlantik-Vertrages erfüllen.

4. These: Für eine die nationale Existenz und territoriale Integrität wahrende Landesverteidigung

Die Strategiediskussion der NATO wird gegenwärtig von Überlegungen beeinflußt, die praktisch auf eine Aufhebung von Teilen der Strategie der flexiblen Reaktion abzielen. Diese hatte jedoch in den 60er Jahren die NATO von dem selbstmörderischen Zwang des Atomkrieges in jedem Fall befreit, indem sie mit der der jeweiligen Konfliktebene angepaßten Reaktionsweise die Atomschwelle anhob. Damit war nicht nur die Möglichkeit gegeben, ernste Konflikte unterhalb der Schwelle zum Atomkrieg zu lösen, sondern auch zu vermeiden. Heute wird unser strategisches Denken von solchen Kategorien beherrscht, wie:

- Option des nuklearen Erstschlages
- Einführung der Neutronenwaffe
- Koppelung der atomaren Reaktion der NATO mit beliebigen Konflikten in der Welt und Versuche zur Begrenzung auf bestimmte Regionen unter Ausschluß anderer
- Atomare Vorwärtsstrategie.

Im Interesse des Überlebens unserer Völker gibt es demgegenüber nur einen strategischen Denkansatz: Absicherung einer aktiven erfolgsorientierten Verhandlungspolitik mit den Warschauer Paktstaaten durch eine militärische Strategie, die den Bestand unserer Länder und das Überleben ihrer Bürger garantiert.

Sie sollte sich, flankiert von entsprechenden vertraglichen Ergebnissen der Denuklearisierung Europas, auf folgende Komponenten stützen:

- Modern bewaffnete Streitkräfte in Europa, die auch ohne weitere Atomwaffen für jeden eventuellen Aggressor einen hohen Abschreckungswert haben.

- Ausbau eindeutig auf die Verteidigung des eigenen Territoriums gerichteter Land-, Luft- und Seestreitkräfte, die auf offensive weitreichende Waffen verzichten können.

- Ausbau der Heimatverteidigung mit Milizcharakter, die jedem Gegner eine militärische Inbesitznahme von Territorien und Objekten aussichtslos erscheinen lassen.

5. These: Für die Stärkung nationaler Souveränität

In der Allianz verfügen die USA über das stärkste und in Gestalt der Kernwaffensysteme auch politisch bedeutendste Militärpotential. Die Vereinigten Staaten können ihr Nuklearpotential und ihre Einsatzdoktrin ohne Konsultation ihrer Verbündeten entwickeln. Der Beschluß über die Aufnahme der Produktion von Neutronenwaffen zeigt, daß Westeuropa nicht gefragt wird. Die USA haben auch die Möglichkeit, ohne die Zustimmung ihrer Verbündeten Kernwaffen in Westeuropa zu dislozieren und einzusetzen. Wer wird sie daran hindern?

Dieser Zustand kann nicht hingenommen werden. Es bedeutet eine unzulässige Einschränkung der Souveränitätsrechte unserer Staaten, solche Lebensfragen, wie die Auslösung eines Nuklearkrieges auf europäischem Boden, einer Regierung in Washington zu überlassen. Es muß ein Vetorecht und eine wirksame Kontrolle über die in Europa stationierten Kernwaffensysteme geschaffen werden. Die Regierungen der europäischen NATO-Staaten haben die Pflicht, die Bevölkerung ihrer Länder vor einem Einsatz amerikanischer Kernwaffen in Europa zu bewahren, was zugleich sowjetische abwehrt. Vor der Frage von Krieg oder Frieden, von Tod oder Leben kann es keine Begrenzung für die Souveränität der Entscheidung geben!

Der Sinn des NATO-Vertrages kann sich nicht in einer Einschränkung, sondern nur in einer Gewährleistung nationaler Souveränität bewähren. Eine dauerhafte atlantische Partnerschaft erfordert die Achtung sicherheitspolitischer, ökonomischer und sozialer Interessen der Bündnisstaaten; sie verbietet eine Bevormundung im verteidigungspolitischen Bereich ebenso wie im Hinblick auf außenwirtschaftliche oder sozialpolitische Belange. Wir fordern deshalb eine Bündnispolitik, die frei von Versuchen ist, atomare Überlegenheit zu einer Dominanz der Allianz zu mißbrauchen, stattdessen friedliche Beziehungen im Bereich der Wirtschaft, der Kultur und des Sports fördert und Gelegenheit gibt, unsere demokratischen Grundwerte überzeugend zur Geltung zu bringen.

6. These: Keine Erweiterung des Geltungsbereiches des Bündnisses

Die Tendenzen zur Ausweitung des Geltungsbereiches der NATO entsprechen nicht unseren Sicherheitsinteressen. Sie sind mit der Gefahr verbunden, Konfliktherde in anderen Regionen auf den Bündnisbereich zu übertragen. Sie schwächen das Bündnis bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben im europäischen Raum. Sie sind zugleich mit der Gefahr verbunden, unterschiedliche Einschätzungen und Interessenlagen der Bündnispartner in fernen Regionen als Sprengsatz in die politische Geschlossenheit der Allianz zu übertragen.

Es ist Aufgabe des Bündnisses, den Frieden an der Grenze zu den Staaten des Warschauer Vertrages zu sichern. Diese Funktion der Allianz verträgt keine Abstriche. Probleme in anderen Regionen müssen mit den dafür adäquaten politischen und wirtschaftlichen Mitteln gelöst werden, ohne NATO-Aktivitäten in Anspruch zu nehmen.

Die beabsichtigte Erweiterung der NATO durch die Aufnahme Spaniens in das Bündnis ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt geeignet, innere und äußere Probleme der Allianz zuzuspitzen. Es liegt im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der NATO und ihrer glaubhaften Dialogfähigkeit im Entspannungsprozeß, sowohl von einer Erweiterung des Geltungsbereiches, des Aktionsraumes als auch der Zahl der Mitgliedsstaaten Abstand zu nehmen.

7. These: Für den Ausbau gutnachbarlicher Beziehungen mit den Ländern des Warschauer Vertrages

Die Situation in Europa ist von der Existenz zweier sich gegenüberstehender Militärkoalitionen gekennzeichnet. Ein Krieg zwischen ihnen würde für die Völker Europas zu einer nie dagewesenen Katastrophe führen. Beide Koalitionen und die ihnen angehörenden Staaten sind daher auf friedliche Beziehungen zueinander angewiesen.

Die Praxis entspricht diesem Bedürfnis jedoch noch nicht. Trotz des vielversprechenden Ausbaus der politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen in den 70er Jahren kann man noch nicht von einem Zustand gutnachbarlicher Beziehungen sprechen. Nur auf dem Weg der Herstellung solcher Beziehungen jedoch kann das tiefe Mißtrauen gegeneinander allmählich abgebaut werden.

Die NATO muß ihrem Auftrag für Entspannung und Frieden heute gerecht werden. Jeder ihrer Mitgliedsstaaten verfügt über spezifische Möglichkeiten, um sowohl politisch wie ökonomisch und kulturell die Beziehungen zu den Ländern der WVO auf eine höhere Stufe zu heben. Unter gegenseitigem Verzicht auf Einmischung und Verletzung der souveränen Rechte anderer, können auf der Basis der in der Schlußakte der KSZE verankerten Prinzipien Verhältnisse in den Staatenbeziehungen geschaffen

werden, die Vertrauen und wirkliche Sicherheit gewährleisten. Dazu sind Begegnungen der höchsten Repräsentanten der Staaten von großer Wichtigkeit. Dialog und Zusammenarbeit müssen die Oberhand über Mißtrauen und Konfrontation gewinnen.

Wir appellieren an die mit Verantwortung betrauten Minister des Bündnisses, unsere früheren Dienstvorgesetzten und unsere aktiven Kameraden, diese unsere Lagebeurteilung, unsere tiefe Sorge und unsere konstruktiven Vorstellungen als einen Beitrag dafür zu werten, daß die NATO eingangs der 80er Jahre den Verteidigungsauftrag erfüllt, dem wir gedient haben.

gez.: General a.D. Gert Bastian (Bundesrepublik Deutschland); General a.D. Johan Christie (Norwegen); General a.D. Francisco da Costa Gomes (Portugal) ehemaliger portugiesischer Staatspräsident; General a.D. Georgios Koumanakos (Griechenland); General a.D. H. M. von Meyenfeldt (Niederlande); General a.D. Nino Pasti (Italien); Admiral a.D. Antoine Sanguinetti (Frankreich)

Objektive und subjektive Schwierigkeiten der militärischen Entspannung

Von Valentin Falin

Vor dem Hintergrund des amerikanisch-sowjetischen Verhandlungsbeginns in Genf und des Breschnew-Besuchs in Bonn stellte der langjährige sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik den „Blättern" den nachstehenden Beitrag – einige Überlegungen zur grundsätzlichen Problematik – zur Verfügung. D. Red.

Von einem guten Arzt sagt man, er behandle den Patienten und nicht die Krankheit. Einen verantwortungsbewußten Staatsmann zeichnet die Fähigkeit aus, trotz lauter Bäumen den Wald zu sehen, die Ursachen nicht mit den Folgen zu verwechseln, die Wahrheit zu erforschen und sich nie mit äußeren Symptomen, mit der ersten besten plausiblen Erklärung zufriedenzugeben. Wir leben in einer komplizierten Welt. Sie umfaßt mehr als 150 Staaten, und jeder davon hat seine eigenen Interessen, Traditionen und Probleme. Nicht allen Völkern unseres Planeten ist ein Platz an der Sonnenseite beschieden worden. Jedes Volk blickt auf eine andere Vorgeschichte zurück. Aber alle streben sie nach Wohlergehen, obwohl die Ansichten darüber ebenso wie die zum Fortschritt führenden Wege durchaus unterschiedlich sind.

Wird es in Zukunft einfacher werden? Keineswegs. Heute ernährt die Erde 4,3 Milliarden Menschen. Ende des Jahrhunderts wird sie über 6 Milliarden mit Nahrung, Wasser und Wärme versorgen müssen. Dabei werden die leicht zu-

gänglichen Energie- und Rohstoffquellen allmählich ausgezehrt, verringern sich die Waldflächen und nimmt der Süßwasserverbrauch rasch zu, während die Erschließung neuer Ländereien einen Aufwand an Geld und Arbeit wie nie zuvor erfordert. Es kann schon allein deshalb nicht einfacher werden, weil sich die Diskrepanz im Lebensniveau zwischen den meisten Ländern der Dritten Welt und den Industriestaaten nicht verringert, sondern in manchen Fällen sogar vergrößert. Dabei ist kein Volk und kein Mensch gewillt, sich als überflüssig zu empfinden, und naturgemäß berechtigt, dagegen zu kämpfen.

Zahlreiche Schwierigkeiten und Gefahren, mit denen die Menschheit heute konfrontiert wird, sind nicht neu. Sie wurden von Jahrhundert zu Jahrhundert überliefert und bedeckten sich mit einer Kruste aus Vorurteilen, Intoleranz und Feindseligkeit. Größtenteils wurde dies durch eine Politik verursacht, die die Gewalt in den Vordergrund stellte, eine Politik, die auf Ausplünderung und Ausbeutung von Hunderten und Aberhunderten Millionen Menschen auf allen Kontinenten durch eine Handvoll Leute fußte.

Wer ehrlich sein will, muß auch etwas anderes zugeben: Ohne Entstehung des sozialistischen Weltsystems, ohne den durch die Oktoberrevolution ausgelösten allgemeinen Aufschwung nationaler und sozialer gesellschaftlicher Bewegungen wären wir nie in der Lage, vom Kolonialismus, vom Faschismus und von anderen Auswüchsen der imperialistischen Politik hauptsächlich in der Vergangenheitsform zu sprechen. Wäre es in den letzten sechseinhalb Jahrzehnten auf der sozialen Weltkarte nicht zu derartigen Änderungen gekommen, so könnten wir an solche Aufgaben wie die Umgestaltung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen auf demokratischer Grundlage, wie Ausmerzung der Aggression und der Kriege, wie die Vereinigung der Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft zur Lösung von Problemen, die die ganze Menschheit bewegen, nicht einmal denken.

Aber ebenso wie in der Mathematik sind auch in der Politik für die Lösung einiger Aufgaben Jahre und sogar Jahrzehnte erforderlich. Während aber in den Naturwissenschaften das Tempo und die Qualität der Erkenntnis hauptsächlich vom Umfang der ermittelten Daten und vom intellektuellen Potential der Forscher abhängen, sind in der Politik häufig engstirnig verstandene Zweckmäßigkeit und Eigenvorteil, nicht aber die objektive Realität von ausschlaggebender Bedeutung.

Bevor die Staaten in der UNO-Charta die Nichtzulassung von Kriegen zu ihrem Ziel erklärten und sich zu friedlicher internationaler Zusammenarbeit bekannten, mußte die Menschheit zwei weltweite Katastrophen durchmachen. Es muß daran erinnert werden, daß davor der bürgerliche Westen jegliche Aktion gegen den Krieg und den Militarismus, für Abrüstung und kollektive Sicherheit im Laufe von mehr als einem Vierteljahrhundert immer wieder als „kommunistische Propaganda" abzustempeln pflegte. Wir müssen uns schon allein deshalb daran erinnern, weil heute, da sich die Spannung ernsthaft verschärft hat, wieder versucht wird, das Auftreten gegen Kriegsgefahr

und Wettrüsten auf „Umtriebe" Moskaus zurückzuführen, welches die Sorgen der Menschen um ihre Zukunft zu eigenen Zwecken mißbrauche und sie gegen die Politik der Vereinigten Staaten sowie des ganzen NATO-Blocks aufwiegele.

Offensichtlich wäre es falsch und schädlich zu glauben, daß es in der kapitalistischen Welt keine scharfsinnigen und vernünftig denkenden Politiker gibt und auch schon früher gab, daß niemand im Westen auf den Gedanken kam, die praktische Politik müsse in Einklang mit den objektiven Bedingungen gebracht werden. Aber die Sache ist die, daß es keineswegs einfach ist, aus dem Kreis der gewohnten Begriffe auszubrechen oder, wenn er offenkundig zu einem Teufelskreis wird, ihn zu sprengen. Zu stark sind die gesellschaftlichen Bindungen, die Gesamtbürgschaft der herrschenden Klassen mit ihren gemeinsamen Interessen und die psychologische Trägheit. Manchmal sind sie so stark, daß sie eine Gesellschaft der Fähigkeit berauben, ihren Platz in der sich unaufhörlich wandelnden Welt zu finden. Eine solche Gesellschaft, die die Perspektive verloren hat, verurteilt sich selbst und zerrt – besonders wenn es sich um eine Gesellschaft mit starkem wirtschaftlichen und militärischen Potential handelt – auch andere in den Abgrund schwerer Prüfungen. Warum darf das nicht verschwiegen werden? Schon allein deshalb, weil die Entfernung vom Lippenbekenntnis zur Unzulässigkeit eines Krieges bis zu der tatsächlichen Umgestaltung der Politik riesengroß ist. Wie oft machen wir uns eigentlich Gedanken darüber, daß seit 1945 in verschiedenen bewaffneten Konflikten fast ebensoviele Menschen wie in den schwersten Zeiten des Zweiten Weltkrieges den Tod fanden?

Diese Tatsache darf auch deshalb nicht verschwiegen werden, weil Länder, die für die Zuspitzung der Lage im Nahen und Mittleren Osten, in Asien oder Afrika, in Lateinamerika oder Europa verantwortlich sind, Länder, die in allen diesen Regionen die Spannung auch heute schüren, nach Mitteln suchen, um die Schuld auf andere abzuwälzen. Sie versuchen der Öffentlichkeit einzuflüstern, am Wettrüsten, an wirtschaftlichen Mißständen und an der zunehmenden Labilität in den internationalen Beziehungen sei jemand anders schuld. Sie erfinden immer neue Lesarten des Märchens von einer „sowjetischen Bedrohung" und tischen sie zu jedem Gericht auf. Sie wollen die Unzufriedenheit der Massen von sich ablenken. Sie brauchen schon wieder einen Popanz, damit innenpolitische Probleme in den Hintergrund treten.

Wie sehr man auch die Ursprünge der Politik vor unbefugten Augen zu verbergen versucht, so ist dort doch stets jemandes Interesse vorhanden. Politik ist immer für den einen oder anderen vorteilhaft. Der Zufall spielt in der Politik eine weit geringere Rolle, als man üblicherweise annimmt. Dagegen ist dort die Rolle einer mit entsprechenden Machtbefugnissen ausgestatteten Persönlichkeit größer als in vielen anderen Bereichen der menschlichen Tätigkeit. Da aus ein und denselben Prämissen entgegengesetzte Schlußfolgerungen gezogen werden können, hat häufig die Ablösung der Persönlichkeiten einen drastischen Kurswechsel zur Folge.

Daraus ergeben sich zusätzliche Schwierigkeiten bei der Lösung komplizierter Probleme, besonders bei ihrer Lösung von Stufe zu Stufe, die schon an und für sich unbedingt Konsequenz und Kontinuierlichkeit voraussetzt.

In der Wissenschaft und in der Industrie wird der Bestand an Ideen, Konstruktionen und Technologien ständig erneuert. Auf diesem Gebiet haben umwälzende Entdeckungen schon längst die kühnste Phantasie überrundet. Und wie verhält es sich mit der Politik? Hier wird jeder neue Schritt nicht so sehr mit dem Maß der Zukunft wie mit den Erfahrungen der Vergangenheit gemessen, obwohl diese Erfahrungen in einer ganz anderen, mit der heutigen häufig nicht vergleichbaren Situation gemacht wurden. Die moderne Wissenschaft und Technik fordern die Politik zu Ausgewogenheit auf, warnen vor Abenteurertum, Säbelrasseln und Vergöttlichung der Gewalt. Die Politik aber ist noch tatkräftiger und beharrlicher als früher bestrebt, die jüngsten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik Konzeptionen dienen zu lassen, die bereits vor dem atomaren Zeitalter in Verfall geraten waren.

Spätestens mit dem Aufkommen der Kernwaffen, durch welche die Frage des Seins oder Nichtseins der Menschheit besonders eindringlich auf die Tagesordnung gesetzt wurde, hätte die internationale Gemeinschaft alles Sinnen und Trachten auf die Einstellung des Wettrüstens und auf die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Staaten mit ausschließlich friedlichen Mitteln richten müssen. Aber es geschah etwas ganz anderes. Die Waffenproduktion hat einen nie dagewesenen Umfang erreicht. Allein die gehorteten Kernwaffen reichen aus, um alles Leben auf der Erde mehrmals zu vernichten. In der ersten von der UNO verkündeten Abrüstungsdekade wuchsen die gesamten Rüstungsausgaben der Staaten schneller als das gesellschaftliche Gesamtprodukt. Die Länder der Dritten Welt werden zunehmend in das Wettrüsten einbezogen. Die jahresdurchschnittlichen Zuwachsquoten der Bewilligungen für militärische Zwecke liegen dort zur Zeit zwischen 5% in Lateinamerika, 7,5% in Afrika und 15,5% in den OPEC-Ländern.

Noch vor kurzem wurde von niemand (mit Ausnahme der maoistischen Führer Chinas) bestritten, daß einer derartigen Entwicklung immense Gefahren innewohnen. Auch die Nützlichkeit der Entspannung als aussichtsreiche Richtung der Zusammenarbeit wurde nur von wenigen bestritten. In den 70er Jahren verfolgten die Völker mit Zustimmung das allmähliche Zustandekommen des vertragsrechtlichen und materiellen Gewebes der Entspannung, die Umsetzung der Prinzipien der Gleichheit und der gleichen Sicherheit, des gegenseitigen Vorteils und der Respektierung der Interessen des anderen in konkrete Verpflichtungen. Auf allen Kontinenten begrüßten die meisten Regierungen und die Öffentlichkeit die Entscheidung der UdSSR und der USA, ihre Bemühungen um die Abwendung eines Kernwaffenkrieges zu koordinieren. Damals wurden auch Vereinbarungen getroffen, die dem Wetteifern der beiden Weltmächte in der Entwicklung und Hortung von strategischen Offensivwaffen sowie im Aufbau von Raketenabwehrsystemen Grenzen setzten.

Für die sowjetische Seite bildete die rührige Beteiligung an sämtlichen Vorhaben, die das Gebäude des Friedens auf eine zuverlässigere Grundlage als das „Gleichgewicht des Schreckens" stellten, eine logische Fortsetzung ihres Kurses auf Überwindung der Kriegsgefahr. Für die USA handelte es sich um eine bedeutende und sogar scharfe Wende. Zweifellos war sie wohlbegründet und resultierte aus den Wandlungen in der heutigen Welt, in der es einfach unmöglich war, auf die alte Art weiterzuleben.

Die Vereinigten Staaten haben diese Kurve nicht im ersten Anlauf genommen. Es galt, sich von der Erinnerung an die Zeit zu trennen, in der, wie es zahlreichen Amerikanern schien, für die USA nichts unmöglich war. Man mußte die Illusion fallen lassen, als seien die Vereinigten Staaten in der Lage, andere zu bedrohen und ihnen, während sie selbst in relativer Sicherheit blieben, den eigenen Willen aufzuzwingen. Es galt, derart – nach Ansicht amerikanischer Erzreaktionäre – ketzerische Worte aussprechen zu lernen wie „friedliche Koexistenz" und „friedliche Zusammenarbeit". Zusammenarbeit und Koexistenz mit wem? Mit Kommunisten, mit der Sowjetunion, die von der imperialistischen Propaganda jahrzehntelang als die Hochburg aller Laster geschildert wurde. Es galt, das gewohnheitsmäßig arrogante Verhalten zum Fremden, zum Nichtamerikanischen gewissen Korrekturen zu unterziehen. Man mußte davon ausgehen, daß auch ein Fremder recht haben kann, daß man ihm Gehör schenken und seiner Meinung Rechnung tragen muß.

Aber das Ganze lohnte sich. Gewisse Unbequemlichkeiten des Zusammenlebens machten sich durch die weit größere Sicherheit bezahlt. Auf weite Sicht entfiel die Notwendigkeit der zwei- und dreifachen Rückversicherung. Folglich bot sich die Möglichkeit, Dutzende und Hunderte Milliarden Dollar dem produzierenden Bereich zuzuführen, für kulturelle Bedürfnisse, für die Volksbildung und das Gesundheitswesen aufzuwenden. Über die Alternative zur Entspannung bestand ebenfalls kein Zweifel: Hochschrauben der militärischen Konfrontation, das unvorhersehbare Risiko eines regionalen oder globalen Zusammenstoßes ohne die geringste Aussicht auf einen glücklichen Ausgang.

Die Entscheidung zugunsten der Entspannungspolitik und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in Bereichen, in denen kein System und keine Ideologie ohne Nachteil für ihre ureigenen Interessen Anspruch auf Exklusivität und auf eine Monopolstellung erheben kann, mußte eigentlich auch vom Standpunkt der regierenden Klasse der USA über jeden Zweifel erhaben sein. Wird der Frieden von einer Seite usurpiert, so ist er für die andere Seite kein Frieden mehr, ja es ist überhaupt kein Frieden mehr. Beim Frieden kann und muß es sich einzig und allein um eine Wohltat für alle handeln. Als solcher hat er ein Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen und ein Gegenstand gemeinsamer Sorgen zu sein.

Etwa das gleiche läßt sich von den Antipoden des Friedens, vom Krieg und vom Widerstreit sagen. Sie sind für alle ein Übel, abgesehen von einer Handvoll Menschen, die sich von den Zuwendungen der militärisch-industriellen

Komplexe nähren und deren eigennützige Interessen angesichts der Entbehrungen und der Not der Völker überhaupt nicht beachtet werden dürfen. Dieses Übel nimmt aber in einer geometrischen Reihe zu. Ich möchte mich nur auf die Kriegsverluste berufen. Im 17. Jahrhundert fanden in Europa 3,3 Millionen Menschen in verschiedenen bewaffneten Konflikten den Tod, im 18. Jahrhundert waren es 5,3 Millionen und im 19. Jahrhundert 5,5 Millionen. Der Erste Weltkrieg brachte 9,5 Millionen und der Zweite 50 Millionen Menschen ins Grab. Laut Schätzungen ernstzunehmender Experten wird ein neuer Weltkrieg, falls er heute oder morgen ausbricht, in wenigen Stunden und Tagen ganze Länder und Völker, d.h. Hunderte Millionen Menschen vernichten. Weitere Milliarden wären dem langsamen Sterben geweiht. Das könnte der Untergang der Menschheit sein.

Es fragt sich, wozu! Schließlich läßt sich heute kein einziges einigermaßen wichtiges Problem durch brutale Gewalt lösen. Nehmen wir ein derart dringliches Problem wie die Deckung des Energiebedarfs. Mit Raketen und Bomben kann man keine einzige Tonne Öl fördern, keinen einzigen Kubikmeter Erdgas gewinnen. Damit kann man alles, was durch friedliche Arbeit geschaffen wurde, zerstören, aber nichts hinzufügen. Die militärische Maschinerie schluckt sogar im Frieden gewaltige Energiemengen und macht die Spannung auf diesem Gebiet noch größer. Verschiedene Varianten der Gewaltanwendung verheißen nur scheinbar eine Lösung, denn sie sind längst in jeder Hinsicht kontraproduktiv geworden. In unserer Zeit werden die Unbilden nicht so sehr durch Mangel an militärischer Stärke wie durch einen Mangel an Verstand verursacht.

Stellen Sie sich nur einen Augenblick vor, die Naturwissenschaft bediene sich plötzlich der im Mittelalter üblichen Begriffe, sämtliche Entdeckungen des 20. Jahrhunderts seien mit Bann belegt, und wer sich an sie erinnert, werde der Inquisition ausgeliefert. Sie werden sagen, daß sei unmöglich. Sogar ein eingefleischter Fürsprecher der Parole „Zurück zur Natur, zurück in die Wohnhöhle" würde es nicht wagen, den wissenschaftlichen Fortschritt wahllos anzuschwärzen.

In der Politik aber ist so etwas durchaus möglich. Was gestern zutraf, wird heute zum Unsinn erklärt. Und andererseits wird das, was man aufgrund der Tatsachen und einer nüchernen Analyse als unbrauchbar und auf weite Sicht auch außerordentlich gefährlich verworfen hat, wieder auf das Postament gestellt. Vielleicht haben sich die Realitäten geändert, jene vom Geschmack und von der Neigung der Politiker unabhängigen objektiven Umstände, welche die Regierungen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre zu dem Schluß führten: entweder Entspannung oder eine nukleare Katastrophe? Haben sie sich geändert, dann nur in dem Sinne, daß sie noch dringlicher als früher erfordern, einen Krieg abzuwenden.

Nein, die internationale Lage verschlechtert sich nicht von selbst, ebenso wie sie sich einige Jahre davor nicht von selbst gebessert hatte. Sie wurde von bestimmten Menschen, von bestimmten Regierungen verschlechtert, die sich

dabei von durchaus bestimmten Erwägungen leiten ließen. Lagen diese Erwägungen anfangs noch nicht zu Tage und wurde die Entspannung Mitte der 70er Jahre noch unter Beachtung der notwendigen Tarnung untergraben, so tat man es später mit offenem Visier: Torpedierung der Politik der Zusammenarbeit und der friedlichen Koexistenz wurde zum offiziellen politischen Kurs erklärt. Man begann, von der Sowjetunion nicht als Partner, sondern wieder als Feind zu sprechen.

Was wollte den Kreisen, die heute in der Politik der USA und einiger anderer Länder des Westens tonangebend sind, an der Entspannung partout nicht passen? Wir wollen hören, was der berüchtigte Senator Jackson darüber sagt, ein Mann, der seine Karriere dem blindwütigen Antisowjetismus verdankt. Seine Ablehnung des Salt-II-Vertrags begründete Jackson keineswegs damit, daß er die Vertragsbestimmungen mit Rücksicht auf die besonderen Interessen der Vereinigten Staaten verbessern wollte. Der Senator meinte vielmehr, der Vertrag sei in Hinblick auf seine eventuellen politischen und psychologischen Folgen inakzeptabel. Jackson paßte es nicht, daß der Prozeß der Rüstungsbegrenzung und Salt II als Bestandteil dieses Prozesses ein „falsches Sicherheitsgefühl" erwecken, die „Amerikaner einschläfern", den Willen zur „Verteidigung" ihrer Lebenswerte erschüttern könnten. Anders gesagt, die Vereinigten Staaten – ich möchte es wiederholen – brauchen einen Feind, brauchen ein Ziel, auf das ihre Waffen gerichtet sind, um die Hortung dieser Waffen zu rechtfertigen. Das ist notwendig, um die eigene Bevölkerung im Zaume zu halten, die Verbündeten auf Vordermann zu bringen, diensteifrige repressive Regimes einzusetzen und zu fördern, um unter dem Deckmantel des Geredes von einer „Verteidigung der gemeinsamen Interessen" des kapitalistischen Systems dort, wo US-Monopole Beute – oder im Gegenteil Gefahr für ihre Profite – riechen, die amerikanische Flagge zu hissen.

Zusammenarbeit, gute Nachbarschaft und sogar ein so unpolitischer Begriff wie Anständigkeit sind mit einem auf Willkür und Prinzipienlosigkeit fußenden Vorgehen unvereinbar. Eigentlich gibt es da nur ein Prinzip: Meine Interessen gehen stets und immer über deine, meine Argumente sind gewichtiger als deine, weil ich stärker bin (und bin ich heute noch nicht stärker, so will ich versuchen, es morgen zu werden), denn es bestehen keine moralischen oder sonstigen Zweifel an der Notwendigkeit einer Anwendung von Gewalt, darunter, wie man in den USA zu sagen pflegt, der konzentrierten Gewalt, d.h. der Kernwaffen.

Deshalb trifft die Feststellung zu: Entspannung ist nicht nur eine politische Kategorie. Die Unterschiede in der Beurteilung der Möglichkeiten, der Nützlichkeit und der Notwendigkeit der Entspannung als einer langfristigen Hauptrichtung in den internationalen Beziehungen zeugen nicht nur von unterschiedlichen politischen Ansichten. Das Wesen des Problems liegt viel tiefer. Es ist eine Konfrontation unterschiedlicher Philosophien und unterschiedlicher Weltanschauungen, worin im Inneren der gesellschaftlichen Systeme verlaufende grundlegende Prozesse ihren Niederschlag finden.

Wenn die Sowjetunion aus dem Munde ihres höchsten Repräsentanten, Leonid Breschnew, erklärt, daß der Frieden Richtschnur unserer Innen- und Außenpolitik ist, daß ein Kernwaffenkrieg nicht zugelassen werden darf und die UdSSR bereit wäre, in diesem Zusammenhang weitreichende Verpflichtungen einzugehen, so dokumentiert das neben der Friedensliebe die Überzeugtheit von der Rechtmäßigkeit unserer Sache. Wir fürchten nicht den friedlichen Wettbewerb mit anderen Systemen.

Haben westliche Politiker Angst vor dem Frieden, vor der ehrlichen und gleichberechtigten Zusammenarbeit, so zeigen sie dadurch nicht nur ihre politische Beschränktheit, sondern in erster Linie die Beschränktheit einer Ordnung, die an die eigene Zukunft nicht mehr glaubt. Eben darin liegt die Erklärung dafür, daß gewisse imperialistische Mächte die Logik des Lebens, die Logik der Tatsachen immer unbequemer finden.

Gewerkschaften und Friedensbewegung

Von Armin Wöhrle

Die Friedensbewegung der 80er Jahre hat sich in erstaunlich kurzer Zeit zu der wohl aktivsten, einfallsreichsten und gleichzeitig bürgernahsten außerparlamentarischen Bewegung seit Bestehen der Bundesrepublik entwickelt. Ihren deutlichsten Ausdruck fand diese Qualität in der Großdemonstration der 300 000 in Bonn, zu der die Aktion Sühnezeichen und die Aktionsgemeinschaft „Dienst für den Frieden" aufgerufen hatte, und im Zweiten Forum der Krefelder Initiative am 11. November 1981 in Dortmund. In diesen Manifestationen und in den vielen örtlichen Friedensaktivitäten kommt zum Ausdruck, daß die für den Frieden engagierten Kräfte im außerparlamentarischen Raum schon in erheblichem Umfang aktiviert sind. Mit der Mobilisierung großer Teile der Christen hat die Friedensbewegung einen großen Schritt nach vorn gemacht und sicherlich auch eine neue Qualität politischer Mobilisierung für bundesrepublikanische Verhältnisse nicht nur der 70er und 80er Jahre erreicht.

Ein weiterer entscheidender Sprung nach vorn bei der Mobilisierung breiter Bevölkerungsteile für den Frieden kann nun erreicht werden, wenn die Einbeziehung der Massenorganisation der abhängig Beschäftigten gelingt. Daß dies die vermutlich entscheidende Aufgabe der Friedensbewegung – viel-

leicht entscheidend im Sinne unserer aller Zukunft – ist, das wird zunehmend in Kreisen der Friedensbewegung ebenso erkannt, wie in Kreisen der Parteien und der Gewerkschaften.

Im vorliegenden Artikel geht es weniger darum, an die gegenwärtige Gewerkschaftspolitik den Maßstab einer „richtigen" Friedens- und Gewerkschaftspolitik anzulegen – womöglich mit dem Ziel, die vorliegende en bloc zu verurteilen. Derartige Analysen sind leicht zu machen, aber sie machen es sich eben auch zu leicht. So wenig es „den" abhängig Beschäftigten gibt, genauso wenig gibt es „die" Gewerkschaften oder gar eine statische Gewerkschaftspolitik. Unter heutigen Bedingungen ist es daher notwendig, gerade auf die Differenzierungen Wert zu legen. Für das Auffinden von Perspektiven müssen historische und aktuelle Begründungszusammenhänge wie reale Anknüpfungspunkte einer weiterführenden Gewerkschaftsarbeit für den Frieden herausgearbeitet werden. Der Artikel will hierfür erste grobe Hinweise zur Diskussion stellen.

I. Hauptgefahren gegenwärtiger Rüstungspolitik für die abhängig Beschäftigen und ihre Angehörigen

Wenn die Möglichkeit untersucht werden soll, daß die Gewerkschaften zu einem Träger der Friedensbewegung werden, dann muß die Voraussetzung geklärt sein, ob es einen Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Rüstungspolitik und den spezifischen Interessenbereichen der abhängig Beschäftigten gibt. In den folgenden sieben Thesen sollen die zentralen Gefährdungsbereiche für die abhängig Beschäftigten und ihre Angehörigen angesprochen werden. Es handelt sich hierbei um objektive Problemlagen, wobei noch keineswegs ausgesagt ist, daß die hier angesprochenen Gefahren auch schon Bestandteil gewerkschaftspolitischen Denkens sind.

1. Die geplante „Nachrüstung" destabilisiert das militärische Gleichgewicht und erhöht somit die Kriegsgefahr

Zieht man die Studien anerkannter westlicher Institute zu Rate[1]), so läßt sich gegenwärtig ein ungefähres Gleichgewicht bei den nuklearen Raketensystemen der Blöcke ausmachen; vielleicht eine leichte zahlenmäßige Überlegenheit des Warschauer Pakts und ziemlich sicher eine qualitative Überlegenheit der Systeme von USA und NATO.

Bei einer Overkill-Kapazität in Europa, mit der „restlos verwüstete Landstriche mit ausgelöschter Zivilisation . . . fünf-, sechs oder siebenmal" „vernichtet" werden können[2]), ist es sogar militärisch gedacht sinnlos, einfach mehr

1) z. B.: Internationales Institut für strategische Studien, The Military Balance (1979–1980); International Peace Research Institute (SIPRI), Rüstungsjahrbuch 1980/81, Reinbek bei Hamburg ^{3}1981; oder Autoren wie Guha, die sich nur auf offizielle westliche Quellen stützen, insbesondere auf das Weißbuch der Bundesregierung: Guha, Der Tod in der Grauzone, Frankfurt/M. 1980.

2) Guha, S. 93. Vgl. auch Mechtersheimer, Mit Sicherheit in den atomaren Holocaust? (Kursbuch 61, S. 171 ff.), zit. n.: DGB-Bundesvorstand, Antikriegstag 1981, Düsseldorf, S. 80ff. – hier S. 82.

Waffensysteme zu installieren. Es sei denn, die neuen Waffensysteme erbringen eine neue Qualität militärischer Möglichkeiten.

Damit ist die umfassende Gefährdung für alle Menschen bestimmt. Darüber hinaus bestehen spezifische Gefährdungsbereiche für abhängig Beschäftigte und ihre Angehörige durch die Rüstungsproduktion und das Militär in normalen Friedenszeiten[3]).

2. Rüstung gefährdet Arbeitsplätze

Anhand empirischen Materials läßt sich belegen, daß Rüstungsausgaben volkswirtschaftlich keine günstigen Arbeitsmarktauswirkungen haben: Es handelt sich hier um einen Bereich, in dem Rationalisierungsstrategien vorrangig greifen. Und es läßt sich zeigen, daß „zusätzliche Staatsausgaben in allen zivilen Bereichen größere Beschäftigungswirkungen als im Militärbereich" haben[4]).

3. Rüstung behindert den humanen technischen Fortschritt

Der eindeutige Vorrang militärischer Forschung innerhalb des Wissenschaftsbetriebes bindet nicht nur immense Finanzmittel und Kapazitäten die dringend benötigt wurden, um heute sich als dringlich stellende Probleme wie Umweltschutz, Ernährungsprobleme, Energieversorgung, Verkehrsprobleme etc. anzugehen, er erzeugt auch keine ernsthaft auf andere Probleme übertragbaren Lösungen[5]).

4. Rüstung behindert qualitatives wirtschaftliches Wachstum

Rüstungsforschung und -produktion ist eine Verschwendung von Arbeitskraft, von Rohstoffen, Boden, Produktions- und Forschungsmitteln. Hierdurch wird ein real möglicher Lebensstandard für die Bevölkerungsmehrheit nicht erreicht. In mittel- und langfristiger Sicht wirken anhaltend hohe Rüstungsausgaben zudem wie permanente Arbeitslosigkeit und Überkapazitäten[6]).

5. Rüstungsausgaben beschleunigen die Inflation

Rüstungsausgaben werden – so läßt sich empirisch belegen – in aller Regel an große, marktbeherrschende Unternehmen vergeben, deren Profitratenent-

3) Bei den nachfolgenden Thesen orientiere ich mich an: *Huffschmid* (Hrsg.), Rüstungs- oder Sozialstaat?, Köln 1981, insbes. Kap. II, S. 95ff.

4) Vgl. hierzu auch Albrecht/Lock/Wulf, Arbeitsplätze durch Rüstung? Warnung vor falschen Hoffnungen, Reinbek bei Hamburg 1978; Mehrens/Wellmann, Gewerkschaften, Rüstung und Abrüstung, aus: Materialien zur alternativen Produktion, Hrsg. v. Innovations- und Technologieberatungsstelle der IG Metall, Projekt: IBS/IGM Hamburg; zit. n.: Antikriegstag 1981, a.a.O., S. 110ff.

5) Vgl. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Rüstungswettlaufs. Bericht des Generalsekretärs der Vereinigten Nationen. In: Militärpolitik Dokumentation, Stuttgart 1978, Tz. 99.

6) Vgl. Neubauer, Ökonomische Wirkungen der Verteidigungsbudgets auf wichtige wirtschaftspolitische Ziele, in: Schulz (Hrsg.), Militär und Ökonomie, Beiträge zu einem Symposium, Göttingen 1977, S. 164; Dähne, Was kosten Rüstung und Bonner Atomprogramm? Materialien zu den offenen und verdeckten Rüstungs- und Militärausgaben im Bundeshaushalt, Frankfurt/M. 1980.

wicklung im Vergleich zu allen anderen Branchen überdurchschnittlich höher liegt. Daraus läßt sich auf eine monopolistische Preispolitik schließen, durch welche der Staat gezwungen ist, „die überdurchschnittliche Entwicklung der Beschaffungspreise für Waffensysteme entweder durch unterdurchschnittliche Ausgabensteigerungen beziehungsweise sogar Ausgabensenkungen in anderen Haushaltsbereichen oder durch zusätzliche Nettokreditaufnahme zu finanzieren."[7])

6. Militär belastet die Umwelt auch in Friedenszeiten

Die Belastung von Luft, Wasser, Erde, Naturhaushalt und Landschaftsstrukturen sowie der Ökosysteme durch Abwärme, Klimaveränderungen, Emissionen, Immissionen, Lärm, Landschaftsverbrauch, Landschaftsschäden etc. steht außer Frage. Hinzu kommt ein außerordentlich hoher Rohstoffverbrauch der militärischen Systeme. Besonders gravierende Gefahren entstehen durch den Transport, die Lagerung und Modernisierung von Atomraketen, -gefechtsköpfen und -bomben, durch Produktion, Lagerung, Transport und Erprobung von biologischen und chemischen Waffen sowie durch die Verarbeitung von neuen, besonders gefährlichen Werkstoffen in der Militärtechnik (z.B. „Beryllium")[8]).

7. Rüstungsexporte vermindern die Chancen auf dem Weltmarkt

Bei mittel- und langfristiger Betrachtung lassen sich gravierende wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Folgen von Rüstungsexporten ausmachen: Die weltweite Aufrüstung – inclusive der Entwicklungsländer – führt nicht nur zu einer linearen Einschränkung zivieler Importe, vielmehr wird durch die mangelnde Produktivität von Militärausgaben auch der Produktions- und Entwicklungsprozeß vieler Länder gehemmt, was wiederum einen Liquiditätsmangel und eine Drosselung von Einfuhren bewirkt. Auch politische Folgen weiterer Aufrüstung, wie die ideologische Aufrüstung zwischen den Blöcken, sowie Entwicklungen in der Dritten Welt können die wirtschaftlichen Möglichkeiten über Exportdrosselungen erheblich beschneiden[9]).

II. Gewerkschaftliches Engagement in der Friedensbewegung

1. Tradition des Engagements für den Frieden

Es ist bekannt, daß die Gewerkschaften eine lange Tradition des Kampfes gegen Rüstung und Krieg aufweisen können. (Für den hier verfolgten Gedankengang mag die Betrachtung der jüngeren Geschichte seit 1945 genügen.)

Die antifaschistische Stoßrichtung beim Aufbau der Einheitsgewerkschaft fand in den 50er und 60er Jahren ihre konsequente Fortsetzung in antimilitaristischen Beschlüssen und Aktionen. So heißt es in einer DGB-Entschließung

7) Zit. n. Huffschmid, S. 133.
8) Vgl. Huffschmid, S. 155ff.
9) Vgl. Albrecht/Lock/Wulf, Arbeitsplätze.

vom 21. November 1950: „Sie (die Gewerkschaften, Anm. d. Verf.) sind aufgrund der geschichtlichen Erfahrung und der gegenwärtig besonderen Situation gegen die Wiedererrichtung einer selbständigen deutschen Armee."[10])

Der 3. DGB-Bundeskongreß im Oktober 1954 faßte eine Entschließung gegen die vorschnelle Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem unter Hinweis auf die Gefahr der Herausbildung eines „neuen militärischen Obrigkeitsstaates" durch die Wiederaufrüstung sowie mit dem Hinweis, daß eine derartige Eingliederung „sowohl eine internationale Entspannung der machtpolitischen Gegensätze wie auch die Möglichkeit der Wiederveinigung Deutschlands ernsthaft gefährde(n)" würde[11]). Der DGB-Bundeskongreß 1956 verabschiedete Anträge der ÖTV, HBV und anderer Einzelgewerkschaften gegen atomare Rüstung, insbesondere für die Einstellung von Kernwaffenversuchen.

Im Zusammenhang mit dem Bundestagsbeschluß über die Atomwaffenausrüstung der Bundeswehr kam es zu einem breiten Anwachsen der Friedensbewegung, als sich auch Gewerkschaften und SPD engagierten. Der DGB-Bundesvorstand beschloß, die SPD-Kampagne „Kampf dem Atomtod" zu unterstützen und forderte eine Volksbefragung, die jedoch aufgrund juristischer Intervention nicht zustande kam. Eine unter Gewerkschaftsmitgliedern durchgeführte Befragung erbrachte, daß sich 83% gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr aussprachen. Im Rahmen der gewerkschaftlichen Aktionen kam es zu punktuellen Arbeitsniederlegungen, Schweigemärschen und Protestkundgebungen. Der 1. Mai 1958 kann wohl als der Höhepunkt gewerkschaftspolitischer Massendemonstration für den Frieden in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik angesehen werden. Hier waren allein in Hamburg 200 000 Menschen auf der Mai-Kundgebung. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wurde der Ruf nach dem Generalstreik laut und in der „Quelle" – dem Funktionärsorgan des DGB – wurde über einen bundesweiten 24stündigen Warnstreik diskutiert. Obwohl der Bundestag am 23. März 1958 entschied, die Bundeswehr mit atomaren Waffensystemen auszurüsten, wurde der Beschluß nicht ausgeführt. Man kann diesen Vorgang als einzigartiges Lehrstück für das politische Durchsetzungsvermögen einer breiten Friedensbewegung begreifen. Die Verbindungslinie zur Gegenwart liegt auf der Hand.

In den 60er Jahren beteiligten sich wieder große Teile von Gewerkschaftern – insbesondere aber die Gewerkschaftsjugend – an der Ostermarschbewegung und ihren jährlichen Kampagnen gegen Atomwaffen, für Entspannung und Abrüstung.

Es soll im Anhang an diese thesenartig überspitze Positivbilanz nicht verschwiegen werden, daß es gegenüber der Friedensbewegung auch dunkle

10) Zit. n. Vorschläge zur Abrüstung in der Bundesrepublik, Düsseldorf 1980, S. 17.
11) Zit. n.: Angenommene Anträge der Gewerkschaft ÖTV und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Abrüstung und Entspannung, Hrsg.: Fachgruppe kirchliche Mitarbeiter beim Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV zum Kirchentag 1981 in Hamburg.

Stellen in der Gewerkschaftsgeschichte sowohl der Weimarer Republik als auch nach 1945 gibt. Wichtiger für unseren heutigen Zusammenhang scheint mir aber zu sein, zu verdeutlichen, daß eine aktive Friedensbewegung in den Gewerkschaften möglich ist. Und interessant für den aktuellen Bezug ist auch die Tatsache, daß sich die Gewerkschaften immer relativ spät und nie ohne innere Auseinandersetzungen zu einer konsequenten Friedenspolitik durchgerungen haben[12]).

Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Positionen zum Thema Frieden und Rüstung läßt sich für die späteren Jahre folgendermaßen zusammenfassen: Die Ablehnung der Bundeswehr und der Westintegration weicht zunehmend einer Anpassung an die sich entwickelnden Realitäten, parallel zu dem von der SPD vorgenommenen Schwenk in den 60er Jahren. Die Regierungsbeteiligung der SPD in der großen Koalition seit 1966 und der sozialliberalen Koalition seit 1969 spiegelt sich eindeutig in den Gewerkschaftsbeschlüssen. Hier kommt in deutlichen Häufungen von Anträgen zum Thema Abrüstung und Entspannung in den Jahren 1966 und 1969 die Tendenz zum Ausdruck, den Regierungskurs zu unterstützen, der auf eine Entspannungs- und Abrüstungspolitik durch Verhandlungen setzt. Die Anerkennung verteidigungspolitischer Vorgaben und die Verbundenehit mit nun regierenden Partei führen zu der 1981 abgegebenen „Gemeinsamen Erklärung des DGB und der Bundeswehr für künftige Zusammenarbeit". Allerdings lassen sich die hier getroffenen Feststellungen nicht aus Gewerkschaftstagsbeschlüssen ableiten.

Die hier gezogene Linie ist jedoch keineswegs so eindimensional, wie das auf den ersten Blick aussieht. Sie beinhaltet deutliche Ansatzpunkte für eine aktive gewerkschaftliche Friedenspolitik; insbesondere dann, wenn die Globalforderungen nach Entspannung und Abrüstung, deren Umsetzung von der SPD erwartet wird, aufgrund aktueller Problemlagen nicht mehr ausreichend sind und/oder nicht mehr eindeutig in der Regierungspolitik wiedererkennbar sind. Neben vielen allgemeinen Forderungen, sind insbesondere die konkreten Forderungen nach Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion wichtige Anknüpfungspunkte.

Der 10. IG Metall-Gewerkschaftstag, die 8. DGB-Bundesjugendkonferenz und der 9. ordentliche DGB-Bundeskongreß, alle 1971, verabschiedeten Beschlüsse, die „die Ausarbeitung von Plänen für die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivilen Bedarf" fordern[13]). Auf dem 12. IG Metall-Gewerkschaftstag 1977 wird diese Forderung präzisiert und in den eindeutigen Zusammenhang mit Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze gestellt. Eine Konsequenz ist der beim IG Metall-Vorstand eingerichtete Gesprächskreis „Wehrtechnik und Arbeitsplätze", in dem Betriebsräte aus den wichtigsten Rüstungsbetrieben zusammenkommen. „Eine Ausweitung der Produktions-

12) Vgl. hierzu Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1970,[2] 1980; Pirker, Die blinde Macht, 2 Bde., München 1966.
13) Formulierung der IG Metall- wie der DGB-Beschlüsse.

kapazitäten der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik muß auf jeden Fall verhindert werden" heißt es in einer Verlautbarung des Gesprächskreises[14]).

Mit dem 11. DGB-Bundeskongreß von 1978 kommt erstmals wieder eine Komponente in den Beschlüssen zum Thema Frieden auf, die über die Erhebung von Forderungen, die an eine Partei und Regierung gerichtet sind, hinausgeht. Hier wird nicht nur die Einrichtung eines Abrüstungsamtes gefordert, sondern es werden „alle Gewerkschaftsgliederungen . . . aufgerufen, den traditionellen Anti-Kriegstag . . . durch geeignete Veranstaltungen und Aktivitäten wieder zu einem festen Bestandteil gewerkschaftlicher Politik zu machen."[15])

2. *Aktuelle Positionen*

Seit der Zuspitzung der Friedensdiskussion, insbesondere um die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf den Boden der Bundesrepublik im Zuge der sogenannten Nachrüstung, lassen sich in den Gewerkschaften zwei konträre Grundpositionen ausmachen. Zwar finden sich deren Exponenten und Hauptpotentiale in bestimmten Einzelgewerkschaften, jedoch sind sie – in einem unterschiedlichen Mischungsverhältnis – in allen Gewerkschaften anzutreffen.

Grob umrissen lassen sie sich folgendermaßen festmachen: Vertreter der in tarifpolitischen Fragen eher sozialpartnerschaftlichen Linie unterscheiden sich auch in der „Nachrüstungs"frage kaum von Regierungspositionen: Sie halten die NATO-„Nachrüstung" für unbedingt erforderlich, um das verlorene Gleichgewicht gegenüber dem Warschauer Pakt wieder herzustellen. Der Krefelder Appell, die Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn und andere Aktionen sind für sie von der DKP und damit letztlich von Moskau gesteuert[16]). Gewerkschaftern, die sich von derartigen Initiativen „einfangen" lassen, werfen sie vor, gewerkschaftliche Positionen zu verlassen, da die Gewerkschaftsbeschlüsse eine beiderseitig ausgewogene Abrüstung verlangten, diese Aktionen nach ihrer Interpretation jedoch auf eine einseitige Abrüstung des Westens zielen. Vertreter dieser Position sind insbesondere in der IG Bergbau und Energie (IGBE), in der IG Chemie, Papier, Keramik, der Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten, Genuß (NGG), der Gewerkschaft Textil und Bekleidung sowie der Postgewerkschaft zu finden. Als Sprachrohr tritt insbesondere das Organ der IGBE – die „Einheit" – und deren Chefredakteur Horst Niggemeier hervor.

Die Vertreter der Gegenposition stützen sich weniger auf die Aussagen westlicher Regierungen bzw. ihrer Geheimdienste, sondern auf Aussagen von Friedensforschungsinstituten. Sie gehen deshalb von einem ungefähren Gleichgewicht der militärischen Blöcke aus und halten nichts von noch größe-

14) „Metall Pressedienst" XXVII/122 v. 21. 6. 1979.
15) Zit. n.: Angenommene Anträge.
16) Vgl. hierzu: Die taktische Meisterleistung der DKP, in: „Einheit"-Organ der IG Bergbau und Energie 8/1981.

ren Overkill-Kapazitäten. Vielmehr sehen sie in der Einführung neuer Waffensystemen mit mehr Zielgenauigkeit, einer Begrenzung des Gefechtsfeldes, kürzeren Vorwarnzeiten und größeren Abfangschweirigkeiten eine Erhöhung der Kriegsgefahr, da ihr Einsatz von Experten für möglich gehalten und bereits über die Führung eines begrenzten Atomkrieges in westlichen Militärkreisen spekuliert wird. Gleichzeitig sehen sie die Gefahren einer neuen Runde des Wettrüstens und die damit verbundenen Folgen sozialpolitischer Art (insbesonders deutlich am Beispiel der USA).

Die exponierten Vertreter dieser Position sind in der IG Metall, der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherung zu finden. Aber auch in Gewerkschaftstagsbeschlüssen der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschland, in Artikeln der Holzarbeiterzeitung und in Anträgen auf dem letzten ÖTV-Gewerkschaftstag ist diese Position zu finden. In der Beschlußlage der großen Gewerkschaftsjugendorganisationen kommt diese Position am deutlichsten zum Ausdruck.

Auf dem Hintergrund dieser beiden, sich widersprechenden Positionen ist es nur folgerichtig, daß im Rahmen des DGB, aber auch von Einzelgewerkschaften mit so heterogener Zusammensetzung wie der ÖTV, keine einheitlichen Aussagen und Reaktionsweisen zustandekommen können.

So wird z. B. in einem als Material zum beschlossenen Antrag 264 des letzten ÖTV-Gewerkschaftstages genommenen Antrag 265 die Bundesregierung zum Verzicht auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen in unserem Land aufgefordert und der Beschluß der ÖTV-Jugend geht noch eindeutiger in diese Richtung. Gleichzeitig hebt der ÖTV-Hauptvorstand mit Hinweis auf die bisherige Beschlußlage der ÖTV die Entschließung der Jugend auf und erklärt, daß „kein Mitglied der Gewerkschaft ÖTV . . . legitimiert (ist), sich im Namen der Gewerkschaft ÖTV an irgendwelchen Aktionen oder Aktivitäten des sogenannten ‚Krefelder Appells' oder des ‚Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit' oder ähnlichen Initiativen zu beteiligen."[17]) Und doch dokumentiert das ÖTV-Magazin den Beschluß der ÖTV-Jugend sowie in drei Nummern empörte Leserbriefe über die Entscheidung des Hauptvorstandes – ein für das ÖTV-Magazin durchaus ungewöhnlicher Vorgang.

In der DGB-Linie drückt sich die Kompromißhaftigkeit und das Reagieren auf unterschiedliche Positionen am deutlichsten aus. So wird zunächst v.a. mit restriktiven Beschlüssen von der Hauptvorstandsseite aus gegen ein Zusammenwachsen zwischen Friedens- und Gewerkschaftsbewegung vorgegangen. Die Veröffentlichung eines Beschlusses des DGB-Bundesjugendausschusses vom März 1981 wird hinausgezögert, da er zu eindeutig gegen die „Nachrüstung" Stellung bezieht. Die Vorhaben der DGB-Jugend, eine eigenständige Aufklärungsaktion und einen zentralen Friedensmarsch zu organisieren, werden unterbunden. Eine Beteiligung an der Friedensdemonstration der Aktion Sühnezeichen-Friedensdienst und der Aktionsgemeinschaft

17) Aus dem Beschluß des ÖTV-Hauptvorstandes vom 15. Mai 1981, zit. n.: „ÖTV-Magazin", 6/1981, S. 5.

Dienst für den Frieden am 10. Oktober in Bonn werden untersagt. Darüber hinaus verbietet der DGB Gewerkschaftsfunktionären Appelle mit Angabe ihrer Funktion zu unterschreiben.

Eine zweite, wesentlich offensivere Phase von Reaktionen des DGB-Hauptvorstandes ist mit der am 6. Juli 1981 beschlossenen und mit der Antikriegstagsveranstaltung am 1. September in Düsseldorf eingeleiteten Unterschriftenaktion „Frieden durch Abrüstung" eröffnet.

Die Formulierungen des Appells stellen einen Minimalkonsens zwischen den angedeuteten Positionen dar; zumindest in ihrer im Hauptvorstand des DGB vertretenen Form. Dies dokumentiert auch der vom DGB-Hauptvorstand veröffentlichte Materialband zum Antikriegstag 1981, in dem eine ungewöhnlich breite Streuung kontroverser Positionen aus der gegenwärtigen Friedensdiskussion enthalten ist. Die kompromißhafte Formulierung des Appells zielt vor allem auf Verhandlungen der Großmächte, durch welche die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik verhindert werden soll. Diese Formulierungen werden von unterschiedlichen Seiten kritisiert. Viele Kritiker hatten diese Aktion für so vage gehalten, daß sie in ihrem Ergebnis für die Bundesregierung instrumentalisierbar ist. Einige Gewerkschaftsgliederungen, die nicht auf die Vetter-Aussage bei der Auftaktveranstaltung vertrauen („. . . wer unseren Aufruf unterschreibt, unterschreibt nicht für eine Partei, nicht für eine Konfession, nicht für eine Regierung."), geben denn auch zusätzliche Stellungnahmen zur Unterschriftenaktion ab.

Mit der organisierten Teilnahme von Gewerkschaftern an der Friedensdemonstration der 300 000 in Bonn läßt sich verdeutlichen, daß die Friedensbewegung der aktiven Gewerkschafter – v.a. unter der Jugend – die abwiegelnde Haltung der kompromißhaften und regierungstreuen Kräfte tendenziell überrollt. So forderten an die 300 gewerkschaftliche Organe, trotz Verbot, zur Demonstration auf. So forderten einzelne Kommentare in Gewerkschaftszeitungen die Aufhebung des Teilnahmeverbots[18]). So hagelte es Leserbriefe insbesondere im Organ der DGB-Jugend, die das Verbot kritisierten. So mobilisierten einzelne DGB-Kreise und Verwaltungsstellen von Einzelgewerkschaften verdeckt oder auch offen für die Teilnahme in Bonn. Und die Krönung des Unterlaufens des DGB-Verbots im Vorfeld ist der Beschluß des außerordentlichen GEW-Gewerkschaftstages vom 3./4. Oktober 1981, in dem – auf den Hintergrund sehr weitgehender Forderungen – zur Demonstration und Kundgebung in Bonn aufgefordert wird.

Durch die massive Beteiligung von Gewerkschaftern am 10. Oktber und durch die überaus machvolle Demonstration eines Friedenswillens, der nicht durch das Aufbauschen von Stör- und Gewaltaktionen in der Öffentlichkeit diskreditiert werden konnte, scheint sich eine neue Phase der gewerkschaftlichen Diskussion anzubahnen.

18) Vgl. z. B. Götz, So geht es nicht, in: „Ausblick", Organ der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen, 9/1981.

Das Bewußtsein unter den Kollegen gegenüber der Friedensbewegung ist geschärfter und offener. Die Größe der Aktion und die Berichterstattung darüber trugen dazu bei, daß Vorstellungen, es handele sich hier lediglich um ein paar pazifistische Spinner, zunehmend angeschlagen ist. Parallel erkennen die maßgeblichen DGB-Organe, daß sie sich nicht aus der Friedensbewegung heraushalten können, weil sie sich sonst von den aktivsten Kollegen isolieren und weil – mit dem bisherigen Verlauf der DGB-Unterschriftenaktion wird dies besonders deutlich – der DGB sich gegenwärtig keineswegs als Speerspitze vor die Friedensbewegung zu stellen imstande ist[19]).

Damit ergibt sich eine neue Konstellation für örtliche und eventuell auch überörtliche[20]) Handlungsmöglichkeiten, die es jetzt auszuloten gilt.

3. *Aktuelle Handlungsfelder*

a) Die Unterschriftenaktion nutzen

Es ist unter fortschrittlichen Gewerkschaftern unbestritten, daß die derzeit laufende Unterschriftenaktion eine Reaktion darstellt auf den Erfolg des „Krefelder Appells" und den Druck vieler Gewerkschaftstage, offensiv für den Frieden und gegen die „Nachrüstung" Stellung zu beziehen. Es ist ebenso unbestritten, daß die Formulierungen dieser Unterschriftenaktion Kompromißcharakter tragen. Sie fallen hinter die Beschlußlage mancher Einzelgewerkschaft zurück, einige der Aussagen sind zumindest unklar, wenn nicht gar einseitig. Die grundlegende Schwäche, daß wiederum weniger auf eine umfassende Mobilisierung der eigenen Kräfte gesetzt wird, sondern Forderungen an die Bundesregierung gerichtet werden, sie möge doch auf die Großmächte einwirken, damit diese verhandeln, ist auch hier nicht überwunden.

Andererseits ist die Vorstellung vieler aktiver Friedensfreunde falsch, die meinen, die Unterschriftenaktion liefe in den Betrieben nur deshalb so schleppend, weil den Kollegen die Aussagen zu wenig weitgehend wären. Im Gegenteil: ein Großteil unterschreibt auch den DGB-Appell deshalb nicht, weil der Antikommunismus und die tägliche „Bild"-Zeitungs-Lektüre eher zu einer beschleunigten und intensiveren „Nachrüstung" auffordern.

So widersprüchlich die Unterschriftenaktion sich auch darstellen mag, es gibt nur eine Entscheidung für konsequente Friedensverfechter in den Gewerkschaften: müssen sie am aktivsten Unterschriften sammeln, – denn alle Verfechter der Regierungspolitik haben weit weniger Interesse an einer erfolgreichen Unterschriftenaktion. Kommen wenige Unterschriften zustande, werden die regierungstreuen Spitzengewerkschafter zu recht sagen können, die Basis sei nicht sonderlich an diesem Thema interessiert. Wir seien damit nicht

19) Die kürzliche Zusammenkunft (Oktober 1981) der DGB-Kreisvorsitzenden bei der DGB-Spitze verdeutlicht diese neuen Einsichten im DGB.

20) Ein Beleg für mögliche Perspektiven sind auch die Gespräche zwischen den Veranstaltern der Friedensdemonstration am 10. Oktober und DGB-Vertretern.

legitimiert, uns weiter in dieser Diskussion vorzuwagen. Kommen allerdings viele Unterschriften zustande, besteht auch eine Gefahr; es wird dann vermutlich nicht an Versuchen mangeln, das Ergebnis im Sinne der Regierungspolitik zu instrumentalisieren. Es ist jedoch zu vermuten, daß diese Versuche auf Widerstand stoßen werden. Zumal sich gegenwärtig in den Fragen der Sparbeschlüsse ein zunehmender Unwillen in den Gewerkschaften gegenüber der Regierungspolitik ausbreitet, so daß die Sensibilität gegenüber dieser Politik auch auf anderen Feldern eher wachsen wird.

Die Versuche der Instrumentalisierung sind um so eher auszuschließen, als zu den Unterschriften Zusatzerklärungen von Organen, von Unterzeichnern etc. abgegeben werden. Wichtig ist dabei, daß noch entschiedenere Maßnahmen und klarere Forderungen verlangt werden.

Der fast noch bedeutendere Faktor, der für die Unterschriftenaktion spricht, ist jedoch, daß hierdurch die Diskussion in den Betrieben geführt werden kann. Es gibt keinen vergleichbaren Vorgang in der jüngeren Gewerkschaftsgeschichte, bei dem eine derartige Chance bestanden hätte, eine politische Diskussion in den Belegschaften zu führen. Zumal die Verbindungslinien zwischen a) zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit, Rationalisierung und zunehmenden Sozialproblemen, b) der aktuellen Sparpolitik, der Eingriffe in die Tarifautonomie und dem Abbau von Sozialleistungen sowie c) der Politik ideologischer und handfest-militärischer Aufrüstung gezogen werden kann.

Allerdings fehlt den meisten Funktionären noch das argumentative Rüstzeug. Doch beginnt zunehmend ein Prozeß, der diese Fragen nach den Zusammenhängen aufwirft. Und es ist abzusehen, daß die Unterschriftensammlung keineswegs mit dem November 1981 beendet sein wird, wie das vorgesehen war. Bei 470 000 Unterschriften ist denn das Ergebnis doch zu mager gegenüber dem gesetzten Ziel von mehreren Millionen.

b) Breiter Einstieg in die örtlichen Friedensinitiativen

Die Gewerkschaften als Organisationen, in denen über acht Millionen Mitglieder organisiert sind, tun sich unendlich schwer – und sei es auf örtlicher Ebene – Bündnisse mit anderen Organisationen einzugehen. (Eine Ausnahme bildet dabei die Partei, mit der sie sich historisch verbunden fühlen.) Gegen Bündnisse wird eingewandt, daß sich eine so mächtige Organisation nicht mit kleinen Organisationen (unter Umständen örtlichen Initiativgruppen von wenigen Mitgliedern), auf dieselbe Ebene stellen könne, um sich womöglich innerhalb eines Bündnisses majorisieren zu lassen. Viele örtliche Kooperationen, die so wichtig wären, um einerseits Jugendliche, Christen, Friedensfreunde, Frauenorganisationen, Aktive der Ökologiebewegung usw. an die Gewerkschaften heranzuführen, andererseits befruchtende Diskussionen in die Gewerkschaften zu tragen, scheitern an dieser Befürchtung und an jener, daß linke Splittergruppen über diesen Weg Einfluß auf die gewerkschaftliche Willensbildung bekommen könnten.

Dennoch gibt es Möglichkeiten, zu dieser Kooperation zu kommen, wenn man diese Befürchtungen ernst nimmt und sie durch klare Absprachen und Vereinbarungen entkräften kann. Daß gerade die gegenwärtige Situation mit ihrer tendenziellen Offenheit der Gewerkschaften gegenüber der Friedensbewegung neue hoffnungsvolle Chancen bietet, liegt auf der Hand. So gibt es denn auch bereits Absprachen in DGB-Gremien, die einen Einstieg in die örtlichen Friedensbewegungen erwarten lassen und es gibt bereits konkrete Zusammenarbeit in örtlichen Friedenswochen.

Das Neue besteht im Dialog, der allen Seiten neue Argumente und Informationen zuführt und in dem sich neue Aktionsformen entwickeln können, die heute noch nicht absehbar sind. Daß dieser Dialog nicht nur prinzipiell möglich ist, sondern örtlich auch schon gelingt, entspricht der Qualität der heutigen Friedensbewegung, die eben keine APO der 68er Jahre ist (sowohl in der personellen wie in der ideologischen Zusammensetzung), die nicht lediglich extreme Außenseiterpositionen beinhaltet, sondern eben gerade den „Normalbürger", den Arbeitnehmer, die Hausfrau, den Jugendlichen, den aktiven Christen, den aktiven Sozialdemokraten, den ökologisch interessierten Landwirt usw. auch schon erfaßt hat.

c) Die Diskussion im Betriebs- und Gewerkschaftsalltag führen

Der positive Ausdruck einer neuen Friedensbewegung in den Gewerkschaften, der in neuen Antragsinitiativen, in den Unterschriften vieler Gewerkschafter unter den „Krefelder Appell" und in der starken Teilnahme am 10. Oktober zum Ausdruck kommt, muß innerhalb der örtlichen und betrieblichen Diskussion an der Mitgliederbasis noch stärker zum Hebel für Aufklärung und Mobilisierung gemacht werden. Hier sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Es besteht die Aufgabe, Ansatzpunkte in der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit aufzuspüren, an denen eine konkrete Verbindungslinie zwischen den Alltagsproblemen der Kollegen und dem umfassenden Problem der Friedenssicherung gezogen werden kann. Ansatzpunkte gibt es genügend, wie die eingangs gezeigten Gefahrenbereiche vermitteln.

Die Verbreiterung der aktiven Front gegen die menschenverachtende Hochrüstungspolitik ist letztlich nur in der alltäglichen Aufklärungsarbeit zu leisten. Dabei führt nichts an den täglichen Gesprächen am Arbeitsplatz vorbei; über die neueste Entwicklung von Rüstungsschritten, über die Angst vor der Bedrohung, aber vor allem auch über mögliche Perspektiven, da Angst allein nur lähmt. Das Argumentieren, Überzeugen, der gemeinsame Besuch von Veranstaltungen, den viele praktizieren, ist die Basis, die eine Bewegung ausmacht. Die Funktion anerkannter Betriebsräte und Vertrauensleute kann hierbei gar nicht überschätzt werden.

Die Gewerkschaften verfügen als straffe Organisationen prinzipiell über bessere Möglichkeiten gezielter Aufklärungsarbeit als die eher spontan entwikkelte Friedensbewegung. Aus diesem Grunde wird es auch darum gehen müssen, die Diskussion und Information, die eine Brücke zwischen alltägli-

cher Gewerkschaftsarbeit und „großer Politik" herzustellen in der Lage ist, über den Rahmen gesonderter Informationsveranstaltungen hinauszutragen, sie organisiert in Schulungen, Funktionärskonferenzen, Mitgliederversammlungen usw. einzubringen.

Unter dem Blickwinkel zunehmender Verschärfung der tarif- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen wird eine Zunahme der Friedensdiskussion zwangsläufig eine Zuspitzung der Politisierung mit sich bringen müssen. Die Fragestellung: Rüstungsstaat oder Sozialstaat wird dabei von den Gewerkschaften immer entschiedener aufgeworfen werden müssen, wenn die Mitgliederinteressen noch wirksam vertreten werden sollen.

Die sich hier abzeichnenden Entwicklungstendenzen haben bisher immer noch widersprüchliche Ausformungen, da die anstehenden Fragen sehr eng mit der Frage der Autonomie bzw. Orientierung der Gewerkschaften gegenüber der SPD verknüpft sind[21]). Die gegenwärtigen Klärungsprozesse innerhalb der SPD und den Gewerkschaften spielen für die Entwicklung einer kämpferischen Gewerkschaftsstrategie eine nicht zu unterschätzende Rolle.

d) Die Perspektive gewerkschaftlicher Aktivitäten: Umstellung von Rüstungs- auf Zivilproduktion

Die Frage nach den weitergehenden Maßnahmen und den spezifischen Möglichkeiten gewerkschaftlicher Friedensarbeit muß heute zum Gegenstand der Überlegungen werden. Die Verhinderung der „Nachrüstung" gibt hierzu nicht unbedingt schon die ausreichende Perspektive her. Vielmehr bilden die eingangs angesprochenen Gefährdungsbereiche perspektivisch Möglichkeiten, einerseits die gesellschaftliche Diskussion über die Alternative von Rüstungs- oder Sozialstaat zu vertiefen, andererseits konkrete Schritte der Umstellung von Rüstungs- auf Zivilproduktion vorzubereiten. Es wird m.E. ein zentraler Schlüssel einer langangelegten Friedensbewegung sein müssen, die Diskussion in den Rüstungsbetrieben zu führen. Dabei reichen keine abstrakten Friedensappelle aus und auch keine Gewerkschaftsbeschlüsse. Daß die konkreten Ängste der Kollegen um ihre Arbeitsplätze ernst genommen werden müssen, weiß jeder, der mit Kollegen in Rüstungsbetrieben diskutiert hat[22]).

21) So wurde z. B. die zentrale Kritik des IG Metall Vorstandsmitglieds Janssen an den Sparbeschlüssen der Bundesregierung („Zwischen den Sozialdemokraten in der Bundesregierung und der IG Metall gibt es . . . auf sozialpolitischem Gebiet keine Gemeinsamkeiten mehr." Zit. n. „Esslinger Zeitung" v. 17. 9. 1981) tags darauf von Loderer und Vetter abgeschwächt. Ebenso abgeschwächt wurden die Aussagen in einem Flugblatt der IG Metall Bezirk leitung Stuttgart („Unter dem Vorwand, Mißbräuche zu beseitigen und sparen zu wollen, fahrt die Bundesreg erung mit einem Mähdrescher über die sozialen Leistungen hinweg . . . Die geplanten Kürzungen der SPD/FDP-Koalition sind ein Anschlag auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer . . . Während Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden, schenkt der Staat im gleichen Atemezug der reichsten Familie, den Flicks, 840 Mio. Mark an Steuern . . .") nachträglich durch die höchste IG Metall-Etage. So wurde auf dem eben beendeten Kongreß der DGB-Jugend deutlich, wie den kämpferischen Kräften in der IG Metall-Jugend mit allen Mitteln entgegengesteuert wird. Aber die Demonstration der 70 000 am 7. November in Stuttgart, mit der der DGB seinen Protest gegen die Sparbeschlüsse zum Ausdruck brachte, verdeutlicht auch, daß die Gewerkschaften nicht jeden Schritt mit der SPD gehen können. (Vgl. dazu die Dokumentation in diesem Heft. D. Red.)

22) Vgl. hierzu auch Huffschmid, S. 236ff.

International läßt sich feststellen, daß die gewerkschaftlichen Aktivitäten zunehmen, die auf wirksame Begrenzung der Rüstungsexporte und auf Rüstungskonversion zielen.

So fordert die italienische Metallarbeitergewerkschaft (FLM) konkrete Verbote von Rüstungsexporten und eine schärfere Kontrolle. Und sie verhandelt in Tarifauseinandersetzungen über mehr Investitionen für den Zivil- statt Rüstungsbereich. Die detaillierten Vorschläge zur Rüstungskonversion, die von den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten des Lucas Aerospace-Konzernes in England ausgearbeitet wurden, zeigen Perspektiven, wie konkrete technische Strategien aussehen könnten, wenn auch die Vorschläge leider nicht in die offizielle Gewerkschaftspolitik übersetzt werden konnten. Ein Plan der Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) in den USA sieht vor, einen Teil der Gewinne der Rüstungsunternehmen in einem Fond anzulegen, aus dem Rüstungsunternehmen unterstützt werden können, die auf zivile Produktion umstellen wollen[23]).

In der Bundesrepublik gibt es außer den erwähnten Beschlüssen und Einrichtungen der IG Metall zwischenzeitlich auch betriebsbezogene Initiativen. So haben bei Blohm und Voss in Hamburg 350 Vertrauensleute einstimmig die Einrichtung eines betrieblichen „Arbeitskreises alternative Fertigung" beschlossen, der seit Januar 1981 zusammentritt und betriebsbezogene Vorschläge für die Produktionsumstellung erarbeitet. Und es liegen bereits konkrete Aussagen vor über mögliche Konversionen für die bisherige Produktion von Kriegsschiffen, Leopard-Panzern und Kampfflugzeugen[24]).

Welch brisante Perspektive sich mit dieser spezifisch gewerkschaftlichen Qualität von Friedensarbeit auftut, läßt sich nur ermessen, wenn man geschichtliche Beispiele heranzieht, in denen betriebliche und gewerkschaftliche Kampfmittel gegen die Kriegsproduktion zum Tragen kamen. Gerade aus diesem Grund sind von Seiten der Unternehmen und des Staates größte Widerstände zu erwarten, falls die Friedensbewegung die Belegschaften stärker als bisher erfassen sollte.

23) Vgl. Mehrens/Wellmann, Gewerkschaften.
24) Vgl. Huffschmid (Hrsg.), Für den Frieden produzieren – Alternativen zur Kriegsproduktion, Köln 1981.

Kriegsmedizin und Gesundheitssicherstellungsgesetz

Von Robert Pfeiffer und Eberhard Weber

Wer hätte sich vor einem Jahr schon vorstellen können, daß sich heute eine kaum noch zu übersehende Zahl von Initiativen im Gesundheitswesen mit der drohenden Atomkriegsgefahr auseinandersetzt und öffentlich wirksam wird? Wer hätte gedacht, daß „Gesundheitsarbeiter" – Krankenpflegepersonal, Ärzte, Auszubildende und Studenten – einen eigenständigen Beitrag zur Friedensbewegung leisten könnten, der dieser Bewegung wichtige Impulse gibt und noch geben wird? Drei Beispiele:

In zahlreichen regionalen und überregionalen Aufrufen wenden sich Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen an ihre Kollegen und Patienten, um über die medizinische Versorgung in einem Atomkrieg zu informieren. Bezeichnende Überschrift des Hamburger Aufrufs: „Wir können nicht um das Leben des einzelnen ringen und den möglichen Tod von Millionen übersehen."

In Hamburg fand am 19./20. September dieses Jahres der „Medizinische Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges"[1]) mit Referenten aus der Bundesrepublik, den USA, der UdSSR, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden statt. Der Kongreß zählte 1400 Teilnehmer, vorwiegend Ärzte. In der Schlußerklärung heißt es u.a.: „Wir Ärzte können für die Opfer eines Atomkriegs nichts tun. Es gibt keine Heilungsmöglichkeiten, keine ärztliche Hilfe. Die Folgerung, die wir Ärzte daraus ziehen, ist: Vorbeugend mit der Kriegsgefahr umzugehen. Wir müssen aus unserer gewohnten ärztlichen Rolle heraustreten und sind auf Grund unserer fachlichen Kenntnisse gezwungen, politisch tätig zu werden. . . . Sagt man uns, daß Militärbündnisse die Stationierung von Atomwaffen erforderlich machen, so werden wir auch als Ärzte über die Militärbündnisse diskutieren müssen. Deshalb fordern wir die Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses und sehen darin einen ersten Schritt zu einem atomwaffenfreien Europa."[2])

Auch der Gesundheitstag 1981 in Hamburg (30. September – 4. Oktober) mit seinen über 10 000 Teilnehmern stand im Zeichen des Protestes gegen die atomare Aufrüstung. An die 25 Seminare und Großveranstaltungen, immer überfüllt, behandelten die medizinischen Auswirkungen eines Atomkrieges. Auftaktveranstaltung und abschließende Demonstration waren Manifestationen für den Frieden.

Wie kommt es zum schnellen Aufschwung der Friedensaktionen im Gesundheitsbereich? Der Funke ist wohl von der bundesdeutschen Friedensbewegung übergesprungen, die u.a. mit dem Krefelder Appell, dem Kirchentag in

1) Die Ergebnisse des Hamburger Kongresses erscheinen Ende 1981 als Buch im Pahl-Rugenstein Verlag.
2) Vgl. unter 1).

Hamburg und der Bonner Demonstration vom 10. Oktober zu einer unübersehbaren Kraft geworden ist. Pate standen die äußerst aktiven Ärztebewegungen in den USA, Großbritannien und den Niederlanden, deren Erfahrungen über internationale Kongresse – Airlie (USA) und Groningen (Niederlande)[3]) – vermittelt wurden. Anlaß ist aber die zunehmende Militarisierung unseres Gesundheitswesens.

Militarisierung des Gesundheitswesens

Die bundesdeutschen Ärzte werden derzeit von einer Flut von Lehrbüchern und Publikationen, von einer Welle von Veranstaltungen und Kongressen zum Thema „Katastrophenmedizin" geradezu überschwemmt. Doch was sich da schamhaft unter dem Titel „Katastrophenmedizin" verbirgt, ist in Wahrheit Kriegsmedizin. Die „Zeit" hat das unlängst aufgedeckt[4]). Auf einigen dieser Veranstaltungen ist es zu Protesten gekommen – immerhin ein ermutigendes Zeichen. Im nicht-ärztlichen Bereich liegt der Schwerpunkt bei der Ausbildung sog. „freiwilliger" Schwesternhelferinnen. 230 000 „Freiwillige" sind bisher auf Kosten des Bundes durch Sanitätsorganisationen wie das Deutsche Rote Kreuz u.a. ausgebildet worden[5]). Die Lehrgänge dauern sechs Wochen, die Frauen – viele von ihnen machen die Ausbildung, um anschließend eine Anstellung im Gesundheitswesen zu finden – verpflichten sich in ihrem Ausbildungsvertrag, nicht nur im Verteidigungsfall, sondern auch im Spannungs- oder Katastrophenfall als Schwesternhelferinnen zur Verfügung zu stehen[6]). So unterläuft man die grundgesetzliche Festlegung (Art. 12a Abs. 4), wonach Frauen nur im Verteidigungsfall dienstverpflichtet werden können. Freiwillig ist die Ausbildung, der Einsatz im Notstand nicht.

Auch materiell hat sich einiges getan. An die 200 „Hilfskrankenhäuser" für Zivilisten mit ca. 120 000 Betten wurden errichtet, z.T. im unterirdischen Vollausbau. Für 1981 steht allerdings nur der vergleichsweise lächerliche Betrag von 8,9 Mio. DM zum Weiterbau zur Verfügung[7]). Ist es die realistische Einsicht, daß Hilfskrankenhäuser im Atomkrieg sinnlos sind, weil sie der atomaren Zerstörung anheimfallen, oder ist es die knappe Finanzdecke, die zur Reduzierung der Zivilschutzpläne zwingt? Billiger als Hilfskrankenhäuser zu bauen, ist der massenhafte Druck von Zivilschutzbroschüren, in denen dem Bürger anempfohlen wird, sein privates Notstandspäckchen (Rucksack, Konserven, Werkzeuge, Taschenlampe etc.) zu schnüren. Immerhin eine Weiterentwicklung gegenüber der früher propagierten Aktentasche, die – vor den Kopf gehalten – die Überlebenschancen bei einem Atomschlag steigern sollte.

Die Ausbildung von Ärzten und Schwesternhelferinnen in Kriegsmedizin, der Bau von Hilfskrankenhäusern und der Druck von Zivilschutzbroschüren ver-

3) Vgl. „Demokratisches Gesundheitswesen", 4/1981.
4) Hanauske-Abel/Obermair, Zivilisten haben keine Chance, in: „Die Zeit" v. 18. 9. 1981.
5) Vgl. Bundestagsdrucksache 9/636 vom 6. 7. 1981.
6) Vgl. Doormann, Schwestern für den Ernstfall, in: „Konkret", 12/1980.
7) Siehe unter 5).

folgen ein gemeinsames Ziel: den Menschen im Gesundheitswesen, der Bevölkerung soll eingeredet werden, der Atomkrieg und seine Folgen seien durch geeignete medizinische und Zivilschutzmaßnahmen in den Griff zu bekommen. Dabei wird folgendes Argumentationsschema benutzt: Der Krieg, so furchtbar er auch sein mag, ist eine besondere Form der Katastrophe. Eine Katastrophe ist aber prinzipiell eindämmbar und beherrschbar, wenn man die notwendigen Vorkehrungen trifft. Und plötzlich ist der Atomkrieg mit der Hamburger Flutkatastrophe vergleichbar (die hat Helmut Schmidt ja schließlich auch in den Griff bekommen!). Dieses Argumentationsschema hat für die Kriegs- und Notstandsplaner zwei Vorteile:

– Der Atomkrieg wird verniedlicht. Die Absicht dabei ist, Menschen vom Engagement in der Friedensbewegung abzuhalten.

– Kriegs- und Notstandsmaßnahmen können als notwendige Vorsorge für zivile Katastrophen getarnt werden. Zur Erinnerung: Schon in den 60er Jahren hat das „Katastrophenargument" in der Diskussion um die Notstandsgesetze mit dazu beigetragen, vielen Menschen Sand in die Augen zu streuen.

Konzentriertester Ausdruck der Militarisierung im Gesundheitswesen ist das sog. „Gesundheitssicherstellungsgesetz – GesSG"[8]). Seit dem Mai 1980 liegt es als Referentenentwurf aus dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BmJFG) vor und ist eher verheimlicht als veröffentlicht worden. Mit den interessierten Fachverbänden – insbesondere den ärztlichen Standesorganisationen – fand aber eine intensive Diskussion über den Entwurf statt. Die Bundesregierung hat im Juli dieses Jahres noch einmal auf Anfrage der CDU im Bundestag bekräftigt, daß sie dieses Gesetz einbringen will[9]). Weitere Informationen lassen vermuten, daß um die Jahreswende ein überarbeiteter Referentenentwurf zu erwarten ist, der dann der Bundesregierung und anschließend als Gesetzentwurf dem Bundestag zugeleitet werden soll. Der Referentenentwurf sagt in seinem Titel klipp und klar, worum es geht: „Gesetz zur Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfalles". Da ist jedenfalls keine Rede von einem Gesetz zum Schutz vor zivilen Katastrophen.

Warum diese Militarisierung der Medizin, warum Zivilschutz und GesSG? In einer NATO-Broschüre aus dem Jahr 1962 heißt es: „Eine gut organisierte Verteidigung an der Heimatfront muß als wichtiges Abschreckungsmittel gegen eine Aggression betrachtet werden . . . Zu den grundlegenden Hypothesen, von denen jede zivile Notstandsplanung ausgeht, gehört in erster Linie die Annahme, daß die kritische Phase eines Kernwaffenkrieges die ersten vier Wochen sein werden, und von diesen wiederum können die ersten drei oder vier Tage ausschlaggebend sein. Wenn die militärische Front und die Heimatfront dank den getroffenen Vorbereitungen diese Zeit, die man Überlebens-

8) Reterentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfalles – Gesundheitssicherstellungsgesetz (GesSG) –, BMJFG 312 – 4580/1 v. 31. 5. 1980, sowie die Begründung.
9) Siehe unter 5).

phase nennt, überstehen, so dürfte die halbe Schlacht gewonnen sein."[10]) In dem Maße, wie die amerikanische und NATO-Strategie die Theorie des „begrenzten" und „gewinnbaren" Atomkriegs favorisiert (und der Atomkrieg dadurch wahrscheinlicher wird), gewinnt natürlich auch der Zivilschutz („die Heimatfront") und die dafür funktionalisierte Medizin eine wichtigere Bedeutung. So erklärte Bundesinnenminister Baum kürzlich, daß erst durch die sog. Zivilverteidigung „die atomare Abschreckung ihre volle Wirkung erzielen kann"[11]).

Folgerichtig ist es auch in erster Linie die Bundeswehr, die ein Notstandsgesetz für das Gesundheitswesen fordert. Generaloberstabsarzt Rebentisch, damals noch Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, verlangte 1980 das GesSG, „weil sonst die Bundeswehr im Verteidigungsfall hoffnungslos überfordert wäre"[12]). Dem Herrn General ist wohl die Vorstellung unerträglich, daß Bundeswehrärzte im Atomkrieg auch noch verstrahlte Zivilisten zu versorgen hätten. An anderer Stelle beklagt Herr Rebentisch: „So haben wir heute in der Bundesrepublik Deutschland noch eine mangelhafte planerische und organisatorische Grundlage zum Katastrophenschutz, geringes Katastrophenbewußtsein (!) der Bevölkerung, zu schwache Katastrophenschutzeinheiten sowie Mangel an Selbsthilfemöglichkeiten und an Schutzräumen . . ."[13]). Dem soll abgeholfen werden! Das Bundesamt für Zivilschutz haut in dieselbe Kerbe und verlangt „die Schaffung eines öffentlichen Gesundheitswesens im Spannungs- und Verteidigungsfall . . . Mit diesem Gesetz soll erreicht werden, daß alle für eine flächendeckende Versorgung mit sanitäts- und gesundheitsdienstlichen Leistungen im Ernstfall notwendigen personellen und sachlichen Elemente zu einem gut gegliederten und durch klar zugeordnete Verantwortlichkeiten gut zu führenden System verbunden werden"[14]).

Die ärztlichen Standesorganisationen

Allzu öffentlich soll das Gesundheitswesen aber auch im Atomkrieg nicht werden, jedenfalls nach Meinung der ärztlichen Standesorganisationen. Einerseits fordert die Bundesärztekammer seit 1969 – also schon lange vor der Bundeswehr – öffentlich ein GesSG[15]), andererseits versucht sie, bestimmte Partialinteressen einzubringen. „Das in der Bundesrepublik Deutschland bestehende System der ambulanten ärztlichen Versorgung muß auch im Spannungs- und Verteidigungsfall erhalten bleiben."[16]) Das meint: die niedergelassenen Ärzte wollen auch im Atomkrieg ihr Monopol auf ambulante Be-

10) Zit. n. Krohn, Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze, Koln 1981, S. 62.
11) Zit. nach TAZ v. 29. 9. 1981.
12) Zit. nach „Deutsches Ärzteblatt", 21/1980, S. 1394.
13) Rebentisch, in „Therapiewoche", 31/1981, S. 2359ff.
14) Kolb, Bundesamt für Zivilschutz, in „Therapiewoche", 31/81, S. 2362ff.
15) Vgl. „Deutsches Ärzteblatt", 18/1980, S. 116ff.
16) Kap. B 8 des sog. „Blauen Papiers" („Weiterentwicklung der gesundheits- und sozialpolitischen Vorstellungen der Deutschen Ärzteschaft"), 1980.

handlung (und Abkassierung) erhalten wissen. Wenn alles in Scherben fällt, dann möchten sie wenigstens noch liquidieren[17]).

Übrigens funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und standesmäßig organisierten Ärzten schon lange. Eine Reihe medizinischer Lehrstuhlinhaber und Ärztefunktionäre sind Mitglieder des „Wehrmedizinischen Beirats" der Bundeswehr. Der Inspekteur der Sanitätstruppen gehört dem Amt des Präsidiums des Deutschen Ärztetages an[18]). Unlängst richtete die Bundesärztekammer einen Ausschuß „Katastrophenmedizin" ein, Vorsitzender ist ein Generalarzt der Bundeswehr.

Auch publizistisch tut die Bundesärztekammer viel, um einen Nuklearkrieg und seine Auswirkungen in geradezu schändlicher Weise zu verharmlosen – wohl mit dem Ziel, Ärzte zum Training der Kriegsmedizin und Patienten zum Glauben an den Zivilschutz anzuhalten. So heißt es z.B. in einem Aufmacherartikel des „Deutschen Ärzteblattes" unter der Überschrift „Die Gefahr als immanenter Faktor des täglichen Lebens" (übrigens als Vortrag vor der „Deutschen Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie" gehalten): „Wir sterben also bereits mit jedem verflossenen Augenblick. Da das Leben des Menschen obligat erlöschen muß, ist die ‚Gefahr' ohnehin in unser Leben einprogrammiert . . ." Nach Charakterisierung des Menschen als „Neugierwesen", ausgestattet mit „Spiel- und Forschungstrieb" sowie „kindlicher Wagelust", kommt der Artikel zum Fazit: „Wir müssen aber mit der Gefahr leben, die wir selbst wählen, und damit auch mit der Aussicht auf Katastrophen."[19]) Wird hier noch schamhaft von „Katastrophen" geredet, so nimmt Volrad Deneke, Geschäftsführer der Bundesärztekammer, in einem Kommentar zum Hamburger Ärztekongreß (s.o.) kein Blatt mehr vor den Mund. Titel: „Ein Angriff auf die sittliche Substanz des Arzttums". Kostprobe: „Die Parole ‚Ärzte warnen vor dem Atomtod' unterstellt, daß es besondere ärztliche Gründe gäbe, gerade vor atomaren Ereignissen zu warnen. . . Die Schlagzeilen ‚Ärzte warnen vor dem Verkehrstod' oder ‚Ärzte warnen vor dem Knollenblätterpilz' haben keine geringere ethische Dimension". Oder: „Was heißt das denn, daß die ‚deutsche Zivilbevölkerung bei einem Atomkrieg ohnehin keine Überlebenschance' habe? Hat die deutsche Zivilbevölkerung denn ohne Atomkrieg eine Überlebenschance?"[20]) Ein Kommentar erübrigt sich.

Die Auswirkungen des GesSG im Frieden

Der Referentenentwurf des GesSG sieht bereits in Friedenszeiten eine umfangreiche Planung und Vorbereitung auf den Tag X vor. Zuständig sind jeweils Behörden auf Kreisebene, deren zu erarbeitende Vorkehrungen die bestehenden (Krankenhäuser, Arztpraxen) und die zusätzlich vorgesehenen Einrichtungen (z.B. Schulen, Hotels) des Gesundheitswesens, ihre spezielle

17) Weber, Wir Ärzte sind vorbereitet, in: „Konkret", 9/1981, S. 26ff.
18) Vgl. Riedesser, „Militär und Medizin", in: „Das Argument", Sonderband 4, S. 231ff.
19) „Deutsches Ärzteblatt", 33/1981, S. 1567ff.
20) „Deutsches Ärzteblatt", 40/1981, S. 1856/57.

Verwendung sowie deren materielle und personelle Ausstattung umfassen. „Die Vorbereitungen müssen soweit vorangebracht werden, daß es in einem Ernstfall nur noch einer Anordnung der Anpassungsmaßnahmen bedarf und diese dann reibungslos und in kürzester Frist durchgeführt werden können", heißt es in der Begründung zum GesSG[21]). Die konkreten Notstandsplanungen sollen nicht veröffentlicht werden.

Personell werden keineswegs nur die im Kernbereich des Gesundheitswesens Beschäftigten zur Mitwirkung verpflichtet. Der Referentenentwurf zählt auf: Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Krankenhäuser, Kurheime, Sanatorien, Sanitätsorganisationen (DRK, ASB, Malteser-Hilfsdienst, Johanniter-Unfall-Hilfe), Freie Wohlfahrtsverbände, Hauspflegeorganisationen, Untersuchungseinrichtungen. Per Rechtsverordnung kann der Kreis beliebig erweitert werden. Besondere Aufgaben werden daneben den Rettungsdiensten, den Ärztekammern und den Kassenärztlichen Vereinigungen zugewiesen.

Alle oben genannten Personen und Institutionen unterliegen einer permanenten Melde- und Auskunftspflicht an die Behörde. Sie haben zu melden: welche Aufgaben sie wahrnehmen; wie es um die materielle Ausstattung ihrer Einrichtungen steht; wer beschäftigt wird (Name, Alter, Wohnsitz, Ausbildungsstand). Wiederum kann per Rechtsverordnung der Umfang der personenbezogenen Daten beliebig erweitert werden. Häufig werden also Gesundheitsarbeiter mehrfach erfaßt: z.B. über das Krankenhaus, die Ärztekammer und das DRK. Da dem Betroffenen die gespeicherten Daten nicht mitgeteilt werden, hat er keine Chance, sich zu wehren.

Darüberhinaus werden auch alle die erfaßt, die irgendwann einmal im Gesundheitswesen gearbeitet haben. Krankenschwestern und -pfleger arbeiten durchschnittlich 5 Jahre in ihrem Beruf – daraus wird schon deutlich, wieviele Personen zusätzlich erfaßt werden.

Resümee: Mehrere Millionen Bürger unterliegen dieser Datenerfassung. Ein ganzes Berufsfeld wird lückenlos registriert – das gibt es sonst nur noch bei den Angehörigen der Bundeswehr oder der Polizeikräfte. Da völlig unkontrollierbar ist, was gespeichert wird, ist dem Datenmißbrauch Tür und Tor geöffnet – man denke z.B. an die Weitergabe von Personendaten an Arbeitgeber oder den „Verfassungsschutz".

Die zur Mitwirkung Verpflichteten – z.B. die niedergelassenen Ärzte – haben die Besichtigung ihrer Einrichtungen – ihrer Praxen – zu dulden (sog. Duldungspflicht). Das ist immerhin eine Einschränkung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG).

Die Rekrutierung „freiwilliger" Schwesternhelferinnen (s.o.) würde mit dem GesSG auf eine gesetzliche Grundlage gestellt und gleichzeitig wohl verstärkt werden. Eine jährliche Fortbildungspflicht wird ebenfalls festgeschrieben.

21) Begründung GesSG, S. 102.

Auch die Ärzte werden einer kontinuierlichen Fortbildungspflicht in Kriegsmedizin unterliegen. Die Fortbildung soll alle Ärzte erfassen und scheinpflichtig sein. Die Durchführung liegt bei den Ärztekammern, die darin von der Bundeswehr unterstützt werden. Welch ein Hohn: seit Jahren fordern z.B. die Gewerkschaften eine gesetzlich fixierte Fortbildungspflicht für Ärzte in ihrem jeweiligen Fachgebiet. Sozialliberale Politik macht es möglich, daß die Fortbildung nunmehr geregelt wird – allerdings nur im Teilgebiet Kriegsmedizin, und das auch noch „in Zusammenarbeit" mit der Bundeswehr.

Das Notstands-Instrumentarium

Bevor auf die Auswirkungen des GesSG im Notstand eingegangen wird, ist es sinnvoll, sich das bereits vorhandene Notstands-Instrumentarium vor Augen zu führen.

Wie alle Notstandsgesetze zielt das GesSG nicht nur auf den äußeren (Krieg), sondern auch auf den inneren Notstand (soziale Unruhen). Zwischen beidem besteht natürlich ein politischer Zusammenhang. Für die kapitalistischen Länder galt schon immer, daß Kriegsvorbereitung mit innerer Repression einhergeht. Das Preußen-Deutschland mit seinen zahlreichen Kriegen unterdrückte Gewerkschften und Sozialdemokratie. Die Nazis, die fast ganz Europa unterjochten, versuchten bestialisch, jede Opposition auszurotten. Adenauer mit seiner Politik des Kalten Krieges, des Roll-back gegen die sozialistischen Länder ließ die KPD und andere demokratische Organisationen verbieten.

Im Grundgesetz tauchen die Begriffe innerer und äußerer Notstand nicht auf. Stattdessen finden sich: Verteidigungsfall – Spannungsfall – Katastrophenfall.

Der Verteidigungsfall (Art. 115a GG) besteht, wenn die BRD mit Waffen angegriffen wird oder ein solcher Angriff droht. Also: wenn nur wenige Geheimnisträger der Auffassung sind, ein Angriff drohe – oder vorgeben, ein Angriff drohe –, kann das Notstands-Unrecht in Kraft treten. Festgestellt wird der Verteidigungsfall durch den Bundestag mit zweidrittel seiner Stimmen, mindestens aber mit den Stimmen der Mehrheit seiner Mitglieder. Aber auch der Gemeinsame Ausschuß („das Notparlament") kann mit der Mehrheit seiner Mitglieder den Verteidigungsfall beschließen.

Der Spannungsfall (Art. 80a GG) ist dem Verteidigungsfall (also dem Drohen eines Angriffs) noch vorgelagert. 12 namhafte Juristen haben versucht, den Begriff Spannungsfall zu definieren: es mißlang, ein Beweis dafür, wie dehnungsfähig dieser Begriff ist[22]). Die Exekutive dagegen hat genauere Vorstellungen, was unter diesen Begriff zu subsumieren ist. So unterstützte Helmut Schmidt 1967 ausdrücklich die Auffassung, daß ein Krieg im Persischen Golf, der die BRD von der Ölzufuhr abschneide, den Notstand auslösen könne[23]).

22) Vgl. Mayer/Stuby (Hrsg.), Das lädierte Grundgesetz, (?. . .) S. 202ff.
23) Vgl. Krohn, a.a.O., S. 330.

Der Spannungsfall wird durch eine Zweidrittelmehrheit des Bundestages festgestellt oder durch einen NATO-Beschluß mit Zustimmung der Bundesregierung („Bündnisfall"). Dann ist das parlamentarische Mäntelchen völlig gefallen.

Mit dem Spannungs- und Verteidigungsfall wird z. B. das Grundrecht auf Berufsfreiheit (Art. 12 GG) außer Kraft gesetzt – durch Arbeits- und Dienstverpflichtungen –, für Frauen allerdings nur im Verteidigungsfall. Das Koalitions- und Streikrecht (Art. 9,3 GG) wird auf Arbeitskämpfe eingeschränkt, „die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" geführt werden. Politische Streiks sind also verboten, Lohnstreiks werden durch Arbeitsverpflichtungen auf kaltem Wege unmöglich gemacht.

Der Katastrophenfall (Art. 35 GG) erlaubt es der Bundesregierung, den Bundesgrenzschutz einzusetzen. Der Begriff Katastrophe ist keineswegs auf Naturkatastrophen etc. eingegrenzt. Er ist viel weiter gefaßt: „Katastrophe . . . ist eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung, zu deren Bekämpfung die Verstärkung der für den täglichen Einsatz bestimmten Kräfte und Mittel sowie die einheitliche Lenkung der Abwehrmaßnahmen mehrerer Behörden erforderlich sind . . .", definiert z. B. das Hamburgische Katastrophenschutzgesetz.

Der Art. 87a GG schließlich erlaubt den Einsatz der Bundeswehr „zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes" im Inneren.

Auf den Notstandsartikeln des Grundgesetzes („Notstandsverfassung") fußen mehr als ein halbes Dutzend sog. „kleiner" Notstandsgesetze. Dazu gehört auch das GesSG. Jedes „kleine" Notstandsgesetz kann auch einzeln in Kraft gesetzt werden.

Resümee: Es gibt viele Möglichkeiten, die Notstandsgesetze, darunter auch das GesSG, in Kraft treten zu lassen. Diese Möglichkeiten beschränken sich nicht auf den Kriegsfall, die Notstandsgesetze sind in Zeiten sozialer Unruhe als Disziplinierungsinstrumente tauglich. Herr Lücke, ehemaliger CDU-Innenminister, hat 1966 die Intentionen der Notstandplaner so ausgedrückt: „Wir müssen uns darüber klar sein: solange die Sonne der Konjunktur scheint, solange wir Vollbeschäftigung haben, solange wird diese Demokratie bestehen und in keine Gefahr hineingeraten. Aber . . . wenn einmal fünf bis sechs Millionen Arbeitslose da sind, für den Fall müssen wir uns vorbereiten und für den Augenblick müssen wir unseren Staat rüsten."[24])

Der DGB hat in drei Bundeskongreß-Beschlüssen – 1962, 1963 und 1966 – seine Ablehnung der Notstandsgesetzgebung begründet und bekräftigt. Der Bundesausschuß des DGB hat noch einmal im Juli 1967 einstimmig dieses Votum wiederholt – mit den Stimmen der ÖTV-Vertreter. In der Präambel des gültigen DGB-Grundsatzprogramms von 1981 heißt es, daß die Gewerkschaften alle Versuche bekämpfen, „die im Grundgesetz verankerten Grundrechte

24) Lücke am 20. 2. 1966 im Deutschlandfunk.

einzuschränken oder aufzuheben". Insofern ist es enttäuschend, daß ÖTV und DGB ihre Ablehnung des GesSG, das die Rechte der Beschäftigten und die Versorgung der Patienten aufs schwerste beeinträchtigt, öffentlich noch nicht bekundet haben.

Im Notstand: Auswirkung des GesSG auf die Beschäftigten

Das GesSG stellt mit dem § 19,2 die Verbindung zum Arbeitssicherstellungsgesetz – einem der sog. „kleinen" Notstandsgesetze – her. Danach können Beschäftigte im Notstandsfall auf ihren bzw. einen anderen Arbeitsplatz dienstverpflichtet werden. Das beinhaltet ausdrücklich eine Einschränkung der Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG), der Freizügigkeit (Art. 11 GG) und der freien Wahl des Arbeitsplatzes (Art. 12 Abs. 1 GG).

Man hat schon recht konkrete Pläne bereit, wie die Arbeitsleistung der Beschäftigten zu steigern ist. „Ohne zusätzliche Investitionen" soll die „Leistungskapazität des Vorhandenen bis zum äußersten ausgenutzt" werden, z.B. durch „Verlängerung der Arbeitszeit" oder „Steigerung der Arbeitsintensität"[25]). Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten wird schon dadurch steigen, daß ein Großteil der Ärzte und des Krankenpflegepersonals im Notstand zur Bundeswehr eingezogen wird und der verbleibende Rest zusätzlich die etwa 120 000 Betten in Hilfskrankenhäusern zu versorgen hat.

Es wurde bereits gesagt, daß das Streikrecht durch die Notstandsgesetze massiv eingeschränkt, nämlich auf Arbeitskämpfe „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" begrenzt wird. Was diesem Zweck dient, bestimmt im Notstand die Exekutive. Im Gesundheitswesen wird auch ein so eng begrenzter Streik unmöglich sein – durch die „freiwilligen" Schwesternhelferinnen, die im Notstand höchst unfreiwillig aufgrund der Verträge, die sie mit Sanitätsorganisationen abgeschlossen haben, zum Einsatz kommen. Die „Freiwilligen" sind ehrenamtlich tätig, eine Bezahlung durch den Krankenhausträger entfällt. Das Personalvertretungs- bzw. das Betriebsverfassungsgesetz gilt für sie nicht – ebenso wenig wie das Streikrecht. Objektiv erfüllen sie also eine Lohndrückerfunktion; sie eignen sich auf Grund ihrer Rechtlosigkeit hervorragend, gegen die regulären Beschäftigten ausgespielt zu werden. Der Arbeitgeber kann sich widersetzende Beschäftigte entlassen (oder mit der Entlassung drohen), die Behörde wird schon für „freiwilligen" Nachschub sorgen.

Waren die niedergelassenen Ärzte durch das Arbeitssicherstellungsgesetz noch nicht erfaßt, so wird ihre Tätigkeit jetzt durch das GesSG reglementiert. So können sie zum Betreiben ihrer Praxen verpflichtet werden (sog. „Residenzpflicht"). Stehen Praxen leer, können sie anderen Ärzten verpflichtend zugewiesen werden. Einerseits ist damit der Wunsch der ärztlichen Standesorganisationen im wesentlichen erfüllt, auch im Atomkrieg unangefochten ambulant walten zu dürfen. Andererseits scheinen die Notstandsplaner nicht

25) Begründung GesSG, S. 106.

einmal mehr den niedergelassenen Ärzten so ganz zu trauen, sonst gäbe ja die „Residenzpflicht" keinen Sinn . . .

Mit preußischer Genauigkeit sind noch weitere Einzelheiten geregelt: Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung. Auch an Straf- und Bußgeldverfahren hat man gedacht. Für Dienstverpflichtungen reicht die Ankündigung im Rundfunk usw.

Der traurige Höhepunkt des GesSG aber ist § 28: „Reichen Maßnahmen auf Grund der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes oder der nach diesem Gesetz erlassenen Rechtsvorschriften nicht aus, um den Gesundheitsschutz oder die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ausreichend zu sichern, so kann die zuständige Behörde im Einzelfall die zu diesem Zweck erforderlichen Maßnahmen treffen . . ." In der Begründung heißt es dazu: „Die Regelung des § 28 Abs. 1 gehört ihrem Wesen nach zum Sicherheits- und Polizeirecht. Sie ist deshalb den in Generalklauseln gefaßten Befugnisnormen des allgemeinen und des besonderen Polizei- und Sicherheitsrechtes nachgebildet. . . . Trotz der weiten Fassung als Generalklausel entspricht die Befugnisnorm des § 28 Abs. 1 den gebotenen rechtsstaatlichen Anforderungen."[26] Tatsächlich: mit dem Notstand beginnt die Stunde der völlig unkontrollierten Exekutive.

Im Notstand: Auswirkung des GesSG auf die Patienten

Der Referentenentwurf beschäftigt sich auch mit den Patienten. Allerdings weniger mit ihrer medizinischen Versorgung als mit rechtlichen Handhaben gegen Kranke. So gibt der § 4 die gesetzliche Grundlage „zur Räumung und Verlegung von Krankenhäusern und von Pflegeeinrichtungen, von Kinder- und Behindertenheimen, von Einrichtungen der Altenhilfe sowie von sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens, einschließlich sozialer Dienste, die Kranke betreuen". In weiteren Paragraphen heißt es, daß stationäre Patienten vorzeitig entlassen bzw. ihre Aufnahme verweigert werden kann. Dies korrespondiert mit der Aussage der Bundesregierung, daß im Spannungsfall etwa die Hälfte der Krankenhaus-Patienten sofort entlassen werden, um Betten frei zu machen[27]. Kein Arzt soll meinen, daß er im Notstand noch viel zu entscheiden hat. Er ist Befehlsempfänger der Rettungsleitstellen, die „über eine zentrale Bettenübersicht und über die erforderlichen Befugnisse zur Anordnung von Belegungen verfügen"[28].

Die abgewiesenen oder zwangsentlassenen schwerkranken Patienten, die alten oder pflegebedürftigen Menschen, deren Heime geräumt wurden, sollen dann von den niedergelassenen Ärzten betreut werden, die ihrerseits durch Einberufungen zur Bundeswehr zahlenmäßig erheblich ausgedünnt sind. Messerschmidt, einer der führenden Wehrmediziner, beschreibt die Situation der Kranken am Beispiel eines Kernkraftwerk-Unfalls: „So kann es bei der

26) Begründung GesSG, S. 158/159.
27) Siehe unter 5).
28) Begründung GesSG, S. 39.

Evakuierung allein durch die physischen und psychologischen Belastungen zu größeren Gefährdungen der Menschen kommen als durch die Strahleneinwirkung. Diabetiker, Herzkranke, chronisch Lungen- und Magen- bzw. Darmkranke sowie psychisch Labile würden aus ihrem gewohnten Umfeld herausgerissen und wahrscheinlich von dem ihnen anvertrauten Hausarzt getrennt. Müßten sie wegen einer Verschlimmerung ihrer bereits vorhandenen Leiden in ein Krankenhaus stationär aufgenommen werden, so kann es sein, daß sie wegen bereits eingelieferter strahlengeschädigter Patienten dort keinen Platz mehr finden . . ."[29])

Der größte anzunehmende Unfall eines Kernkraftwerkes erscheint aber neben einem Atomkrieg in seinen Auswirkungen vergleichsweise begrenzt. Das Grauen eines Nuklearkrieges übersteigt menschliche Vorstellungskraft. Dennoch ist es richtig, medizinische Folgen exakt zu benennen, um der schändlichen Verharmlosungsideologie von Bundeswehr, Zivilschützern und ärztlichen Standesorganisationen entgegenzuwirken.

Ein nukleares Szenarium

Der „Spiegel" vom 1. November 1980 hat so ein Atomkriegs-Szenarium am Beispiel Hamburg beschrieben. Explodiert eine 20-Megatonnen-Bombe auf dem Hamburger Hauptbahnhof, sind im Umkreis von 7 km sofort alle Menschen – etwa 900 000 – tot. In diesem Bezirk sollte man die Bunker auch besser als Krematorien bezeichnen, weil die Feuersbrunst (mehrere 1000 Grad Celsius) allen Sauerstoff verbraucht und die Hitze die Menschen im Inneren der Bunker regelrecht verkochen läßt. Die Innenstadt liegt völlig in Trümmern, jenseits der Elbe stehen noch einzelne Mauern größerer Stahlbetonbauten – sonst nichts mehr. Noch 35 km vom Nullpunkt entfernt verbrennen Menschen durch die Hitzestrahlung kurz nach der Explosion. Anschließend entwickeln sich Feuerstürme, in denen weitere 1,5 Millionen Menschen den Tod finden. Der radioaktive Früh- und Spätfallout wird die Überlebenden in den Außenbezirken durch eine tödliche Strahlendosis, eine sich nach Jahren entwikkelnde Krebserkrankung und die Nachkommen durch Mißbildungen bedrohen – wenn es noch ein Später gibt.

Auch ein völlig intaktes Gesundheitssystem wäre hoffnungslos überfordert. Aber nach der Explosion gibt es keine intakte medizinische Infrastruktur mehr. Sämtliche Krankenhäuser im Stadtgebiet sind zerstört. Von den etwa 7000 Ärzten überleben ungefähr 2000 in den Außenbezirken. Auf jeden überlebenden Arzt entfallen etwa 3000 Schwerverletzte: 5 Minuten hat der Arzt für jeden Zeit, einmal in 14 Tagen. Unverseuchtes Wasser, Nahrungsmittel, Verbandsstoffe fehlen.

Die Patienten sind größtenteils mehrach geschädigt: Mechanisch durch herumfliegende Trümmer, was komplizierte Knochenbrüche und innere Verletzungen zur Folge hat. Durch Hitze und Feuersturm entstehen hochgradige

29) „Therapiewoche", 31/1981, S. 2359.

Verbrennungen. Dazu kommt noch die Strahlenkrankheit, die kausal nicht therapiebar ist. Ein Teil der Verletzungen wäre heilbar, wenn eine funktionierende Hochleistungsmedizin zur Verfügung stünde. Doch ist das nicht der Fall. Also werden die meisten Verletzten und Verstrahlten nach tage- bis monatelangem Siechtum verenden.

Auf Hilfe von außen ist nicht zu hoffen. Es ist ja höchst unwahrscheinlich, daß nur *eine* Atomwaffe gezündet wird. Die wenigen Unverletzten in den Bunkern der Außenbezirke werden nach 14 Tagen (solange reichen die Vorräte) eine Erde betreten müssen, die noch auf Jahrzehnte hochgradig strahlenverseucht ist. Sie werden die Toten beneiden.

Was muß in den Hirnen der militärischen und zivilen Notstandsplaner vor sich gehen, daß sie medizinische Versorgung für den Atomkrieg planen? Was für Folgen ein thermonuklearer Krieg haben wird, wissen sie wie wir. Der schon zitierte Herr Messerschmidt, Leiter der Bundeswehrakademie für Sanitätswesen, deutet es jedenfalls zaghaft an: „. . . es ist unbestreitbar, daß es bei der betroffenen Bevölkerung zu Verlusten in der Größenordnung von Hunderttausenden, ja vielleicht Millionen kommen würde."[30])

Selektion statt Behandlung

Doch der Zynismus geht noch weiter. Für den Massenanfall von Verletzten ist die „Triage" oder „Sichtung" vorgesehen. Das bedeutet: vor jeglicher Behandlung werden die Patienten sortiert, in Kategorien eingestuft. Nach der Kategorie bestimmt sich die Dringlichkeit der Behandlung – oder die Nicht-Behandlung. Die Triage ist eine Entwicklung der Militärmedizin – für den nächsten Krieg sollen auch Zivilärzte diese „Kunst" erlernen. Jedenfalls gehört die Triage zum Standardprogramm ärztlicher „Katastrophenmedizin"-Kongresse.

Was Triage konkret bedeutet, erläutert für den militärischen Bereich der schon bekannte Prof. Rebentisch in seinem Lehrbuch „Wehrmedizin": „Nicht der Schwerverwundete in akuter Lebensgefahr und nicht der Leichtverwundete, der noch vorübergehend am Gefecht teilnehmen könnte, haben Vorrang, sondern der Verwundete, dessen Leben und Gesundheit zu retten sind, wenn er bald in geeignete fachärztliche Behandlung kommt"[31]). Und die Zentrale Dienstvorschrift (ZDV) 49/50 der Bundeswehr fordert für die Kriegschirurgie, „daß sich im Gegensatz zur üblichen ärztlichen Handlungsweise die Sorge um den einzelnen den militärischen Erfordernissen unterordnen muß"[32]).

In derselben Dienstanweisung heißt es dann z. B.: „Falls die Zahl der Patienten mit Verbrennungen von 20 bis 50% der Körperoberfläche bereits alles Per-

30) Zit. n. Hackelberg, Kann uns die Katastrophenmedizin vor dem Atomtod schützen?, in: „Das Argument", Jahrbuch für kritische Medizin Bd. 7, S. 56ff.
31) Zit. nach Weber, Medizinische Versorgung im Atomkrieg?, in: „Die Überlebenden werden die Toten beneiden", Broschüre der Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie, Hamburg 1981
32) Zit. n. „stern", 48/1980, S. 167.

sonal und alle Vorräte mit Beschlag belegen, kann man auf die Versorgung der zu 50 Prozent und mehr Geschädigten keine Zeit mehr verwenden . . . Verwundete mit über 50prozentiger Schädigung bekommen nur schmerzstillende Mittel. Wenn sie überleben, so können sie später endgültig behandelt werden." Oder: „Bei Massenanfällen erhalten Thoraxverletzte eine einfache Erstbehandlung. Für die weitere Behandlung haben sie eine niedrige Dringlichkeitsstufe, infolgedessen sind ihre Überlebenschancen gering." Oder: „Bei Massenanfällen gehören die Rückenmarksverletzten selbstverständlich zur Gruppe der Spätbehandlungen." Oder: „Man muß sich bei nüchterner Überlegung dazu entschließen, den Bauchverletzten in den kritischen Stunden nach einem thermo-nuklearen Angriff eine verhältnismäßig niedrige Dringlichkeitsstufe für die Operation zu geben."[33])

Welche Bedeutung die Triage jetzt auch für den Zivilbereich bekommen soll, machte kürzlich der bayrische Sozialminister Pirkl deutlich. Er forderte „den Masseneinsatz von Ärzten und Pflegepersonal im Falle eines Nuklearkrieges" und wies ihnen die Aufgabe zu: „Die Verteidigungsmediziner müssen in der Lage sein, bei den Tausenden von Verletzten die Spreu vom Weizen zu trennen."[34])

Die Triage fordert Selektion, wo Behandlung notwendig wäre. Der Gedanke an die Rampe von Auschwitz drängt sich auf; auch dort selektierten Ärzte: die Schwachen ins Gas, die Stärkeren zur Arbeit, bis auch sie verbraucht waren. Das entscheidende Kriterium der Triage ist der potentielle Gebrauchswert des Patienten für die Kriegsführung: seine Tauglichkeit als Soldat oder seine Arbeitsfähigkeit in der Kriegsproduktion.

Das Ziel dieser Kriegsmedizin – und sie wird heute gelehrt und propagiert – heißt nicht Gesundheit, sondern Tauglichkeit. Weil sie für eine Situation konzipiert ist – und diese Situation akzeptiert –, in der Schwerkranke ausgesondert, statt behandelt werden, ist sie inhuman und widerspricht selbst der ständig bemühten ärztlichen Ethik („Ich werde . . . selbst unter Bedrohung meine ärztliche Kunst nicht im Widerspruch zu den Geboten der Menschlichkeit anwenden"[35]).

Doch auch Triage und notstandsmäßig organisiertes Gesundheitswesen werden die Situation der Verletzten und Sterbenden in den Tagen und Wochen nach einer nuklearen Explosion nicht bessern können. Das ist den Notstandsplanern mit und ohne Uniform bekannt. Warum dann das GesSG? Weil es – neben seiner politischen Disziplinierungs- und Entrechtungsfunktion – mithilft, die Angehörigen der Gesundheitsberufe und die Bevölkerung glauben zu machen, der Atomkrieg sei medizinisch in den Griff zu bekommen – vorausgesetzt, man bereitet sich ordentlich (notstandsmäßig) darauf vor. Damit ist das GesSG ein Stück praktischer und psychologischer Kriegsvorbereitung.

33) Siehe Anm. 32).
34) Zit. n. dpa und „Süddeutsche Zeitung" v. 2. 10. 1981.
35) Berufsordnung für die deutschen Ärzte, zit. n. „Deutsches Ärzteblatt", 23/1976, S. 1543.

Es ist wohl die wichtigste Aufgabe der Friedensinitiativen im Gesundheitswesen, die Lüge von der medizinischen Beherrschbarkeit der Folgen eines Atomkrieges zu entlarven. Es wird keine Medizin im Atomkrieg mehr geben, und weil das so ist, liegt die einzige sinnvolle Medizin in der Prophylaxe, also in der politischen Verhinderung des atomaren Holocaust, in Entspannung und Abrüstung. Das heißt konkret: Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles muß verhindert werden – als erster Schritt hin zu einem atomwaffenfreien Europa.

Trinkwasserkrise in der Bundesrepublik

Zur großen Koalition von Wasserwerken, Industrie und Politik

Von Uwe Lahl und Barbara Zeschmar

In den letzten Jahren wurden Geldbeträge in Milliardenhöhe für die Sanierung unserer Gewässer ausgegeben. Dies war notwendig geworden, da parallel zum wirtschaftswunderlichen Aufbau der Bundesrepublik eine ebenso an Wunder grenzende Mißwirtschaft auf dem wasserwirtschaftlichen Sektor stattgefunden hatte. Im Glauben an eine unbegrenzte Reinigungskraft und „Aufnahmekapazität" unserer Seen, Flüsse und Meere wurde quasi „aus allen Rohren" eingeleitet. Die Folgen waren nicht nur mit der Nase, sondern auch mit bloßem Auge bemerkbar – man denke nur an die mannshohen Schaumberge auf dem Rhein oder das jährliche Fischsterben.

Um eine ökologische und vor allem eine Trinkwasserkatastrophe zu verhindern, mußte investiert werden. Die ländlichen Kommunen haben einige Milliarden DM allein für den Bau von Kläranlagen ausgegeben. Hinzu kommt ein vergleichbar hoher Betrag, der seitens der Industrie und der Städte investiert wurde. Auch die Bundesausgaben für Entwässerung sind sehr hoch, bleiben seit Jahren aber etwa konstant.

Auf den ersten Blick hat sich vieles verbessert. Doch bei genauerem Hinsehen muß man feststellen, daß auf entscheidenden Gebieten des Gewässerschutzes die Maßnahmen nicht ausreichten oder nur oberflächlich durchgeführt wurden und werden. Die Qualität unserer Gewässer ist zwar in Eigenschaften, die

Es ist wohl die wichtigste Aufgabe der Friedensinitiativen im Gesundheitswesen, die Lüge von der medizinischen Beherrschbarkeit der Folgen eines Atomkrieges zu entlarven. Es wird keine Medizin im Atomkrieg mehr geben, und weil das so ist, liegt die einzige sinnvolle Medizin in der Prophylaxe, also in der politischen Verhinderung des atomaren Holocaust, in Entspannung und Abrüstung. Das heißt konkret: Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles muß verhindert werden – als erster Schritt hin zu einem atomwaffenfreien Europa.

Trinkwasserkrise in der Bundesrepublik

Zur großen Koalition von Wasserwerken, Industrie und Politik

Von Uwe Lahl und Barbara Zeschmar

In den letzten Jahren wurden Geldbeträge in Milliardenhöhe für die Sanierung unserer Gewässer ausgegeben. Dies war notwendig geworden, da parallel zum wirtschaftswunderlichen Aufbau der Bundesrepublik eine ebenso an Wunder grenzende Mißwirtschaft auf dem wasserwirtschaftlichen Sektor stattgefunden hatte. Im Glauben an eine unbegrenzte Reinigungskraft und „Aufnahmekapazität" unserer Seen, Flüsse und Meere wurde quasi „aus allen Rohren" eingeleitet. Die Folgen waren nicht nur mit der Nase, sondern auch mit bloßem Auge bemerkbar – man denke nur an die mannshohen Schaumberge auf dem Rhein oder das jährliche Fischsterben.

Um eine ökologische und vor allem eine Trinkwasserkatastrophe zu verhindern, mußte investiert werden. Die ländlichen Kommunen haben einige Milliarden DM allein für den Bau von Kläranlagen ausgegeben. Hinzu kommt ein vergleichbar hoher Betrag, der seitens der Industrie und der Städte investiert wurde. Auch die Bundesausgaben für Entwässerung sind sehr hoch, bleiben seit Jahren aber etwa konstant.

Auf den ersten Blick hat sich vieles verbessert. Doch bei genauerem Hinsehen muß man feststellen, daß auf entscheidenden Gebieten des Gewässerschutzes die Maßnahmen nicht ausreichten oder nur oberflächlich durchgeführt wurden und werden. Die Qualität unserer Gewässer ist zwar in Eigenschaften, die

unmittelbar wahrnehmbar sind (Geruch, Geschmack, Aussehen) verbessert worden. Durch den verstärkten Kläranlagenbau konnte die Belastung vor allem mit leicht abbaubaren Substanzen verringert werden. Aber unsichtbare Gefahren wie Belastungen mit schwer- oder nichtabbaubaren und zum großen Teil giftigen Substanzen durch Einleitungen insbesondere seitens der Großindustrie haben sich gehalten oder sind sogar stellenweise rapide angestiegen (3,4) *).

Besonders deutlich wird die Vergiftung unserer Gewässer am Beispiel des Sediments (Feststoffablagerungen). Viele Schadstoffe (Schwermetalle, Radionuklide, schwer abbaubare organische Verbindungen) werden größtenteils im Sediment gebunden oder gelagert (5) und sind von dort jederzeit wieder remobilisierbar, können also wieder ins Wasser gelangen. Bei größerer Wasserknappheit wird in Zukunft vermehrt auf die Verwendung von uferfiltriertem Oberflächenwasser zurückgegriffen werden müssen. Dann wird das Problem der sedimentgebundenen Schadstoffe, die ins Trinkwasser gelangen, weil die Aufnahmekapazität des Sediments erschöpft ist, zu einer ernsten Gefährdung führen. Um welche Größenordnungen es mittlerweile gehen kann, zeigen Sedimentsuntersuchungen im Hafen von Rotterdam, die an einigen Probenahmeorten mehrere Milligramm, an einer Stelle sogar *120 Milligramm PCBs* pro Kilogramm Sediment ergaben (6). Hier würde sich wohl sogar schon ein Recycling lohnen!

Nicht nur unsere Flüsse und Seen sind gefährdet. In zunehmendem Maß greift die Bedrohung mit schädlichen Chemikalien auch auf bisher unbelastete, intakte Grundwassergebiete über. Je schlechter die Qualität unserer Gewässer und Grundwasserreservoire ist, desto schlechter ist auch das daraus gewonnene Trinkwasser. Unter den gegenwärtigen Umständen kann heute kein Wasserwerk der Bundesrepublik alle in die Gewässer eingeleiteten Schadstoffe vollständig entfernen. Dabei ist das Geschmacksproblem nur eines unter vielen. Gravierender sind die Schadstoffe, die bis ins Trinkwasser gelangen können und zum Teil auch – trotz aller anerkennenswerten Bemühungen der damit überforderten Wasserwerke – hineingelangen und die wir zumeist *nicht* schmecken. Die Filter der Wasserwerke können nur einen Teil der Schadstoffe zurückhalten, und gleichzeitig werden durch die chemische Desinfektion im Wasserwerk neue Schadstoffe erst gebildet (4).

Es ist bezeichnend für die heutige Situation, daß die Teile der Bevölkerung, die sowieso schon durch Luftverschmutzung, Ernährung mit belasteten Nahrungsmitteln, mangelhafte Wohnverhältnisse und Lärmstreß, schlechte Arbeitsbedingungen usw. benachteiligt sind, zusätzlich in aller Regel belastetes Trinkwasser erhalten. Der Gewässerschutz hat folglich auch seine soziale Komponente.

Die Komplexität des Gewässerschutzes in der Bundesrepublik wird auch an einem anderen Problem deutlich: der drohenden Wasserknappheit.

*) Die Literaturhinweise befinden sich am Ende des Beitrags

Die Steigerung beim Wasserverbrauch wird in den nächsten Jahren unweigerlich zu verstärkten ökologischen Schäden in vielen Grundwassergewinnungsgebieten führen und zusätzlich die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen zwingen, vermehrt auf verschmutztes Oberflächenwasser als Rohwasser für die Trinkwassergewinnung zurückzugreifen.

Angesichts reichlicher Niederschläge und häufiger Überschwemmungen erscheint die Prognose einer Wasserknappheit geradezu paradox. Hochwasserkatastrophen und Wasserknappheit sind jedoch beides Symptome eines verfehlten „Wasserbaus": Die Überbauung großer Flächen (durch Straßen, Parkplätze, Flugplätze, Häuser, Autobahnen usw.) – die sog. Flächenversiegelung – und die Entwässerungsmaßnahmen im großen Stil in der Landwirtschaft haben dazu geführt, daß Regen- oder Tauwasser sehr viel weniger als früher versickern und so zur Grundwasserneubildung beitragen kann. Es fließt oberirdisch direkt oder über die Kanalisation in die Flüsse ab. Durch Flußbegradigungen u.a. wasserbauliche Maßnahmen ist jedoch die Aufnahmekapazität der Flüsse für zusätzliches Wasser begrenzt. Es kommt leicht zu Überschwemmungen und Hochwasserkatastrophen. Vor allem bei größeren Flüssen spielen die Flußbegradigungen die entscheidende Rolle für das Auftreten von Hochwasserspitzen, während kleinere Flüsse und Bäche durch die Drainierung und Flächenversiegelung sehr schnell nach Regenfällen Hochwasser führen (7,8,9).

Mittelbare ökonomische Vorteile aus der Verknappung der Wasserressourcen ergeben sich – seitens einiger Wassermultis – besonders im Grundwassersektor. Man kann beobachten, wie z.B. die Gelsenwasser zunehmend und massiv Wassernutzungsrechte hochwertiger Grundwassergewinnungsgebiete im weiten Umkreis des Ruhrgebietes aufkauft. Nach einem Subventionsbetrug, einer Schmiergeldaffäre und einer gigantischer Fehlinvestition standen die Stadtwerke Höxter beispielsweise vor der Pleite. In der Not verkauften sie3 freudig ihre Brunnen an das Gelsenkirchener Unternehmer. Der Wasserbedarf in Höxter betrug jährlich nur 2 Mio. cbm. Die Brunnen liefern 15 Mio. cbm. In Haltern strebt Gelsenwasser gar ein Enteignungsverfahren für Wassergewinnungsgbiete an, die im Besitz der Stadt sind. Der öffentliche Kapital-Anteil im Unternehmen liegt bei ca. 25 %. Welch eine Macht, die eine „Enteignung" von Staatseigentum durch ein privatwirtschaftliches Unternehmen ins Auge faßt (11).

Je mehr der Trinkwasserverbrauch steigt und je knapper die Ressourcen werden, um so vorteilhafter lassen sich erworbene Wasserrechte umsetzen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß in einigen Jahren die Wasserscheichs an Rhein und Ruhr die Preise in die Höhe treiben werden:

1. haben sie die Verfügungsrechte über die Quellen;
2. haben die Verbraucher keine Alternative zur „Zwangsverordnung" (schon mehrfach sind Nicht-Anschlußwillige per Gerichtsbeschluß zur Abnahme des „öffentlichen" Trinkwassers gezwungen worden);

3. finanziert die öffentliche Hand weitgehend die Versorgungssysteme (Rohre u.ä.);
4. steht diese Strategie in vollständiger Übereinstimmung mit dem Primat der Ökonomie auf betriebswirtschaftlicher Ebene.

Diese Entwicklung ist eine auf höchster Ebene sanktionierte Politik (Baum, 11), die zu umschreiben wäre mit dem Ziel: die Umwelt in den Bereich der *knappen Güter* einzubeziehen (und nicht mehr als Gratisgüter), mit denen man wirtschaftlich (meint marktwirtschaftlich) umgehen muß. Wasserquellen sollen demnach Handelsgut werde, vergleichbar etwa dem Grund und Boden. Ein sparsamer Umgang mit der Ressource Grundwasser ist ausdrücklich zu begrüßen. Es ist aber eher fragwürdig, daß diese Ziel von u.a. Gelsenwasser bei seiner marktbeherrschenden Stellung eingelöst wird und ob nicht gegenteilige Effekte auftreten. So versucht Gelsenwasser schon heute, Spartendenzen beim Verbraucher über die Preisgestaltung entgegenzuwirken: Es werden nämlich hohe Zählergebühren erhoben. Im Ruhrgebiet macht dieser Grundpreis bereits über 40 % des Gesamtpreises aus, wenn man den monatlichen Wasserverbrauch einer 4-köpfigen Durchschnittsfamilie mit 15 cbm Wasser annimmt. Einerseits wird dergestalt der Wasserpreis optisch sehr niedrig gehalten und andererseits macht sich der sparsame Wasserverbrauch bei hohen Grundgebühren wenig bemerkbar: im Portemonnaie des Verbrauchers.

Flußverschmutzung und Grundwasservergiftung schaffen eine verstärkte Nachfrage nach hochwertigem Grundwasser. Diese Nachfrage wird in Zukunft die Preise hochtreiben. Daher ist es wichtig, sich rechtzeitig mit Grundwasserrechten einzudecken. Im Kreis Höxter und im Raum Duisburg gibt es Anhaltspunkte, daß der Gelsenwasserkonzern die Wasserversorgung dort übernehmen will bzw. schon übernommen hat, wo die Gefahr einer Grundwasserverseuchung besteht. Die Kommunen sind auch schließlich gezwungen, an die Leitungen von Gelsenwasser anzuschließen, auch wenn sie dies vorher nicht wollten. (z.B. Hieheim, Steinheim, Marienmünster usw.). Und die Preise von Gelsen-Trinkwasser liegen durchschnittlich um mehr als das Doppelte über denen der Kommunen – schon heute.

Ferner ist zu befürchten, daß die Privatisierung der Trinkwasserversorgung und die Einbeziehung dieses Lebensguts in die Dynamik der Privatwirtschaft auf der Ebene der kleineren und mittleren Wasserwerke, den wachsenden Umweltverbrauch ebenfalls nicht stoppen kann, sondern lediglich auf eine höhere Stufe transformiert und eine Verschärfung der Verteilungsprobleme nach sich zieht, was wiederum eine weitere Zentralisierung der Wasserversorgung begünstigen würde.

Auf jeden Fall ist die herkömmliche Methode, die „Leistungen" der Wasserversorgungsunternehmen anhand der Betriebsergebnisse zu messen, fraglich, wenn dieses weder sozial noch ökologisch umfassend bilanziert ist; die betriebliche Rentabilität steigt, wenn es gelingt, die durch Ressourcenrabbau (durch Gelsenwasser z.B. bei Haltern), mangelnde Trinkwasserqualität u.ä.

verursachten Sozial- und Umweltkosten auf Dritte, die Gesellschaft oder die nachfolgenden Generationen abzuwälzen.

Es darf nicht so weit kommen, daß auf der einen Seite Kapitalanleger verdienen und dabei Oberflächenwasser (Flüsse usw.) und Grundwasser verschmutzen, während dagegen andere (und z.T. auch die selben Kapitalanleger) ökonomische Gewinne aus der sich verschärfenden Trinkwasserkrise ziehen und ihre Marktanteile ausbauen.

Bei einem so knappen Gut, wie es das Wasser zur Zeit bereits in Ballungsgebieten, später auch in unserem ländlichen Raum darstellt, ist eine Gewinnerzielung nur über den Preis möglich. Die im Vergleich zu den kommunalen Ausschüssen enorm hohen Sitzungsgelder (z.B. pro Person und Sitzung 3000 DM) und Aufwandentschädigungen der Aufsichtsrats- und Beiratsmitglieder belasten die Kosten zusätzlich. Sie tragen aber auch dazu bei, daß die für die Preiserhöhung zuständigen Gremien diesen leichter zustimmen.

Insgesamt steuern wir mit einer gewissen Zielstrebigkeit mitten in eine ernste „Wasserkrise" hinein, die nur durch eine grundsätzliche und baldige Wende in der Umweltpolitik verhindert werden kann. Tiefgreifende Gewässerschutzmaßnahmen, striktes Einleitungsverbot für gesundheitsschädliche Chemikalien, Veränderungen in der Trinkwasseraufbereitung und Aktivitäten zur sinnvollen Wassernutzung und -einsparung müssen aufeinander abgestimmt und zu einem integrierten Konzept für die Bundesrepublik bzw. für Europa als langfristiger Plan zusammengefaßt werden.

Mitte 1981 haben wir in detaillierter Form zu diesem Gesamtkomplex Wasser/Trinkwasser ein Buch veröffentlicht (4). Die Herausgabe dieses Buches wurde *gemeinsam* von den großen Umweltschutzverbänden der Bundesrepublik übernommen, was sicherlich ein Novum war. Die Reaktionen und Diskussionen in der Öffentlichkeit zum Problem Wasserverschmutzung sind durch dieses Buch intensiviert worden (siehe Artikel in der „Frankfurter Rundschau", im „Spiegel" und in der „Natur", die Anfrage in Bundes- und Landtagen usw.; dazu siehe auch die 2. *erweiterte* Auflage).

Ein wichtiger Problembereich verdient an dieser Stelle einmal ausführlicher analysiert zu werden: die Reaktion der Wasserwerke auf eine verstärkte Diskussion der Wasserprobleme in der Öffentlichkeit.

Die Wasserwerke

In der Regel wird sich jemand, dessen *unmittelbare Existenzgrundlagen* bedroht oder gefährdet werden, mit ganzer Kraft zur Wehr setzen. Dies wäre also auch von den Wasserwerken zu erwarten, denn ihre Grundlage, ihre Ausgangssubstanz – das Rohwasser – wird doch in entscheidendem Maß von industriellen und kommunalen Einleitern (im folgenden kurz: Verursacher) verunreinigt und gefährdet. Anstatt sich vehement zu wehren, zu protestieren und aufzuklären, bezahlen die Wasserwerke lieber, für Filter, Überwachungsgeräte, Chemikalien zur Aufbereitung usw., um dem verunreinigten Rohwasser noch Trinkwasserqualität abzuringen.

Häufig werden Wasserwerke sogar von Industriebetrieben von *sauberen* Wasserquellen verdrängt und müssen auf minderwertiges Rohwasser (Uferfiltrat o.ä.) ausweichen, in das dieselben Industriebetriebe ihr Abwasser einleiten (4). Wie groß die Einleiterdichte gerade einer der Hauptverursacher – der chemischen Industrie – am wichtigsten Trinkwasserlieferanten im süd- und mitteldeutschen Raum, dem Rhein, ist, zeigt Abbildung 1.

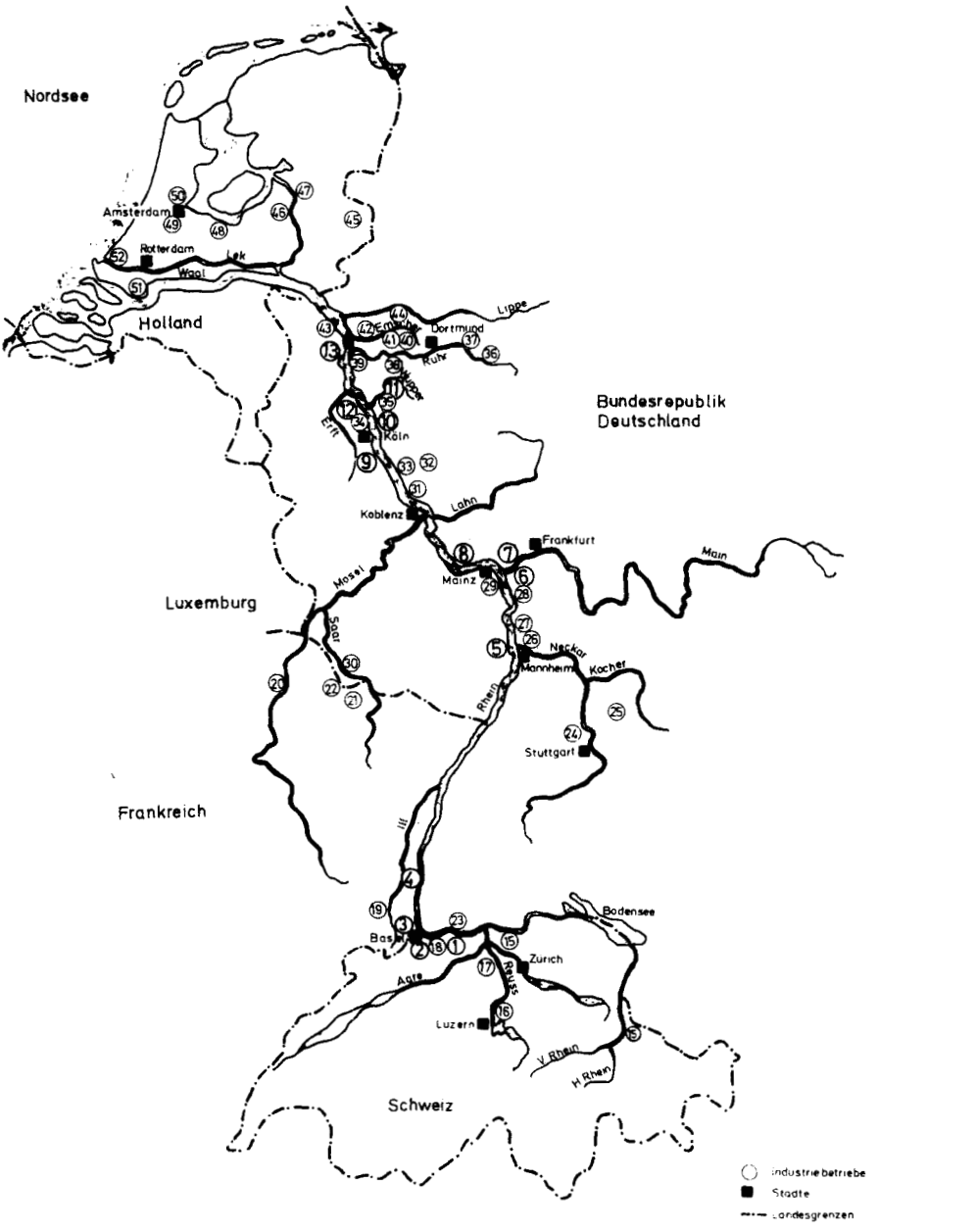
Die aufgeführten Betriebe leiten nach wie vor Rückstände und Abfälle aus ihren Retorten – z.T. mehrere Tonnen pro Tag – in den Rhein ein (11). Hier sind zu nennen so gefährliche Schwermetalle bzw. -verbindungen wie Quecksilber, Cadmium oder Chromat, aber auch so gefährliche organische „Mikroverunreinigungen" mit Langzeitwirkung wie Aromaten, Aniline, chlorierte Verbindungen. Eine Reihe von Wasserwerken ist gezwungen, unter großen Anstrengungen aus diesem derart belasteten Wasser noch Trinkwasser zu gewinnen, wie Abbildung 2 zeigt.

Die Verstimmung und die Widerstandsbereitschaft der Wasserwerke gegen die Verursacher der Wasserverschmutzung müßten enorm sein. In den vergangenen Jahren konnte man von diesem Interessenkonflikt in der Öffentlichkeit jedoch wenig sprüren. Der Widerstand war sicherlich vorhanden – aber *sehr moderat.* Bemerkenswert ist, daß die Ausführungen der Arbeitsgemeinschaft Rheinwasserwerke (ARW) in ihrem Ende November 1981 erschienen Jahresbericht eine Nuance „deutlicher" geworden sind. So ist dort zu lesen: „Vor allem bei den organischen Chlorverbindungen und den Chlorid- bzw. Neutralsalzkonzentrationen haben sich die Verhältnisse eher verschlechtert." – Ein Schritt in die richtige Richtung, auf etwas *deutlich* hinzuweisen, was seit Jahren ein großes Problem darstellt.

Eine Autorengruppe, die öffentlich und in aller Deutlichkeit auf die Verursacher hinweist, müßte – so sollte man erwarten – lauten Applaus von Seiten der Wasserwirtschaft erhalten. Das Gegenteil war der Fall. Die Wasserwirtschaft ging nicht nur auf allen Ebenen gegen unser Buch vor, sie überbot in den meisten Fällen die Angriffe der Verursacher um Längen. Hier einige Beispiele:

Unter der Überschrift „Geschwätz über ‚Krebs' aus der Wasserleitung" verteilten die Stuttgarter Wasserwerke an ihre Kunden Hunderttausende von Flugschriften, die – so empfahlen die Wasserwerksbetreiber – bei Bedarf und auf Anfrage bundesweit verteilt werden sollten. In ihnen stand zu lesen, wie unser Buch zu einem großen Presseecho gekommen war: „Man zitiert aus wissenschaftlichen Unterlagen einige Passagen und läßt sie zu einer Negativmeldung zusammenstellen. (Auf die wissenschaftliche Richtigkeit oder die Verhältnismäßigkeit von Nutzen und Schaden kommt es dabei nicht an.) Und dann läßt man möglichst noch einfließen, daß die angegriffenen Institutionen aus Profitgier handeln." (13) Der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) veröffentlichte eine Presseinformation unter dem Titel „Was ist dran an der Wasserkrise" und wies darauf hin, daß „der zitierte Bremer Wissenschaftler (Uwe Lahl, d. Verf.) . . . kein verläßlicher Zeuge (sei); sein Pamphlet

Abbildung 1
Übersicht über Produktionsplätze von organisch-chemischen Industriegebieten im Stromgebiet des Rheins.



Chemische Industriebetriebe im Stromgebiet des Rheins, die relevante Mengen wassergefährdender organischer Chemikalien 1980/81 produziert haben.

Nr	Industriebetrieb	Land	Säuren	Ester	Phenole	Ether	Ketone	Alkohole	Alifaten	Aromaten	Schwefelverbindungen	Polycyklische Aromaten	Amine	Amide u. Imide	Anilin Derv.	Toluidin Derv.	Pyridin- u. Chinolin Derv.	Andere
1	Ciba-Geigy Ltd	CH													●			
2	Ciba-Geigy Ltd.	CH													●			
	Sandoz Ltd.	CH													●			
3	Sandoz Ltd.	F													●			
4	Rhône-Poulenc S.A.	F																
5	BASF AG	BRD	●	●		●		●	●						●	●		●
	Dr. F. Raschig GmbH	BRD			●					■		●					●	
6	Hoechst AG	BRD																■
7	Hoechst AG	BRD							●									■
	Deutsche Shell GmbH	BRD				●												
8	Hoechst AG	BRD																
	Kalle AG	BRD																
9	Hoechst AG	BRD		●					●									●
10	Bayer AG	BRD	■	■	■			■	■	■	■				●	■		■
11	Bayer AG	BRD	■	■	■			■	■	■	■				■	■		■
12	Bayer AG	BRD	■	■	●			■	■	■	■				■	■		■
13	Bayer AG	BRD	■	■	●			■	■	■	■				■	■		■
14	Emser Werke AG	CH																
15	Schweizerische Sodafabrik	CH				●			●									
16	Lonzo AG	CH																
17	Schweizerische Sprengstoff-Fabrik AG	CH			●					●					●	●		
18	Schweizerische Teerindustrie AG	CH			●							●					●	
19	*Compagnie Française de Produits Industriels (CFPI)*	F	■															
	Potasse et Produits Chimiques SA	F							●									
20	Huiles, Goudrons et Dérivés (HGD)	F			●							●						
21	Sté NORSOLOR	F																●
	Produits Chimiques Ugine Kuhlmann	F								●					●			
22	CdF Chimie-Societe Chimique des Charbonnages	F								●								
23	Dynamit Nobel AG	BRD							●									
24	Dynamit Nobel AG	BRD																
25	Dynamit Nobel AG	BRD																
26	Rütgerswerke AG	BRD										●						
27	Johan Haltermann GmbH u. Co	BRD																

■ Die Produktionsangabe ist nur für alle Produktionsplätze zusammen bekannt

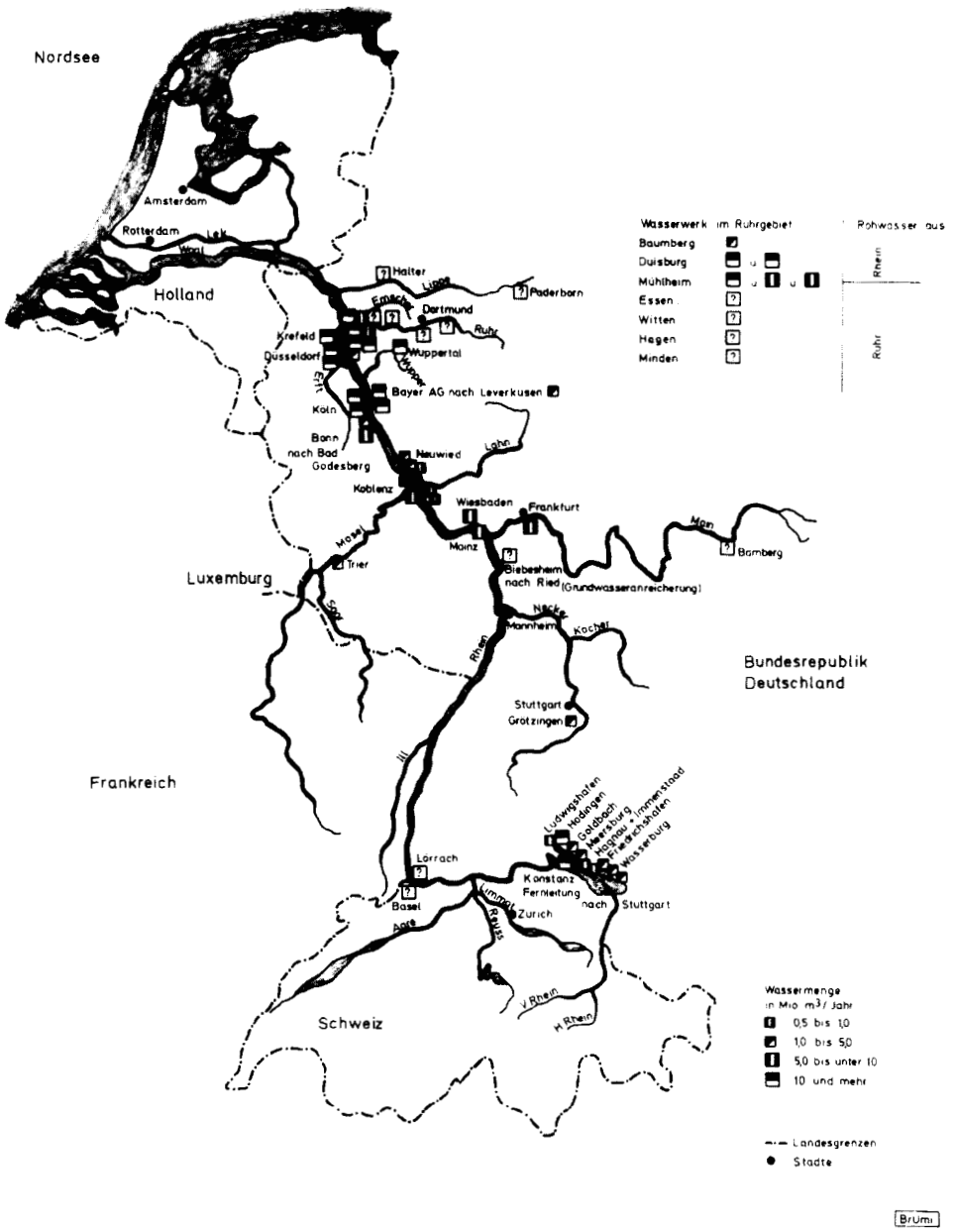
Nr	Industriebetrieb	Land	Säuren	Ester	Phenole	Ether	Ketone	Alkohole	Alifaten	Aromaten	Schwefelverbindungen	Polycyklische Aromaten	Amine	Amide u. Imide	Anilin Derv.	Toluidin Derv.	Pyridin- u. Chinolin Derv.	Andere
28	E. Merck AG	BRD		●	●	●		●	●	●	●	●		●	●	●	●	●
	Gerbstoffchemie Franz Margold	BRD			●													
29	Degussa	BRD							●									
30	Saarbergwerke AG	BRD								●		●						
31	Dynamit Nobel AG	BRD																
32	Dynamit Nobel AG	BRD																
33	Dynamit Nobel AG	BRD							●									
34	Rheinische Olefinwerke GmbH	BRD								●								
	Degussa	BRD																
	Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG	BRD			●					●								
	Deutsche Shell AG	BRD								●								
	Chemische Fabrik Kalk GmbH	BRD			●				●	●								
	Wacker-Chemie GmbH	BRD																
	Erdölchemie GmbH	BRD								●								●
35	Deutsche Solvay-Werke GmbH	BRD				●			●									
36	Dynamit Nobel AG	BRD							●									
37	Dr. F. Raschig GmbH	BRD			■					■		■					■	
38	Gelsenberg AG	BRD								●								
39	Ruhrchemie AG	BRD	●															
	Rütgerswerke AG	BRD										●					●	
40	Rütgerswerke AG	BRD			●							●						
41	Gelsenberg AG	BRD								●								
	Veba-Chemie AG	BRD								●								
42	Veba-Chemie AG	BRD																
43	Deutsche Solvay-Werke GmbH	BRD				●			●									
44	Chemische Werke Hüls AG	BRD		●					●									
45	AKZO Zout Chemie Nederland BV	NL				●												
46	AKZO Chemie Nederland BV	NL																
47	Duphar	NL			■						■	■						
48	Duphar	NL			■						■	■						
49	Cindu Chemie BV	NL										●					●	
50	AKZO Chemie Nederland BV	NL																
	Duphar	NL			■						■	■						
51	AKZO Chemie Nederland BV	NL																
52	AKZO Zout Chemie Nederland BV	NL	●	●					●									
	Shell Nederland Chemie BV	NL				●			●									●
	Esso	NL		●						●								
	Gulf Oil Raffinaderij BV	NL								●								
	[illegible]	NL			●						●				●			

■ Die Produktionsangabe ist nur für alle Produktionsplätze zusammen bekannt

BrUm

aus dem Freiburger ‚Öko-Institut' hält in vielen Teilen einer genauen wissenschaftlichen Prüfung nicht stand. Wo er krebsverdächtige Stoffe in deutschen Trinkwässern gefunden haben will, liegen allenfalls gerade solche Konzentrationen vor, daß man dieses Wasser ein Jahr trinken kann, ohne die Gefährdung zu erreichen, die bereits von einer Zigarette ausgeht." (1) Andere Wasserwirtschaftler sahen uns gar der Subversion und Destruktion verpflichtet und publizierten: „Haben wir viel zu spät die Wirtschaftskriminalität in den kriminalpolitischen Griff genommen, so sollten wir hier eine neue Erscheinungsform dieses Metiers beachten: Die kriminelle Erzeugung von Massenpsychosen durch pseudo-wissenschaftliche Aussagen." (14)

Abbildung 2
Übersicht über die größten Städte in der Bundesrepublik am Rhein und seinen großen Nebenflüssen, die ganz oder teilweise Flußwasser als Rohwasser (u. a. über Uferfiltration und künstliche Grundwasseranreicherung) für Trinkwasserversorgung der Bevölkerung verwenden.



Es hat mittlerweile Beschlüsse und Empfehlungen der bundesdeutschen Wasserwirtschaft zu unserem Buch gegeben. Man befindet sich nun in einer „konstituierenden Phase". Im Falle der äußeren Bedrohung muß zuerst einmal Einheit hergestellt werden. So gelangt ein internes Schreiben zwischen den beiden wichtigsten Wasserwerksverbänden (BGW und DVGW) auch in unsere Hände. Hiernach kam man zu folgenden Ergebnissen: „Wenn wir zuerst geglaubt haben, daß man diese Aktivitäten einfach ignorieren kann, so zeigte das Echo, das derartige Publikationen haben, deutlich, daß dies wohl nicht möglich ist." (Brief von Prof. Dr. Heinz Bernhard, Obmann des Hauptausschusses Wassergüte und -aufbereitung im BGW an das Präsidium Wasser des DVGW, Herrn Direktor Dr. Tessendorf vom 22. Oktober 1981). Die Wasserwirtschaft sollte daher nicht mehr schweigen. Ein Stab von Fachleuten soll gebildet werden, der eine Informationsschrift vierteljährlich herausgibt, die an alle Kunden kostenlos verteilt wird. „Die Informationsschrift muß allgemein verständlich abgefaßt werden und richtigstellende Informationen in einer der Bevölkerung zugänglichen Form enthalten, wobei das Interesse zum Lesen dieser Informationsschrift durch entsprechende Aufmachung zu wekken ist" (ebd.). Wahrscheinlich in Hochglanzform: „. . .sollte eine gezielte positive Imagepflege betreiben, die ein Gegengewicht gegen die heute in großer Auflage verbreiteten Falschinformationen darstellen" (ebd.). Zusätzlich steht zur Diskussion, in kürzeren Abständen aktuelle Flugschriften an die Bevölkerung zu verteilen. Sinn dieser Öffentlichkeitsarbeit wäre: „Man könnte durch Richtigstellen von Behauptungen und falschen Darstellungen die ‚Lügen des Herrn Lahl' brandmarken und entlarven" (ebd.). Da hört man doch förmlich das Zischen des Brandeisens.

Sicherlich: ein legitimes demokratisches Recht auf Darstellung der eigenen Meinung wird hier wahrgenommen. Vielleicht fällt aber dem *zwangsversorgten* Trinkwasserkunden (sollte dieser Plan der bundesdeutschen Wasserwerke Wirklichkeit werden) bei der nächsten Erhöhung des Wasserpreises ein, daß auch ein kleiner „Informationspfennig" oder vielleicht besser „Imagepfennig" sich versteckt unter der Rubrik: erhöhte Betriebskosten durch Preissteigerungen.

Auf den ersten Blick verwundern diese Reaktionen, sie sind aber erklärbar. Die Wasserwerke und ihre Vertreter treten nach außenhin auf als hehre, unabhängige Einrichtungen bzw. Wissenschaftler, nur der Sache und ihrer Aufgabe, die Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser zu versorgen, verpflichtet. Im Verborgenen jedoch existiert ein Gordischer Knoten von nicht zu entwirrenden Verbindungen, Abhängigkeiten, Interessensverflechtungen und Personalunionen mit Verursachern, der letztlich für die Politik der Wasserwerke bestimmend ist.

Ein kleines Beispiel mag die Berechtigung dieser These illustrieren: Die Gelsenwasser AG – eines der größten Wasserversorgungsunternehmen der Welt – beliefert einen Großteil der Bevölkerung im Ruhrgebiet. Ihr Vorstandsvorsit-

zender ist Dr. Benno Weimann. Herr Weimann hat noch eine Reihe weiterer Funktionen, soweit sich dies recherchieren ließ:

1. Vorsitzender des Vorstands der Gelsenwasser AG;
2. Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz;
3. Vorsitzender des Umweltbeirats in Bonn;
4. CDU-Landtagsabgeordneter für Nordrhein-Westfalen.

In seiner Eigenschaft als 2) und 3) hat Herr Weimann wichtige Beraterfunktionen für Regierungsstellen. Seine Aufgabe als 1) ist es u.a., die Dividende für Gelsenwasseraktien jedes Jahr hoch zu gestalten. Dies gelang ihm auch 1980 mit 24% Gewinn je Aktie (15). Seine Kritik an unserem Buch – in dem wir auf die Notwendigkeit des Wassersparens eindringlich hingewiesen hatten – fiel daher auch dementsprechend aus: „Wer leitungsgebundene Wasserbereitstellung bremsen wolle, hemme Lebensqualität, Zivilisation und Wohlstand der Industriegesellschaft; aus betriebswirtschaftlicher Sicht sei es eine Illusion zu glauben, Wassersparen senke den Preis für den Verbraucher; für ein gesetzliches Verwendungsverbot von ‚wertvollem' Grundwasser für gewerbliche Zwecke bestünde generell kein Anlaß . . ." (15)

An wen gehen nun die Gewinne der Gelsenwasser AG? Hier kommt man aus dem Staunen nicht mehr heraus. Über eine Fülle von Beteiligungsgesellschaften und Aktienverwaltungen (Wasserwerksbeteiligungs GmbH Gelsenkirchen, Beteiligungs-Verwaltungs GmbH Gelsenkirchen-Buer, Dahlbusch-Verwaltungs AG Gelsenkirchen, Energie-Verwaltungs GmbH Düsseldorf usw.) bleiben die wahren Aktionäre (und Befehlsgeber) im Hintergrund und teilen sich den Kuchen auf. Eine direkte oder indirekte Verflechtung mit Dutzenden von Verursachern und Kapitalgesellschaften ist nachzuweisen, wobei hier nur einige markante Namen genannt werden sollen:

1. VEBA Kraftwerk – Ruhr AG – Buer
2. Flachglas AG Fürth (Bayern) – Gelsenkirchen
3. Vereinigte E-Werke Westfalen (VEW) AG Dortmund
4. Rheinisch-Westfälisches E-Werk AG (RWE) Essen
5. Deutsche Bank
6. Allianz Lebensversicherungs AG Berlin-München (16).

Auffällig ist auch die Kapitalverflechtung mit „prominenten" Verursachern aus den Reihen der Chemischen Industrie. Diese Verflechtung geht hauptsächlich über den Hauptaktionär der Gelsenwasser AG, den VEBA-Konzern. Selbiger Konzern betreibt seit Jahren im Ruhrgebiet – dem Hauptwirkungsbereich der Gelsenwasser – mehrere große Chemiebetriebe. Welche Bedeutung die chemische Industrie für die VEBA einnimmt, kann man sicherlich aus der Tatsache ermitteln, daß der große Verursacher im Ruhrgebiet – die Chemischen Werke Hüls – zu 62% in der Hand der VEBA ist; als weiterer relevanter Aktionär (25%) wäre in diesem Fall noch die Bayer AG zu nennen.

Auch in anderen Wasserwirtschaftsbetrieben wie beispielsweise der Rheinisch-Westfälischen Wasserwerksgesellschaft mbH (RWW) Mühlheim (Ruhr) sitzen über eine Kette von Aktienbeteiligungen solche bekannten Einleiter wie:
- Hoesch AG Dortmund
- Mannesmann Düsseldorf
- Thyssen AG Duisburg und
- Krupp AG Bochum.

Diese Einleiter sind Aktionäre bei der Ruhrkohle AG Essen; diese ist zu 25% beteiligt an der Deutschen Continental – Gas Gesellschaft Düsseldorf; diese wiederum ist zu 30% beteiligt an der RWE Essen, die nicht nur – siehe oben – mit der Gelsenwasser AG verbunden ist, sondern auch noch hohe Anteile an der Rheinisch-Westfälischen Wasserwerksgesellschaft Mülheim (Ruhr) besitzt (16).

Macht man sich einmal die Mühe und durchforstet die von der Rheinwasserverschmutzung hauptsächlich betroffenen Wasserwerke (auf seiten der Bundesrepublik), so stellt man bei vielen Wasserwerken eine sehr enge Kapitalverflechtung mit bekannten Energiemultis wie RWE, VEBA u.a. fest.

Die moderate Kritik der Wasserwerke an den Verursachern ausschließlich auf ökonomische Verflechtungen zurückzuführen, wäre sicherlich verkürzt und würde der Problemvielfalt kaum gerecht, insbesondere da nur die besonders großen Wasserwerke derartige Verflechtungen aufweisen.

Es lohnt sich u. E., die subtileren Ebenen der Verflechtung von Wasserwerken und Verursachern oder besser die *Einbindung* von Wasserwerken auf verschiedenen Ebenen detailliert zu analysieren, und zwar vom „einfachen" Wasserwerksleiter bis zur übergeordneten gesellschaftspolitischen Ebene.

Der „einfache" Wasserfachmann

Der Kopf eines Wasserwerks ist der Wasserwerksleiter, in der Regel ein Verwaltungsmann, der auch auf wissenschaftlichem Gebiet tätig ist. Er hat unter anderen Wissenschaftlern (Chemiker, Ingenieure usw.), mit denen er gemeinsam in Verbänden wie der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) o.ä. organisiert ist, um Anerkennung zu kämpfen, da z.B. Wasser- und vor allem Wasserwerksforschung zumeist von den anderen Teilgebieten der Chemie und Ingenieurswissenschaften nicht als gleichwertig anerkannt wird.

Neben persönlichen Identitätsproblemen spielt hier auch das subjektive Karriereinteresse des einzelnen Wasserwerkers eine Rolle. Die Aufstiegsmöglichkeiten im Betrieb sind begrenzt. Neben der Repräsentation auf Verbandsebene bietet sich vor allem eine Karriere aufgrund wissenschaftlicher Leistungen in der Forschung an, mit entsprechenden Veröffentlichungen in den Fachzeitschriften. Forschung muß aber finanziert werden (Anlagen, Großgeräte usw.). Zumeist ist der Etat eines kleineren Wasserwerks damit überlastet. Es müssen also Forschungsgelder bei einem Geldgeber – staatlich oder privat

– beantragt werden. Die Geldgeber lassen sich von Gutachtern – im bundesdeutschen Wasserfach rund ein halbes Dutzend Professoren – beraten, bevor sie sich für eine Forschungsförderung entscheiden. Diese Professoren sind zumeist die gleichen, die in den Verbänden führende Positionen innehaben. Sie prüfen die wissenschaftliche Qualifikation des Antragsstellers u.a. an der Anzahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen in den anerkannten Fachzeitschriften. Der „Run" auf die renommiertesten bundesdeutschen Fachzeitschriften ist natürlich groß, und jeder versucht, gerade dort zu publizieren. Da nur ein Teil der eingereichten Arbeiten berücksichtigt werden kann, treffen Referenten und Herausgeber eine Auswahl. Dreimal dürfen Sie raten, wer die Herausgeber der wichtigsten Zeitschriften sind. Sie rekrutieren sich aus eben diesem halben Dutzend Professoren. Die Referenten, die bei der Auswahl mitentscheiden, sind in der Regel zumeist zwei Wissenschaftler auch aus dem Kreis dieser Professoren oder – was manchmal noch schlimmer sein kann – Abhängige dieser Professoren. Die Gruppen von Mitarbeitern und Abhängigen von Professoren nennt man „Schulen". Die Professoren und ihre Schulen sind natürlich daran interessiert, ihren Einfluß zu vergrößern und wichtige Positionen zu besetzen. Dies geschieht u. a. durch die Lancierung und Besetzung wichtiger „Stellen" durch Gefolgsleute oder durch ein abwertendes Gutachten über das Forschungsvorhaben schulfremder Wissenschaftler, die sich mit dem gleichen Forschungsgebiet oder -thema beschäftigen wollen wie die Schule selbst.

Dies sind nur zwei willkürlich ausgewählte Mechanismen; damit ist die Phantasie der verschiedenen Schulen keineswegs erschöpft. Nur den Reibereien zwischen diesen Schulen ist es zu verdanken, daß Außenseiter auch einmal eine geringe Chance haben. Wenn sie jedoch den Etablierten zu sehr ins Gehege kommen oder gar Kritik üben, dann ist man sich wieder einig. Hier ein Beispiel, wie das funktioniert: Ein Forschungsantrag der Trinkwassergruppe der Universität Bremen über die UV-Entkeimung von Trinkwässern wurde u.a. wegen mangelnder Erfahrung auf diesem Gebiet (keine Publikationen) abgelehnt. Zugleich wurde eine bei einer bekannten Fachzeitschrift eingereichte Veröffentlichung über erste Ergebnisse bei der Erprobung der UV-Entkeimung von Trinkwässern abgelehnt. Auf Anfrage teilte der herausgebende Professor mit, daß seine Zeitschrift für die nächsten Jahre ausgebucht sei und für diesen Zeitraum keine Möglichkeit der Veröffentlichung für die Trinkwassergruppe der Universität Bremen bestehe (17).

Ein weiterer Aspekt, der des Wasserfachmanns Blick für Zusammenhänge und ökologische Fragen trübt, ist seine wissenschaftliche/berufliche Vergangenheit. In aller Regel rekrutieren sich Wasserfachleute aus Wissenschaftsdisziplinen (Ingenieurswissenschaften, Chemie, klassische Hydrogeologie), in denen betriebliche/ökonomische Überlegungen und technokratisches Denken einen besonders hohen Stellenwert einnehmen. So stellt denn auch der Verband dieser Fachleute (DVGW) anläßlich einer verstärkten öffentlichen Diskussion über Wasserbau und Trinkwasserqualität fest: „Gehört der Mensch, für dessen Lebensqualität die Versorgung mit einwandfreiem

Trinkwasser erste Voraussetzung ist, eigentlich nicht mehr zur Ökologie? Ist die Erhaltung einer seltenen Kröte wichtiger als die Erzeugung eines vernünftigen Wohnklimas in den Städten durch sinnvolle Bewässerung der Parks und der Wohngärten?" (1).

Auch auf Verbandsebene hat es ein einfacher Wasserchemiker schwer, denn z. B. im wichtigsten dieser Verbände, der GDCh, ist ein nicht geringer Teil der Mitglieder bei Industriebetrieben und Großeinleitern beschäftigt oder übt dort Beraterfunktion aus. In der GDCh besteht sogar im Vorstand eine paritätische Sitzverteilung zwischen Industrie und universitären u. a. Forschungsinstituten. Gerade die Industrie ist häufig Hauptgeldgeber für diese Verbände. Anträge auf Gründung einer Fachgruppe: „Umweltchemie" lehnte die GDCh mehrfach ab. Anscheinend hatte man hier Angst, daß etwas wissenschaftlich hoffähig gemacht wurde, was evtl. ökonomische Interessen beeinträchtigen könnte.

Dieses enge Netz an Verflechtungen zwischen Publikationsorganen, Forschungsgeldgebern, Verbandsinteressen und auch persönlichen Karriereinteressen wirkt sehr massiv auf eine Einbindung und Selbstdisziplinierung vieler Wasserwirtschaftler und -wissenschaftler hin. Der Wirkungsmechanismus läuft so subtil ab, daß er schwer zu erfassen, darzustellen und zu belegen ist. Daß er aber wirkt, dafür zeugt z. B. die nur sehr laue Kritik der Wasserwirtschaftler, die sich scheuen, die Einleiter beim Namen zu nennen, weil sie mit deren führenden Vertretern in einem Verein sind. Z. B. steht in den Veröffentlichungen immer nur Wasserwerk A, Wasserwerk B oder C und Einleiter A, B oder C. Werden doch einmal Namen genannt, so protestieren die Einleiter seitens ihrer honorigen Vertreter in den Verbänden und rufen nach der „Verantwortung des Wissenschaftlers".

Interesse am Problemstand

Die Entwicklung des „Wasserfaches" zur relevanten Wissenschaft wurde u. a. durch den von Verursacherseite geschaffenen Problemstand hervorgerufen. Um den Konsumenten *sauberes* Grundwasser oder Flußwasser als Trinkwasser zu liefern, braucht man im Prinzip nur Pumpen und Rohre; um Trinkwasser aus Rheinwasser zu gewinnen, neueste chemische und physikalische Analytik und vieles mehr. Nur durch den konsequenten technokratischen Einsatz der Naturwissenschaften ist es möglich geworden, aus Rheinwasser geschmacklich genießbares Trinkwasser zu produzieren. Der Problemstand schaffte Aufstiegsmöglichkeiten, erbrachte Gelder und Anerkennung und machte das bundesdeutsche Wasserfach wissenschaftlich hoffähig. Es ist auch genau dieses Gefühl, was den bundesdeutschen Wasserfachmann beschleicht, wenn er mit unserer Kritik der Trinkwassersituation an Rhein und Main konfrontiert wird: „. . . Sehen Sie sich doch nur einmal diese Fülle von Filtern und Apparaturen an, diesen ausgeklügelten Überwachungsapparat, alles modernste Technologie. Da sind wir führend. Auch Sie als Naturwissenschaftler – in Ihren Fingern müßte es doch kribbeln, wenn Sie vor einem sol-

chen Problem stehen, wenn Sie aus Rheinwasser Trinkwasser machen sollten. Eine faszinierende Aufgabe. Eine wissenschaftliche Herausforderung. Sicherlich bleibt noch einiges zu tun, aber . . ."

Auch über diesen Hebel läuft die Einbindung und Disziplinierung: über die ideologische Untermauerung, die dem einzelnen hilft, die Widersprüche zu verdrängen und die Situation ohne Gesichtsverlust vor sich selbst auszuhalten.

Die ideologische Ebene: Das Dogma von der Wissenschaftlichkeit

Das Dogma von der Wissenschaftlichkeit soll an dem Beispiel der Verursacherfrage erläutert werden: Im Sommer des Jahres 1980 fuhr ein Schiff der RIWA (Organisation der niederländischen Wasserwerke) den unteren Rhein ab und untersuchte, wo denn nun größere Mengen Schadstoffe eingeleitet werden würden. Wie zu erwarten war, ergaben sich hohe Schadstoffeinleitungen in den Rhein in der Höhe landbekannter Chemiekonzerne etc. (18). Diese Untersuchung (Rhein-Längsschnitt) hätte von der bundesdeutschen Rheinschutzkommission entsprechend einer Absprache mit der RIWA schon längst durchgeführt werden sollen. Die Rheinschutzkommission jedoch hatte „gezögert". Nach Bekanntgabe der Ergebnisse der RIWA-Meßfahrt kritisierten die bundesdeutschen Wasserwerke nun nicht etwa die solchermaßen belasteten Einleiter, sondern die eifrigen Niederländer, u.a. weil eine einmalige Befahrung nichts Abschließendes aussagen würde. Es wurde vor voreiligen Schlüssen gewarnt und und und (19).Vor voreiligen Schlüssen warnen auch die Niederländer, – da stimmen wir vollkommen mit ihnen überein (4). Nur weisen sie darauf hin, daß diese Untersuchung eine ganze Reihe von *Hinweisen* und *Verdachtsmomenten* erhärtet, an denen man weiterarbeiten müßte (18). Wissenschaftlich korrektes Arbeiten ist ein absolutes, nicht kompromißfähiges Muß bei der Aufklärung der Verursacherfrage. Aber muß man – bildlich gesprochen – den Verursacher jedesmal erst bei Vollmond mit dem Abfalleimer in der Hand und den Füßen im Rhein bei seinem schändlichen Tun photographieren, oder reicht es in aller Regel nicht aus, wenn man feststellt, daß ringsherum das Wasser oder die gesamte Umwelt verseucht ist mit bestimmten Chemikalien und daß es weit und breit keinen zweiten gibt, der diese Substanzen produziert oder mit ihnen arbeitet?! Überhaupt nicht zimperlich sind die bundesdeutschen Wasserwerke und Einleiter, wenn es um die Einleitungen der französichen Kaliindustrie geht. Da verlangt niemand mehr den „korrekten" wissenschaftlichen Beweis für die Einleitungen (3).

Ein anderes Beispiel ist die Frage nach dem *möglichen* Zusammenhang zwischen belastetem Trinkwasser und Krebs. Wurden auf bundesdeutscher Ebene derartige Ansätze generell als „Panikmache" diffamiert, so sah sich kürzlich erst die große, renommierte US-amerikanische Wissenschaftszeitschrift „Science" bemüßigt, einen Artikel zu veröffentlichen, der zu folgendem Schluß kommt: „Für die Krebsforschung erhärtet sich der Verdacht, daß von der Nutzung industriell belasteter Flüsse für die Trinkwassergewinnung

und von der Trinkwasserchlorung ein langfristiges Gesundheitsrisiko ausgehen." (20)

In der Bundesrepublik hat die Epidemiologie noch einen schweren Stand. Epidemiologische Forschungsergebnisse stoßen hier immer noch auf Ablehnung oder Unverständnis. Welche Bedeutung der Epidemiologie gerade heute zukommt, hat J.-P. Stössel in einem Artikel jüngst klar belegt: „Daß die bevölkerungsbezogene Forschung oft nur Gefahren signalisiert und mit unterschiedlicher Wahrscheinlichkeit spezifische Risiken abschätzt, mindert nicht ihre Bedeutung, zumal den chronischen Krankheiten unserer Zeit anders nicht beizukommen ist." (21)

Doch die meisten deutschen Wasserwirtschaftler, Wasserwissenschaftler und Verursacher halten es wohl lieber mit Heinz Oeser: „Die Schlußfolgerungen, die aus epidemiologisch-statistischen Arbeiten gezogen werden, sind zur Beweisführung ungeeignet" (nach 21).

Den echten Beweis, daß Person A oder B an Krebs erkrankt ist, weil sie Wasser aus dem Wasserwerk C getrunken hat, wird es auch nie geben. Dies liegt u. a. daran, daß Krebs aufgrund vieler Ursachen und begünstigender Faktoren – sog. multifaktorielle Krebsgenese – entsteht, und die Rolle, die hochbelastetem, gechlortem Trinkwasser zukommt, kann man nicht exakt im Labor messen, sondern da bedarf es anderer Methoden, eben der Epidemiologie. Mit dem Ruf nach strenger Wissenschaftlichkeit und der Deklassierung kritischer Autoren als Halb-Wissenschaftler (wie es uns passiert ist), ist das ideologische Klima geschaffen, das es der bundesdeutschen Wasserwirtschaft erlaubt, den *Verdacht* auf Zusammenhänge zwischen Einleitung gesundheitsschädlicher Substanzen in die Gewässer, chemischer Desinfektion von Rohwasser aus diesen belasteten Gewässern und einem *erhöhten* Gesundheitsrisiko – und nichts anderes haben wir behauptet – zu ignorieren bzw. abzustreiten.

Abgesehen von der persönlichen Rechtfertigung vor sich selbst nützt diese Vogel-Strauß-Politik vor allem den Einleitern von gesundheitsschädlichen Verbindungen, denen es so ermöglicht wird, ohne große Proteste so weiter zu verfahren wie bisher.

Neben der ideologischen Untermauerung der Duldung der bisherigen Einleitungspraxis kommt hinzu, daß auch direkte Verflechtungen zwischen Wasserwerken und ihren Verbänden und Verursachern bestehen.

Die Ebene der direkten Verflechtungen

Von der Fülle direkter Verflechtungen zwischen verursachender Industrie und Wasserwerken oder ihren Organisationen wollen wir hier nur kurz einige Beispiele herausgreifen.

– So führt z. B. der Leiter eines der wichtigsten Forschungsinstitute der Wasserwerke in der Bundesrepublik umfangreiche Forschungsarbeiten *gemeinsam* mit einem der Hauptverursacher der Rhein/Main-Verschmutzung, der

BASF, durch (12,22). Hier gibt es auch Absprachen über zukünftiges politisches Vorgehen von Wasserwerken und chemischer Industrie (11).

– So ist z.B. einer der größten Chemiebetriebe und Einleiter am Rhein, die Bayer AG, stimmberechtigtes Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Rheinwasserwerke (ARW). Ein weiteres Mitglied ist die Texaco AG (3), ebenfalls Betreiber eine Reihe von Chemiebetrieben.

Zudem sind die Wasserwerke gewichtige „Wirtschaftspartner" für bzw. Abnehmer der Produkte der chemischen Industrie. Auf der anderen Seite sind viele Einleiter, trotz eigener Brunnen, auch Kunden der Wasserwerke. Ungefähr $^1/_4$ des von den Wasserwerken geförderten Trinkwassers geht wiederum in die Industriebetriebe (4).

Außerdem kommt hinzu, daß viele Wasserwerke – aufgrund ihrer Gesellschaftsform – über Verkettungen von Aktienbeteiligungen mit den Verursachern verbunden sind (siehe auch 1. Teil des Artikels).

Die Gesellschaftsform der Wasserwerke

Schaut man sich die Unternehmensformen der Wasserwerke in der Bundesrepublik an, so stellt man fest, daß die großen Wasserwerke in der Regel Aktiengesellschaften mit einer Aktienmehrheit bei der jeweiligen Stadt gehören. Kleinere Wasserwerke werden häufig als GmbH betrieben. Die Unternehmensform der Aktiengesellschaft hat für unser Thema mehrere Konsequenzen. Auf der Basis des Aktiengesetzes blocken Wasserwerke es zumeist ab, daß die Öffentlichkeit oder andere Interessierte ihnen auf die Finger schauen. Informationen werden, wenn überhaupt, nur spärlich freigegeben. Dies ist auch deshalb unverständlich, weil den Wasserwerken gesetzlich (nach der Trinkwasseraufbereitungsverordnung) sogar eine beschränkte Informations*pflicht* der Öffentlichkeit gegenüber obliegt. So müssen die Wasserwerke die Bevölkerung z.B. über den Einsatz neuer Chemikalien zur Behandlung des Rohwassers in der örtlichen Presse rechtzeitig informieren (23).

Die Gesellschaftsform der Wasserwerke bedingt weiter, daß Trinkwasser in der Hauptsache nach *betriebswirtschaftlichen* Gesichtspunkten produziert wird. Das impliziert aber u.a., daß einmal entwickelte Kapazitäten im Bereich der Wirtschaftlichkeit voll ausgenutzt werden. Notfalls wird mit etwas Werbung nachgeholfen, damit der Wasserverbrauch *nicht* sinkt. Der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfachs (DVGW) formuliert dies so: „Es ist vernüftiger, daß die Wasserversorgungsunternehmen kostendeckend arbeiten und kostenechte Preise nehmen, also auch das investierte Kapital *bedienen* (Hervorheb. v. Verf.) können (ob als kommunales oder privatwirtschaftliches Unternehmen), . . ." (1)

Des weiteren beinhaltet eine betriebswirtschaftliche Produktionsweise, daß die Frage der Qualität der dem Verbraucher zumutbaren chemischen Rückstände usw. zu einem betriebswirtschaftlichen Kalkül wird. Andersherum regt sich natürlich auch der Widerstand der Wasserwerke gegen die Ver-

schmutzer, wenn aufgrund von Geruchs- oder Geschmacksproblemen die Verbraucher sich beim Wasserwerk beschweren und ev. teure Reinigungsmaßnahmen zusätzlich eingeführt werden müssen. Die Proteste der Wasserwerke fallen jedoch zumeist nur gemäßigt aus; der Widerstand ist zwar vorhanden, der Druck auf die Behörden aber nur sehr beschränkt. Warum z.B. hat sich noch kein Wasserwerk mit dem probatesten Mittel des „Arbeitskampfes", dem Streik, gewehrt? Warum nicht mit Förderungsstopp und Informieren der Bevölkerung drohen, wenn die Gegenseite mit Werksverlegung und Arbeitsplatzverlusten droht? Spätestens hier jedoch kommt der „einfache Wasserwerker" mit seinen Vorgesetzten, dem Vorstand und/oder Aufsichtsrat in Konflikt, denn deren Interessen orientieren sich in der Regel an ganz anderen Maßstäben.

Der Vorstand

Es mag verwundern, daß dieser betriebsinterne Faktor erst an so später Stelle bei der Analyse der Situation und des Verhaltens der Wasserwerksbetreiber auftaucht. Dies hat seinen Grund in der wirtschaftspolitischen Ebene, die sich über die Vorstände von Wasserwerken auswirkt. Der Vorstand hat die Aufgabe, die Geschäfte des Wasserwerks zu führen. Selbst wenn die Mitglieder des Vorstands eines Wasserwerks subjektiv und mit Rückhalt im Werk auf einen Stopp bestimmter Einleitungen drängen würden und entsprechende Aktionen planten, so sind sie doch unternehmenspolitisch gebunden. Große Wasserwerke sind in aller Regel mit den örtlichen Elektrizitäts- und Gaswerken zusammengeschlossen (sog. Stadtwerke). Manchmal werden noch weitere „öffentliche" Unternehmensfunktionen von solchen Werkszusammenschlüssen übernommen, z.B. die Müllabfuhr (16).

Im Vorstand der Stadtwerke AG sind die Wasserwerksvertreter meist in der Minderheit. Eine Aktion gegen einleitende Industrie am Ort würde z.B. von den Vertretern der „Stromseite" nur sehr zögernd – wenn überhaupt – genehmigt werden, da derartige Aktionen und entsprechende Forderungen das Wirtschaftswachstum und damit den Stromverbrauch bremsen und die Investitionsbereitschaft der Industrie hemmen könnten. Die Industrie ist bekanntlich ein wichtiger und einflußreicher Kunde der E-Werke; über die Verflechtung zwischen Industrie und E-Werken ist an anderer Stelle schon sehr ausführlich berichet worden.

Der Aufsichtsrat

Im Aufsichtsrat sitzen vor allem die Vertreter der Aktionäre. Deren Interesse besteht hauptsächlich an der Erhöhung der Dividende. Sofern sie nicht mit den betroffenen Einleitern aktienverkettet sind, werden auch sie sicherlich abwägen zwischen Gewinn durch verbesserte Rohwasserqualitiät und Verlust durch Einbußen auf dem E-Werk-Sektor. Von entscheidender Bedeutung ist jedoch, daß in der Regel die Stadt die Aktienmehrheit besitzt. Die Interessen des Hauptaktionärs Stadt werden durch die Vertreter der Stadtregierung

wahrgenommen. Unabhängig von der Parteienzugehörigkeit der Vertreter kann man erwarten, daß bei deren Entscheidung „allgemeinpolitische" Überlegungen (Arbeitsplätze, Gewerbesteuer usw.) wichtiger eingeschätzt werden als Einbußen im Wasserwerk oder gelegentliche Protestanrufe aus der Bevölkerung. (Kurz vor den Wahlen sieht das natürlich etwas anders aus.) Dank der „legalen" Praxis des Zwangsanschlusses an die öffentliche Trinkwasserversorgung der Stadt hat die Bevölkerung keine Alternative.

Daß „allgemeinpolitische" Motive schon auf Vorstandsebene mit einfließen können, dafür sorgt eine in vielen Städten geübte Praxis der Pfründeverteilung. Neben den jeweiligen fachlich qualifizierten Vertretern der einzelnen Sparten (Wasser, Strom, Gas) wird in den diversen Vorständen zumeist noch auf „Anregung" der Aktienvertretung ein weiterer Posten mit einem altverdienten politischen Genossen oder Kameraden besetzt.

Die politische Ebene

Obwohl wir allgemeinpolitische „Sachzwänge" spätestens auf Vorstandsebene als gravierende Entscheidungsrichtlinien feststellen können, sollten wir eine letzte Ebene – nämlich die politische – nicht außer acht lassen. Sie übt sehr wohl großen Einfluß auf die Politik der Wasserwerke aus, und zwar nicht nur über die Vertreter der Hauptaktionäre im Aufsichtsrat, sondern in letzter Instanz auf allen Ebenen der Einbindung der Wasserwerke in den sog. gesellschaftlichen Kompromiß. Selbst wenn ein Umweltminister/Gesundheitssenator, der in einer Person sowohl aufrechter Umweltschützer, obere Wasserbehörde und Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke AG sein kann, sich seinem Amtseid verpflichtet fühlt und den Verursachern „auf den Pelz rücken" will, so wird er auf der Ebene seiner Kabinetts-/Senatskollegen sich nicht durchsetzen können, da die heilige Kuh der drei Ws – Wirtschaft, Wachstum, Wohlstand – allemal mehr zählt als ein wenig Umweltschutz.

Die Schattierungen der verschiedenen politischen Parteien und Koalitionen, die jeweils eine Landesregierung bilden, sollen hier einmal vernachlässigt werden. Diesem Sachzwang hat sich – so wird es dann gern formuliert – auch der Umweltminister/senator zu beugen. Sobald sich eine Landes- oder Bundesregierung trotz allem zu kleineren Auflagen an Einleiter entschlossen hat, wird von Seiten der Industrie/Einleiter Druck ausgeübt mit dem Argument der Wettbewerbsverzerrung, der damit verbundenen Einbußen und der daraufhin vorzunehmenden Unternehmensverlegungen mit entsprechenden Arbeitsplatzverlusten. Mit dem Blick auf das jeweils passende Nachbarland, in dem man noch nach wie vor alles und direkt einleiten darf, hat die Industrie ein sehr wirksames Druckmittel in der Hand. Allerdings geht die Politik der jeweiligen Landesregierungen mehr und mehr dazu über, die großen Einleiter direkt am Meer oder an der Mündung der großen Flüsse anzusiedeln, wie etwa den Haupteinleiter für chlorierte Kohlenwasserstoffe bei Stade an der Elbmündung oder einige Großbetriebe bei Wilhelmshaven (11).

Diese Praxis wird in Zukunft zwar die Flüsse und Binnengewässer entlasten, verlagert jedoch das Problem nur. Die Meere können nicht unbegrenzt Schadstoffe aufnehmen, und spätestens mit Fischen und anderen Meeresfrüchten landen sie wieder auf unserem Teller, falls die Fische usw. nicht vorher schon an Vergiftung sterben. Das Nordseegutachten (24) spricht da eine deutliche Sprache und ist den verantwortlichen Politikern nicht unbekannt.

Zusammenfassung

Die Synthese der einzelnen Ebenen der Verflechtung von Wasserwerken, Verursachern und der Politik, die wir soeben analysiert haben, ergibt ein Puzzle sich gegenseitig bedingender und beeinflussender Faktoren für die Zwangsläufigkeit des Verhaltens der Wasserwerke. Auf der einen Seite dringt allgemeinpolitisches Kalkül bis in die Köpfe der einzelnen Wasserfachleute vor, auf der anderen Seite kommt es vor, daß ein Wasserwirtschaftler oder -wissenschaftler mit all seinen Karriereinteressen in Sachverständigenbeiräte als Gesetzesberater o. ä. berufen wird. Ein schier undurchdringliches Geflecht von Abhängigkeiten und Einflußnahme *bindet* die Wasserwerke sehr eng an die Industrie, die gleiche Industrie, die ihnen – bildlich gesprochen – in die Kaffeekanne pinkelt. Eine diabolische Konstellation, die viele ehrlich bemühte Menschen in Wasserwerken und Behörden resignieren läßt.

Diese Einbindung in Industrieinteressen ist für die chemische Industrie und für die etablierte Politik sehr wichtig. Chemische Industrie, so zeigen die Bilanzen, ist eine sehr lukrative Unternehmung. Sie ist aber nur deshalb so lukrativ, weil Folgekosten für die Art und Weise der Produktion nicht oder kaum von den Verursachern, sondern von der Allgemeinheit getragen werden. Die Wasserverschmutzung ist ein derartiger Bereich, ebenso die Abfall- und Sondermüllbeseitigung, die Berufskrankheiten, die Erkrankungen der Bevölkerung durch Luftimmissionen, von den nicht in Geldbeträgen zu erfassenden ökologischen Schäden ganz zu schweigen.

Allein die Übertragung der Kosten für Einbau und Betrieb von Aktivkohlefiltern in den bundesdeutschen Rheinwasserwerken auf die Einleiter würde derart hohe Beträge erreichen, daß die einleitende Industrie wohl lieber auf die Produktion eines Teils der besonders wassergefährlichen Stoffe verzichten würde(etwa 100—250 Mio. DM pro Jahr) (25). Andere zwar teurere, dafür aber weniger schädliche Ersatzstoffe würden immer noch billiger als die vielen Filter sein. Eine konsequente Weiterführung dieses Ansatzes würde über kurz oder lang die chemische Industrie vor die Wahl stellen, zu zahlen oder Fragen der chronischen Schädlichkeit, der Ökotoxizität und auch der Notwendigkeit bestimmter Stoffe bei Unternehmensentscheidungen in viel stärkerem Maße zu berücksichtigen. Für die Zukunft würde sich mit Sicherheit für die chemische Industrie langfristig die Frage stellen, ob chemische Produktion in dieser großangelegten und zentralistischen Struktur überhaupt profitabel ist.

Es soll hier an dieser Stelle nicht der Eindruck erweckt werden, daß Wasserwerke der Nabel der Welt sind. Aber auf der anderen Seite ist es speziell für die chemische Industrie besonders wichtig – um ihre gegenwärtige Stellung zu sichern und auszubauen –, Wasserwerke und Behörden genauso wie Politiker und Wissenschaftler in ihrem Griff zu halten. Diesen *Griff* gilt es zu *lokkern!*

Die große Koalition von Wasserwerken, Industrie und umweltfeindlicher Politik – häufig unter dem Deckmantel reiner Wissenschaftlichkeit – hat natürliche Bruchstellen. Es gibt – auch und gerade unter den Wasserwerken – eine ganze Reihe von Bündnispartnern, die uns bei unseren Anstrengungen für saubere Flüsse und hochwertiges Trinkwasser helfen werden. An dieser Stelle seien nur zwei von ihnen genannt:

So schenkten z.B. die Wasserwerke aus Den Haag der Rheinaktion 5000 Gulden zur Unterstützung ihrer Arbeit, die auch ihnen, den Niederländern, nützt. Die niederländischen Wasserwerke müssen die Suppe, die ihnen u.a. die deutschen Einleiter einbrocken, wieder auslöffeln. Ganz natürlich daher auch ihr Interesse, Initiativen zu unterstützen, die sich gegen die Wasser- und speziell gegen die Rheinverschmutzung wenden.

Bei uns in der Bundesrepublik wird die Trinkwasserwirtschaft nur von Vertretern einiger weniger *großer* Wasserwerke repräsentiert. Die überwältigende Mehrzahl der Wasserwerke, besonders die Tausende von kleinen und kleinsten Wasserwerken, fühlen sich jedoch unzulänglich vertreten. Die Wasserwerke in der Bundesrepublik bilden keine einheitliche Phalanx, sondern es gibt sogar ernste Interessenskollisionen zwischen kleinen und „Superwasserwerken", deren Expansionsdrang häufig zur „Eingemeindung" und zur Schließung der dezentralen Trinkwasserversorgung führt.

Von beiden Bereichen – so zeigte die Erfahrung in der Vergangenheit – können wir Unterstützung erwarten. Ebenso gibt es eine Reihe von Vertretern und Mitarbeitern in großen Wasserwerken und in Behörden und Institutionen, die unsere Arbeit sehr wohlwollend betrachten und uns auch unter der Hand unterstützen, da sie sich – durch unsere Arbeit von außen – eine Erleichterung ihres Engagements für die Umwelt und für die Wassersicherung versprechen. Das entscheidende Mittel, um gegen den Filz von Verursachern und Verteilern vorzugehen, ist und wird die schonungslose Aufklärung der Öffentlichkeit und die *offene* wissenschaftliche Diskussion der Probleme sein, sowohl auf der Ebene der wissenschaftlichen Fachzeitschriften als auch auf der Ebene der Massenmedien. Samthandschuhe, moderate Kritik,Meiden der Medien, Verschweigen und Herunterspielen nutzt im Bereich des Gewässerschutzes objektiv nur einem, dem *Verursacher.*

Literatur

1) Deutscher Verein des Gas- und Wasserfachs, Presseinformation: „Was ist denn dran an der ‚Wasserkrise'"? Eschborn, 14. 8. 1981.
2) Wasserwirtschaftlicher Jahresbericht 1981, in: „Wasser und Boden", 6.–7. 1981.

3) Rheinberichte der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet (IAWR) 1977–1979/80; Jahresberichte der Rheinwasserwerke (AWR) 1977–1979 und Jahresberichte der Rijncommissie Waterleidingsbedrijven.
4) U. Lahl/B. Zeschmar, Wie krank ist unser Wasser? Dreisam Verlag, Freiburg (2. erw. Aufl.) 1981.
5) „Chemiker Zeitung", Juni 1981, S. 157–198.
6) Ingenieursbureau voor milieuzaken en civiele techniek ‚oranjewond' bv: Analyserapport no. 6287 – 2 v. 3. 7. 1981.
7) G. Luft/G. Morgenweis/R. Keller, Auswirkung von Großtrassierung auf hydrologische Prozesse im Ostkaiserstuhl, in: „Wasser und Boden", 9/1981.
8) H. Engel, Anthropogene Einflüsse auf die Abflußverhältnisse des Oberrheins zwischen Basel und Worms. Kurzdokumentation der Arbeit der Hochwasser-Studienkommission für den Rhein. Koblenz, September 1977.
9) H. Engel, Auswirkungen der Urbanisierung auf den Hochwasser-Abfluß. Überarbeitete Arbeitsvorlage für den Arbeitsausschuß 6. 2. des DVWK.
10) Chemical Data Services, Chemical company profiles. West Europe. London IPC, Industrial Press Ltd. November 1976. Siehe auch: Information Services, Ltd, Directory of West European Chemical Producers 1975/6. Oceanside (N.Y., USA) Februar 1975.
11) U. Lahl u.a., Wasser und Politik. Rororo Aktuell, Erscheinungsdatum März 1982.
12) 34.–37. Bericht der Arbeitsgemeinschaft der Rheinwasserwerke.
13) Anonymus, Erstklassiges Trinkwasser in Stuttgart – Geschwätz über „Krebs" aus der Wasserleitung, in: „TWS-Magazin" 242/243, Stuttgart, Juni 1981.
14) Anonymus, Vom „Ölschock" zum „Wasserschock" – Ein Rückblick auf die Schlagzeilen der „Saure-Gurken-Zeit", in: „Wasser-Luft-Betrieb", 9/1981.
15) „Süddeutsche Zeitung" v. 27. 6. 1981, siehe auch „Der Spiegel" v. 23. 3. 1981.
16) Commerzbank, Wer gehört zu wem?, Hamburg 1979.
17) Prof. Dr. K.-E. Quentin, Brief an die Trinkwassergruppe in Bremen v. 12. 6. 1981 als Herausgeber des Journals „Zeitschrift für Wasser- und Abwasserforschung".
18) Rijncommissie Waterleidingsbedrijven (RIWA), Bericht über die Beschaffenheit des Rheinwassers in der fließenden Welle von Köln bis Hoek van Holland am 23. und 24. April 1980, Amsterdam 1980.
19) Notiz der DVGW-Forschungsstelle am Engler-Bunte-Institut der Universität Karlsruhe (Sontheimer) zur Rheinbefahrung der RIWA (1981): „Betr.: Untersuchung in der fließenden Welle".
20) T.H. Maugh, New Study Links Chlorination and Cancer, in: „Science" 211, 694, 1981.
21) J. P. Stössel, Forderungen an die Epidemiologie: Die modernen Seuchen erkennen, in: „Bild der Wissenschaft", 11/1981. Siehe auch: E. R. Koch, Krebswelt, Köln 1981.
22) H. Sontheimer/W. Haltrich, Untersuchungen zur Beurteilung der Qualität biologisch gereinigter Abwässer, in: „Vom Wasser", 53/1979.
23) Trinkwasseraufbereitungsverordnung: § 3, Abs. 1.
24) Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltprobleme der Nordsee, Stuttgart/Mainz 1981.
25) Berechnet n. Burke, The Reformance and Cost of Activated Carbou for Control of Organics, in: „Journal of the Institution of Water Engineers and Scientists", 4/1981.

Islam, Revolution und Frauenbewegung – afghanische Erfahrungen

Anahita Ratebzad im Gespräch mit Mostafa Danesch

Nur zu oft überschatten globale Hinweise auf „Afghanistan 1979", was in diesem Land selbst tatsächlich vor sich geht. Einen Eindruck von den Problemen und Erfolgen bei der sozialen und kulturellen Entwicklung dieses Landes gibt das Gespräch, das Mostafa Danesch bei seinem jüngsten Aufenthalt in Afghanistan mit Anahita Ratebzad führte. Frau Dr. Anahita Ratebzad ist verantwortlich für die Leitung von vier Ministerien der Regierung Karmal (Ministerium für Information und Kultur, Gesundheitsministerium, Ministerium für Erziehung und Bildung und Ministerium für Hochschulbildung). Sie ist Mitglied des Politbüros der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Präsidentin der demokratischen Frauenorganisation und der Organisation für Frieden und Solidarität. D. Red.

Danesch: Wie wollen Sie in einem Land, in dem die islamischen Traditionen stark sind, eine moderne laizistische Politik, Kultur und Erziehung einführen, ohne den religiösen Traditionen zu widersprechen?

Ratebzad: Die moderne Erziehung steht nicht im Widerspruch zur Religion und zum Islam. Wie Sie wissen, wurde in der Zeit des Propheten Mohammed Wissenserwerb sehr hoch bewertet und dies galt für beide Geschlechter. Mohammed sagte: Erwerbt Wissen, auch wenn Ihr es in China erwerben solltet. Zu der damaligen Zeit war China, was den Stand des allgemeinen Wissens angeht, weiter entwickelt. Afghanistan wurde aber im Lauf der Geschichte feudaler bzw. stammesaristokratischer Herrschaft ausgesetzt. Nicht nur Frauen, sondern auch Männer, in einem Wort, die gesamte Gesellschaft sah sich schweren Schlägen der Gegner von Fortschritt und Entwicklung ausgesetzt. Das Ergebnis ist, daß heute das 90% Analphabeten sind, unter den Frauen sogar 98%. Wie Sie wissen, sind seit der afghanischen Unabhängigkeit im Jahre 1919 mehrere Jahrzehnte vergangen. Die Provokationen der Kolonialisten in dieser Region der Welt führten dazu, daß, bevor die Afghanen genügend Selbstbewußtsein erlangen konnten, Gegner auf sie aufmerksam wurden. Diese Gegner wußten sehr genau, daß man die Afghanen und ihre antikolonialistischen Bestrebungen nicht würde bändigen können, wenn sie gebildet, entwickelt und fortgeschritten gewesen wären. So wurde jahrhundertelang der afghanische Staat schwach gehalten. Für eine Schulbildung der Kinder existierten keine Voraussetzungen. Nur wenige Kinder, die Kinder der Aristokraten, der Feudalen oder der Kompradoren besuchten die Schule. Die überwältigende Mehrheit der Afghanen blieb schulisch ungebildet. Nach der April-Revolution 1978 und den verabschiedeten Programmen zur Herstellung eines neuen kulturellen Systems für das afghanische Volk sollten alle afghanischen Kinder sowohl in den Städten als auch auf dem Land eine Schule be-

suchen. Die Kinder, die vor der April-Revolution, in der Zeit des Präsidenten Daud, nicht die 8. Klasse besuchen durften, wurden nach der April-Revolution sofort in die Schule geschickt. Auch die geschlossenen Schulen wurden wieder geöffnet. Das Regierungsprogramm sah Schulbildung für alle Kinder in Afghanistan vor. Am Anfang dieser Periode haben wir große Erfolge zu verbuchen gehabt. Leider wurde die Revolution auf einen Irrweg geführt.

Kurz gesagt, eine moderne und neue Kultur, Bildung und Erziehung steht niemals im Widerspruch zur Religion und zum Islam. Je mehr unsere Kinder Wissen erwerben und lernen, desto besser werden sie den Koran verstehen lernen. Es sind unsere Gegner, die den Eindruck zu erwecken versuchen, daß der Islam der Kultur, der Wissenschaft und dem Wissen feindselig gegenüber stünde. Vor Mohammed gab es beiden Arabern die Sitte, neugeborenen Mädchen zu vergraben. Der Islam war es, der die Frauen rettete. Je mehr Wissen man erwirbt, desto besser kann man den Islam verteidigen und zeigen, daß der Islam auf der Seite der Menschenrechte steht und tiefe Wahrheiten in sich trägt. Der Islam ist sehr wohl vereinbar mit Kultur und Wissen. Wer Wissen erwirbt, wird nicht leicht irregeführt.

Danesch: Ist es denn nicht so, daß Sie der Bevölkerung die moderne Erziehung aufzwingen wollen?

Ratebzad: Es ist richtig, daß Bildung, Erziehung und Erwachsenen-Alphabetisierung in Afghanistan nur in einem langwierigen Prozeß vorankommen können. Wie ich schon sagte, leben die meisten unserer Landsleute noch unter den Bedingungen des Feudalismus und einer Stammeswirtschaft. Aber dies bedeutet keineswegs, daß wir der Bevölkerung etwas aufzwingen wollen. Sie haben gesehen, daß am Anfang der Revolution, als sie aus der Bahn geriet, Gewalt angewandt wurde. Die Bevölkerung lehnte dies ab. Daher entstand eine Fluchtbewegung aus Afghanistan. Am Anfang der Revolution wurde bei der Bevölkerung durch die Maßnahmen Hafizullah Amins in der Partei und in der Regierung der Eindruck erweckt, daß die moderne Erziehung und Kultur im Gegensatz zu ihren Traditionen und ihrer Kultur stünde. Aber wenn wir die Bevölkerung, unter der Berücksichtigung ihrer Bräuche, Sitten und Traditionen zum Fortschritt, zur höheren Kultur und zur Zivilisation erziehen wollen, müssen wir zusammen mit der Bevölkerung leben und ihr verständlich machen, warum wir dies oder jenes tun wollen. Mit Gewalt kann man die Bevölkerung nicht alphabetisieren. Wir müssen mit klarer Logik argumentieren. Die Bevölkerung muß verstehen, warum wir etwas für sie tun wollen, nur so kann sie uns akzeptieren.

Ein wesentlicher Bestandteil der Programme der Regierung und der Partei in der neuen Periode der April-Revolution ist das Zusammenleben, die Zusammenarbeit mit dem Volk und das gegenseitige Lernen, um Verständnis für die Bevölkerung zu gewinnen und dementsprechend realisierbare Bildungsprogramme entwickeln zu können. Das Gesetz der Bildung und Erziehung, verabschiedet in der neuen Periode der April-Revolution, sieht die Aufhebung des Analphabetentums innerhalb von 10 Jahren vor. Dies heißt, daß wir versu-

chen, mit Hilfe der Organisationen, die in der patriotischen Front zusammengeschlossen sind, – wie der demokratischen Frauenorganisation, der Jugendorganisation, der Arbeitergewerkschaften, der Schriftstellerorganisation, der Organisation der Geistlichkeit, der Bauern-Genossenschaften und Kooperativen – durch ständige Basisarbeit die Bevölkerung zur Annahme der Regierungsprogramme zu bewegen.

Ich wiederhole:

Wir können der Bevölkerung von oben nichts aufzwingen, selbst wenn 90% der Bevölkerung Analphabeten sind. Nur in Zusammenarbeit und mit der Bevölkerung kann man die Programme durchführen. Diese Methode kann zum Erfolg führen. Im Moment werden in ganz Afghanistan Alphabetisierungskurse durchgeführt, sowohl in den Städten als auch auf dem Lande. Wir haben sogar in den Kindergärten Alphabetisierungskurse eingerichtet, wo die Mutter auch ihre Kinder beaufsichtigen kann und der Mann die Garantie hat, daß seine Frau nur mit Frauen und Kindern zusammen lernt. Sie lernt und gleichzeitig sieht sie, wie ihr Kind erzogen wird. Wir planen, im nächsten Jahr das Kindergartennetz auf das gesamte Land auszudehnen, damit mehr und mehr Mütter ihre Kinder in die Kindergärten schicken und gleichzeitig selbst die Alphabetisierungskurse besuchen. Dieses Programm verläuft sehr erfolgreich. Die afghanische Bevölkerung hat gemerkt, daß die von der Regierung eingerichteten Alphabetisierungskurse durchaus nützlich für sie sind.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel:

Als ich vor einem Jahr Erziehungsministerin wurde, kamen viele Paschtunen-Stammesführer zu mir und sagten mir: Anahita, was bezweckst du mit den Alphabetisierungskursen für unsere Frauen und Töchter? Wir lehnen das ab. Ich versprach ihnen, die Kurse nicht ohne ihr Einverständnis einzurichten. Trotzdem trug ich ihnen meine Argumente für die Alphabetisierungskurse vor. Ich sagte ihnen: Ihr laßt Eure Frauen und Töchter niemals von einem männlichen Arzt behandeln und von einem männlichen Lehrer unterrichten. Ist das richtig? Selbstverständlich bejahten sie das. Ich erinnerte sie daran, daß sie immer forderten, ihre Töchter und Frauen von Lehrerinnen und Ärztinnen behandeln und unterrichten zu lassen, und fragte sie, wie sie es sich vorstellen, Lehrerinnen und Ärztinnen zu haben, gleichzeitig aber sich zu weigern, ihre Töchter bilden und ausbilden zu lassen. Ich fragte sie, ob sie es nicht vorziehen würden, wenn stammeseigene Frauen ihre Töchter und Frauen behandeln und ausbilden würden. Ich selbst bin Ärztin, also ein Beispiel für die Realisierbarkeit meiner Theorie. Das überzeugte die Stammesführer. Sie baten mich, sofort anzuordnen, diese Alphabetisierungkurse einzurichten. Ich habe dieses Beispiel angeführt, um zu zeigen, daß man mit realistischer Einschätzung und logischer Argumentation und gleichzeitig unter der Achtung der Tradtion und Kultur der Bevölkerung, den Menschen verständlich machen kann, daß Regierung und Partei sie nicht in die Irre führen wollen. Bei klarer Argumentation zeigt das Volk Flexibilität. Nur so kann man die Menschen behandeln, mit Gewalt erzielt man ein negatives Ergebnis.

Danesch: Amin hat versucht, gemeinsame Schulen für Mädchen und Jungen und gemeinsame Alphabetisierungskurse für Männer und Frauen einzurichten. Er scheiterte jedoch damit. Sie haben eingeräumt, daß viele aus dem Land geflüchtet sind. Meinen Sie nicht, daß die Bevölkerung die Politik ihrer Partei ablehnt?

Ratebzad: Sowohl das afghanische Volk als auch unsere Nachbarn und die gesamte Weltöffentlichkeit wissen, daß die Politik und die Methoden unserer Partei und unserer Regierung sich heute wesentlich von der Politik und den Methoden Amins nach der April-Revolution unterscheiden. Bleiben wir beim Alphabetisierungsproblem. Am Anfang der April-Revolution wurde dieses Problem nicht realistisch angepackt. Die Bevölkerung hat nie richtig verstanden, daß die Programme der Partei und der Regierung ihnen zugutekommen sollten. Im Gegenteil, es glaubte, daß diese Modernisierungsprogramme der Regierung alle ihre historischen Traditionen und Sitten verletzten. Daher war die Reaktion ablehnend. Das afghanische Volk ist hart und konsequent wie die Berge Afghanistans. Wenn die Afghanen merken, daß man sie unrealistisch behandeln will, wenden sie sich ab. Aber wenn sie zu der Überzeugung gelangen, daß man sie realistisch behandelt und tiefgreifende Reformen zu ihren Nutzen durchführen will – auch wenn der Weg langwierig und mühsam sein wird – dann werden sie mit der Regierung zusammenarbeiten. Nach der April-Revolution entfernte sich die Parteiführung leider vom Volk. Unrealistische Programme und Maßnahmen schufen eine Kluft zwischen der Führung und dem Volk. Die Volksmassen sahen keine Führung und die Partei sah hinter sich keine Massen. Deshalb konnte der Gegner in dieser Kluft und in diesem Vakuum leicht sein Unwesen treiben. Seine Bestrebung war es, Volk und Regierung bzw. Partei einander noch mehr zu entfremden. Partei und die Regierung schritten vorwärts, und die Masse konnte sie nicht einholen.

Aber die Programme der neuen Periode der Revolution seit Dezember 1979 entsprechen der afghanischen Wirklichkeit. Wir wollen mit dem Volk und mit seiner Hilfe die Reformen durchführen. Sie haben gesehen, daß die Landreform in der ersten Periode der Revolution von den Bauern abgelehnt wurde. Viele flüchteten, weil die Methoden falsch waren, eben weil die Landreform nicht in Zusammenarbeit mit den Bauern, sondern von oben nach unten durchgeführt werden sollte. Eine demokratische Landreform hingegen durchzuführen, hieße, die Ländereien mit Hilfe der Bauern aufzuteilen. Wenn der Bauer das ihm zugeteilte Land ablehnt, wenn er kein Saatgut und keine landwirtschaftlichen Maschinen besitzt, wenn er kein Wasser zur Verfügung hat, wie kann der Bauer das ihm zugeteilte Land bewirtschaften? Dazu kommt, daß er von der Regierung keine Hilfe zu erwarten hatte, ebensowenig vom Großgrundbesitzer, der seine Ländereien durch diese Landreform verloren hatte. Dies mußte die erste Periode der Landreform zum Scheitern bringen. Aber heute, mit der Bildung zahlreicher Genossenschaften und Landkooperativen im ganzen Land, zeigen die Bauern allmählich mehr Interesse, weil sie mit Hilfe der Regierung und der Kooperativen ihre Ländereien besser bewirtschaften, mehr produzieren und infolgedessen besser leben können.

Wir sind in der neuen Periode der April-Revolution bestrebt, das schandhafte Erbe Amins, das der Partei und der Regierung anlastet, zu überwinden. Wir haben gelernt, wie wir mit dem Volk zusammenarbeiten können. Auch mit unseren kulturellen, politischen und Bildungsprogrammen sind wir sehr erfolgreich gewesen.

Danesch: Aber in Afgahnistan herrscht die Stammeswirtschaft vor – oder feudale Zustände. Die Frauen sind bei dieser Wirtschaftsweise unverzichtbare Arbeitskräfte. Fehlen hier nicht die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine moderne, gar für eine sozialistische Erziehung?

Ratebzad: Das Problem einer sozialistischen Erziehung ist zur Zeit in Afghanistan nicht unser Problem. Die afghanische Revolution befindet sich in der national-demokratischen Phase und nicht in der sozialistischen. Das Problem der sozialistischen Phase ist die Aufgabe zukünftiger Generationen. Der wirtschaftliche Stand unserer heutigen Gesellschaft bringt viele Schwierigkeiten mit sich, da viele Kinder, die schulpflichtig sind, aufgrund der wirtschaftlichen Bedingungen nicht in der Lage sind, eine Schule zu besuchen. Ich kann ihnen aber heute sagen, daß wir im vergangenen Schuljahr die überwiegende Mehrheit der schulpflichtigen Kinder, und zwar Mädchen und Jungen, eingeschult haben. Sicherlich: wir haben in vielen Dörfern und auf dem Lande keine Schulgebäude. Das Erziehungsministerium ordnete an, daß Schulklassen auf dem Lande im Freien einzurichten sind, um alle schulpflichtigen Kinder zu erfassen. Wenn wir unsere Energie und Kraft nicht in diesem nicht erklärten Krieg gebraucht hätten, hätten wir alle diese Energie zur Errichtung von Schulen, Gebäuden, Alphabetisierungskursen, Krankenhäusern, Bildungszentren und Universitäten und technischen Anstalten eingesetzt.

Wir stehen aber zur Zeit mitten in einem nicht erklärten Krieg. In einer Hand halten wir Schreibstifte, in der anderen haben wir Gewehre, mit denen wir kämpfen. Trotzdem schaffen wir mit Hilfe unserer Freunde, besonders der Sowjetunion, die uns allseitige Hilfe zukommen läßt, tagtäglich günstigere Voraussetzungen. Ich sagte, daß wir sehr wenig reguläre Schulgebäude haben, der Unterricht findet auf dem Lande unter freiem Himmel unter den Bäumen statt. Die Rebellen setzen die Schulen in Brand, aber in Klassen, die weder Tür noch Dach haben, setzen die Lehrer ihren Unterricht fort.

Danesch: Kommen wir zur Bildung und Frauenemanzipation zurück. Wie wollen Sie eine Frauen-Emanzipation erreichen in einer traditionellen Gesellschaft, in der jahrhundertelang sogar jahrtausendelang Frauen als Kindermädchen und als Hausfrauen Untertanen des Mannes gewesen sind und keine bei politischen, sozialen und wirtschaftlichen Einfluß hatten?

Ratebzad: Sehen Sie, unsere traditionelle Erziehung läuft parallel zur modernen Erziehung. Die Programme der Regierung sehen die schrittweise Einführung in Wissenschaft und moderne Technologie vor, bei gleichzeitiger Achtung der traditionellen Erziehung. Auf die Frauen bezogen heißt dies nicht, daß unsere Programme die heutige Frau, Mutter vieler Kinder, inner-

halb weniger Jahre zu einer Ministerin oder Chefin umherziehen wollen. Was wir von den afghanischen Frauen verlangen, ist in erster Linie, sich alphabetisieren zu lassen, um in der Familie Grundlagen für die schulische Erziehung der Kinder zu legen. Die Frauen sollten des weiteren arbeiten und sich an dem Produktionsprozeß beteiligen. Im heutigen Afghanistan muß der Mann noch ganz allein das Leben einer 10köpfigen Familie bestreiten. Wenn man auch die Frau neben dem Mann am Produktionsprozeß beteiligt, wird sie materiell die Familie mittragen. Dies verhilft ihr zur schrittweisen Anerkennung durch den Mann, und zusätzlich fördert es eine bessere Erziehung der Kinder in der Familie. Schrittweise, aber selbstverständlich nicht von heute auf morgen, sondern im Laufe von vielleicht Jahrzehnten, wird sich diese Frau, die noch als Untertanin gilt, mit dem Mann gleichstellen. Wenn die Frau wirtschaftlich mit dem Mann in der Familie auf gleicher Stufe steht, wird der Mann dieser Frau allmählich Achtung schenken und auf der anderen Seite werden auch die Kinder in der Familie ihren Müttern Achtung schenken, da sie in der Familie erleben, daß ihre Mütter auch eine wichtige Stellung einnimmt und nicht der Mann allein. Die afghanische Frau wird, wie wir sagen, immer in zweifacher Hinsicht ausgebeutet. Einmal in der Familie und einmal in der Gesellschaft. So ist die Stellung der Mutter in der Familie so niedrig, daß auch Kinder in der Familie ihrer Mutter keinen Respekt erweisen. Immer ist der Vater die respektierte Person, so daß diese Stellung der Frau in der Familie sich selbstverständlich auch in der Gesellschaft fortsetzt. Wir wollen, daß die neuen Generationen in dem Bewußtsein erzogen werden, die Frauen als gleichberechtigte Partner zu respektieren und zu akzeptieren. Dies könnte vielleicht erst in 20 oder 30 Jahren seine Früchte zeigen. Wir wollen, daß die Frauen der zukünftigen Generationen mit dem Mann in allen Bereichen gleichberechtigt sind, nicht unbedingt die heutige Frau mit 8 oder 9 Kindern. Wenn die heutige Mutter nur durch ihre Alphabetisierung, wie gesagt, den Grundstein einer modernen Erziehung legt, wenn die heutige Frau sich durch ihre Teilnahme an dem Produktionsprozeß Respekt verschafft, haben wir unser erstes Ziel erreicht.

Danesch: Aber werden die Männer dies hinnehmen? Oder wollen Sie durch eine gesetzliche Regelung die Rechte der Frau durchsetzen?

Ratebzad: Sie wissen genausogut wie ich, daß man allein durch Gesetze in so einer komplizierten Gesellschaft, wie ich schon dargestellt habe, nichts erreichen kann. Man muß von den objektiven Gegebenheiten der Gesellschaft ausgehen und nicht von den Wunschvorstellungen. Was nutzen uns Gesetze, die sich nicht auf die objektiven Gegebenheiten übertragen lassen. Nach dem Sieg der April-Revolution sind die prinzipiellen Rechte der Frauen im Grundgesetz fixiert worden, wie die Rechte der Frau in der Gesellschaft, die Rechte der Mütter, die Probleme der Gesundheit der Frauen, die Erziehung der Kinder in der Familie und ähnliche Gesetze. Aber viel wichtiger ist die praktische Durchführung dieser Rechte.

Wir wollen keine Freiheiten und keine Emanzipation außerhalb der Grenzen der Tradition, der Religion, der Kultur und der Tradition in der afghanischen

Familie. Wir verlangen jene demokratischen Rechte der Frauen, wie das Recht auf gleiche Arbeit, das Recht auf gleichen Lohn, das Recht auf die Wahl des Partners, das Recht des gleichen Anteils auf Eigentum in der Familie etc., die nicht im Widerspruch mit der Tradition des Landes stehen. Daher ist unsere Propaganda und der Propagandaprozeß so gestaltet, daß die Männer diese Rechte akzeptieren können. Wir haben im Laufe der Geschichte unserer demokratischen Frauenorganisation, deren Präsidentin ich bin, d.h. seit 16,5 Jahren, keinen Widerstand der Männer erlebt, da wir die Frauen nicht in eine feindseligen Stellung zum Mann bringen und nicht aus der Familie reißen wollen. Unser Ziel ist erstens die Anerkennung und Respektierung der Frau in der Familie, zweitens in der Gesellschaft. Was diesbezügliche Gesetze betrifft, habe ich gesagt, daß sie erst dann nützlich wären, wenn sie sich in der Gesellschaft praktizieren lassen. Wir lassen uns von den Prinzipien des Grundgesetzes inspirieren und diese Prinzipien werden wir unter Berücksichtigung der objektiven Gegebenheiten durchführen.

Danesch: Dies mag eventuell in Kabul und in den Städten praktizierbar sein. Wie wollen Sie in den entlegensten Gebieten des Landes, geprägt durch Stammeswirtschaft, diese Vorsätze verwirklichen?

Ratebzad: Sogar in den entlegendsten Gegenden und bei den Stämmen arbeiten unsere Frauen mit Männern von morgens bis abends auf dem Felde, d.h. dort existiert eine Art natürlicher Teilnahme der Frauen am Produktionsprozeß und in dieser Beziehung genießt die Frau dort Respekt. Die Frauen sind nicht nur in der Produktion dort beteiligt, sondern sie kämpfen mit Gewehren Schulter an Schulter mit Männern. Schon 1919 haben Frauen mit Männern gemeinsam für die Unabhängigkeit des Landes gekämpft. Wir haben viele Märtyrerinnen die auch nach der Revolution im Kampf gegen die vom Ausland geführten Rebellen gefallen sind. So gesehen bestehen auch auf dem Lande keine großen Schwierigkeiten. Nun gut, wenn nun die Frauen, die auf dem Lande produzieren, ihre Früchte nicht mehr dem Feudalherrn abgeben brauchen, sondern für sich behalten dürfen, oder wenn sie sogar in der Industrie und in den kulturellen Bereichen beschäftigt werden können, werden sie und auch ihre Männer darüber glücklich sein.

Danesch: Aber um die Frauen an dem Produktionsprozeß und im politischen und gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, sind Kindergärten, Schulen, Erziehungszentren und Säuglingshorte notwendig. Sie befinden sich im Krieg und dieser Krieg verschlingt einen großen Prozentsatz ihres Haushaltes.

Ratebzad: Das ist völlig richtig. Aber obwohl wir uns im Krieg befinden, haben wir in diesem Jahr das Kindergartennetz von 36 auf 102 Kindergärten im gesamten Land ausgedehnt. In jedem Kindergarten haben wir Alphabetisierungskurse und Handarbeitskurse eingerichtet. Wenn ich Kindergarten sage, heißt dies nicht, daß wir schöne und moderne Häuser mit schöner Ausstattung haben. Die Häuser sind mitunter sehr alt und die gesamte Ausstattung besteht aus einigen Matratzen, auf denen die Kinder schlafen.

Danesch: Was können 102 Kindergärten bei mehr als 2 Millionen Kleinkinder ausrichten?

Ratebzad: Eine berechtigte Frage! Wir stehen am Anfang unserer Arbeit. Aber die Regierung ist bestrebt, neben allen Industriezentren und Fabriken Kindergärten und Erziehungshorte einrichten zu lassen, damit die Frauen, die in diesen Zentren arbeiten, ihre Kinder dort beaufsichtigen lassen können. Auf der anderen Seite stehen die Mütter in ständigem Kontakt mit ihren Kindern und können die Erziehung und die Methode dieser Erziehung mitbekommen. Wir wollen außerdem in allen Mädchenschulen in ganz Afghanistan Kindergärten einrichten, damit die Lehrerinnen ihre Kinder dort mitbringen können. Selbstverständlich sind dies erste Schritte, es bleibt noch sehr viel zu tun. Ich habe nie behauptet, daß wir sehr viele Erfolge zu verbuchen haben. Wir müssen einen langjährigen Prozeß durchlaufen, um Erfolge haben zu können. Selbstverständlich hätten wir viel größere Erfolge haben können, wenn wir uns nicht im Krieg befänden.

Danesch: Sie sind als hoch gebildete Frau eine absolute Ausnahme in diesem Land. Wie sehen Sie Ihre politische Perspektive?

Ratebzad: Sie irren, ich bin keine Ausnahme. In Afghanistan gab es zahlreiche fortschrittliche Frauen. Zur Zeit werden viele Frauen in der demokratischen Volkspartei Afghanistans geschult und ausgebildet. Wenn Sie über mich etwas wissen wollen, nun gut, meine politische Aufgabe ist vielfältig. Ich bin Politbüro-Mitglied der demokratischen Volkspartei. Ich bin Präsidentin der demokratischen Frauen-Organisation, Präsidentin der Organisation für Frieden und Solidarität und habe viele andere Verwaltungsaufgaben, so daß ich täglich mehr als 15 Stunden beschäftigt bin.

Ich sehe der politischen Perspektive meines Landes sehr optimistisch entgegen. Auf der einen Seite kämpfen wir Tag für Tag an der Front mit unserem Feind und auf der anderen Seite bauen wir das Land auf und schließen unsere Reihen enger zusammen. Wir haben z. B. die „Vaterländische Front" ins Leben gerufen, in der sich alle patriotischen Kräfte von den Geistlichen, der Jugend, der Intelligenz, den Arbeitern, den Bauern, den Stammesführern, den Kaufleuten bis hin zu den Parteimitgliedern vereinigt haben. Die demokratische Volkspartei Afgahanistans ist ein Teil dieser Front. Wir unterstützen die Friedensbewegung in der Welt und bekunden unsere Solidarität mit allen fortschrittlichen Kräften in der Welt und hoffen, daß auch die fortschrittlichen Kräfte in der Welt sich mit uns solidarisieren. Die Freundschaft unter den Ländern der Welt zu pflegen, ist eines der wesentlichen Prinzipien unserer Politik. Wir versuchen dies nicht nur durch die Regierung zu erreichen, sondern auch durch direkte Kontakte zu den fortschrittlichen Organisationen die Völker einander näher zu bringen. Wie gesagt, ich sehe meine Aufgabe und die Perspektive dieser Arbeit optimistisch und bin zuversichtlich, daß die meisten Völker dieser Welt, auch ihre Regierungen, früher oder später unsere Probleme besser verstehen und sich uns zuwenden werden.

Wirtschaftsinformation

Die wirtschaftliche Entwicklung der BRD im 3. Vierteljahr 1981

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die wirtschaftlichen Perspektiven der Bundesrepublik haben sich in den letzten Monaten insgesamt eher verschlechtert. Die nun bereits mehr als eineinhalb Jahre andauernde zyklische Krise dauert an.

Im Berichtszeitraum stagnierte die Produktion auf niedrigem Niveau, im verarbeitenden Gewerbe ging sie weiter leicht zurück. Das Bruttosozialprodukt liegt weiterhin unter dem bereits krisenhaft gedrückten Niveau des Vorjahres.

Tabelle 1
Reales Bruttosozialprodukt im 3. Vierteljahr 1982

	In Mrd. DM[1])	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*225,9*	*– 0,5*
Privater Verbrauch	*120,7*	*– 1,7*
Öffentlicher Verbrauch	*38,8*	*+ 0,3*
Anlageinvestitionen	*52,9*	*– 2,8*
Export	*58,8*	*+ 11,8*

1) In Preisen von 1970.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 47/81.

Die Tabelle beleuchtet eindringlich das für die aktuelle Situation typische Auseinanderfallen von Inlandsnachfrage und Export. Die eigentliche Ursache und das Charakteristikum der „längsten Stockungsphase" in der Geschichte der Bundesrepublik – so bezeichnet der Sachverständigenrat die Wirtschaftslage im jüngsten Gutachten – ist die anhaltende Schwäche des privaten Verbrauchs. Der Rückgang der Reallöhne und erste Auswirkungen der „Sparpolitik" bei den Sozialleistungen sind die Ursachen dieser Entwicklung.

Demgegenüber ist der Export seit dem Frühjahr boomartig angestigen. Dies hat aber nicht ausgereicht, um die Schwäche der Inlandsnachfrage auszugleichen und der Wirtschaft expansive Impule zu geben. Die Erfahrungen des Jahres 1981 belegen somit, daß trotz der großen Bedeutung der Exporte die Inlandsnachfrage entscheidend ist für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Weiterhin rückläufig war die industrielle Produktion, wobei insbesondere die Verbrauchsgüterbereiche betroffen sind.

Tabelle 2
Nettoproduktion im verarbeitenden Gewerbe[1])

	3. Vierteljahr 1981	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Insgesamt	103,0	– 1,1
Grundstoffe und Produktionsgüter	103,7	– 0,9
Investitionsgüter	104,4	– 0,5
Verbrauchsgüter	94,7	– 5,3

1) Index 1976 = 100.
Quelle: ebd.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß die Produktion von Verbrauchsgütern 1981 knapp unter den Stand von 1976 gesunken ist. Die Auslastung der industriellen Kapazitäten ist ebenfalls weiter rückläufig und lag im Herbst bei etwa 78 %

Die Krise hat zu einem Rückgang der Unternehmergewinne geführt, ein Vorgang, der durch den Absatzrückgang verursacht wurde.

Tabelle 3
Einkommensverteilung[1])

	In Mrd. DM	In % gegenüber dem Vorjahr
BSP	390,1	+ 2,8
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	212,5	+ 4,2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	88,0	– 2,9

1) In jeweiligen Preisen, im 3. Quartal 1981.
Quelle: ebd.

Es ist klar, daß von Unternehmerseite die Löhne für die rückläufige Gewinnentwicklung verantwortlich gemacht werden. Dies kann aber durch einen Blick auf die rückläufigen realen Arbeitseinkommen bei weiter steigender Arbeitsproduktivität widerlegt werden.

Tabelle 4
Löhne und Gehälter

	3. Vierteljahr 1981	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Tarifeinkommen[1])	–	+ 5,0
Nettolohn- und -gehaltssumme (Mrd. DM)	118,8	+ 2,7
Je Beschäftigten	–	+ 3,9
Arbeitsproduktivität[2])	–	+ 2,2
Reallöhne und -gehälter[3])	–	– 2,2

1) Auf Monatsbasis.
2) Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
3) Nettoeinkommen je Beschäftigten, bereinigt um den Anstieg der Lebenshaltungskosten.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.; eigene Berechnungen.

Würde man versuchen, in einer Wirtschaftskrise die Verteilungsposition der Unternehmer durch entsprechende Lohnkürzungen zu halten, so würde der Absatzrückgang und damit die Krise nur verschärft werden.

Die Nettolohn- und -gehaltsumme lag als Folge sinkender Reallöhne je Beschäftigten und der rückläufigen Beschäftigung im dritten Vierteljahr um kaufkraftmäßig 3,5 % unter dem Vorjahresstand.

Für das vierte Quartal muß ein weiteres Absinken von Reallöhnen und Kaufkraft erwartet werden, da die Inflation sich noch beschleunigt.

Tabelle 5
Preisentwicklung

	3. Vierteljahr 1981 in % gegenüber 3. Vierteljahr 1980
Lebenshaltung[1])	*+ 6,1*
Industrielle Erzeugerpreise	*+ 8,6*
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	*+ 8,2*
Einfuhrpreise	*+ 19,1*

1) Alle Haushalte.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.; Pressemeldungen.

Im Oktober lag der Verbraucherpreisindex um 6,7 % über dem Vorjahresstand, in wichtigen Bundesländern ist die Infaltionsrate auf über sieben % geklettert. Zwar sinken seit September die Importpreise für Rohstoffe – insbesondere für Rohöl – als Folge des Umschwungs beim Wechselkurs des Dollar: der Dollar verbilligte sich zwischen August und November 1981 um etwa 25 Pfennige, von 2,57 DM auf etwa 2,22 DM. Gleichzeitig aber werden die Energiepreise durch die öffentlichen Energieunternehmen kräftig angehoben, sämtliche staatlichen oder staatlich beeinflußten Tarife und Gebühren werden heraufgesetzt. Hinzu kommt, daß nun auch die bisher vergleichsweise stabilen Lebensmittelpreise deutlich ansteigen. Daher kann mit einer Preisberuhigung in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden.

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich in den Herbstmonaten katastrophal entwickelt. Die Arbeitslosenzahlen sind sprungartig angestiegen, so daß sämtliche bisherigen Projektionen als überholt betrachtet werden müssen.

Tabelle 6
Arbeitsmarkt im 3. Vierteljahr 1981

	In 1000	*Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr*
Abhängig Beschäftigte	*22 069*	*– 262*
Registrierte Arbeitslose	*1 264*	*+ 417*
Kurzarbeiter	*219*	*+ 130*
Offene Stellen	*200*	*– 119*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Im Oktober stieg die registrierte Arbeitslosenzahl auf 1,366 Millionen. In saisonbereinigter Betrachtung waren das fast 1,5 Millionen. Die bisher pessimistischste Prognose, die des Sachverständigenrats, erwartet im Jahresdurchschnitt 1982 1,65 Millionen Arbeitslose. Es ist daher nicht mehr unwahrscheinlich, daß die Ziffer in den Wintermonaten bis an die Zwei-Millionen-Marke ansteigt.

Für die Entwicklung der nächsten Monate ist keine wirtschaftliche Besserung zu erwarten. Denn während die Schwächefaktoren im Inland anhalten und die Inlandsnachfrage weiterhin rückläufig ist, verlieren die vom Export ausgehenden konjunkturellen Auftreibskräfte an Wirkung. Der Welthandel sinkt, die Konjunktur in den großen kapitalistischen Ländern befindet sich ebenfalls noch in der Krise. In den USA hat sich die Belebung vom letzten Herbst zudem als nur vorübergehend erwiesen, eine neue Rezession hat eingesetzt. Da die Abwertung der DM, die den Export begünstigt hatte, seit Sommer 1981 beendet ist und wieder eine Aufwertungstendenz die Oberhand gewonnen hat, werden sich auch von der preislichen Seite die Ausfuhrmöglichkeiten wieder ungünstiger entwickeln.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Dokumentation zum Besuch von Leonid Breschnews in der Bundesrepublik Deutschland vom 22. bis 25. November 1981

Gemeinsames Kommuniqué vom 25. November 1981 (Wortlaut)

Auf Einladung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, hielt sich der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Leonid Iljitsch Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland auf.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Iljitsch Breschnew, stattete dem Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Professor Dr. Karl Carstens, einen Besuch ab.

Es fanden mehrere Begegnungen und Gespräche des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, des Stellvertreters des Bundeskanzlers und Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, und des Bundesministers für Wirtschaft, Dr. Otto Graf Lambsdorff, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Iljitsch Breschnew, dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Andrej Andrjewitsch Gromyko, und dem 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Iwan Wassiljewitsch Archipow, statt.

In Fortführung ihrer bisherigen Gespräche und insbesondere der Gespräche in Moskau im Sommer 1980 erörterten beide Seiten ausführlich wichtige internationale Probleme mit europäischem und weltweitem Bezug sowie Stand und Perspektiven der bilateralen Beziehungen.

Autoren dieses Heftes

Günther VOLLMER, geb. 1917 in Berlin, Generalmajor der Bundeswehr a. D., Generalstabsdienst, Truppendienst, Tätigkeit im Bundesministerium der Verteidigung, zuletzt Befehlshaber eines der sechs Wehrbereiche der Bundesrepublik (Wehrbereich II, Sitz Hannover), 1977 in den Ruhestand getreten. Nach der Pensionierung Mitarbeit in der sogenannten De Maizière-Kommission zur Entbürokratisierung der Streitkräfte. *** *Dr. Wolfgang ABENDROTH*, geb. 1906 in Wuppertal, em. Professor für Wissenschaftliche Politik, lebt in Frankfurt/M.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Valentin FALIN*, 1971—1978 Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland, heute Erster Stellvertreter des Leiters der Abteilung Internationale Information des Zentralkomitees der KPdSU. *** *Armin WÖHRLE*, geb. 1950 in Heidenheim, grad. Sozial- und Dipl.-Pädagoge, z. Z. Doktorand, DGB-Ortskartellvorsitzender in Esslingen; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Robert PFEIFFER*, geb. 1949 in Aachen, Medizinstudium, Mitglied im Bund gewerkschaftlicher Ärzte in Hamburg, Assistenzarzt; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Eberhard WEBER*, geb. 1949 in Belver, Medizinstudium, Assistenzarzt an einem Hamburger Krankenhaus, Mitbegründer der „Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Uwe LAHL*, geb. 1951 in Bremen, Chemielaborant, Studium der Germanistik und Chemie, z. Z. Promotion, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen und Sozietätspartner des Bremer Umweltinstituts, Mitautor der Studie „Wie krank ist unser Wasser? Die Gefährdung des Trinkwassers: Sachstand und Gegenstrategien", Hrsg. vom Öko-Institut Freiburg, BBU und BUND, 1981 *** *Barbara ZESCHMAR*, geb. 1957 in Lübeck, Studium der Biologie in Bremen; Mitautorin der Studie „Wie krank ist unser Wasser? Die Gefährdung des Trinkwassers, Sachstand und Gegenstrategien", Hrsg. vom Öko-Institut, BBU und BUND, Freiburg, 1981. *** *Dr. Anahita RATEBZAD*, afghanische Politikerin, verantwortlich für vier Ministerien in der Regierung Karmal: Gesundheit, Information und Kultur, Erziehung und Bildung, Hochschulbildung; Mitglied des Politbüros der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Präsidentin der Frauenorganisation und der Organisation für Frieden und Solidarität. *** *Dr. Jörg GOLDBERG*, geb. 1943 in Wittenberge, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Aus technischen Gründen kann die Chronik für die Monate November und Dezember 1981 erst in Heft 1/1982 der „Blätter" erscheinen. Wir bitten um Verständnis. D. Red.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; *Lit 33000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.*
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 1/1982 der „Blätter" wird am 18. 1. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 12/1981

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Kommentare und Berichte

Reagans „begrenzter Atomkrieg" – für wessen Freiheit?

Als der amerikanische Präsident Mitte Oktober zum ersten Mal seine Ansicht äußerte, er könne sich vorstellen, „daß es zu einem Schlagabtausch mit taktischen (Atom-)Waffen gegen Truppen auf dem Gefechtsfeld kommen könnte, ohne daß eine der beiden Führungsmächte auf den Knopf (für die großen Waffen; d. Verf.) drücken würde" (zit. nach: „Blätter", 11/1981, S. 1399), konnte man annehmen, daß er Abschreckung und Verteidigung durcheinandergebracht habe. US-Sprecher unterstrichen anschließend daher auch in diesem Sinne, daß sich Reagan für die „Abschreckung auf allen Ebenen" eingesetzt und nichts gesagt habe, was

mit der NATO-Strategie nicht vereinbar sei. In einer weiteren Pressekonferenz Anfang November erklärte der Präsident zu diesem Thema jedoch erneut, er könne sich „vorstellen, daß beide Seiten noch immer von einem Schlagabtausch mit strategischen Waffen abgeschreckt würden, wenn dort(?) Gefechtsfeldwaffen, Truppe gegen Truppe, eingesetzt worden wären". (Vgl. „Amerika-Dienst", Bonn, Nr. 49 v. 18. 11. 1981). Damit ist klar, daß der Präsident der USA sich einen Atomkrieg auf dem europäischen Kontinent vorstellen kann. Ein Zyniker könnte diese Auffassung als eine direkte Aufforderung an die andere Supermacht ansehen, in Europa einen Atomkrieg toben zu lassen, ohne daß die Supermächte dabei mit Nuklearwaffen gegen das nationale Territorium der jweils anderen eingriffen.

Was bedeutet das für Europa und für uns Deutsche? Die Abschreckungsdrohung, die zur Verhinderung eines Konflikts gedacht war, wird aufgehoben. In Europa wird ein Krieg mit Atomwaffen denkbar. Sein Ergebnis würde die Ausrottung unseres Volkes und die totale Verwüstung unserer Heimat sein. Damit erhebt sich die Frage, wessen Freiheit wir Deutschen im Rahmen der NATO eigentlich verteidigen sollen? Unsere Freiheit doch kaum noch, da wir Deutschen nach einer solchen „Verteidigung" verschwunden sein würden!

Der Schritt von der „massiven Vergeltung" zur „kontrollierten und abgestuften Reaktion", den die NATO auf Drängen der Amerikaner Mitte der 60er Jahre in ihrer Verteidigungstheorie machte, war getan worden, weil sich die Amerikaner bei einem Konflikt in Europa nicht sofort zu einem Schlagabtausch mit nuklearen Waffen getrieben sehen wollten. Diese Theorie setzte ausreichende konventionelle Abwehrkräfte voraus. Da diese nach Ansicht der Militärs bis heute noch nicht bereitgehalten werden, entwickelte die NATO die Theorie der „Triade", die nicht nur zwischen einem konventionellen und einem atomaren Krieg unterscheidet, sondern darüberhinaus einen stufenweisen Einsatz der atomaren Waffen vorsieht und zwar als „taktische Nuklearwaffen", solche mittlerer Reichweite (heute: „eurostrategische Nuklearwaffen") und schließlich „interkontinentale Nuklearwaffen". Es wird behauptet, daß erst die Drohung in diesen Stufen eine echte Abschreckung darstelle. Versucht man diesen Gedankengang logisch nachzuvollziehen, muß man sich allerdings fragen, warum eine Drohung mit taktischen Atomwaffen einen Gegner, der angreifen will, schrecken soll, da er diese Waffen berechnen kann. Sie sollen „nur" gegen die kämpfenden Gruppen eingesetzt werden, die sich unter bestimmten Voraussetzungen noch gegen die Wirkung solcher Waffen schützen könnten.

Eurostrategische Nuklearwaffen sind in Europa stationierte Waffen, die sowohl die Satelliten der Sowjetunion als auch diese selbst in ihrem westlichen Teil erreichen können. Herr Breschnew hat auf das erste Interview des amerikanischen Präsidenten hinsichtlich des denkbaren Einsatzes atomarer Waffen in Europa aus seiner Sicht völlig logisch geantwortet, daß der erste Schuß dieser Art einen Gegenschuß auf die USA hervorrufen würde. Die Folge eines ersten – also auch taktischen – Schusses wäre somit der große Schlagabtausch. Diese Aussage Breschnews beweist nur, daß ausschließlich die Drohung des Einsatzes von nuklearen Interkontinentalwaffen mit ihrer Möglichkeit, die Territorien der Supermächte und ihre Bevölkerungen zu vernichten, die atomare Abschreckung bewirkt. Dieses ist auch trotz der sog. Triaden-Konzeption der NATO so geblieben, selbst wenn es im Westen verbal nicht mehr geäußert wurde. Herr Gaus verlangt mit seiner Forderung nach Rückkehr zur „massiven Vergeltung" also nicht nur eine größere Abschreckungssicherheit für Europa, sondern vor allem ein Bekenntnis der USA zu dem, was einzig und alleine abschreckt.

In einem Fernsehgespräch mit Herrn Gaus am 12. November konterte Herr Kiep, daß man von den Amerikanern keinen „Selbstmord" verlangen könne. Mit dieser Äußerung übersieht letzterer, daß der NATO-Rat 1967 als oberste Maxime die *Solidarität* der Mitgliedstaaten verlangt hat, um gegenüber Aggressionen und anderen Formen politischen Drucks abschreckend zu wirken. Da die USA nun einmal *die* westliche Atommacht sind, kann ihre solidarische Leistung nur weiterhin in der ungeteilten nuklearen Abschreckung bestehen. Im übrigen dürfte die Androhung eines deutschen bzw. europäischen Selbstmordes – so wie es nach den Äußerungen des amerikanischen Präsidenten aussieht – viel weniger abschreckend wirken.

Um es noch einmal zu sagen: Ein Atomkrieg in Europa – und auch die Neutronenwaffe ist eine Atomwaffe, deren Einsatz die atomare Eskalation heraufbeschwört – würde das Ende dieses Kontinents und seiner Bewohner bedeuten. Das kann nicht der Sinn unserer Verteidigungsanstrengungen sein.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Es gibt nur die konventionelle Abschrekkung und Verteidigung sowie die nukleare Abschreckung; keine stufenweise nukleare Abschreckung oder gar Verteidigung. Wenn die Abschreckung versagen sollte und die Verteidigung notwendig wird, muß Europa sich konventionell verteidigen – sicherlich mit großen Verlusten, aber mit dem grundsätzlichen Erhalt des Territoriums und der Nationen. Ein Atomkrieg in Europa würde den Totschlag der dort lebenden Menschen und die Verwüstung dieses Erdteils auf unabsehbare Zeit bedeuten.

Wenn man glaubt, konventionell für eine Verteidigung nicht genügend Kräfte zu haben, dann muß man den Nationen alle Alternativen erläutern. Es gibt heute technisch genügend konventionelle Waffen, die einsatzfähig wären und die von den europäischen Nationen im Gegensatz zu den derzeitigen Waffen auch noch in 20 Jahren bezahlt werden könnten. Man braucht für diese Waffen natürlich auch Menschen, die bereit sind – wenn notwendig – sich mit diesen zu verteidigen. Diese Bereitschaft zu erzeugen, ist eine politische Aufgabe. Aber auch die junge Generation dürfte bereit sein diese Alternative – ohne Atomkrieg – zu wählen, wenn man eine sicherheitspolitische Konzeption entwickeln würde, die keinen Zweifel daran erlaubt, daß wir uns ausschließlich auf „Verteidigung" einstellen.

Die beiden Supermächte haben sich infolge ihrer überdimensionierten Atomwaffen-Arsenale fast unfähig gemacht, politisch noch zu agieren. Sie werden im alten Schablonendenken jedoch nicht weiterkommen. Wir Europäer können ihnen beim Versuch, zur Entspannung zurückzufinden und friedliche Formen des Zusammenlebens auch zwischen Mächten so unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu entwickeln, zwar helfen, letztendlich jedoch müssen sie selbst die entscheidenden Schritte tun.

Generalmajor a. D. Günter Vollmer

Der Streit um das Volksbegehren zur Startbahn-West

Um den Bau der Starbahn-West am Flughafen Frankfurt/M. ist eine heftige Auseinandersetzung zwischen der gesamten Bevölkerung der anliegenden Gebiete auf der einen, der Flughafen-AG, der Hessischen Landesregierung und der Bundesregierung auf der anderen Seite entstanden. Der Bevölkerung geht es um

Für die Entwicklung der nächsten Monate ist keine wirtschaftliche Besserung zu erwarten. Denn während die Schwächefaktoren im Inland anhalten und die Inlandsnachfrage weiterhin rückläufig ist, verlieren die vom Export ausgehenden konjunkturellen Auftreibskräfte an Wirkung. Der Welthandel sinkt, die Konjunktur in den großen kapitalistischen Ländern befindet sich ebenfalls noch in der Krise. In den USA hat sich die Belebung vom letzten Herbst zudem als nur vorübergehend erwiesen, eine neue Rezession hat eingesetzt. Da die Abwertung der DM, die den Export begünstigt hatte, seit Sommer 1981 beendet ist und wieder eine Aufwertungstendenz die Oberhand gewonnen hat, werden sich auch von der preislichen Seite die Ausfuhrmöglichkeiten wieder ungünstiger entwickeln.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Dokumentation zum Besuch von Leonid Breschnews in der Bundesrepublik Deutschland vom 22. bis 25. November 1981

Gemeinsames Kommuniqué vom 25. November 1981 (Wortlaut)

Auf Einladung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, hielt sich der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Leonid Iljitsch Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland auf.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Iljitsch Breschnew, stattete dem Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Professor Dr. Karl Carstens, einen Besuch ab.

Es fanden mehrere Begegnungen und Gespräche des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, des Stellvertreters des Bundeskanzlers und Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, und des Bundesministers für Wirtschaft, Dr. Otto Graf Lambsdorff, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Iljitsch Breschnew, dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Andrej Andrjewitsch Gromyko, und dem 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Iwan Wassiljewitsch Archipow, statt.

In Fortführung ihrer bisherigen Gespräche und insbesondere der Gespräche in Moskau im Sommer 1980 erörterten beide Seiten ausführlich wichtige internationale Probleme mit europäischem und weltweitem Bezug sowie Stand und Perspektiven der bilateralen Beziehungen.

Helmut Schmidt und Leonid Iljitsch Breschnew hoben die große Bedeutung des politischen Dialogs zwischen den Staaten hervor, besonders in der gegenwärtigen internationalen Lage, die auch die zwischenstaatlichen Beziehungen beeinflußt. Sie sind der Meinung, daß ein solcher Dialog, der allen Staaten gestellten Aufgabe, die drängenden Probleme der Gegenwart zu bewältigen, gerecht werden muß. Sie erachten es für wichtig, daß beide Staaten entsprechend ihrer Verantwortung zu einer positiven und stabilen Entwicklung der internationalen Lage und zur Sicherung eines dauerhaften Friedens ihren Beitrag leisten.

Im Bewußtsein der Bedeutung, die das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR für beide Staaten, für Europa sowie für die Sicherung des Friedens und den Fortschritt in der internationalen Zusammenarbeit hat, bekräftigten beide Seiten ihre Entschlossenheit, ihre Politik weiterhin stetig und fest auf die abgeschlossenen Verträge und Abkommen, vor allem auf den Vertrag vom 12. August 1970 sowie die Gemeinsame Deklaration vom 6. Mai 1978 zu gründen.

Eingedenk dessen, daß eine so ausgerichtete Politik für die konkrete Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen in den verschiedenen Bereichen eine wichtige Rolle spielt, werden sich beide Seiten weiterhin bemühen, die im beiderseitigen Interesse liegenden Wirtschaftsbezeihungen auf der Grundlage der geltenden Abkommen, vor allem des langfristigen Abkommens vom 6. Mai 1978 und des langfristigen Programms vom 1. Juli 1980 kontinuierlich weiterzuentwickeln. Dabei gehen sie davon aus, daß eine gute, den beiderseitigen Interessen entsprechende Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sich positiv auf ihre Gesamtbeziehungen auswirkt und einen Beitrag zur internationalen Stabilität und zur Festigung des Friedens leisten kann.

Beide Seiten würdigten die Ergebnisse der 10. Tagung der Kommission der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Ende September in Moskau stattfand. Die Kommission und ihre Organe leisten einen nützlichen Beitrag zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen auf verschiedenen Gebieten. Sie sind weiterhin bestrebt, zur Verwirklichung von Projekten auf dem Gebiet von Wirtschaft und Technik sowie zur Entwicklung der Unternehmenskooperation unter Einbeziehung auch von kleineren und mittleren Betrieben beizutragen.

Beide Seiten messen der Lösung der Energieprobleme im europäischen wie im weltweiten Rahmen wesentliche Bedeutung bei. Sie begrüßten die von den Unternehmen, Banken und Organisationen beider Seiten getroffenen Vereinbarungen über die Lieferung sowjetischen Erdgases zur Versorgung der Bundesrepublik Deutschland und anderer westeuropäischer Länder und von Rohren und Ausrüstungen für Gasleitungen in der Sowjetunion. In Übereinstimmung mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird Erdgas aus der Sowjetunion auch nach Berlin (West) geliefert. Sie erklärten ihre Bereitschaft, die Durchführung dieses Projektes im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

In dem Bestreben, ein besseres gegenseitiges Verständnis zu fördern, treten beide Seiten für eine Vertiefung der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, der Wissenschaft und Technik, der Bildung des Sports und des Tourismus ein.

Beide Seiten führten einen Meinungsaustausch über humanitäre Fragen und erklärten ihre Absicht, diese Fragen in wohlwollendem Geist zu lösen.

Helmut Schmidt und Leonid Iljitsch Breschnew hatten einen umfassenden und vertieften Meinungsaustausch über die wichtigsten Fragen, die sowohl die gegenwärtige als auch die künftige Weltlage bestimmen. Sie legten ihre jeweiligen Auffassungen über die Ursachen der bestehenden internationalen Spannungen dar. Sie betonten erneut die hohe Verantwortung aller Staaten für die Erhaltung und Festigung eines dauerhaften Friedens und den Abbau der bestehenden Spannungen. In diesem Zusammenhang wurde unterstrichen, daß Zurückhaltung und ein abgewogenes, konstruktives Herangehen an strittige Probleme im Interesse ihrer verläßlichen und gerechten Regelung erforderlich sind. Sie brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß alles getan werden muß, um die Politik der Entspannung und der friedlichen gleichberechtigten Zusammenarbeit, die langfristig angelegt ist, zu erhalten und zu stärken.

Sie sind überzeugt, daß es zur friedlichen Zusammenarbeit aller Staaten keine vernünftige Alternative gibt und daß diese Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer gestaltet werden muß.

Bei der Erörterung der mit der Lage in Europa zusammenhängenden Fragen sprachen sich beide Seiten für die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 aus. Sie stellten mit Befrieidigung fest, daß dieses Abkommen wesentlich zur Verbesserung der Lage im Zentrum Eurpas beigetragen hat und seit mehr als 10 Jahren ein wichtiges Element der Entspannung ist.

Beide Seiten waren sich darin einig, daß ein Kernelement der Entspannungspolitik die konsequente Fortführung des durch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Eurpa eingeleiteten Prozesses sowie die Einhaltung und Verwirklichung aller Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki sind.

Beide Seiten erörterten Stand und Aussichten des Madrider Folgetreffens. Sie sprachen sich für weitere beharrliche Anstrengungen im Interesse von Fortschritten in allen Bereichen der Schlußakte und für einen Abschluß des Folgetreffens mit substantiellen Ergebnissen möglichst bis zum Ende des Jahres aus.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten beide Seiten der Weiterentwicklung vertrauensbildender Maßnahmen. Sie brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, darauf hinzuwirken, daß auf dem Madrider Folgetreffen die Einberufung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa mit einem klar definierten Mandat beschlossen wird.

Helmut Schmidt und Leonid Iljitsch Breschnew widmeten im Verlauf der Gespräche besondere Aufmerksamkeit den Fragen der Sicherheit, der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung. Sie sind der Auffassung, daß es notwendig ist, durch konkrete Vereinbarungen zu einem stabilen Gleichgewicht der Kräfte auf möglichst niedrigem Niveau beizutragen. Fortschritte auf diesem Gebiet sind geeignet, zur Verbesserung des politischen Klimas und zur Widerherstellung des Vertrauens in den internationalen Beziehungen in hohem Maße beizutragen. Beide Seiten sind entschlossen, ihre Bemühungen um konkrete positive Ergebnisse in den Gremien, in denen diese Probleme behandelt werden, fortzusetzen und zu intensivieren.

Beide Seiten betonten die Bedeutung, die sie der bevorstehenden 2. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung und ihrer sorgfältigen Vorbereitung beimessen.

Beide Seiten legten erneut ihre Positionen zur Frage der Begrenzung von Nuklearwaffen dar. Sie messen der Fortsetzung des Prozesses zur Begrenzung und Reduzierung strategischer nuklearer Waffensysteme besondere Bedeutung bei. Sie brachten ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß die am 23. September 1981 vereinbarten Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion am 30. November in Genf aufgenommen werden. Beide Seiten legten ihre jeweiligen Auffassungen zu den damit zusammenhängenden Problemen dar, in denen Meinungsunterschiede zwischen ihnen bestehen. Sie sind der Auffassung, daß die Herstellung des Gleichgewichts im Bereich der Waffen, welche Gegenstand der Verhandlungen sein werden, auf möglichst niedrigem Niveau für die Festigung der Stabilität und der internationalen Sicherheit von großer Bedeutung ist und daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, eine entsprechende Vereinbarung zu schließen.

Es fand ein Meinungsaustausch statt über den Stand der Wiener Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa. Beide Seiten betonten die Bedeutung, die diesen Verhandlungen für die Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa zukommen, und bekräftigten ihr Bestreben, zum Erfolg dieser Verhandlungen aktiv beizutragen.

Helmut Schmidt und Leonid Iljitsch Breschnew hoben hervor, daß Krisen- und Konfliktsituationen in verschiedenen Regionen der Welt nicht nur die betreffenden Staaten berühren, sondern sich auf die internationale Lage insgesamt negativ auswirken können. Sie halten es in der ge-

genwärtigen Lage für besonders wichtig, daß alle Staaten, indem sie ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und der gebotenen Zurückhaltung in ihren gegenseitigen Beziehungen Rechnung tragen, ihre Bemühungen auf die Besieitung der bestehenden Spannungsherde und die Abwendung neuer Konfliktsituationen konzentrieren. Das einzig verläßliche und vernünftige Mittel hierfür ist die Erzielung notwendiger politischer Regelungen.

Beide Seiten legten offen ihre jeweiligen Auffassungen zur Lage in Asien, Afrika und Lateinamerika dar, wo die Entwicklung wesentliche Bedeutung unter dem Aspekt der internationalen Sicherheit hat. Sie sprachen sich für Lösung der dort bestehenden Probleme mit friedlichen Mitteln aus, was den Ländern dieser Regionen ermöglichen würde, ihre Kräfte auf die Verwirklichung der Aufgabe ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu konzentrieren.

Indem beide Seiten unverändert für die Notwendigkeit einer politischen Regelung der im Zusammenhang mit Afghanistan entstandenen Situation eintreten, legten sie ihre unterschiedlichen Positionen ausführlich dar.

Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung der Blockfreien-Bewegung als eines positiven Faktors in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen.

Beide Seiten führten einen Meinungsaustausch über die ernsten wirtschaftlichen Probleme, vor denen die sich entwickelnden Länder stehen. Sie erachten es als wichtig, daß alle erforderlichen Bemühungen zu ihrer Bewältigung unternommen werden. Dabei wurde unterstrichen, daß die internationale Zusammenarbeit, einschließlich der Beziehungen zwischen industriell entwickelten und sich entwickelnden Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung des gegenseitigen Nutzens, der Partnerschaft und der fairen Berücksichtigung der Interessen aller Länder aufbauen muß.

Helmut Schmidt und Leonid Iljitsch Breschnew bekräftigten das unveränderte Bestreben der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, die Rolle der Vereinten Nationen als Instrument zur Erhaltung des Weltfriedens, zur Festigung der Sicherheit und zur Entwicklung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit weiterhin zu stärken. Sie sprachen sich dafür aus, daß die hierfür gegebenen Möglichkeiten der Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der UN-Charta genutzt werden.

Die Begegnungen und Gespräche fanden in einer sachlichen, konstruktiven und offenen Atmosphäre statt. Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Helmut Schmidt und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Präsidiums des Obesten Sowjets der UdSSR, Leonid Iljitsch Breschnew, stimmten darin überein, daß der Meinungsaustausch notwendig und nützlich war. Sie sind überzeugt, daß in der gegenwärtigen Weltlage Kontakte zwischen den führenden Staatsmännern in West und Ost besonders wichtig sind. Sie sprachen sich für eine Fortsetzung des Dialogs und der Kontakte der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR auf höchster und anderen Ebenen in Übereinstimmung mit den bestehenden Vereinbarungen und der darauf beruhenden Praxis aus. Leonid Iljitsch Breschnew lud Helmut Schmidt zu einem Besuch in der Sowjetunion ein. Die Einladung wurde mit Dank angenommen. Der Zeitpunkt des Besuchs wird später festgelegt.

Tischreden von Leonid Breschnew und Helmut Schmidt in Bonn-Bad Godesberg am 23. November 1981 (Auszüge)

Helmut Schmidt

. . . Der Frieden ist nicht gefährdet, aber die Sorge um die Erhaltung des Friedens ist groß. Zwischen Ost und West gibt es Anlaß zu besorgten Fragen und Unsicherheiten; Vertrauen ist gestört, und Angst gibt es bei vielen Menschen auf beiden Seiten. Eben deshalb ist es wichtig, daß Gespräche wie das unsere stattfinden. In Zeiten verstärkter Spannung ist es besonders notwendig, aufmerksam und sorgfältig einander zuzuhören. Gerade deshalb ist Ihr Besuch hochwillkommen.

Die Bundesregierung führt dieses Gespräch mit Ihnen als die Regierung eines Landes, das Mitglied des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft ist. Unsere Position ist

fest in die Gemeinsamkeit des Westens eingebunden. Wir haben an der Formulierung der gemeinsamen Haltung des Westens ständig und maßgeblich mitgewirkt und werden weiterhin mitwirken.

Sie, Herr Generalsekretär, haben dies stets anerkannt und deutlich gemacht, daß es auch der Sowjetunion nicht darum geht, unsere Beziehungen zu unseren Freunden zu verändern und zu beeinträchtigen.

Wir wollen, indem wir Ihnen unsere Positionen verdeutlichen, dazu beitragen, daß die Interessen und deutlichen Sorgen im westlichen Lager besser verstehen und bei Ihren eigenen Überlegungen berücksichtigen können.

An die Adresse der Völker der Sowjetunion, denen im zweiten Weltkrieg im deutschen Namen und durch Deutsche großes Leid zugefügt worden ist, sage ich: Das deutsche Volk will den Frieden...

...Zur friedlichen gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen den Staaten gibt es keine vernünftige Alternative. So stand es in dem Kommuniqué nach dem Besuch, den Bundesminister Genscher und ich Ihnen im vergangenen Jahr in Moskau abgestattet haben. Ein Kernelement dieser Zusammenarbeit muß auch die äußere Sicherheit sein. Frieden kann heute nur noch miteinander, nicht aber gegeneinander gewährleistet werden. In diesem Sinne trete ich für eine umfassende politische Sicherheitspartnerschaft ein.

Wir haben zusammen 1978 bei Ihrem Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Baustein für eine solche Sicherheitspartnerschaft beigetragen, als wir in der gemeinsamen Deklaration festgestellt hatten: „Beide Seiten betrachten es als wichtig, das niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, daß annährerndes Gleichgewicht und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen. Ihrer Meinung nach würden angemessene Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung im nuklearen und konventionellen Bereich, die diesem Grundatz entsprechen, von große Bedeutung sein."

Seither sind neue, uns sehr beunruhigende Entwicklungen eingetreten. Die Zunahme der Pionier-Raketen, bei uns SS-20 genannt, seit dem Jahre 1978 auf über 250 – beweglich mit insgesamt über 750 Sprengköpfen, bei großer Treffgenauigkeit – berührt unsere Sicherheitsinteressen unmittelbar und ist für uns Anlaß zu großer Sorge.

Ich habe Ihnen, Herr Generalsekretär und anderen Mitgliedern der sowjetischen Führung seit 1978 und seither wiederholt die politischen Folgen darlegen können, wenn die Sowjetunion von ihrer das Gleichgewicht der militärischen Kräfte in Europa verändernde und uns – wie andere Staaten in Europa – bedrohenden Mittelstreckenrüstung nicht ablassen würde. Da dies leider nicht geschah, hat das Nordatlantische Bündnis Ende 1979 einen Beschluß über die Modernisierung des eigenen Mittelstreckenpotentials getroffen. Diese rüstungspolitische Antwort ist aber im Doppelbeschluß der NATO gleichgewichtig mit einem Verhandlungsangebot verbunden.

Mit ihrer Bereitschaft, am kommenden Montag in Genf die Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen aufzunehmen, haben die USA und die Sowjetunion in gleicher Weise bekundet, daß der Dialog und die Zusammenarbeit in lebenseichtigen Fragen der Sicherheit für sie ein vorrangiges politisches Ziel ist. Beide Seiten haben damit ebenfalls ihre grundsätzlcihe Bereitschaft zu wirksamen Rüstungsbegrenzungen zu erkennen gegeben.

Die Bundesregierung begrüßt dies nachdrücklich, zumal sie nach besten Kräften daran mitgewirkt hat, daß es zu diesen Verhandlungen gekommen ist.

Sie sollten bis zum Herbst 1983 zum Ergebnis führen, das heißt: ehe es westlicherseits zur Stationierung landgestützter Mittelstreckenwaffen überhaupt erstmalig kommen kann – erstmalig seit den frühen sechziger Jahren.

Wenn ein Abkommen trotz aller Anstrengungen nicht erreicht werden sollte, so wird mein Land seine Verpflichtung aus der anderen Hälfte des Doppelbeschlusses im Sicherheitsinteresse meines Landes und des gemeinsamen Bündnisses erfüllen.

Ich weiß, daß Präsident Reagan mit dem ernsthaften Willen, durch Rüstungsbegrenzung zu einem Abbau der nuklearen Bedrohung zu gelangen, in die Genfer Verhandlungen geht. Dies ist durch die eindrucksvolle Rede, die Präsident Reagan am vergangenen Mittwoch gehalten hat, noch einmal bestätigt worden. Mit Präsident Reagan teilen wir den Wunsch, auf beiden Seiten ganz auf die Mittelstreckenraketen in Eurpa zu verzichten. Unsere Gespräche sollen und können dazu beitragen, diesen bevorstehenden Verhandlungen positive Impulse zu geben.

In diesem Zusammenhang ist es für mich ein Zeichen der Ermutigung, daß sowohl die amerikanische Regierung zur Fortsetzung der Verhandlungen über strategische Waffen ab Frühjahr 1982 bereit ist, als auch daß Sie sich, Herr Generalsekretär, deutlich im gleichen Sinne geäußert haben. Vertrauen würde entscheidend auch durch eine erfolgreiche Beendigung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid mit der Verabschieung eines konkreten Mandats für eine europäische Abrüstungskonferenz mit vertrauensbildenden Maßnahmen für ganz Europa gefördert werden.

Wir begrüßen sehr, daß der Dialog zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten deutlich wieder an Inahlt und Intensität gewonnen hat. Von besonderer Bedeutung wäre es, wenn Sie, Herr Generalsekretär, mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zusammentreffen würden. Von einer solchen Begegnung könnte ein klares Dignal der Hoffnung und des Vertrauens ausgehen. . .

Leonid Breschnew

. . . In der Politik gibt es Situationen, in denen ein falscher Schritt verhängnisvoll sein kann. So ist es auch heute. Es geht darum, in welche Richtung sich in der nächsten Zukunft die Ereignisse auf dem europäischen Kontinent entwickeln werden – in Richtung auf die Festigung der Grundlagen des Friedens, wie dies in Helsinki festgelegt wurde, oder in Richtung auf deren Zerstörung.

Herr Bundeskanzler und ich haben dieses Thema heute ausführlich erörtert. Dazu gehörte natürlich auch die Frage der Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa. Und ich habe den sowjetischen Standpunkt in aller Offenheit dargelegt. Wir halten die Lage für besorgniserregend. Die größte Macht des Westens ist bemüht, das Wettrüsten weiter zu forcieren. Dazu gehören die Verabschiedung neuer Reisenprogramme zur Aufstellung strategischer und anderer Waffen ebenso wie die Aufnahme der Produktion der Neutronenwaffe. Dabei wäre deren Einsatz gleichbedeutend mit der Entvölkerung und Umwandlung Europas in sein eigenes Grabmal.

Es geht so weit, daß behauptet wird, „begrenzte Kernwaffenkriege" seien möglich und geradezu zweckmäßig. Und wie ist es mit der hartnäckigen Weigerung, auf der Basis der Gegenseitigkeit die Verpflichtung zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen zu übernehmen, wie dies die Sowjetunion vorschlägt – spricht sie nicht für sich selbst?

Wie es aussieht, wird die Möglichkeit des Einsatzes von Kernwaffen auf „europäischem Kriegsschauplatz" in den Rang einer Militärdoktrin erhoben. Als wäre Europa, wo Hunderte von Millionen Menschen leben, bereits dazu verurteilt, zu einem Kriegsschauplatz zu werden. Als wäre es iregendeine Schachtel mit Zinnfiguren, die kein besseres Los verdienen, als im Feuer nuklearer Explosionen geschmolzen zu werden.

Es ist schmerzlich und bitter, von solchen Dingen zu reden. Doch unsere Pflicht, insbesondere gegenüber der Jugend, ist es, die ganze Wahrheit über den Krieg zu sagen, und zwar nicht nur über die Tragödie der Vergangenheit, sondern auch darüber, was ein Kernwaffenkrieg bedeuten kann.

Was uns auch immer trennt, Europa ist unser gemeinsames Haus. Die Gemeinsamkeit der Schicksale hat uns im Laufe von Jahrhunderten verbunden und verbindet uns auch heute. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die Pläne, in Westeuropa und vor allem auf dem Territorium der Bundesrepublik neue amerikanische Raketenkernwaffen zu stationieren, die auf die UdSSR zielen, für den gesamten Kontinent eine schreckliche Gefahr heraufbeschwören, wie es sie bislang noch nirgends gegeben hat. Die Menschen spüren diese Gefahr sehr deutlich und erwarten natürlich, daß alles getan wird, um sie zu beseitigen.

Die Frage der Kernwaffen in Europa wird bekanntlich Gegenstand der dieser Tage in Genf beginnenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen sein. Es wäre natürlich naiv zu glauben, die Aufnahme der Verhandlungen an sich gewährleiste schon die Lösung des Problems, das die Völker Europas so sehr bewegt. Ihr Ausgang wird von beiden Seiten abhängen. Die Sowjetunion geht zu den Verhandlungen mit der festen Absicht, auf positive Ergebnisse hinzuwirken. Was aber die andere Seite betrifft, so sind wir der Auffassung, daß es hier mehr als genug Momente gibt, die zu denken geben.

In den USA, aber auch in einigen anderen NATO-Ländern, werden hin und wieder Erklärungen laut, die weniger von der Suche nach einer ausgewogenen Übereinkunft als vielmehr vom Bemühen zeugen, um jeden Preis neue amerikanische Raketen in Eurpa zu stationieren.

Daraus resultierende Befürchtungen werden durch den Inhalt des dieser Tage veröffentlichten Vorschlags der USA-Regierung für eine Lösung des Problems der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa nur erhärtet.

Wie beurteilen wir diesen Vorschlag? Um es offen zu sagen, stellen seine Urheber nach unserem Dafürhalten den eigentlichen Begriff der Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit in einer Frage auf den Kopf, die die Sicherheits- und Lebensinteressen von hundert Millionen Menschen berührt. Von einer „Null-Lösung" aber ist dabei freilich gar keine Rede.

Von uns wird verlangt, einseitig abzurüsten, während Hunderte auf unser Land und unsere Verbündeten zielende land- und seegestützte Raketen, Flugzeuge mit Atombomben an Bord, das gesamte unheimliche Arsenal, über das heute die Vereinigten Staaten und andere NATO-Länder im Raum Europas verfügen, unangetastet bleiben soll. Das heißt also: Während sich die nuklearen Mittelstreckensysteme beider Seiten in Europa zueinander so zimlich genau wie eins zu eins verhalten, wollen die USA daraus ein Verhältnis von etwas zwei zu eins zugunsten der NATO machen. Es liegt auf der Hand, daß die Sowjetunion auf eine solche Variante niemals eingeht. Wir appellieren an unsere Partner bei den bevorstehenden Verhandlungen, objektiver an die Frage heranzugehen und gemeinsam mit uns nach einer für beide Seiten wirklich akzeptablen Lösung zu suchen, die dem Frieden und der allgemeinen Sicherheit zum Nutzen gereichen würde.

Um den Dialog zu erleichtern und für ihn eine günstige Atmospähre zu schaffen, haben wir den Vorschlag unterbreitet: Beide Seiten sollen, solange die Verhandlungen dauern, von der Stationierung neuer und der Modernisierung der vorhandenen nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa Abstand nehmen. Wie Sie sehen, ist hier von einer Zementierung des jetzigen Standes bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen keine Rede.

Mehr noch: Wenn die andere Seite dem Moratorium zustimmen würde, von dem ich eben sprach, wäre die Sowjetunion, wie wir heute dem Bundeskanzler mitteilten, bereit, nicht nur die Stationierung ihrer SS-20-Raketen einzustellen. Wir würden noch weiter gehen.

Als einen Akt guten Willens könnten wir einseitig einen gewissen Teil unserer nuklearen Mittelstreckenwaffen im europäischen Teil der UdSSR abbauen. Sozusagen als Vorleistung, um jenem niedrigeren Niveau näherzukommen, das die UdSSR und die USA im Ergebnis der Verhandlungen vereinbaren können. Das ist ein neues, wesentliches Element in unserer Position.

Bei den eigentlichen Verhandlungen mit den USA werden wir uns nachdrücklich für radikale Reduzierungen der nuklearen Mittelstreckenwaffen jeder Seite in Europa einsetzen. Es versteht sich, daß konkrete Zahlen erst im Verlauf der Verhandlungen festzulegen sind. Was uns betrifft, so wären wir bereit, nicht Dutzende, sondern Hunderte Waffeneinheiten dieser Klasse abzubauen. Ich wiederhole: Hunderte Einheiten. Das ist unsere Haltung.

Wenn sich unsere Partner bereit zeigen, eine Einigung über den völligen Verzicht beider Seiten – des Westens und des Ostens – auf alle Arten nuklearer Mittelstreckenwaffen, die auf Objekte in Europa zielen, einzugehen, so sind wir auch dafür.

Wir sind überhaupt dafür, daß Europa letztlich frei von Kernwaffen jeder Art wird, seien es Mittelstrecken- oder taktische Waffen. Das wäre eine echte ‚Null-Lösung', eine gerechte Lösung für alle Seiten...

Zweites Forum der Krefelder Initiative in Dortmund am 21. November 1981

Auf dem Zweiten Forum der Krefelder Initiative, das am 21. November 1981 in Dortmund stattfand, teilten die Initiatoren mit, daß inzwischen mehr als zwei Millionen Bürger den Krefelder Appell unterzeichnet haben. Das Zweite Forum, an dem 15000 Personen teilnahmen, wurde von Dieter Lattmann geleitet. Zu den weiteren Perspektiven der Friedensbewegung sprachen dort Josef Weber, Mitinitiator der Krefelder Initiative; Gert Bastian, Mitinitiator der Krefelder Initiative; Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann; Prof. Ichiro Moritaki, Präsident der Anti-A- und-H-Bomben-Bewegung, Japan; Anthony Wedgewood Benn, Vorstandsmitglied der Labour Party, Großbritannien; Prof. Dr. Robert Jungk; Prof. Dr. Hans Mausbach, Hessische Ärzteinitiative; Kurt Georgi, Vorstandsmitglied des Internationalen Holzarbeiterverbandes, langjähriger Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, verlesen von Gerh. Limpert, Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft Holz; Petra K. Kelly, Bundesvorsitzende der Grünen und Mitinitiatorin der Krefelder Initiative; Manfred Coppik, SPD, MdB; Werner Lutz, Bundesvorsitzender der Deutschen Jugdemokraten; Martha Buschmann, Präsidiumsmitglied der DKP; Edward P. Thompson, CND, END, Großbritannien; Willi Piecyk, Vorsitzender der Jugsozialisten in der SPD; Klaus Mannhardt, Bundesvorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner; Werner Stürmann, Vorsitzender der SDAJ; Christoph Strässer, Mitglied des Bundesvorstands der FDP, Mitinitiator der Krefelder Initiative; Günther Lohre, Sprecher der Nationalmannschaft der Leichtathleten und der initiative „Sportler gegen Atomraketen"; Prof. Dr. Helmut Ridder, Mitinitiator der Krefelder Initiative. Wir bedauern, daß wir aus Platzgründen nur die Erklärung der Krefelder Initiative und die Rede von Gert Bastian dokumentieren können. D. Red.

Erklärung der Krefelder Initiative (Wortlaut)

Zum Krefelder Appell vom November 1980 bekennen sich heute zwei Millionen Deutsche! Sie alle eint die Entschlossenheit, die menschheitsbedrohende nukleare Aufrüstung zu stoppen und damit im eigenen Land zu beginnen, ohne auf erste Schritte anderer zu warten.

Der Verzicht auf neue Nuklearwaffen der USA in Europa ist ohne Gefährdung unserer Sicherheit möglich, weil die Behauptung von einer zur „Nachrüstung" der NATO zwingenden „Vorrüstung" der UdSSR von den Tatsachen widerlegt wird.

Wir lehnen es daher ab, uns auf die irreführende Formel festlegen zu lassen, „Wer Pershing II sagt, der muß auch SS-20 sagen", wie dies von selbsternannten Interpreten unserer Forderungen immer häufiger versucht wird.

Den von NATO und Bundesregierung konstruierten Zusammenhang zwischen diesen Rüstungsschritten gibt es nach unserer Überzeugung nicht. Das sowjetische Mittelstreckenpotential gegenüber Westeuropa und seine Modernisierung durch SS-20-Raketen müssen vielmehr im Zusammenhang mit den seit langem vorhandenen und mehrfach modernisierten westlichen Nuklearpotentialen entsprechender Reichweite „in und für Europa" gesehen werden.

Selbstverständlich halten wir auch diese Potentiale im Westen wie im Osten für nicht gerechtfertigt und ihre Aufstockung, zum Beispiel durch Trident-U-Boot-Systeme und neue französische Nuklearwaffen im Westen, durch immer mehr SS-20-Raketen im Osten, für falsch.

Deshalb fordern wir den Verzicht auf diese Programme und ernsthafte Verhandlungen zum beiderseitigen schrittweisen Abbau aller schon vorhandenen Nuklearwaffen in und für Europa.

Doch glauben wir nicht, daß eine „Nullösung", wie Präsident Reagan sie propagiert, zu diesem wünschenswerten Ergebnis führen kann, weil sie den Abbau vorhandener Mittelstreckenwaffen allein von der UdSSR fordert, auf westlicher Seite hingegen lediglich den Verzicht auf die am 12. Dezember 1979 beschlossene „Nachrüstung", jedoch keine Reduzierung bereits verfügbarer Nuklearwaffen mittlerer Reichweite vorsieht.

Wir verlangen daher von der Bundesregierung, daß sie sich für eine „Nullösung" einsetzt, die auch im Westen den Abbau vorhandener Nuklearwaffen anstrebt und erst damit den Erwartun-

gen gerecht wird, die in der Bevölkerung mit einem zwar verheißungsvollen, bei der amerikanischen Zielsetzung jedoch irreführenden Schlagwort geweckt worden sind.

Von der Sowjetunion erwarten wir, daß der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, trotz der enttäuschenden Reaktionen des Westens auf seine früheren Moratoriumsvorschläge, einen Stopp der SS-20-Aufstellung für die Dauer der am 30. November 1981 beginnenden Verhandlungen erklärt. Wir glauben, daß ein Verzicht auf noch mehr Nuklearwaffen, wie wir ihn von unserer Regierung fordern, auch der Sowjetunion ohne Beeinträchtigung ihrer Sicherheit möglich ist.

Darüber hinaus bekunden wir unsere Überzeugung, daß eine Friedenssicherung durch nukleare Abschreckung, also durch die Androhung von Völkermord mit Massenvernichtungswaffen, von Grund auf inhuman ist und mit dem Wunsch der Völker, in Frieden und Freiheit zusammenzuleben, unvereinbar bleibt.

Wir fordern daher eine Sicherheitspolitik, die sich nicht länger in verblendeter Überschätzung der Wirsamkeit von Waffen auf militärisches Denken beschränkt, sondern Sicherheit für alle mit vorwiegend politischen Lösungen zu gewährleisten sucht.

Abrüstung statt Abschreckung muß das wichtigste Zeil dieser Politik sein! Wir werden deshalb alles daransetzen, als ersten Schritt in diese von Vernunft und Menschlichkeit gewiesene Richtung den Verzicht auf die von der NATO beschlossene Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen der USA in Europa, worwiegend in unserem Land, zu verwirklichen.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch die Menschen in den gleichermaßen gefährdeten Ländern Europas sind aufgerufen, sich mit uns zu verbünden, damit wir gemeinsam verhindern, daß unser Kontinent zum Kriegsschauplatz hochgerüstet wird; damit wir im Gegenteil gemeinsam die entscheidende Wende herbeiführen, bis die atomwaffenfreie, rüstungsarme Welt geschaffen ist, die wir brauchen, um zu überleben.

Wir alle tragen Verantwortung. Die Zeit drängt. Unterschreiben auch Sie den Krefelder Appell!

Gert Bastian, Petra K. Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll, Josef Weber

Rede von Generalmajor a. D. Gert Bastian (Wortlaut)

Zum Krefelder Appell vom November 1980 bekennen sich heute zwei Millionen Deutsche. Sie alle eint die Entschlossenheit, die menschheitsbedrohende nukleare Aufrüstung zu stoppen und damit im eigenen Land zu beginnen, ohne auf erste Schritte anderer zu warten. Wir sind überzeugt, daß ein Verzicht auf neue Nuklearwaffen der USA in Europa ohne Gefährdung unserer Sicherheit möglich ist, weil schon die Behauptung von einer zur sogenannten Nachrüstung zwingenden Vorrüstung der Sowjetunion von den Tatsachen widerlegt wird. Wir lehenen es daher ab, uns auf die grob irreführende Formel „Wer Pershing II sagt, der muß auch SS-20 sagen" festlegen zu lassen, wie dies von unbefugten Interpreten unserer Vorstellungen in letzter Zeit immer häufiger versucht wird, so zum Beispiel von den Herren Rau und Leisler Kiep bei ihren Moskau-Besuchen, und natürlich auch vom Bundesverteigungsminister auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Ingolstadt. Kennzeichnend für den von der politischen Leitung der Streitkräfte geprägten Ungeist an chauvinistischer Voreingenommenheit hat Dr. Apel dabei von der Sowjetunion als von „den Moskowitern" gesprochen, denen ausgerechnet er sagen müsse, was wir, die wir seinen Rüs´ungskurs bekämpfen, wollen oder nicht wollen. Aber dieser Minister sagt ja häufiger Seltsames So auch am 17. November 1981 in der „Frankfurter Rundschau", als er meinte, „Soldaten seien keinen Fußabstreifer für emotionsgelandene Diskussionen".

Als ob wir die Soldaten der Bundeswehr so sehen, und als ob wir sie angreifen würden, wenn wir die von Dr. Apel mitzuverantwortende Fehlentwicklung deutscher Sicherheitspolitik zurückweisen! Diese Soldaten müssen nicht von ihrem Minister vor uns, sie müssen von uns vor ihrem Minister und seiner Politik geschützt werden, die zu ihrer Legitimation auf Feindbilder weder außerhalb noch innerhalb unserer Grenzen zu verzichten vermag, wie die überzogenen Bedrohungsvorstellungen und die vom Verteidigungsministerium ausgehenden Diffamierungen erkennen lassen.

Eigentlich müßte ja der Verteidigungsminister besser als jeder andere wissen, daß es den von NATO und Bundesregierung konstruierten Zusammenhang zwischen den SS-20-Raketen drüben und Pershing-II-Systemen sowie Marschflugkörpern hüben gar nicht gibt, weil das sowjetische Mittelstreckenpotential gegenüber Westeuropa und seine Modernisierung im Zusammenhang mit den seit langem vorhandenen und mehrfach modernisierten westlichen Nuklearwaffen entsprechender Reichweite „in und für Europa" gesehen werden muß.

Selbstverständlich halten wir auch diese Potentiale im Westen wie im Osten für nicht gerechtfertigt und ihre Aufstockung, zum Beispiel durch Trident-System und neue französische Nuklearwaffen im Westen, durch immer mehr SS-20-Raketen im Osten, für falsch.

Selbstverständlich fordern wir daher den Verzicht auf solche Programme sowie ernsthafte Verhandlungen zum beiderseitigen Abbau aller schon jetzt in Europa vorhandenen und auf Europa zielenden Nuklearwaffen. Doch glauben wir nicht, daß die von Präsident Reagan propagierte „Nullösung" zu diesem wünschenswerten Ergebnis führen kann, weil sie den Abbau vorhandener Mittelstreckenwaffen allein von der Sowjetunion fordert, auf westlicher Seite hingegen lediglich den Verzicht auf noch mehr Rüstung, nicht jedoch die Reduzierung bereits verfügbarer Nuklearwaffen entsprechender Gefährlichkeit anbietet; von Nuklearwaffen der Amerikaner, Briten und Franzosen nämlich, die – obschon überwiegend nicht auf dem Land stationiert – Sowjetrußland mit Schäden nicht geringeren Ausmaßes bedrohen, als sie vom sowjetischen Mittelstrekkenpotential seit zwanzig Jahren in Europa hervorgerufen werden könnten, würde Krieg zwischen den Blöcken entbrennen.

Für wie dumm hält Präsident Reagan eigentlich die Europäer, wenn er meint, uns mit einer so einseitigen „Nullösung" von seiner Verhandlungs- und Abrüstungsbereitschaft überzeugen zu können, obwohl es ja leider auch hier Stimmen gibt, die seine Vorschläge in peinlicher Selbstgefälligkeit als sensationellen Erfolg deutscher Politik bewerten, der den Kritikern der sogenannten Nachrüstung den Wind aus den Segeln nehmen würde.

Ich glaube eher, daß dieser Wind nicht ab-, sondern zunehmend sich zum Sturm steigern wird, wenn die Menschen zu durchschauen beginnen, wie sie getäuscht werden sollen.

Wir verlangen daher von der Bundesregierung, daß sie sich für eine „Nullösung" einsetzt, die auch im Westen den Abbau vorhandener nuklearer Systeme anstrebt und erst damit den Erwartungen gerecht wird, die in der Bevölkerung mit einem zwar verheißungsvollen, bei der bisherigen Zielsetzung jedoch eindeutig irreführenden Schlagwort geweckt worden sind.

Von der Sowjetunion erwarten wir, daß Leonid Breschnew seinen morgen beginnenden Aufenthalt in unserem Land, wo wir ihn willkommen heißen, zum Anlaß nimmt, trotz der enttäuschenden Reaktionen des Westens und leider auch der Bundesregierung auf seine bisherigen Moratoriumsvorschläge, einen Stopp der SS-20-Aufstellung für die Dauer der am 30. November 1981 in Genf beginnenden Verhandlungen zu erklären. Denn natürlich muß ein Verzicht auf immer noch mehr Nuklearwaffen, wie wir ihn zu Recht von unserer Regierung fordern, auch der Sowjetunion ohne Beeinträchtigung ihrer Sicherheit möglich sein.

Demonstrationen, wie Herr Möllemann sie unter dem Motto „Freiheit für Afgahnistan" beabsichtigt, halten wir allerdings nicht für ein geeignetes Mittel zur wünschenswerten Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Wir sehen darin im Gegenteil ein scheinheiliges und darum peinliches Manöver der Anbiederung an die Opposition, deren früher Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß hierzu einmal etwas sehr Treffendes gesagt hat. „Wer bei Vietnam protestiert hat und bei Afghanistan schweigt, wird unglaubwürdig", hat Herr Strauß gesagt, freilich leider übersehend, daß dies genauso auch andersherum gilt und diejenigen unglaubwürdig macht, die bei Vietnam geschwiegen haben, aber bei Afghanistan nicht laut genug protestieren können; erst recht unglaubwürdig macht, wenn sie nicht gleichzeitig El Salvador nennen und auch nicht gegen Pläne der USA zur Intervention in Nikaragua oder zur Rückeroberung Kubas Front machen, wie sie ja in aller Ungeniertheit erörtert werden und kaum dazu beitragen, unser Vertrauen in die Bereitschaft der USA zu friedlichen Koexistenz und zum überfälligen Verzicht auf die Unterstützung faschistischer Militärdiktaturen zu stärken.

Die Unterdrückung von Völkern und die Verlängerung menschenunwürdiger Lebensformen um des eigenen Vorteils willen dürfen nirgendwo zugelassen werden. Darüber hinaus bekunden wir unsere Überzeugung, daß eine Friedenssicherung durch nukleare Abschreckung, also durch die Androhung von Völkermord mit Massenvernichtungswaffen, von Grund auf inhuman ist und mit dem Wunsch der Völker in Frieden und Freiheit zusammenzuleben, unvereinbar bleibt.

Wir fordern daher eine Sicherheitspoltik, die sich nicht länger in verblendeter Überschätzung der Wirksamkeit von Waffen auf militärisches Denken beschränkt, sondern Sicherheit für alle mit vorwiegend politischen Lösungen zu gewährleisten sucht.

Mit dieser Forderung solidarisieren sich mehr und mehr Menschen nicht nur in unserem Land, sondern auch bei unseren Nachbarn in West und Ost und nicht zuletzt auch jenseits des Atlantiks. Menschen, die ganz unabhängig von ihren sonstigen Meinungen und politischen Überzeugungen in der Forderung übereinstimmen, Abschreckung durch Abrüstung zu ersetzen.

Es ist deshalb nur natürlich, daß hier und heute unter den Vertretern der verschiedensten politischen Richtungen und Gruppierungen, die den Krefelder Appell unterstützen, auch ein Angehöriger der DKP darlegen wird, worin das gemeinsame Interesse von Kommunisten und Nichtkommunisten an der Verhinderung einer Entwicklung besteht, die zum nuklearen Krieg in Europa hinführen kann und in jedem Fall mit mehr Nuklearwaffen nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Unsicherheit zur Folge haben muß. Wir lehnen es ab, die Tatsache, daß es dies gemeinsame Interesse gibt, nur deshalb schamhaft zu verschweigen, weil sie den professionellen Verleumdern willkommene Gelegenheit bietet, den Krefelder Appell als vom Politbüro der KPdSU initiiert und von Kommunisten gesteuert zu diffamieren.

Sie sollten sich nicht so viel Mühe machen, uns ist doch längst gleichgültig geworden, was da alles gesagt und unter der Scheinlegitimation von Verfassungsschutzberichten vorgegaukelt wird. Haben doch die Millionen, die hinter diesem Appell stehen, längst jene Volksfront gebildet, von der Herr Kohl gesprochen hat, wobei er diesem Begriff selbstredend eine ganz andere, abwertende Bedeutung unterlegen wollte, die nichts zu tun hat mit jener Front des Volkes, wie sie sich von Tag zu Tag fester gegen eine Regierung zusammenschließt, deren Rüstungskurs gegen das Volksinteresse verstößt, weil es die Menschen einem unvernünftigen und unnötigen Risiko aussetzt.

Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch die Menschen in den gleichermaßen gefährdeten Ländern Europas sind aufgerufen, sich mit uns gegen diese Entwicklung zu stemmen, damit wir gemeinsam verhindern, daß unser Kontinent zum Krisenherd ersten Ranges hochgerüstet wird. Damit wir darüber hinaus gemeinsam die entscheidende Wende herbeiführen, Sicherheit nicht länger auf immer noch mehr Waffen, sondern endlich auf eine drastische Reduzierung der nuklearen und konventionellen Überrüstung zu gründen, bis die atomwaffenfreie, rüstungsrme Welt erreicht ist, in der wir leben wollen.

Dokumentation zur Stuttgarter DGB-Demonstration „gegen Arbeitsplatzverlust und soziale Demontage – für das Recht auf Arbeit und gesicherte Zukunft" am 7. November 1981

Brief von Bundesfinanzminister Hans Matthöfer an den Bezirksleiter der IG-Metall Stuttgart, Franz Steinkühler, vom 28. Oktober 1981 (Auszüge)

Lieber Kollege Steinkühler,

in den Metall-Nachrichten vom 30. September ist unter Ihrer Verantwortung eine Kritik an den Haushaltsbeschlüssen der Bundesregierung erschienen. Es heißt dort unter anderem: „Unter dem

Vorwand, Mißbräuche zu beseitigen und sparen zu wollen, fährt die Bundesregierung mit einem Mähdrescher über die sozialen Leistungen hinweg". Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden „betrogene Betrüger" genannt. Es wird behauptet: „Kein einziger Sparvorschlag der Bundesregierung trifft die Reichen."

Stil und Inhalt dieses Schriftstücks haben mich – offen gesagt – bestürzt. Sicherlich läßt sich an den Haushaltsbeschlüssen von manchen Seiten Kritik üben. Aber wohin soll ein Flugblatt führen, das der Bundesregierung eine betrügerische und sozialfeindliche Haltung unterstellt, das die wirtschaftspolitischen Fragen, die von uns gelöst werden müssen, unterschlägt, das zahlreiche sachliche Unrichtigkeiten enthält, das durch Aufmachung und Maßlosigkeit der Sprache offenbar feindselige Gefühle wecken will? Meinen Sie nicht, die Arbeitnehmer könnten von ihrer Gewerkschaft gerade in schwierigen Zeiten und gerade dann, wenn es gilt, Kritik zu üben, zutreffende Information erwarten? Meinen Sie nicht, daß Gewerkschafter und Sozialdemokraten anders miteinander umgehen sollten, auch wenn es darum geht, um den richtigen Kurs miteinander zu ringen?...

Es mag sein, daß Sie das Flugblatt nicht selbst verfaßt haben, daß es nur unter Ihrem Namen und Ihrer redaktionellen Verantwortung erschienen ist, daß Sie es vor dem Druck gar nicht oder nicht gründlich gelesen haben. Wie dem auch sei, jetzt sollten Sie mithelfen, dieses Flugblatt – oder jedenfalls die darin enthaltenen unrichtigen Behauptungen – schnell wieder aus der Welt zu schaffen.

Antwortbrief von Franz Steinkühler an Hans Matthöfer vom 5. November 1981 (Wortlaut)

Lieber Kollege Matthöfer,

unabhängig davon, ob es Dir „unglaublich" oder „unrichtig" erscheinen mag, lege ich größten Wert auf die Feststellung, daß die in Deinem Rundbrief vom 28. 10. 1981 kritisierten Metall-Nachrichten der IG Metall Bezirksleitung Stuttgart vom 30. 9. 1981 ausschließlich aus der Sorge um die Lebensinteressen der organisierten Arbeitnehmer und um das Überlebensinteresse der organisierten Arbeitnehmer und um das Überlebensinteresse der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung entstanden und veröffentlicht worden sind.

Selbst auf die Gefahr hin, daß es Dir abermals „unverständlich" und „befremdlich" vorkommen mag, muß ich Dich aus den gleichen Gründen darauf aufmerksam machen, daß der formale Umfang Deines Briefes in einem krassen Mißverhältnis zu seinem politischen Inhalt steht. Eine politisch befriedigende Antwort auf die generelle gewerkschaftliche Kritik an den Sparbeschlüssen und auf die speziellen Vorwürfe der Metall-Nachrichten klingt in Deinem Elaborat nicht einmal andeutungsweise an. Ich möchte das an den in meinen Augen zentralen Punkten belegen:

Es ist Dir nicht gelungen und es konnte Dir von der Natur der Sache her auch nicht gelingen, die gewerkschaftliche Bewertung der Sparbeschlüsse als Anschlag auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer und als Begünstigung der Reichen und Superreichen zu widerlegen. Ich möchte mich bei dem Beleg für diese Aussage nicht auf die von Dir gepflegte Detailhuberei stützen, die letztlich nur den Blick auf die grundsätzliche Zielrichtung verstellen muß und wohl auch soll. Ich möchte mich dabei vielmehr auf öffentliche Aussagen des Vorsitzenden der IG Metall, meines Kollegen Eugen Loderer, über die verteilungspolitischen Wirkungen der Sparbeschlüsse stützen.

Danach werden in 1982 allein die Arbeitnehmer insgesamt um fast elf Milliarden DM, die Unternehmen und Selbständigen dagegen nur um knapp 700 Millionen DM belastet.

Danach werden im gesamten Zeitraum 1982 bis 1985 die Arbeitnehmer um mehr als 48 Milliarden DM belastet, die Unternehmen und Selbständigen dagegen um fast drei Milliarden DM begünstigt. In diesen Schätzungen ist der jüngste Griff in die Tasche der Arbeitnehmer noch nicht mit berücksichtigt, der sich aus der Nachbehandlung der Patienten bei der Operation 1982 ergeben hat.

Es bleibt zweitens unübersehbar, daß die von Dir getragene finanzpolitische Praxis in einem direkten Widerspruch zu den unbestreitbaren beschäftigungspolitischen Erfordernissen der Gegenwart und der überschaubaren Zukunft leigt. Ich möchte mich nicht lange dabei aufhalten, daß

die von Dir zum tausendsten und abertausendsten Male wiedergegebenen außenwirtschaftlichen Vorwände für die Hochzinspolitik der Bundesbank und für die Kreditbeschränkung des Bundes zunehmend wegfallen.

Immerhin mag der Hinweis nicht überflüssig sein, daß die US-Zinsen sinken und der DM-Kurs steigt, daß sich Handels- und Leistungsbilanz der Bundesrepublik bessern und im Außenhandel mit dem OPEC-Staaten mittlerweile sogar Überschüsse erzielt worden sind. Das bedeutet nämlich – wie Dir selbstverständlich bekannt sein muß –, daß der beschäftigungspolitische Handlungsspielraum für Bundesbank und Bundesregierung selbst im Rahmen der herrschenden wirtschafts- und finanzpolitischen Ideologie gewachsen ist.

Ich muß und will vielmehr unterstreichen, daß das von Dir propagierte und praktizierte wirtschaftspolitische Konzept der sogenannten angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, daß die von Dir übernommene Propagandaformel von Gewinnen – Investitionen – Arbeitsplätzen die gesellschaftliche Beschäftigungskrise verschärfen und die staatliche Finanzkrise nicht meistern wird. Das ist tendenziell der Weg zur Politik der britischen Primierministerin Thatcher, die deren Land innerhalb von zwei Jahren in die schwerste Krise seiner Geschichte gestürzt hat. Das ist – zusammen mit massiven Aufrüstungsplänen – in der Tendenz die Politik des amerikanischen Staatspräsidenten Reagan, die den sozialen Frieden in den USA und den Frieden des Gleichgewichts des Schreckens in der Welt gleichermaßen zu gefährden droht. Das ist die Politik der Mehrheit des Sachverständigenrats, die auf soziale Demontage und Umverteilung zugunsten der Reichen hinausläuft. Das darf nicht die Politik einer Bundesregierung werden, die ihr Mandat den Arbeitnehmern verdankt und deren Führung bei Sozialdemokraten liegt.

Es ist uns drittens offenkundig nicht gelungen, Dir die prinzipiell konstruktive parteipolitische und gewerkschaftspolitische Zielrichtung zu verdeutlichen, die mit den zugegebenermaßen gelegentlich rauhen Tönen der Kritik verbunden ist. Ich habe meine Zweifel daran, ob Du verstehen willst, daß Werbung um Vertrauen beim nationalen und internationalen Kapital, bei Gewerkschaftsgegnern und uns relativ fernstehenden Kreisen – wie zum Beispiel bei Deiner Rede vor Steuerberatern in Mannheim – und bei Devisenspekulanten zwangsläufig gleichbedeutend ist mit einem nachhaltigen Vertrauensverlust bei den Arbeitnehmern und ihren Familien, bei den Mitgliedern der Gewerkschaften und den Stammwählern der SPD.

Ich bin umgekehrt jedoch vollkommen sicher, daß es objektiv für diese Bundesregierung und für unsere Partei unmöglich ist, Politik für die Unternehmer zu machen und Stimmen von den Arbeitnehmern zu bekommen. Darüber gibt mir die Stimmung unter Mitgliedern und Funktionären der IG Metall hinreichend Auskunft. Darüber müßten Dir spätestens die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Niedersachsen die Augen geöffnet haben. Dort hat die CDU doch nicht gewonnen, weil ihr die Stammwähler anderer Parteien in Scharen zugelaufen wären. Dort hat doch die SPD verloren, weil ihre Stammwähler in Scharen zu Hause geblieben sind. Das hat gewiß zu allerletzt an einem Versagen sozialdemokratischer Kommunalpolitiker in Ostfriesland gelegen. Das hat mit Sicherheit zu allererst an der falschen Weichenstellung durch sozialdemokratische Spitzenpolitiker in Bonn gelegen.

Der Konflikt, den Ihr ausgelöst habt und den wir aufgegriffen haben, ist nicht aus der Welt zu schaffen durch Spaltungsversuche gegenüber Betriebsräten und Organisation – und als solches muß dein Brief gewertet werden –, auch nicht durch Beschönigungsversuche gegenüber der Öffentlichkeit und den Opfern der Sparbeschlüsse. Dieser Konflikt ist nur aus der Welt zu schaffen durch einen entschlossenen sozial- und beschäftigungspolitischen Kurswechsel der sozialliberalen Koalition insgesamt, vor allem aber der sozialdemokratischen Ministerriege und der SPD-Bundestagsfraktion.

Dir sind die konkreten Alternativen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IG Metall hinreichend bekannt, die von der Forderung nach einem beschäftigungswirksamen Investitionsprogramm bis zu konkreten Vorschlägen für die Minderung des staatlichen Defizits reichen und rechtzeitig im Vorfeld der Kabinettsbeschlüsse publiziert worden sind. Ich brauche sie hier bestimmt nicht zu wiederholen.

Es bleibt mir deswegen jedenfalls an dieser Stelle lediglich der politische Appell an Deine Einsichtsfähigkeit und Deinen Veränderungswillen. Ich kleide sie nur deswegen in praktisch die

gleichen Worte, die Du bei der Schlußapotheose Deines Rundbriefes gefunden hast, weil ich die Hoffnung noch nicht aufgegeben habe, daß Sozialdemokraten und Gewerkschafter in unserem Lande die gleiche Sprache sprechen können: „Es mag sein, daß Du die Sparbeschlüsse nicht selbst verfaßt hast, daß sie nur unter Deinem Namen und Deiner politischen Verantwortung erschienen sind, daß Sie sie vor dem Druck gar nicht oder nicht gründlich gelesen hast. Wie dem auch sei, jetzt solltest Du mithelfen, diese Sparbeschlüsse – oder jedenfalls die darin enthaltenen unrichtigen Maßnahmen – schnell wieder aus der Welt zu schaffen."

Rede von Franz Steinkühler auf der Kundgebung in Stuttgart am 7. November 1981 (Auszug)

. . . Unsere Geschichte in dieser Republik hat uns gelehrt, daß der entschlossene Kampfeswille der Arbeitnehmer nicht nur die Fronten des Arbeitgeberlagers ins Wanken brachte, – wie zum Beispiel beim Kampf um die Lohnfortzahlung –, sondern auch den politischen Parteien auf die Sprünge half. . . .

Wir haben in der zweiten Hälfte der 50er Jahre dem Prinzip der freien Marktwirtschaft das Sozialstaatsprinzip unserer demokratischen Verfassung entgegengestellt. Die Arbeitslosigkeit und deren Beseitigung aber den Selbstheilungskräften des Marktes zu überlassen, bedeutet, die Menschen der Hoffnungslosigkeit auszuliefern, ist ein Verstoß gegen das Sozialstaatsprinzip. Allzu einseitig wird dem „kleinen Mann" die Last aufgeladen. Er soll das wirtschaftliche Risiko der konjunkturellen Entwicklung tragen. Wir müssen aber die Tatsache in Erinnerung rufen, daß in dieser Wirtschaftsordnung Unternehmer und Manager über Preise und Investitionen, über Produktionsprogramme und Verkaufskonzepte und damit auch über die Arbeitsplätze entscheiden und daß es eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer in diesen Bereichen nicht, noch immer nicht gibt. . . .

Es ist eine inhumane Gesellschaft, die millionenfache Arbeitslosigkeit zuläßt, und es ist auch eine unsoziale Welt, in der im Nu Millionen lockergemacht werden können für Rüstung, und für Beschäftigungsprogramme fehlt jede Mark. Zu entscheiden ist die Frage, ob unternehmerische Planung für die Zukunft sich ausschließlich an wirtschaftlichen Interessen orientieren darf, oder ob sie nicht vorrangig an sozialen Interessen ausgerichtet werden muß. Zu entscheiden ist letztlich die Frage, ob der Mensch der Produktion zu dienen hat, oder – ob nicht umgekehrt – die Produktion für die Menschen da ist! . . . Darauf verlangen wir klare Antworten. Aus dieser Verantwortung werden wir Unternehmens- und Konzernleitungen, aber auch die Bundesregierung nicht entlassen. Sozialdemokraten standen fast ein Jahrhundert lang Seite an Seite mit Gewerkschaftern im Kampf um ein menschenwürdiges Leben der Arbeitnehmer. Jetzt prüft das von einem sozialdemokratischen Kanzler geführte Bundeskabinett, ob Karenztage nicht nur für Arbeiter, sondern gleichermaßen auch für Angestellte und Beamte eingeführt werden können. Ich frage mich: Wohin gehen Sozialdemokraten, daß sie jetzt prüfen, wie man am zweckmäßigsten die Arbeitnehmer um den Erfolg ihrer in mühsamen Kämpfen erstreikten sozialen Sicherheit bringt? Und ich frage meine sozialdemokratischen Freunde in Bonn, in Frankfurt, in Stuttgart, in München und in Kiel: Wundert Ihr Euch wirklich, daß Euch die Wähler davonlaufen? Und ich sage meinen sozialdemokratischen Parteifreunden – auch dem in letzter Zeit so beleidigten Kollegen Matthöfer – mit aller Deutlichkeit: Sorgt dafür, daß die FDP in Bonn wieder die Rolle spielt, die ihr mit ihren 10 Prozent zukommt. Sorgt dafür, daß endlich wieder der Hund mit dem Schwanz wackelt und nicht der Schwanz mit dem Hund. Sorgt dafür, daß endlich wieder Arbeitnehmerpolitik in Bonn gemacht wird. . . .

Eines muß klar sein, Kolleginnen und Kollegen. Alles das, was an Maßnahmen zur Sanierung des Bundeshaushaltes geplant ist, wird die Arbeitslosigkeit nicht abbauen und damit das Finanzloch nicht stopfen. Wir stehen hier also auch aus gesellschaftlicher Verantwortung. Wir alle wissen, wie schwer eine Reservearmee von 1,5 Millionen Arbeitslosen in die politische Waagschale fällt. Keiner soll glauben, daß die Operation 1982 das Ende wäre, wenn die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nicht zurückgedrängt werden kann. Es wäre dann erst der Anfang einer grundlegenden gesellschaftlichen Wende. . .

METALL-Nachrichten

Herausgeber: IG Metall, Bezirksleitung Stuttgart, verantwortlich Franz Steinkühler
Druck: Union-Druckerei u. Verlagsanstalt GmbH, Frankfurt, Th.-Heuss-Allee 90-98

Nr. 1 BW 30. 9. 1981

Widerstand

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Unter dem Vorwand, Mißbräuche zu beseitigen und sparen zu wollen, fährt die Bundesregierung mit einem Mähdrescher über die sozialen Leistungen hinweg. Billiger wird dadurch nichts – nur werden die Kosten einseitig auf die Arbeitnehmer verlagert. Die geplanten Kürzungen der SPD/FDP-Koalition sind ein Anschlag auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer, der in Jahrzehnten mühsam erkämpft werden mußte. Was die Unternehmer und die CDU/CSU an Vorschlägen daherbringen, ist die Welt vom vorigen Jahrhundert!

Bettelarm?

Kein einziger Sparvorschlag der Bundesregierung trifft die Reichen – ganz im Gegenteil.

Steuervergünstigungen und Subventionen bietet die Regierung ihnen förmlich an.

Während Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden, schenkt der Staat im gleichen Atemzug der reichsten Familie, den Flicks, 840 Millionen Mark an Steuern. 840 Millionen! Dieses Verhalten von Bundesfinanzminister Matthöfer verdient nur eine einzige Bezeichnung: sie ist schlicht unsozial.

Wechsel?

Die Vorschläge der Union, des Wirtschaftsgrafen und der Unternehmer würden die Arbeitnehmer ins vorige Jahrhundert zurückwerfen. Für uns ist deshalb eine CDU/CSU-Regierung keine Alternative. Aber wir müssen die Sozialdemokraten in der Regierung an ihre gemeinsamen Wurzeln mit der Arbeitnehmerschaft erinnern. Man kann auch um die Macht gebracht werden, indem man Stück für Stück seine Grundsätze aufgibt, um an der Macht zu bleiben. So wird man am Schluß zum betrogenen Betrüger.

Lohnstopp?

Unglaublich und schlicht arbeitnehmerfeindlich ist auch der Vorschlag der Regierung, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 1 Prozent zu kürzen. Eine sozialdemokratische Regierung, die bestehende Tarifverträge unterlaufen will, muß wissen, daß sie sich damit in offene Gegnerschaft zu den Gewerkschaften dieser Republik begibt. Wenn als Konsequenz dieser Politik heute schon CDU- und FDP-Politiker unverBLÜMt Lohnstopp predigen, ist es höchste Zeit, sich zu wehren.

Wir erinnern uns: Solche Worte haben wir schon einmal gehört, nämlich 1930 von Heinrich Brüning. Auch damals wurden zuerst die Beamtengehälter gekürzt mit dem Ziel, das politische Klima zu schaffen, um einen Lohnabbau für alle Beschäftigten durchzusetzen. Und so kam es dann auch bereits ein Jahr später:

Mit Notverordnungen wurden
- die Leistungen der Arbeitslosenunterstützung eingeschränkt;
- Arzneimittelgebühren und zustäzliche Steuern eingeführt;
- Löhne und Gehälter der abhängig Beschäftigten in mehren Schritten drastisch gekürzt.

In nur drei Jahren dieser Politik stiegen die Arbeitslosenzahlen von drei Millionen auf sechs Millionen. Lambsdorff hält schon im nächsten Jahr zwei Millionen für möglich. Der Weg damals endete im Chaos. Gewiß: Bonn ist nicht Weimar. Aber Parellelen wären so unheilvoll, daß wir zurecht rufen: „Wehret den Anfängen". . .

Kolleginnen und Kollegen! Wir werden gefragt: Wer soll denn ein langfristig angelegtes, wirkungsvolles und kontrollierbares Beschäftigungsprogramm finanzieren? Der DGB hat dazu eigene, konstruktive Vorschläge gemacht. Sie schließen ein wirksames, mittelfristiges Investitions- und Arbeitsmarktprogramm ein. Es wäre gleichermaßen zum Kampf gegen die gesellschaftliche Beschäftigungskrise und gegen die staatliche Finanzmisere geeignet. Sie reichen bis zur Forderung nach einer Ergänzungsabgabe mit Einkommensgrenzen und einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbstätigen, damit nicht nur weiterhin Arbeiter und Angestellte einen Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit leisten. Mit ihr wären Milliarden für die Staatskasse zu holen, ohne daß Millionen von Kleinverdienern zur Ader gelassen würden. All diese Vorschläge wurden vom DGB rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen publiziert. All diese Vorschläge sind von der Bundesregierung ignoriert worden, weil sie im Tabu-Katalog des Grafen stehen, der Minister nicht für uns, sondern für die deutsche Wirtschaft ist. All diese guten und brauchbaren Vorschläge sind von der FDP mit einem Programm zur sozialen Demontage beantwortet worden. Und wer heute noch nicht einsieht, daß immer mehr Kanonen, immer mehr Raketen, immer mehr Panzer und immer mehr Waffen einen Staat und eine Gesellschaft nicht sozialer, sondern immer unsozialer zu machen droht, dem ist ohnehin nicht mehr zu helfen. . . .

„Ich stimme Ihnen daher zu, Herr Generalsekretär, wenn Sie in dem Vorwort zu der soeben bei uns erschienenen Ausgabe von Reden und Erklärungen sagen, daß ‚die Verschiedenheit der Weltanschauungen mit der gemeinsamen Sorge um den Frieden in Einklang zu bringen ist und die Vereinigung der Bemühungen der Völker zur Lösung der lebenswichtigen Probleme, von denen ihr Wohlergehen abhängt, nicht ausschließt'".

Helmut Schmidt in seiner Tischrede am 23. November 1981 anläßlich des Bonn-Besuchs von Leonid Breschnew.